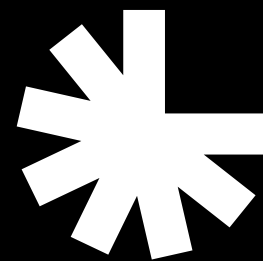


11



RECHTS.GESCHEHEN

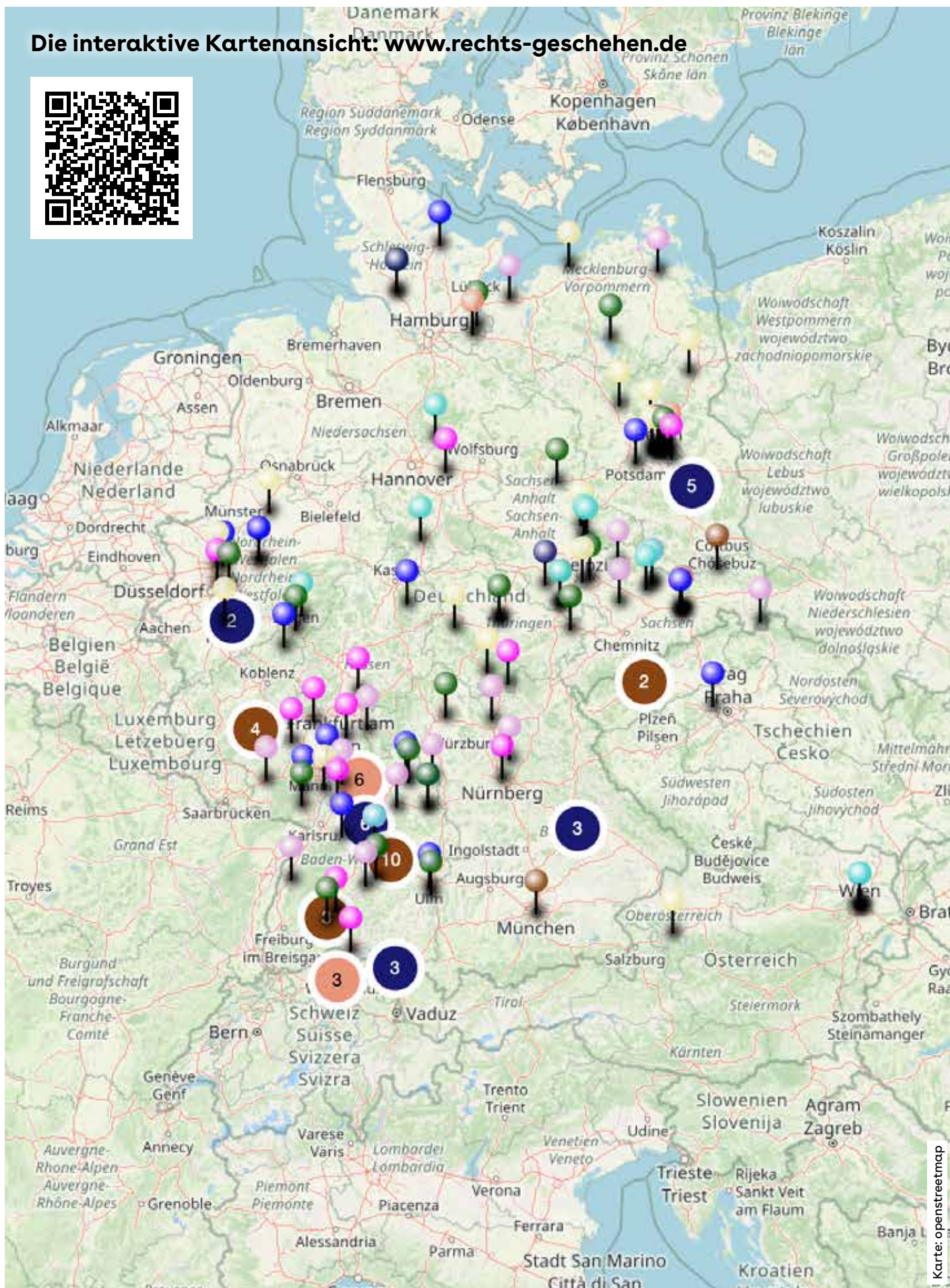


**Die »Grauen Wölfe«
in der Bundesrepublik**



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 5
Stenzel	Seite 6
Themenschwerpunkt: Die »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik	
Türkischer Rechtsextremismus (Graue Wölfe) in Deutschland: Geschichte und Aktualität <i>Kemal Bozay</i>	Seite 7
Eine Geschichte der Allianzen: Türkische Rechtsextreme und ihre Verbindungen zur bundesdeutschen Neonazi-Szene <i>Anton Maegerle</i>	Seite 12
»Wolfsgruß« im Stadion: Reaktionen der extremen Rechten auf den Eklat <i>Anton Maegerle</i>	Seite 14
Der zahnlose Tiger und die »Grauen Wölfe« <i>Linda Roth</i>	Seite 16
Ankaras langer Arm reicht bis ins Ländle <i>Linda Roth / Lukas Himmelauf</i>	Seite 18
Türkischer Amok-Nazi mit NS-Symbol <i>Anton Maegerle</i>	Seite 21
RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch	
mit dem Politikwissenschaftler Ismail Küpeli	Seite 22
Aus dem Ländle	
Stadt, Land, Pforzheim? Eine Analyse der jüngsten Wahlergebnisse der AfD in Baden-Württemberg <i>Rolf Frankenberger / Bjarne Pfau</i>	Seite 24
Mosaiksplitter zur extremen Rechten in Pforzheim <i>Anton Maegerle / Wolfgang Zimmermann</i>	Seite 31
»COMPACT« und die »Blaue Welle« <i>Timo Büchner</i>	Seite 34
Porträt	
Die Zeit heilt nicht alle Wunden <i>Linda Roth</i>	Seite 36
Ausland	
Extrem rechte Parteien im Europäischen Parlament: Wahlergebnisse und Fraktions- zugehörigkeiten 2024 <i>Johannes Ehlen / Anton Maegerle / Gebhard Schultz</i>	Seite 41
Antisemitismus	
Antisemitismus an Hochschulen: Was wir wissen und was nicht <i>Thomas Hinz</i>	Seite 44
Enttarnt: Antisemitismus in »COMPACT« <i>Timo Büchner</i>	Seite 47
Schiitische Solidarität mit »COMPACT« <i>Anton Maegerle</i>	Seite 49
Rezension	
Archiv für Sozialgeschichte: Rechtsextremismus nach 1945 <i>Gebhard Schultz</i>	Seite 50
Chronik	
Januar bis Juni 2024	Seite 53
Index	Seite 97

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

von manchen erhofft, von anderen befürchtet: der Zerfall der »Ampel«-Regierung in Berlin. Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses deutet alles auf Neuwahlen hin. Regierungswechsel gehören in einer Demokratie zur Normalität. Diese Wahlen finden in einer Zeit multipler Krisen statt: Ukraine-Krieg, Nahostkonflikt, Klimawandel, Trumps zweite Amtszeit ... In der Bundesrepublik Deutschland gerät das Parteiensystem zunehmend aus den Fugen. Angesichts der Stimmenzuwächse der AfD stellt sich immer deutlicher die Frage, wie lange die »Brandmauer« noch hält.

Lässt sich aus der Situation der demokratischen Parteien nach den ostdeutschen Landtagswahlen 2024 irgendetwas lernen? In einer Kurzanalyse der Thüringer Landtagswahlen kommt das Jenaer Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) zu dem Ergebnis: »Die Fokussierung auf die AfD, die Kritik an ihr und die Skandalisierung ihrer Programmatik und ihres Personals führen nicht zu einer Senkung der Stimmenanteile für die Partei.« Diese Art der Auseinandersetzung führe vielmehr dazu, »dass die AfD ihre Themen setzen kann und demokratische Parteien und demokratische Zivilgesellschaft sich überwiegend in die Rolle gedrängt sehen, darauf zu reagieren, anstatt aktiv eigene Themen zu setzen«. Im aktuellen Bundestagswahlkampf wären die demokratischen Parteien gut beraten, sich die Agenda nicht von rechtsextremen oder populistischen Parteien vorschreiben zu lassen, sondern eigene Themen in den Vordergrund zu stellen. Eine zentrale Erkenntnis der IDZ-Wahlanalyse: »Demokratische Parteien und die demokratische Zivilgesellschaft müssen stärker eigene Inhalte setzen.«

Im Themenschwerpunkt befassen wir uns in diesem Heft mit den »Grauen Wölfen«. Angesichts der Tatsache, dass die »Ülkücü«-Bewegung (»Idealisten«) hierzulande mehr als 12.000 Anhänger hat, bleibt sie dennoch in Überblicksdarstellungen zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland oft außen vor – wohl wegen ihres türkischen Hintergrundes. Mit dem Themenschwerpunkt knüpfen wir an einen Vortrag an, den der Politikwissenschaftler Ismail Küpeli am 14. November 2024 auf Einladung der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) im Generallandesarchiv hielt. Küpeli stand RECHTS.GESCHEHEN auch für ein Gespräch zur Verfügung, das in diesem Heft nachzulesen ist.

Auf guten Wegen ist die Kooperation der DokRex mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) in Tübingen. Lesen Sie dazu die Analysen und Hintergründe zu den jüngsten Wahlergebnissen in der AfD-Hochburg Pforzheim.

Im Oktober 2021 erschien die erste Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN. Seither wurde unser Journal sukzessive inhaltlich erweitert und hat sich auch optisch deutlich verändert. Die ersten Ausgaben bestanden ausschließlich aus Text, erst in der Nr. 6 tauchte erstmals ein Foto auf – wenn auch nur ein einziges. Insbesondere aufgrund des erheblich gestiegenen Seitenumfanges stehen nun einige größere Layout-Änderungen an. Das Heft soll auch mit hundert Seiten »lesbar« bleiben. Erste Änderungen haben wir schon in diesem Heft realisiert, weitere folgen in den nächsten Ausgaben.

Mit Freude registriert die DokRex Schenkungen von Dokumenten und Büchern von Familienmitgliedern verstorbener Personen aus extrem rechten Zusammenhängen. Zuletzt erreichten uns zahlreiche Kartons aus dem Nachlass von N.E., der in den 1970er-Jahren Mitglied der Bundesleitung der Jungen Nationaldemokraten war.

Abschließend möchten wir Sie bitten, sich schon einmal den 28. März vorzumerken. An diesem Tag findet im Generallandesarchiv Karlsruhe eine ganztägige Konferenz der DokRex zum Thema Antisemitismus statt.

Karlsruhe, im Dezember 2024

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Stenzel



Themenschwerpunkt
»Graue Wölfe«



Verfassungsschutzbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz 1976



Verfassungsschutzbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz 1976



Screenshot Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1980

Türkischer Rechtsextremismus (Graue Wölfe) in Deutschland: Geschichte und Aktualität

Von Kemal Bozay

Im November 2020 verabschiedete der Bundestag einen parteiübergreifenden Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP unter dem Titel »Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen«. ¹ In diesem Antrag wurde die entschlossene Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen mit besonderem Fokus auf die gewaltbereite »Ülkücü«-Bewegung (auch bekannt als Graue Wölfe) in Deutschland gefordert. Zudem wurden neben der Prüfung eines Verbots auch Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention gefordert. Seitdem wird im öffentlich-politischen Kontext immer mehr über das Wirken und den Einfluss des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland diskutiert. Doch der organisierte türkische Rechtsextremismus hierzulande hat seine Wurzeln in der sogenannten »Gastarbeiterwelle«

nach den 1960er-Jahren. Somit sind in Deutschland die ersten Netzwerke und Organisationen des türkischen Rechtsextremismus bereits in den Anfängen der 1970er-Jahre entstanden und sind eng an die politisch-öffentlichen Aktivitäten der MHP (»Partei der Nationalistischen Bewegung/Graue Wölfe«) gebunden.

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (2020): Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen. In: Drucksache 19/24388, 19. Wahlperiode 17.11.2020, URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/243/1924388.pdf>

Kemal Bozay ist Professor für Soziale Arbeit und Sozialwissenschaften an der IU Internationale Hochschule in Köln, hier Mitglied im Zentrum für Radikalisierungsforschung und Prävention (ZRP). Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Bildung, kritische Migrationsforschung, rassistisch-kritische Bildung, Ungleichwertigkeitsideologien, Rechtsextremismus und religiöser Extremismus.

Kurzer Abriss zur Geschichte des militanten Rechtsextremismus in der Türkei

In den 1960er-Jahren formierte sich in der Türkei mit der Milliyetçi Hareket Partisi (MHP, Partei der Nationalistischen Bewegung) eine rechtsextrem-nationalistische Partei, die sich historisch auf die pantürkistische Tradition stützte. Die einstigen Gründer um Oberst Alparslan Türkeş bedienten sich dabei eines Symbols der türkischen Mythologie – dem Grauen Wolf, der heute für die Militanz der rechtsextremen Bewegung steht und auch von extrem rechten und ultranationalistischen Verbänden mit Türkeibezug hierzulande verbreitet wird. Die MHP ist gegenwärtig nicht nur eine enge Verbündete der AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan, sondern genießt auch entsprechendes Ansehen innerhalb der türkeistämmigen Gesellschaft.² Das ideologische Fundament der Grauen Wölfe ist der »idealistische Nationalismus« (Ülkücülük) mit einem ausgeprägten Rassismus und Antisemitismus sowie einer antidemokratischen Grundhaltung. Dieser richtet sich gegen alle (im ethnischen Sinne) nicht-türkischen Bevölkerungsteile. Auch wenn innerhalb der Grauen Wölfe aus taktischen Gründen eine offen rassistische Position ausgeblendet oder häufig geleugnet wird, stellt der Rassismus dennoch einen zentralen Pfeiler dieser rechtsextremen Ideologie dar. Er richtet sich vor allem gegen Armenier*innen, Kurd*innen, Alevit*innen, Ezid*innen, Aramäer*innen und Jüdinnen/Juden. Nihal Atsız, ein Vordenker der Grauen Wölfe, hat die wichtigsten Elemente des Turkismus vor mehr als 65 Jahren wie folgt formuliert: »Ein Türke glaubt an die Überlegenheit der türkischen Rasse, schätzt deren nationale Vergangenheit und ist bereit, sich für die Ideale des Türkentums zu opfern.«³ Nicht zuletzt zeigt sich der Rassismus der Grauen Wölfe auch in der kurdenfeindlichen Positionierung, etwa in der Drohung von Alparslan Türkeş: »Wenn ihr Kurden weiterhin eure primitive Sprache sprecht [...], werdet ihr von den Türken auf die gleiche Weise ausgerottet, wie man schon Georgier, die Armenier und die Griechen [auf türkischem Boden] bis auf die Wurzeln ausgerottet hat.«⁴

In den 1960er- und 1970er-Jahren radikalisierte sich die Bewegung und wollte mit Terror und Gewalt an die Macht kommen. Türkeş wandte eine Strategie an, die auf drei Stufen basierte: die Eroberung der Straße, die Eroberung des Staates und die Eroberung des Parlaments. So wurden nach diesem Vorbild militante Jugendgruppen gebildet und paramilitärische Kommandos mit dem Namen Graue Wölfe aufgebaut. Auf das Konto dieser paramilitärischen Grauen-Wölfe-Kommandos gehen in den 1960er-, 1970er-, 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahren mehrere Mordanschläge gegen Linke, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen, Student*innen und Fortschrittliche sowie Pogrome gegen Alevit*innen in Kahramanmaraş, Çorum, Sivas, Gazi, Ümraniye und paramilitärische Anschläge auf kurdische Politiker*innen und Journalist*innen. Das Ziel der MHP war es, mit Hilfe der Grauen Wölfe einen Bürgerkriegszustand zu schaffen, der den Ruf nach dem »starken Mann« laut werden lassen und letztendlich zur Machtergreifung der Rechtsextremisten führen sollte.

Die Ülkücü-Bewegung als außerparlamentarischer Arm der MHP sieht die Türk*innen als überlegene »Rasse« an und kämpft für das türkische Großreich »Turan«. Wer kein Türke sei, der solle »lernen zu gehorchen«. Die Grauen Wölfe, zu deren Ideologie und Mythos sich auch viele Anhänger*innen von Recep Tayyip Erdoğans AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) bekennen, vertreten ebenso eine Verflechtung mit dem islamischen Nationalismus. So kam es bereits Mitte der 1990er-Jahre zu einer Abspaltung innerhalb der MHP und es entstand die BBP (Große Einheitspartei), die den radikal islamistischen Flügel ausmacht. Eine weitere Abspaltung aus der MHP ist die »İyi Parti« (Gute Partei), deren Gründerin Meral Akşener nach dem Vorbild von Marie Le Pen eine neue rechtspopulistische Partei im Umfeld der Grauen Wölfe etablieren wollte, aber nach dem schlechten Wahlergebnis bei den landesweiten Kommunalwahlen 2024 ihren Rücktritt als Vorsitzende bekannt gab. Im Zuge dessen hatte der ehemalige MHP-Abgeordnete Ümit Özdağ 2021 die »Zafer Partisi« (Partei des Sieges) gegründet, die eine Mischung aus rechtspopulistischen und völkisch-nationalistischen Positionen vertritt und in den letzten Jahren insbesondere mit ihren geflüchtetenfeindlichen Kampagnen bekannt geworden ist.

2 Vgl. Kemal Bozay (2021): Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – Die Grauen Wölfe, Berlin: AJC, URL: https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC-Berlin_GrauenWolfe-Broschuere-RGB-A4.pdf; Savaş Taş (2012): Der ethnische Dominanzanspruch des türkischen Nationalismus. Eine diskursanalytische Studie zur Ideologie des türkischen Staates und der MHP. Münster: Westfälisches Dampfboot.

3 Nihal Atsız (1956): „Türk Ülküsü“ [Die Türkische Idee], Istanbul.

4 Zitiert n. Rainer Werle & Renate Kreile (1987): Renaissance des Islam. Das Beispiel Türkei. Hamburg, S. 90.

Die Vernetzung der MHP in Deutschland

Bereits zu Beginn der 1970er-Jahre formierten sich in der Bundesrepublik erste Vereine und Publikationen mit rassistisch-nationalistischen Inhalten. 1972 veröffentlichte die türkische konservativ-nationale Zeitung Tercüman eine Erklärung der in München gegründeten »Türkischen Nationalsozialistischen Arbeitervereinigung«, die stark antisemitische und gewaltverherrlichende Äußerungen enthielt. 1973 schloss sich diese Vereinigung offiziell der MHP-Auslandsorganisation (Partei der Nationalistischen Bewegung) an. Die MHP hielt ihren ersten Parteitag in der Bundesrepublik bereits 1969 ab und gründete dabei ihren Europarat. In den frühen 1970er-Jahren expandierte sie mit Auslandsvertretungen in verschiedenen europäischen Ländern, darunter Holland, Dänemark, Belgien, Frankreich und Österreich. Diese Gründung wurde in der Bundesrepublik von CDU-Politikern wie Albrecht Hasinger, Dr. Heimo Georg, Dr. Hans-Eckardt Kannapin, Reiner Gieser und Heinz Schwarz unterstützt.

1975 reiste Alparslan Türkeş, der Gründer der MHP, nach Deutschland und nahm am Europarat-Kongress teil, was der Partei weiteren Auftrieb verschaffte. Gleichzeitig nahm jedoch auch die Gewaltbereitschaft der MHP-Anhänger zu, was den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) dazu veranlasste, sich im Januar 1976 mit einem Appell an das Innenministerium zu wenden: »Die Tätigkeit dieser Partei hier in der Bundesrepublik wird unzweifelhaft die Ruhe und Ordnung bei den Türken gefährden, denn diese Gruppen wollen ihre politischen Gegner nicht nur mit politischen Argumenten bekämpfen, sondern mit Schlägertruppen. Damit werden alle Bemühungen zur Integration der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik illusorisch.«

Zwischen 1969 und 1977 hatte die MHP ihre Auslandsorganisation aufgebaut. Doch im Sommer 1977 musste sie auf Beschluss des türkischen Verfassungsgerichtes ihre Auslandsvertretungen schließen. Der Erlass hatte es türkischen Parteien verboten, im Ausland Parteiorganisationen zu unterhalten. Trotz der offiziellen Auflösung war die MHP in Deutschland weiterhin aktiv. Wenig später gründeten die MHP-Mitglieder Vereine wie »Türk Ocağı« oder »Ülkücü Derneği«, die hierzulande als Idealistenheime fungierten.

Die Gründung der Türk Federasyon und die Gewaltwelle der türkischen extremen Rechten

1978 reiste der MHP-Führer Türkeş erneut in die Bundesrepublik und es kam Ende April 1978 zu einem Treffen zwischen ihm und dem CSU-Chef Franz Josef Strauß, über welches »Der Spiegel« im Februar 1980 schrieb: »Alparslan Türkeş und seine beiden Begleiter unterhielten sich mit Franz-Josef Strauß zuerst über die kommunistische Gefahr, die man gemeinsam bekämpfen sollte. Strauß sagte den MHP-Politikern zu, dass in Zukunft für die MHP und die Grauen Wölfe ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik geschaffen werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine. Bayern soll der Anfang sein.«⁵ Einige Wochen nach dem Gespräch mit Strauß, am 18. Juni 1978, wurde in Schwarzenborn die ADÜTDF (»Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa«) mit Hauptsitz in Frankfurt am Main gegründet. Dieser eingetragene Verein, oft abgekürzt als Türk Federasyon (Türkische Föderation), kann somit als Ablegerorganisation der MHP in Europa und Deutschland verstanden werden.

Zudem hatte die Föderation europaweite Kontakte zu faschistischen Gruppen und Organisationen. Aus Deutschland flossen damals Spenden für Wahlpropaganda und Schulungen der MHP. Unzählige Graue Wölfe, die in der Türkei Morde an linken und fortschrittlichen Gewerkschafter*innen, Intellektuellen und Student*innen verübt hatten, fanden vor allem in Deutschland Unterschlupf. In den 1970er- und 1980er-Jahren nahm ebenso die Welle der Gewalt durch die Grauen Wölfe in Deutschland zu. Im Mai 1974 wurde der Bauingenieur Neşet Daniş in Norderstedt von Anhänger*innen der Grauen Wölfe im Zuge der Vorstandswahlen des Hamburger Türkischen Arbeitervereins attackiert und zu Tode geprügelt. Am 5. Januar 1980 kam es in Berlin-Kreuzberg zu einer Messerattacke von Grauen Wölfen gegenüber einer Gruppe Kommunist*innen beim Verteilen von Flugblättern. Dabei wurde der 36-jährige Lehrer und Gewerkschaftler Celalettin Kesim getötet.

Auch gab es Verstrickungen zwischen dem Papstattentat und den Grauen Wölfen. So war Mehmet Ali Ağca, der 1981 das Attentat auf Papst Johannes Paul II. beging, Mitglied der Grauen Wölfe. Ağca ermordete auch Abdi İpekçi, den Chefredakteur der Zeitung Milliyet. Angeklagt wurde im Verfahren zum Papst-Attentat auch Musa Serdar Celebi, einer der damals wichtigsten Namen innerhalb der Ülkücü-Bewegung in Deutschland, der 1982 wegen Mittäterschaft verhaftet wurde.

⁵ Vgl. Der Spiegel, 9/1980, 24.02.1980, URL: <https://www.spiegel.de/politik/dann-kommt-alles-ins-rollen-a-4ad6664a-0002-0001-0000-000014327589>

Nach einigen Jahren Haft wurde er schließlich freigesprochen. Im Jahre 1984 verübten Anhänger der Grauen Wölfe ein Attentat auf den Frauenladen TIO in Berlin-Kreuzberg, bei dem die damalige türkisch-kurdische Jurastudentin Seyran Ateş lebensgefährlich verletzt wurde.

Der Militärputsch vom 12. September 1980, in dessen Folge sämtliche Parteien verboten wurden, ging auch an der MHP und den ihr nahestehenden Vereinen und Organisationen nicht spurlos vorüber. In den folgenden Jahren verlagerte die MHP ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik zum Teil von den ehemaligen Vereinen auf Sportvereine, Clubs, Cafés, Moscheen und die sogenannten Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereine. Neben solchen Strukturen bildeten sich auch Solidaritäts- und Hilfsvereine für Aserbeidschan, Bosnien und bulgarische Türk*innen, die größtenteils als Tarnorganisation der MHP aktiv waren.

Schließlich kam es sowohl über den Stellenwert des Islams als auch um den Führungsstil des Vorsitzenden der Ülkücü-Bewegung in Deutschland zu politischen Machtkämpfen, die Ende 1987 zum Rücktritt des damaligen Vorsitzenden führten. Zuvor, am 17. Oktober des gleichen Jahres, kam es mit der Gründung der »Union der türkisch-islamischen Kulturvereine« (ATIB) unter der Führung Musa Serdar Çelebis zu einer mehr islamisch-nationalistisch geprägten Abspaltung von den Ülkücü-Vereinen, zu der damals etwa ein Drittel der Mitgliedsvereine überlief. Die zentralen Gründe für die Spaltung sind auch in einem persönlichen Zerwürfnis zwischen Türkeş und Çelebi zu sehen.

In den 1990er-Jahren gewann die MHP in der Türkei an weiterer Kraft, insbesondere im Kampf gegen armenische Organisationen und die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Mit dem Aufschwung in der Türkei begann auch in Deutschland eine Radikalisierung innerhalb der MHP-nahen Dachverbände und Vereine. Es kam in den 1990er-Jahren erneut zu Anschlügen seitens der Anhängerschaft der Grauen Wölfe gegen Kurd*innen, Armenier*innen, Alevit*innen und Linke, bei denen 1995 in Neumünster Seyfettin Kalan, 1997 in Kiel Ercal Alkaya, 1999 in Köln Erol Ispir sowie 2020 in Dortmund Ibrahim Demir getötet wurden.

Durch die politische Wende in der Türkei, die Machtübernahme der AKP und die momentane enge Koalition zwischen AKP und MHP gewann auch die Mobilisierung türkisch rechtsextremer und ultranationalistischer Organisationen und Bewegungen hierzulande an Dynamik. Im Zuge der Entwicklungen nach den 2000ern zeigten sich vor allem auch neue Radikalisierungsformen im Umfeld türkisch-rechtsextremer Organisationen und Netzwerke. So bildeten sich rockerähnliche rechtsnationalistische türkische Motorradgruppen wie Osmanen Germania, Turkos MC, Turan e. V.

Mobilisierung und Radikalisierung der türkischen extremen Rechten heute

In Deutschland sind im Laufe der letzten Jahrzehnte zahlreiche Organisationen und Vereine entstanden, die im Umfeld der Ülkücü-Bewegung aktiv sind. Entstanden sind die Dachverbände ATK/ADÜTDF (»Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.«), ATIB (»Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V.«) und ATB (»Verband der türkischen Kulturvereine in Europa«), die sich heute noch zur Tradition der Grauen Wölfe bekennen. Durch den Einfluss dieser Dachverbände sind in Deutschland mehr als 300 Vereine entstanden, die größtenteils als Selbsthilfeorganisationen, Moscheegemeinden, Kulturvereine, Jugendverbände und Fußballclubs Einfluss auf das soziale Leben von türkeistämmigen Menschen nehmen.

Hinzu kommt, dass sich im Zuge der 1990er- und 2000er-Jahre hierzulande auch zahlreiche türkische Lobbyorganisationen im Umfeld der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) unter Recep Tayyip Erdoğan gebildet haben, die in enger Zusammenarbeit mit den Ülkücü-Organisationen stehen, um einerseits das Image der türkischen Politik und Autorität zu verbessern und andererseits den türkischen Nationalismus auszuweiten. Im Gegensatz zu den 1980er- und 1990er-Jahren sind diese Vereinigungen in vielen Lebensbereichen aktiv. Der Unterschied zu früheren Formierungen ist, dass sie sich nicht als Idealistenvereine organisieren, sondern vielschichtig mehrere Tarnorganisationen gründen, um diese für ihre politischen Zwecke zu nutzen.

Re-Nationalisierungstendenzen in türkeistämmigen Jugendmilieus

Die Radikalisierung und Re-Nationalisierung von Jugendlichen mit Türkeibezug ist neben der türkisch-nationalistischen Mobilisierung der Grauen Wölfe und der türkischen Diaspora-Politik auch ein Resultat von Diskriminierungserfahrungen, die viele Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere Jugendliche – hierzulande sammeln. Die Ausgrenzungserfahrungen bilden für viele

eine Negativspirale: Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte abschnitten, desto mehr verstärkt sich auch der Rückzug der Zugewanderten aus den Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft. Gegenüber der Fremdethnisierung der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ist ein Rückzug von Migrant*innen in die eigenen »ethnischen Nischen« zu verzeichnen – eine Art »Selbstisolation«. Dieser Prozess ist ebenso als eine Reaktion auf ethnisierte Zuschreibungen zu verstehen. Gerade in einem solchen Klima bedingen sich Fremd- und Selbstethnisierung gegenseitig: Durch vielseitige ökonomische, politische und soziale Differenzierungen hindurch werden Menschen mit Migrationsgeschichte kollektiv zu im Grunde fiktiven Gemeinschaften und als solche zu einer ethnischen Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft gedrängt. Dies führt größtenteils dazu, dass sie sich verstärkt von den Werten dieser Gesellschaft distanzieren und ihre Identität in den ethnischen Strukturen und in entsprechenden Überlieferungen und Organisationen wiederfinden. Unter den Bedingungen von Rassismus und Ausgrenzung entstehen eine stärkere Re-Ethnisierung, Re-Nationalisierung und eine intensive Religiosität.

Dieser wechselseitige Prozess der Ethnisierung funktioniert beispielsweise auch durch die Medienberichterstattung, die dazu beiträgt, verschiedenen ethnisch definierten Bevölkerungsgruppen bestimmte Merkmale zuzuschreiben. Diese Merkmale verfestigen sich im öffentlichen Bewusstsein zu negativen Fremdbildern und werden als Klischees wahrnehmungs- und handlungsleitend. Dies spiegelt sich zum Beispiel auch in der Diskussion über das vermeintliche Scheitern der multikulturellen Gesellschaft, in der Debatte um Jugendkriminalität oder nicht zuletzt im Islam-Diskurs wider.

Auch wenn viele junge Menschen mit Türkeibezug aus Berlin, Hamburg, Köln oder Stuttgart nicht wissen, welche politische Ideologie und Praxis die Grauen Wölfe vertreten, beteiligen sich viele an der nationalistischen Mobilisierung. Großen Zulauf erhalten die Grauen Wölfe vor allem, wenn die nationalistische Stimmung bereits besonders aufgeheizt ist und Konflikte aus dem sogenannten »Mutterland Türkei« durch (soziale) Medien und politische Lobbyorganisationen übertragen werden. Im Zuge der rassistisch motivierten Brandanschläge in Mölln und Solingen, der NSU-Morde und den Morden in Hanau sowie der Auseinandersetzungen mit der Kurd*innen- und Armenier*innen-Thematik zeigten sich nationalistische Mobilisierungen. Auch deutsch-türkische Rap-Gruppen wie Karakan, Osun Baba, Sert Müslümanlar und andere beeinflussten mit nationalistischen Texten Jugendmilieus mit Türkeibezug. Hinzu kommen gegenwärtig auch bestimmte Mobilisierungsoffensiven durch verschiedene soziale Medien und Internetforen.

Eine Geschichte der Allianzen: Türkische Rechtsextreme und ihre Verbindungen zur bundesdeutschen Neonazi-Szene

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Als »ewiger Führer« der 1969 von ihm gegründeten MHP (die Partei firmierte zuvor als »Republikanische Bauern- und Nationalpartei«) gilt Alparslan Türkeş (gestorben 1997). Der 1917 als Ali Arslan geborene glühende Verehrer von Adolf Hitler wurde 1944 wegen pantürkischer Aktivitäten festgenommen und zu einer Haftstrafe verurteilt. In der NS-Zeit war Türkeş Kontaktmann des Hitler-Regimes in der Türkei. Türkeş wollte die Türkei an der Seite des »Großdeutschen Reiches« in den Krieg ziehen. Besonders nach der Machtübertragung an Hitler erlebten die deutsch-türkischen Beziehungen eine Wende. Im Rahmen der europäischen Blockbildung vor dem Zweiten Weltkrieg baute die Türkei die Beziehungen zu Deutschland immer mehr aus. Ernst Kaltenbrunner, Chef der »Sicherheitspolizei« (SD), schrieb am 9. Oktober 1944 in einem Brief (Geheime Reichssache) an das Auswärtige Amt (AA), dass es »dringlich« sei, die »Beziehungen in den pantürkisch gesinnten Gruppen in der Türkei auszubauen«. Namentlich Türkeş verdiene »unsere ganze Aufmerksamkeit«, so der Nationalsozialist Kaltenbrunner.

Frühe Verbindungen zwischen der »Milliyetçi Hareket Partisi« (MHP) und der NPD

Die 1964 gegründete »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) war von 1966 bis 1972 in zeitweise sieben (von elf) bundesdeutschen Landesparlamenten vertreten. 1969 scheiterte die NPD bei der Bundestagswahl knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. 1970 betonte Türkeş erstmals in einem Brief an die NPD die »Zieleinheit unserer Parteien«: »Ihre Ansichten über die Zieleinheit unserer Parteien hat mich zutiefst beeindruckt. Es gibt unter unseren Parteien grundlegende gemeinsame ideologische Prinzipien«, so Türkeş. Ins gleiche Horn blies Adolf von Thadden, NPD-Bundesvorsitzender und vormals NSDAP-Mitglied. Thadden an Türkeş: »Die Gemeinsamkeiten unserer Parteien hinsichtlich der Ziele haben mich besonders gefreut. Wir haben gemeinsame ideologische Ziele.« Den »Vorschlag des gegenseitigen Besuchs von Jugendgruppen« habe man »einstimmig akzeptiert«, so Thadden ebenfalls im Jahr 1970. Im Jahr 1977 bedankte sich Türkeş wortreich für die großzügige finanzielle Unterstützung der NPD für den Wahlkampf der MHP. Der 1975 gegründete »Nationaldemokratische Schülerbund« (NSB) rief 1980 eigens eine sogenannte »Aufbauorganisation zur Erfassung in der Bundesrepublik lebender türkischer Jungfaschisten« ins Leben.

Die Kontakte zwischen türkischen Rechtsextremisten und »Grauen Wölfen« beschränkten sich nicht auf die NPD. 1977 empfing Gerhard Frey, Vorsitzender der rechtsextremen Sammlungsbewegung »Deutsche Volksunion« (DVU) und Herausgeber der auflagenstarken »National-Zeitung« (Auflage zeitweise bis zu 120.000 Exemplare), Türkeş bei dessen Deutschlandbesuch. 1978 zollte der Neonazi-Führer Michael Kühnen seinen »Respekt« vor den Grauen Wölfen: »Wir haben sowohl im Inland als auch im Ausland gute Beziehungen. Wir kennen die Grauen Wölfe und wir haben Respekt vor ihnen. Wir hegen für ihre Ziele Sympathie.«

Islamfeindlichkeit und Rassismus werden zu Trennlinien

Parallel zum Zuzug von Türken und weiteren ausländischen Bevölkerungsgruppen in die Bundesrepublik schwächte sich die Verbrüderung zwischen türkischen und deutschen Rechtsextremisten ab. In Kreisen des »Nationalen Widerstands« stellen

11. Dezember 1980: Ankunft des damaligen Vorsitzenden der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) Alparslan Türkeş im Gerichtsgebäude von Ankara.



Türken ein Feindbild dar. Islamfeindlichkeit und Rassismus spielen für die hiesige rechtsextreme Szene eine große Rolle. Für mehr als punktuelle inhaltliche Allianzen reichen die Übereinstimmungen nicht. »Die Türkei und auch die Türken gehören nicht nach Europa, sondern in ihre Heimat, nach Asien«, führte 2011 der damalige »Amtsleiter Bildung« des NPD-Parteipräsidiums Ronny Zawsowk aus. Zu einer weiteren Entfremdung trugen auch die tödlichen Brandanschläge von Neonazis auf von Türken bewohnte Häuser in Solingen, Mölln und anderen deutschen Städten Anfang der 1990er-Jahre bei. Mitte der 1990er-Jahre schließlich rief Türkeş seine Anhänger in der Bundesrepublik zur aktiven Politik in CDU und CSU auf. In der Folge gelangten Graue Wölfe in örtliche oder regionale Vorstände der Unionsparteien und in Kommunalparlamente. In den vergangenen Jahren haben türkisch-nationalistische Gruppierungen mehrfach ihre Mitglieder aufgefordert, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, um als Lobby besser Einfluss auf die Politik in der Bundesrepublik nehmen zu können.

Im Juni 2009 versuchte der damalige hessische NPD-Landesvorsitzende Jörg Krebs, das Bündnis zwischen türkischen und bundesdeutschen Rechtsextremisten wieder aufleben zu lassen, was in der rechtsextremen Szene jedoch einhellig auf Widerstand stieß. Die »Autonome Nationalisten«-Plattform »Syndikat Z«, die sich eine Vernetzung europäischer Neonazis zum Ziel gesetzt hatte, titelte: »Keine Zusammenarbeit mit türkischen Imperialisten!« Die MHP sei »für Vertreibung und Landraub in Europa verantwortlich«. Die »Herrschaften der MHP« bezeichnete Syndikat Z als »art- und kulturfremd«. In seinem Plädoyer »Für eine engere Zusammenarbeit auch mit türkischen Nationalisten« lobte Krebs, dass die MHP »konsequent eine Politik« vertrete, »die sich in erster Linie an den Interessen des eigenen Volkes orientiert und die daher einen Beitritt der Türkei zum ‚Melting Pot‘ EU kategorisch ablehnt«. Damit sei die »MHP natürliche Verbündete aller nationaldenkenden Deutschen, die einen EU-Beitritt der Türkei ebenfalls ablehnen. Dieses gilt es aus meiner persönlichen Sicht in Zukunft auch im Hinblick auf den Umgang mit nationalistischen Türken in der Bundesrepublik viel stärker zu bedenken.« Krebs weiter: »Die NPD sollte den vor einigen Jahren eingeschlagenen Weg hin zu einer ‚nationalistischen Internationale‘ konsequent fortführen und weiter bemüht sein, neue Bündnispartner zu finden. Denn ein Grundsatz gilt heute mehr denn je: ‚Der Feind meines Feindes ist mein Freund‘.« Wenige Tage nach Veröffentlichung des Artikels führte Krebs in einem Interview mit dem rechtsextremen »NID Infoblog« aus, dass er »das ein oder andere Mitglied der MHP persönlich« kenne und daher wisse, dass ein »Großteil« der MHP-Mitglieder »hierzulande der deutschen nationalen Opposition sehr freundschaftlich gegenübersteht«.

Keine ernstzunehmenden Annäherungen in den letzten Jahren

Die letzte öffentlich gewordene scene-interne Veranstaltung von Rechtsextremisten gemeinsam mit türkischen Nationalisten fand im Jahr 2011 statt. Nach eigenen Angaben führte der NPD-Kreisverband Jena/Saale-Holzland-Kreis am 5. Februar 2011 eine Veranstaltung mit einem Vertreter der Grauen Wölfe durch. Der Referent wurde als »Attila Ö., ein Unternehmer aus dem Saale-Holzland-Kreis« vorgestellt.

Ein weiterer vereinzelter Vorgang: Am 10. April 2016 demonstrierten in Nürnberg Graue Wölfe Seite an Seite mit Aktivisten der neonazistischen Kleinstpartei »Die Rechte« gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK. Dabei kam es zu Übergriffen von ca. 20 türkischen Rechtsextremisten auf kurdische Demonstrationsteilnehmer. Anlass des Aufmarsches waren bundesweite Demonstrationen unter dem Motto »Friedensmärsche für die Türkei«, zu denen eine türkische Gruppierung aufgerufen hatte. In Nürnberg versammelten sich rund 2.500 Personen auf Seiten der türkischen Demonstration, unter ihnen auch Anhänger der Grauen Wölfe. An einer kurdischen Gegendemonstration beteiligten sich ca. 500 Personen, die teils der PKK zurechenbar waren.

Als ebenso singulär ist ein Interview der »Deutschen Stimme« mit einem MHP-Kader zu werten: Im Oktober 2018 war Sinan Baykent Interviewpartner der NPD-Parteizeitung. Baykent, von 2011 bis 2015 politischer Chefberater des vormaligen stellvertretenden MHP-Parteivorsitzenden Yildirim Türkeş, Sohn von Alparslan Türkeş, wurde von Florian Stein, Mitarbeiter des damaligen NPD-Europa-abgeordneten und vormaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, befragt. Der türkische Rechtsextremist Baykent beendete das Interview mit den Worten: »Die Solidarität zwischen nationalen Bewegungen und Personen ist in dieser Zeit von großer Bedeutung. Wir sprechen politisch dieselbe Sprache – und dies ist der Schlüssel zum gegenseitigen Verstehen. Ich grüße meine deutschen nationalistischen Kameraden!«

EM 2024: Niederlande – Türkei.
Nicht nur im Stadion wurde der »Wolfsgruß«
gezeigt. Fans der türkischen Nationalmann-
schaft zeigen ihn auch beim Public Viewing.



picture alliance/ dpa

»Wolfsgruß« im Stadion: Reaktionen der extremen Rechten auf den Eklat

Von unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Vor dem Einzug ins Viertelfinale der Fußball-Europameisterschaft am 2. Juli sorgte der türkische Nationalspieler Merih Demiral beim Achtelfinale gegen Österreich für einen Eklat. Mit beiden Händen zeigte Demiral den »Wolfsgruß« (türkisch: »Bozkurt«) im Stadion Leipzig.

Das Symbol der türkischen rechtsextremen »Grauen Wölfe« wird weithin als faschistische Geste verstanden. Davon unbenommen verwenden turksprachige Völker auf dem Balkan, im Kaukasus, im Nahen Osten, in Asien und in Turkestan auch diesen Gruß. Als Folge des Wolfsgrußes wurde Demiral vom europäischen Fußballverband UEFA für zwei Spiele gesperrt.

Als Graue Wölfe gelten Anhänger der im türkischen Parlament vertretenen faschistischen »Partei Nationale Bewegung« (»Milliyetçi Hareket Partisi« – MHP) und deren Abspaltungen. Die 1969 gegründete MHP war die erste dezidiert rechtsextreme Partei in der Türkei. Gewalt war stets Teil der Parteidoktrin. Die Grauen Wölfe träumen von der Vereinigung aller Turkvölker zu einer Großtürkei, die vom Balkan bis Zentralasien reichen soll. Prägendes Element der MHP ist die Verbindung von nationalistischer mit islamistischer Ausrichtung mit dem Ziel der Bildung eines islamistischen Nationalstaates in der Türkei (»türkisch-islamische Synthese«). Zu den zentralen Ideologiemerkmalen der MHP gehören Pantürkismus, Nationalismus, Antikommunismus sowie das Führerprinzip.

Demokratie gilt als »Erfindung der Juden«, als »Nährboden für das Eindringen des Kommunismus«. Sich selbst bezeichnet dieser Personenkreis auch als »Idealisten« (türkisch: »Ülkücü«). Die Ideologie der Grauen Wölfe zeichnet sich zudem durch Antisemitismus, Rassismus und Hass auf kurdische, alevitische, armenische und andere Minderheiten aus. Antisemitismus ist eines der prägendsten Elemente der Ülkücü-Ideologie. Juden werden wegen einer behaupteten biologischen Minderwertigkeit sowie wegen ihres vermeintlich weltumspannenden verschwörerischen Einflusses angefeindet. Ein ausgeprägter Antizionismus manifestiert sich als einseitige Parteinahme für die Palästinenser. Seit dem islamistischen Überfall auf Israel im Oktober des vergangenen Jahres sei bei den Grauen Wölfen in der Bundesrepublik »ein größeres Potenzial« an Antisemitismus sichtbar geworden, sagte Michael Fischer, der Chef des Berliner Verfassungsschutzes, im Herbst.

Das Mitglieder- bzw. das Anhängerpotenzial der türkisch-faschistischen Ülkücü-Bewegung in Deutschland wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz auf insgesamt etwa 12.100 Personen geschätzt. Angestrebt wird eine »Weltherrschaft des Islams unter Führung der türkischen Nation«.

Solidarität im eigenen Interesse

Verständnis für den faschistischen Gruß des türkischen Fußballnationalspielers zeigten Teile der extrem rechten Szene in der Bundesrepublik. »Einen Spieler deshalb abzustrafen, weil er eine patriotische Geste präsentiert hat, ist zwar aus dieser Perspektive heraus konsequent – schließlich wollen die woken Globalisten natürlich absurd und selbstentlarvend zugleich«, so der Neonazi Michael Brück, vormals Führungsfigur der Neonazi-Truppe »Nationaler Widerstand Dortmund« (NWDO), im Magazin »COMPACT«. Brück weiter: »Das Establishment, vom Selbsthass auf das Eigene zerfressen, kann sich nicht damit abfinden, dass ein Mensch stolz auf sein Heimatland ist und die papierne BRD-Staatsbürgerschaft diesbezüglich gar nichts ändert. Die Angst, dass wir Deutsche uns daran irgendwann ein Vorbild nehmen und zu einem ähnlichen Selbstbewusstsein zurückfinden, ist in den Köpfen von Faeser und Co. allgegenwärtig. Reflexartig wird auf die Rechtsextremismus-Keule zurückgegriffen, um den Türken ihren positiven Nationalbezug abzusprechen. Sie können (und sollen), so die Denkart der Regierenden, gerne Teil der Multikulti-BRD sein und zu einer wurzellosen, leicht steuerbaren Masse verschmelzen. Aber wehe, wenn an der eigenen Identität und Tradition festgehalten wird – das passt nicht ins politische Drehbuch.« Die politische Ausrichtung der Grauen Wölfe ordnet Brück für die Leserinnen und Leser von COMPACT als »patriotisch« ein. Fazit der Ausführungen von Brück: »Unabhängig von der notwendigen Begrenzung der Zuwanderung gilt jedoch: Ein positiver Heimatbezug ist die normalste Sache der Welt. Kein Patriotismus ist illegal. Jede Regenbogenfahne im Stadion ist schädlicher für unser Land als tausend Wolfsgrüße.« Brück ist Rechtsanwaltsfachangestellter in der Kanzlei von Martin Kohlmann im sächsischen Chemnitz. Kohlmann und Brück zählen zu den bekanntesten Köpfen der neonazistischen Partei »Freie Sachsen«.

Auch der Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) war der Fall Demiral einen Artikel wert. JF-Vizechefredakteur Thorsten Thaler warf die Frage auf: »Was denken sich wohl Verbandsfunktionäre und Politiker dabei? Muß ein junger türkischer Nationalspieler, Sohn eines Betonbauers, den deutschen Verfassungsschutzbericht kennen? Soll er die auch auf türkisch (und arabisch) erreichbare Informations-Hotline des Bundesamtes in Bonn anrufen und sich erkundigen, welche Art von Jubel hierzulande opportun ist?« Thaler war vormals Pressesprecher der »Republikaner« Berlin und später Landesvorstandsmitglied der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« (DLVH).

Wenige Tage nach seiner Stellungnahme zum Wolfsgruß meldete sich Brück erneut öffentlichkeitswirksam zu Wort. Nach dem von der Bundesinnenministerin ausgesprochenen Verbot des »Islamischen Zentrums Hamburg« (IZH) empörte sich Brück. »Der Verbotstaat macht weiter«, schrieb der Neonazi in seinem Telegram-Kanal. Das Verbot sei kein Vorgehen gegen Islamisten, sondern eine aus den USA befohlene Eskalation gegen den Iran, behauptete Brück. Das IZH verstoße gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik und verbreite antisemitische und antiisraelische Hetze, hieß es aus dem Ministerium. Zudem hätten Vertreter der Moschee in der Vergangenheit die Gewalttaten von Terrororganisationen wie etwa der » Hamas« verherrlicht und verbotene terroristische Organisationen wie die »Hisbollah« unterstützt. 2015 deckten ZDF-Recherchen eine Verbindung zwischen dem Spektrum der Grauen Wölfe und gewaltbereiten Dschihadisten auf. Aus den Recherchen ging hervor, dass sich circa zwei Dutzend junge Männer aus Dinslaken dem »Islamischen Staat« (IS) als »Lohberger Brigade« anschlossen. Nach Informationen von Frontal 21 hatten sich einige dieser jungen Salafisten in Jugendverbänden der Grauen Wölfe radikalisiert.

Ein Zufall?

Der 2. Juli, der Tag an dem der türkische Nationalspieler Merih Demiral den Wolfsgruß zeigte, ist in der Türkei historisch belastet. Auf den Tag genau 31 Jahre zuvor, am 2. Juli 1993, waren 35 Menschen, davon 33 Aleviten, in einem Hotel im türkischen Sivas umgebracht worden. 10.000 Personen, eine Melange aus Rechtsextremisten und Islamisten, belagerten das Madimak-Hotel, in dem ein alevitisches Festival stattfand, skandierten: »Es lebe die Scharia!«, »Nieder mit dem Laizismus!« und setzten das Hotel in Brand. Ein wegen seiner Beteiligung an dem Massaker gesuchter Rechtsterrorist, Vahit Kaynar, hielt sich jahrelang in der Bundesrepublik auf und betrieb in der Prinzenallee in Berlin-Wedding ein Geschäft.

Der zahnlose Tiger und die »Grauen Wölfe«

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Über ein Verbot der »Grauen Wölfe« wurde schon viel diskutiert. Erst vor wenigen Wochen fragte auf Bundesebene die CDU-Abgeordnete Otilie Klein an: »Warum hat Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser trotz wiederholter Ankündigungen, prioritär gegen Rechtsextremismus vorgehen zu wollen, eine der größten rechtsextremen Organisationen in Deutschland, die Grauen Wölfe, bisher nicht verboten, und was hat die Bundesinnenministerin seit ihrer Ankündigung im Februar 2024, Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen zu wollen, gegen die Grauen Wölfe unternommen?«¹ Wie ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage von RECHTS.GESCHEHEN verweist auch die Parlamentarische Staatssekretärin des Innenministeriums Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) in ihrer Antwort an Klein auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Seit mehreren Jahren, antwortet sie, »erfolgt eine nochmals verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber türkischem Rechtsextremismus durch die Bundessicherheitsbehörden«. Das Thema erhielt mehr Aufmerksamkeit, sowohl in den Verfassungsschutzberichten als auch online. Außerdem wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 2023 herausgegeben: »Türkischer Rechtsextremismus – Die Grauen Wölfe in Deutschland: Ideologie, Organisation, Kennzeichen«. Weiter verweist Schwarzelühr-Sutter auf die unermüdliche Aufklärungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): Zum Themenkomplex Graue Wölfe gibt es Videos, Broschüren, Artikel, Podcastfolgen und Diskussionen. Politikerinnen und Politiker in Bund und Ländern werden seit Jahren nicht müde, Kleine Anfragen zu stellen. Ein Verbot gilt jedoch als schwer umsetzbar. »Eine Gesamtorganisation der ‚Grauen Wölfe‘ gibt es im türkischen Rechtsextremismus in Deutschland genauso wenig wie eine entsprechende Gesamtorganisation im deutschen Rechtsextremismus«, beschreibt Schwarzelühr-Sutter das Problem.

Bereits 1980 forderten überwiegend türkische Demonstranten ein Verbot der Grauen Wölfe in Remscheid.

¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012862.pdf>, S. 44.



Im September dieses Jahres fordert die Landtagsfraktion der SPD in Stuttgart ein Verbot des Wolfsgrußes. Aus Sicht des SPD-Fraktionssprechers für Innenpolitik im Landtag, Sascha Binder, steht die Geste für »Hass, Extremismus und Menschenfeindlichkeit«. Ein solches Verbot gilt etwa in Österreich, das den Wolfsgruß 2019 in sein Symbole-Gesetz aufgenommen hat. Wer in Wien den Wolfsgruß zeigt, riskiert demnach eine Geldstrafe von bis zu 20.000 Euro. Bei uns sieht die Rechtslage anders aus: »In Deutschland richtet sich eine mögliche Strafbarkeit für das Verwenden von sogenannten Kennzeichen in der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes sowie des Strafgesetzbuches. Dies setzt bei sogenannten Vereinigungen voraus, dass diese nach dem Vereinsgesetz vollziehbar verboten (dann Strafbarkeit nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 VereinsG) oder unanfechtbar verboten sind (dann Strafbarkeit nach § 86a StGB)«, teilt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums RECHTS.GESCHEHEN mit. Heißt also: Nur den Wolfsgruß verbieten geht nicht.

In Frankreich sind die Grauen Wölfe seit 2020 als Organisation verboten. Schon damals nutzten Journalisten und Politiker dieses Verbot, um die Diskussion auch in Deutschland wieder anzustoßen. In Frankreich gab es 2020 gewalttätige Proteste, in die die Grauen Wölfe verwickelt waren. Der französische Innenminister Gérald Darmanin schrieb damals auf Twitter, dass die Organisation Diskriminierung und Hass schüre und an Gewaltaktionen beteiligt gewesen sei. In Deutschland hingegen kommt die Anhängerschaft der Grauen Wölfe eher im Schafspelz daher. »Sie ist bemüht, sich im Rahmen der deutschen Gesetze zu bewegen, keine Straftaten zu begehen und sich vom politischen Gegner nicht provozieren zu lassen. Nach außen tritt die rassistische und antisemitische Ideologie daher eher durch Aktionen oder Äußerungen einfacher Mitglieder oder lokaler Vereine in Erscheinung«,² schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz über die Wolf-im-Schafspelz-Methode, die auch von anderen extrem rechten Organisationen in Deutschland angewendet wird. Deshalb wird versucht mit Aufklärungsarbeit durch Institutionen auf Bundesebene, wie das BfV und die BpB, die Öffentlichkeit über die Grauen Wölfe aufzuklären. Auch die Landesämter für Verfassungsschutz sind darum bemüht, auf ihren Internetseiten sowohl die Ideologie verständlich zu beschreiben, als auch auf die Gefahren hinzuweisen. Bei der Frage nach einem Verbotsverfahren kommt statt einer Antwort darauf auch vom Sprecher des Bundesinnenministeriums der Verweis auf die Arbeit der Verfassungsschützer: »Der türkische Rechtsextremismus in Deutschland und insbesondere die ‚Grauen Wölfe‘ stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes im Bund und in den Ländern. Hier werden die rechtsstaatlichen Instrumente konsequent genutzt.« Und die rechtsstaatlichen Konsequenzen in Form eines Verbots? »Das Bundesinnenministerium kann sich zu etwaigen Verbotsverfahren grundsätzlich nicht äußern, um mögliche künftige Maßnahmen nicht zu gefährden«, heißt es vom zuständigen Sprecher.

Bereits seit Anfang der 1970er-Jahre tauchen die Grauen Wölfe im Verfassungsschutzbericht des Bundes auf. Damals bestand die Anhängerschaft laut offizieller Angaben insgesamt nur aus 1.600 Personen.³ 1972, drei Jahre nach Gründung der MHP, kam der erste Vorsitzende und Gründer Alparslan Türkeş nach Deutschland, »um neue Mitglieder zu werben«.⁴ Bereits ein Jahr später schreibt das BfV: »Die Agitation türkischer Nationalisten unter den Gastarbeitern aus diesem Lande hat zugenommen.«⁵ Innerhalb eines Jahres war die Zahl der Mitglieder auf 2.000 angestiegen. 1978 wird erstmals der Dachverband ADÜTDF im Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt. Schon damals machten die Grauen Wölfe ihren Kurs klar. Bei einer Veranstaltung in Dortmund im Oktober 1978 sagte ein türkischer Redner: »Ecevit⁶ ist der niedrigste und gemeinste Mörder [...] Wir werden alle Türken niedriger Abstammung ausschalten [...] Wir werden ganz bestimmt Blut vergießen [...] Wer kein Mohammedaner ist, wird erstochen!«⁷

Seit über 50 Jahren haben die Verfassungsschützer die Grauen Wölfe auf dem Schirm. Die Antwort auf die Frage, wie lange das Bundesinnenministerium ein Verbot schon prüft, wäre interessant gewesen. Aus dem Bundesinnenministerium heißt es hierzu leider nur: »Auch zu solchen Fragen eines möglichen Verbotsverfahrens äußern wir uns grundsätzlich nicht.«

2 <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/auslandsbezogener-extremismus/tuerkischer-rechtsextremismus-in-deutschland.html>

3 Verfassungsschutzbericht Bundesamt für Verfassungsschutz 1973, S. 136.

4 Verfassungsschutzbericht Bundesamt für Verfassungsschutz 1972, S. 147.

5 Verfassungsschutzbericht Bundesamt für Verfassungsschutz 1973, S. 136.

6 Mustafa Bülent Ecevit (1925-2006) war Politiker der CHP, einer sozialdemokratischen Partei, und damaliger Ministerpräsident der Türkei.

7 Verfassungsschutzbericht Bundesamt für Verfassungsschutz 1978, S. 167.



Lukas Himmelauf ist freier Journalist und lebt in Karlsruhe.

Ankaras langer Arm reicht bis ins Ländle

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth und Lukas Himmelauf

Die Mitgliedervereine der Dachorganisationen der »Ülkücü-Bewegung« agieren unter dem Deckmantel von örtlichen Kulturvereinen. Sie bieten Sport für Kinder und Jugendliche an und richten interkulturelle Veranstaltungen aus. Die »Grauen Wölfe« werben so neue Mitglieder an und leben ihre rechtsextremen Ideologien nach innen aus. Auch schon mancher aus dem Politikbetrieb ist den türkischen Nationalisten auf den Leim gegangen und ihrer Einladung gefolgt. Später mussten sie dann zähneknirschend erklären, wie es zu dem gemeinsamen Foto und dem Besuch in einem ihrer »Kulturzentren« kam. Tatsächlich ist es nicht einfach zu erkennen, dass ein Verein unter türkisch rechtsextremer Führung steht. Typische Namensbestandteile der rechtsextremen türkischen Vereine sind zum Beispiel »Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein«, »Türkischer Kultur- und Sportverein« oder auch »Türkisches Kulturzentrum«. Damit reihen sie sich diskret in die Vereinslandschaft ein. Andere rechtsextreme Organisationen in Deutschland machen das ebenso – mit Vereinsnamen wie zum Beispiel »Bürger Netzwerk« geben sie ihren radikalen Zusammenschlüssen einen unauffälligen Anstrich. Die Grauen Wölfe haben sich über Jahrzehnte in Deutschland ein Netzwerk aufgebaut, das bis in kleine Hinterhof-Moscheen reicht. Ein Hotspot in Deutschland: Baden-Württemberg.

Politiker in Erklärungsnot

Die Ülkücü-Bewegung, wie die Grauen Wölfe auch genannt werden, ist größtenteils in drei großen Dachorganisationen organisiert. Diese wiederum setzen sich aus hunderten von Ortsvereinen zusammen. Die drei in Deutschland existierenden türkisch-rechtsextremistischen Dachverbände ADÜTDF, ATIB und ANF sind in Baden-Württemberg mit über 40 Ortsvereinen und 2.550 Mitgliedern vertreten. Es gibt mehr Ortsvereine türkischer Rechtsextremer im Land als Baden-Württemberg Landkreise hat. »Damit bildet Baden-Württemberg bundesweit einen Schwerpunkt des türkischen Rechtsextremismus«, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg mit. Einer dieser Vereine ist der in Filderstadt.

Dort, etwas südlich der Landeshauptstadt, ist der SPD-Politiker Nils Schmid im April dieses Jahres unterwegs. Schmid kommt zum SPD-Ortsverein Filderstadt, wo Ines Schmidt damals gerade frisch zur Co-Vorsitzenden gewählt worden war. Beim Fastenbrechen mit dem »Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein« bemüht sich Schmid um ein Foto von Integration und kulturellem Austausch, postet ein Bild auf seinem Facebook-Profil. Später bereut er den Besuch, löscht das Foto und zeigt sich zerknirscht. Es sei ein Fehler gewesen, an dem Fastenbrechen teilzunehmen, sagt er.

Was Schmid offenbar nicht wusste, ist, dass der Verein zur »Föderation der Türkisch-Demokratischen



Blick vom Uhlbergturm in Filderstadt:
Der Skandal um einen Mitgliederverein
der Grauen Wölfe trübt die Idylle.

Idealistenvereine in Deutschland« (ADÜTDF) gehört. Der Verband ist in Baden-Württemberg der mit Abstand größte Zusammenschluss von Vereinen, die den Grauen Wölfen zugeordnet werden. Auf Anfrage teilt das LfV Baden-Württemberg mit: »Die ADÜTDF ist in eine hierarchische Struktur gegliedert, die Deutschland in mehrere ‚Bölge‘ (‚Gebiete‘) unterteilt. In jedem Gebiet gibt es Ortsvereine. Vier dieser ‚Bölge‘ liegen in Baden-Württemberg.« Im Regierungsbezirk Freiburg würden drei ADÜTDF-Mitgliedsvereine existieren. Im Regierungsbezirk Karlsruhe seien es sieben. Im Regierungsbezirk Stuttgart sind dem Landesamt für Verfassungsschutz 18 ADÜTDF-Mitgliedsvereine bekannt. Der Regierungsbezirk Tübingen hat neun. Nicht alle Anhänger der Ülkücü-Bewegung sind in Vereinen organisiert. Das LfV Baden-Württemberg beobachtet, dass der Teil der Ülkücü-Bewegung, der als »unorganisiert« bezeichnet wird – weil er keinem der Dachverbände angehört –, innerhalb des türkischen Rechtsextremismus an Bedeutung gewinnt. Das LfV schreibt, dass dieser überwiegend aus jüngeren Menschen bestehende Teil »durch verbale Aggression, Gewaltbereitschaft und Straftaten auffallen, aber nicht den bekannten Vereinsstrukturen zugeordnet werden können. In diesem Milieu ist eine gesteigerte Waffenaffinität zu beobachten«.

Schmids Fehltritt ist kein Einzelfall. Es gibt zahlreiche Fälle von Politikern, die nach dem Besuch bei deutsch-türkischen Vereinen in Erklärungsnot geraten. Pikant am Fall Schmid ist, dass er sich im Vorfeld der baden-württembergischen Kommunalwahl abspielt. Auf dem Foto sind drei Personen zu sehen, die für die SPD kandidieren. Dass Recherchen der »Welt« aufdecken, dass alle drei den Grauen Wölfen nahestehen, wird für den Ortsverband damals zur Zerreißprobe. Für Ines Schmidt ist es das Ende ihrer kurzen Zeit als Co-Vorsitzende. Sie verlässt den Ortsverband, weil sie nicht damit einverstanden ist, wie der Fall aufgearbeitet wird und welche Konsequenzen gezogen werden. Die Landes-SPD fordert den Rücktritt der drei Betroffenen, doch der SPD-Ortsverband hält an zweien fest. Er veranstaltet eine Pressekonferenz, auf der sie erklären, dass an den Anschuldigungen nichts dran sei, sie keine Verbindungen zu den Grauen Wölfen hätten und ohnehin entschieden gegen Rechtsextremismus seien.

Ines Schmidt reicht das nicht. »Man kann nicht gegen Rechtsextremismus sein, aber sich zugleich in Vereinen engagieren oder in Moscheen gehen, die nachweislich solche Verbindungen haben«, sagt die SPD-Regionalrätin. »Ich mache keinen Unterschied zwischen deutschem und türkischem Rechtsextremismus«, erklärt sie weiter. Beide seien für sie rote Linien. Schmidt sieht keinen Raum für eine Zusammenarbeit mit Personen, die sich nicht klar und deutlich von den Grauen Wölfen distanzieren.

Der Filderstadter Fall zeigt, wie heikel Verbindungen zu den Grauen Wölfen sein können, aber er macht eben auch deutlich, wie deren Einfluss innerhalb der türkischen Community wächst. »Das ist eine Bedrohung, die viele überhaupt nicht auf dem Schirm haben«, sagt Schmidt, die schon seit 30 Jahren in Filderstadt lebt und in Stuttgart aufgewachsen ist. Sich von türkischem Rechtsextremismus abzugrenzen, sei dabei nicht nur Aufgabe der Politik. Auch innerhalb der türkischen Community müsse es dafür ein Bewusstsein geben, unterstreicht Ines Schmidt. Sie kennt Türkinnen und Türken, die darauf achten, in welche Moschee sie gehen. Wer weder in eine AKP-nahe, noch

in eine mit den Wölfen verbundene Moschee gehen will, müsse dann eben manchmal längere Anfahrtswege in Kauf nehmen. »Ich kenne Muslime, die fahren deshalb in den nächsten Ort zur Moschee«, sagt Schmidt. Und das erwarte sie eben auch, wenn man es ernst meine mit dem Abgrenzen vom türkischen Rechtsextremismus.

Ankaras Einfluss im Ländle

Die Rechtsextremen aus der Türkei versuchen kontinuierlich ihren Einfluss in Deutschland auszubauen. Dafür zuständig ist unter anderem die türkische Lobbyorganisation UID. Die »Union Internationaler Demokraten« schreibt sich die Förderung von Integration auf die Fahnen und spricht von politischem und gesellschaftlichem Engagement. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beschreibt die UID hingegen so: »Tatsächlich ist sie jedoch keinesfalls eine unabhängige Interessenvertretung türkischer Migranten, sondern eine regierungsnaher Vorfeldorganisation der AKP, die im Sinne der türkischen Regierungspartei Lobbyismus betreibt.« Auch alle drei türkisch-rechtsextremen Dachverbände ADÜTDF, ATİB und ANF rufen ihre Mitglieder dazu auf, sich in Parteien zu engagieren, »um dort ihre türkisch-nationalistischen Interessen in den politischen Prozess einzubringen«. Es gehe dabei vor allem darum, Nähe zu deutschen Verbänden und Parteien herzustellen, dadurch gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen und den eigenen Einfluss zu stärken.

2021 bekommt die UID einen neuen Vorsitzenden, Köksal Kuş. Die Ernennung schlug hohe Wellen, Kuş war im Grauen-Wölfe-Verband ADÜTDF tätig. Als UID-Vorsitzender kam Kuş auch nach Karlsruhe, als 2021 in der Fächerstadt ein lokaler UID-Ableger gegründet wurde. Wie viele andere UID-Gruppen im Land, betreiben auch die Karlsruher einen Instagram-Kanal, auf dem sie etwa für einen Auftritt von Abdurrahman Uzun werben. Uzun kann man als erfolgreichen rechtsreligiösen türkischen Influencer bezeichnen. In der Türkei ist er für »antisemitische Hetze« und »türkisch-islamistische Großmachtfantasien bekannt«, wie die Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut schreibt, die im vergangenen Oktober aufgrund seiner Auftritte in Deutschland eine Anfrage an die Bundesregierung stellte.

Während der Fußball-EM dieses Jahres meldet sich Kuş zu Wort, der inzwischen an der UID-Spitze abgelöst worden war. Er verbreitet einen Beitrag des türkischen Politikwissenschaftlers Enes Bayraklı, der den Wolfsgruß im Stadion als »Zeichen der Freude« verharmlost und den Kritikern »Turkophobie« und »wahren Rassismus« vorwirft. Die Kanäle der UID-Ableger fallen immer wieder durch Posts auf, die sich auf die Ülkücü-Bewegung beziehen. Der Kanal »UID Baden« wurde im September vorübergehend eingeschränkt. Wer die Seite besuchen wollte, bekam zunächst eine Warnung angezeigt, »weil die Person möglicherweise unsere Regeln verletzt hat«, wie es Instagram formuliert. Auf dem Kanal »uidyouth.baden« wird etwa an Muhsin Yazıcıoğlu erinnert, auch er ist einer der ideologischen Vordenker der Ülkücü-Bewegung. Wie MHP-Gründer Alparslan Türkeş gründete auch Yazıcıoğlu 1993 eine Partei. Die »Büyük Birlik Partisi« (BBP), die »Partei der Großen Einheit«, gilt als islamistisch-nationalistisch und rechtsextrem. Als verlängerter Arm nach Deutschland dient die Dachorganisation »Föderation der Weltordnung in Europa« (»Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu«), kurz ANF, sie ist nach einer Abspaltung der ADÜTDF entstanden. Laut LfV Baden-Württemberg gibt es im Regierungsbezirk Karlsruhe einen ANF-Mitgliedsverein. Im Regierungsbezirk Stuttgart sind ihnen zwei ANF-Mitgliedsvereine bekannt. Neben den beiden oben genannten rechnet das BfV auch die »ATİB – Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.« der Ülkücü-Bewegung zu. Laut Angaben auf ihrer Homepage ist ATİB als gemeinnütziger Verein anerkannt. Außerdem ist ATİB Mitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD).

Immer den Schein wahren

Im Gegensatz zu den Anhängern der Grauen Wölfe in den sozialen Medien hört man aus den Dachverbänden wenig in der Öffentlichkeit. »Die Verbände zeigen sich in ihrer Außendarstellung um ein gemäßigtes und unauffälliges Auftreten bemüht. Von ihnen organisierte Veranstaltungen in Bereichen wie Sport, Musik, Kultur etc. haben nach außen hin keinen extremistischen Charakter«, schreibt das BfV. Auch in Baden-Württemberg verhalten sich die Verantwortlichen der Dachverbände der Ülkücü-Bewegung in der Öffentlichkeit zurückhaltend. Der Extremismus werde vielmehr innerhalb der Vereine ausgelebt, womit eine Grundlage für die weitere Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie geschaffen wird, warnt das LfV Baden-Württemberg.

* Foto Marek Śliwecki, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bild_vom_Uhlbergturm.jpg / <https://creativecommons.org/share-your-work/licensing-considerations/compatible-licenses>.

Eine weitere Form des Rechtsextremismus in der Türkei

Türkischer Amok-Neonazi mit NS-Symbol

Anschläge von Islamisten und Kurden ereignen sich immer wieder in der Türkei. Ein Vorfall wie der folgende ist bislang einzigartig: Der 18-jährige türkische Rechtsextremist Arda K. hat am 12. August im westtürkischen Eskişehir in der Nähe einer Moschee auf Menschen eingestochen und mehrere von ihnen verletzt. Auf der Brust trug der mit einer Sturmhaube mit Totenkopfmuster, einem Helm und einer Tarnhose gekleidete Täter das Symbol der »Schwarzen Sonne«. Die Schwarze Sonne ist in den 1990er-Jahren zu einem Ersatzsymbol für das verbotene Hakenkreuz (das als Chiffre für den Nationalsozialismus steht) geworden.

Sie ist zwischenzeitlich eines der häufigsten Symbole des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik und stiftet auch internationale Verbindung. Im Bekennerschreiben des rechtsextremen Attentäters von Christchurch (Neuseeland) ist die Schwarze Sonne eng verzahnt mit »ethnopluralistischen« Diskursen der Neuen Rechten und dem verschwörungsmithischen Narrativ vom »Großen Austausch«.

Die Tat übertrug Arda K. live auf X. Im Manifest »Mass Cleaner« des Täters ist auf dem Titelbild das Symbol der Schutzstaffel (SS) zu sehen. In dem Manifest bezeichnet sich K. selbst als Sympathisant der Nationalsozialisten und lobt Anders Breivik. Arda K. soll während der Vernehmung zugegeben haben, dass er von einer Person beeinflusst wurde, die auf der Gaming-Plattform »Steam« unter dem Pseudonym »Fjotolf Hansen« auftrat: Diesen Namen trägt seit 2017 der norwegische Massenmörder Anders Breivik. Er hatte den Namen Fjotolf Hansen schon einmal im Zusammenhang mit einer Firma genutzt, die er 2009 angemeldet hatte. Damals hatte Breivik eine Firma für Gemüseanbau, die »Breivik Geofarm«, als Tarnung genutzt, um unauffällig große Mengen



»Schwarze Sonne«

Screenshot zdf.de/funk/rayk-anders-884/funk-schwarze-sonne-nazi-tattoo-in-cdu-sachsen-anhalt-100.html

Kunstdünger zu erwerben – ein Grundstoff für die Herstellung von Sprengmittel für den Bombenbau. Mit dem Sprengsatz, den er am 22. Juli 2011 im Osloer Regierungsviertel zündete, tötete er acht Menschen. Danach fuhr Breivik auf die Insel Utøya und erschoss dort 69 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Jugendcamps der sozialdemokratischen Partei Norwegens. Die meisten seiner Opfer waren Kinder und Jugendliche.

A.M.

Ismail Küpeli ist Politikwissenschaftler. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum im Projekt „Dersim 1937/38“ beschäftigt er sich mit Nationalismus, Staatlichkeit und politischer Gewalt. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit sind Rassismus und Antisemitismus. Seine Dissertation „Die kurdische Frage in der Türkei: Über die gewaltsame Durchsetzung von Nationalstaatlichkeit“ erschien im Juni 2022 (Transcript Verlag).

RECHTS.GESCHEHEN im Gespräch mit Ismail Küpeli



Felix Huesmann

Die »Grauen Wölfe« sind die mitgliederstärkste rechtsextreme Gruppierung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Großteil der Mitglieder ist in Vereinsstrukturen organisiert. In Frankreich sind die Grauen Wölfe seit 2020 verboten. In Österreich ist ihr Erkennungszeichen, der »Wolfsgruß«, verboten. In Deutschland liegt seit 2020 ein Auftrag an die Bundesregierung auf Verbotprüfung vor. Haben Sie eine Erklärung, warum sich das Innenministerium mit einer Entscheidung so schwer tut?

Nach meiner Ansicht sind die Grauen Wölfe nach der AfD, die inzwischen als gesichert rechtsextrem gilt, die zweitgrößte rechtsextreme Gruppierung in der Bundesrepublik. Davon unabhängig lässt sich die Frage, warum das Bundesinnenministerium seit vielen Jahren die Verbotprüfung faktisch verschleppt, inhaltlich nicht beantworten. Es gibt inzwischen genug Kenntnisse über die demokratiefeindliche Ideologie der Grauen Wölfe, und auch die Taten der gewalttätigen Teile der Bewegung sind bekannt.

Welche Folgen hätte ein Verbot bezüglich der deutsch-türkischen Beziehungen?

Wir müssen uns bewusst machen, dass die Grauen Wölfe Teil des türkischen Regierungsblocks sind. Seit 2015 arbeitet die Regierungspartei AKP mit der MHP zusammen, wodurch die Grauen Wölfe sich im Staatsapparat tief verankern konnten. Ein Verbot der Grauen Wölfe durch die Bundesrepublik würde die Beziehungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik stark beschädigen. Es ist zu vermuten, dass die Bundesregierung die Verbotprüfung daher nicht vollzieht.

Befürchten Sie, dass ein Verbot das Abtauchen von Vereinsstrukturen/Aktivitäten in den Untergrund und eine Radikalisierung der Grauen Wölfe zur Folge hätte?

Ein Teil der Bewegung ist bereits heute nicht öffentlich organisiert, sondern in informellen Vernetzungen und Strukturen, die der Organisierten Kriminalität (OK) ähneln. So ist auch davon auszugehen, dass die ehemaligen Mitglieder von »Osmanen Germania« und »Turan e. V.« sich in solchen Formen organisieren. Aber davon abgesehen: Ja, ein Verbot bringt auch gewisse Risiken mit sich, ist aber insgesamt doch zu befürworten.

Antisemitismus ist prägendes Element der Ideologie der »Ülkücü«-Bewegung. Würden Sie sagen, dass sich seit dem 7. Oktober die Bedrohungslage für Jüdinnen und Juden durch die Grauen Wölfe in Deutschland weiter verschlechtert hat?

Wir erleben seit dem 7. Oktober, dass aggressiver Antisemitismus insgesamt viel stärker geworden ist. Für die Grauen Wölfe eröffnet diese Situation sehr viele Möglichkeiten, breite Allianzen auch jenseits des rechten Lagers zu schließen. Sie werden auch vom vermeintlich linken Teil der anti-israelischen Mobilisierung kaum noch kritisiert.

Die »Informationsstelle Antikurdischer Rassismus (IAKR)« spricht von einem »beunruhigenden Anstieg« des antikurdischen Rassismus. In einem offenen Brief fordert der Verein im Juni dieses Jahres ein Verbot der Grauen Wölfe. Beobachten auch Sie eine Zunahme der Gefahr für Kurdinnen und Kurden in Deutschland?

Bisher haben wir nicht genug Daten, um einen solchen Anstieg empirisch nachzuweisen. Allerdings ist der antikurdische Rassismus eine tragende Säule der Graue-Wölfe-Ideologie, und das Fehlen von Maßnahmen gegen die Grauen Wölfe bedeutet auch, dass sie den antikurdischen Rassismus weiterhin ausleben können.

Wie würden Sie die Beziehungen zwischen der »DITIB – Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.« und den Dachverbänden, in denen die Mitgliedsvereine der Grauen Wölfe in Deutschland organisiert sind, beschreiben?

DITIB als Moscheedachverband untersteht ja bekanntlich der türkischen Religionsbehörde »Diyanet«, die wiederum direkt dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan untersteht. Entsprechend der Zusammenarbeit von Erdoğan und seiner AKP in der Türkei mit der MHP, der Partei der Grauen Wölfe, sind auch die Beziehungen zwischen DITIB und »Türk Federasyon«, dem Moscheeverband der Grauen Wölfe, sehr gut.

Wie rekrutieren die Grauen Wölfe Nachwuchs?

Wir wissen inzwischen, dass insbesondere junge Männer über die Sportvereine rekrutiert und radikalisiert werden. Gerade die jungen Männer spielen eine wichtige Rolle bei der Gewalt gegen die Feinde der Grauen Wölfe in Deutschland, wie etwa linke kurdische Organisationen.

Die »DITIB-Akademie« fördert jährlich 1.500 Studierende. Dabei erhalten die Studierenden nicht nur Geld, sondern auch eine »ideelle Förderung« durch Bildungsreisen, Schulungen und Ähnliches. Die DITIB bildet, mit Programmen wie der DITIB-Akademie, in Deutschland auch Imame aus, die direkt vom türkischen Staat bezahlt werden. Würden Sie sagen, dass die Politik die Einflussnahme aus der Türkei auf die Bildung junger Erwachsener in Deutschland beschränken sollte?

Insgesamt sind die Struktur und das Konzept der DITIB als ein Moscheeverband mit politischer Steuerung durch die türkische Regierung nicht im Sinne einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft in der Bundesrepublik. Und ja, hier wäre eine Beschränkung dieser politischen Steuerung und Einflussnahme sehr sinnvoll.

Gibt es in der türkischstämmigen Community auch rechtsextreme Strukturen außerhalb der Grauen Wölfe?

Gerade in den letzten Jahren beobachten wir neue Phänomene, wie etwa die Beteiligung von rechten türkeistämmigen Personen in der rechtsoffenen Coronaleugner-Bewegung oder auch die Entstehung von einer osmanischen Reichsbürgerszene. Wir müssen hier also genau hinschauen, aber die bei Weitem wichtigste türkischstämmige rechtsextreme Bewegung sind und bleiben die Grauen Wölfe.

Das Gespräch führten Anton Maegerle und Linda Roth.

Aus dem Ländle

PD Dr. Rolf Frankenger ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen. Er forscht zu Rechtsextremismus, Politischen Kulturen und Lebenswelten sowie zu Demokratie und Autokratie.

Bjarne Pfau M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Kartografie und Geoinformationssystemen.

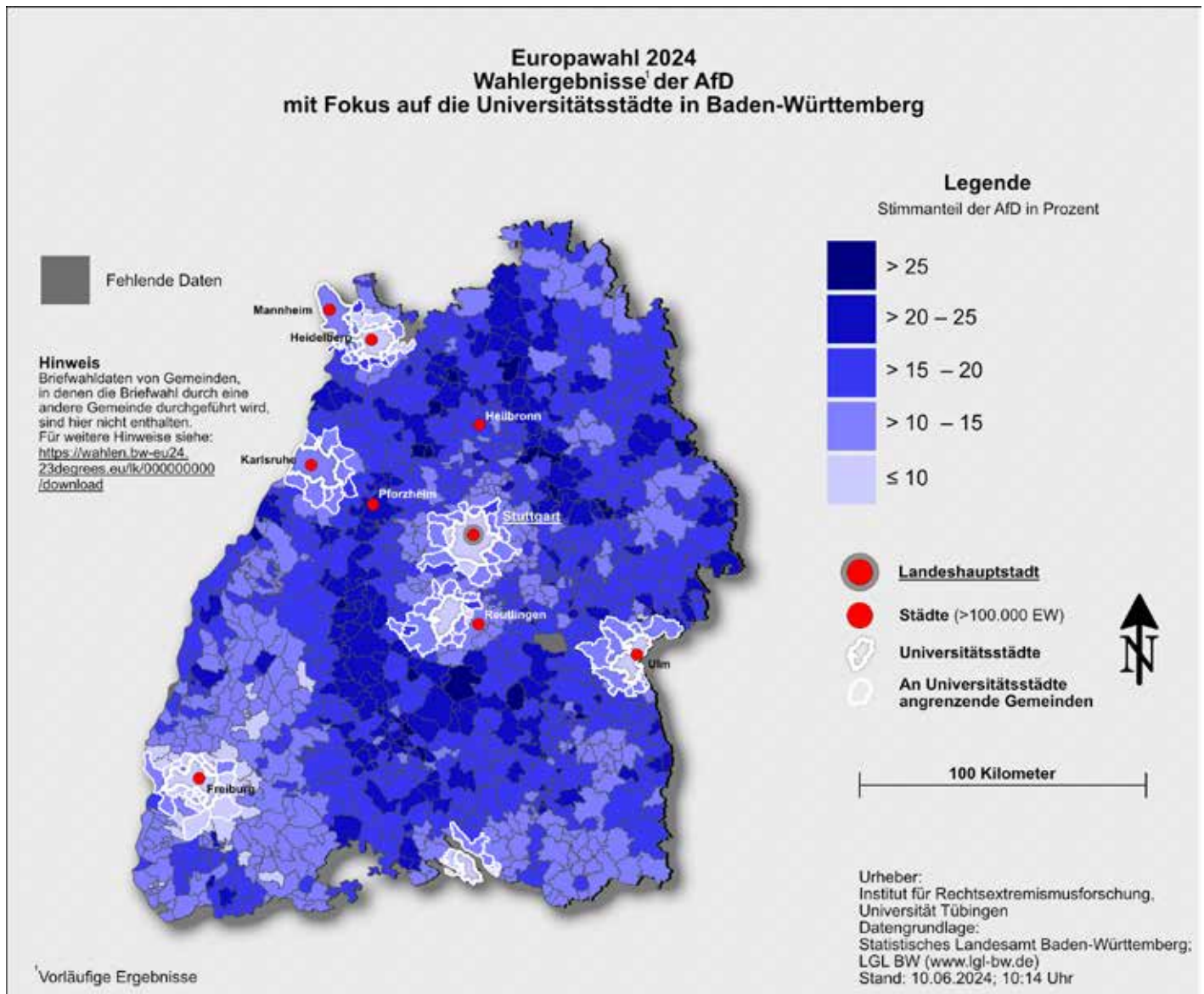
Stadt, Land, Pforzheim? Eine Analyse der jüngsten Wahlergebnisse der AfD in Baden-Württemberg

Von Rolf Frankenger und Bjarne Pfau

Am 9. Juni 2024 fanden in Baden-Württemberg Wahlen zum Europäischen Parlament und Kommunalwahlen statt. Dabei wurden in den 35 Land- und neun Stadtkreisen die Kreistage und in allen 1.101 Gemeinden die Stadt- und Gemeinderäte neu gewählt. Von besonderem Interesse war dabei im Vorfeld, ob es durch Erfolge der extrem rechten, in weiten Teilen offen völkisch-nationalistischen und vom Bundesamt für Verfassungsschutz gerichtsfest als rechtsextremistischer Ver-

Abbildung 1

Wahlergebnisse der AfD bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 auf Gemeindeebene



dachtsfall eingestuften Partei »Alternative für Deutschland« (AfD)¹ zu einem Rechtsruck kommen würde. Die Ergebnisse zeigen: ja, aber. Denn die AfD war regional sehr unterschiedlich erfolgreich. Es zeigen sich räumliche Muster, die als Gegensatz zwischen dem Urbanen und dem Ruralen verlaufen. Dass die Stadt Pforzheim, eine der Hochburgen der AfD in Baden-Württemberg, nur vermeintlich ein Ausreißer ist, zeigen wir anhand einer genaueren Aufschlüsselung der Wahlergebnisse. Hinzu kommen historische und lokale Besonderheiten, die erklären können, warum in Pforzheim – auch historisch – so stark rechts gewählt wird.

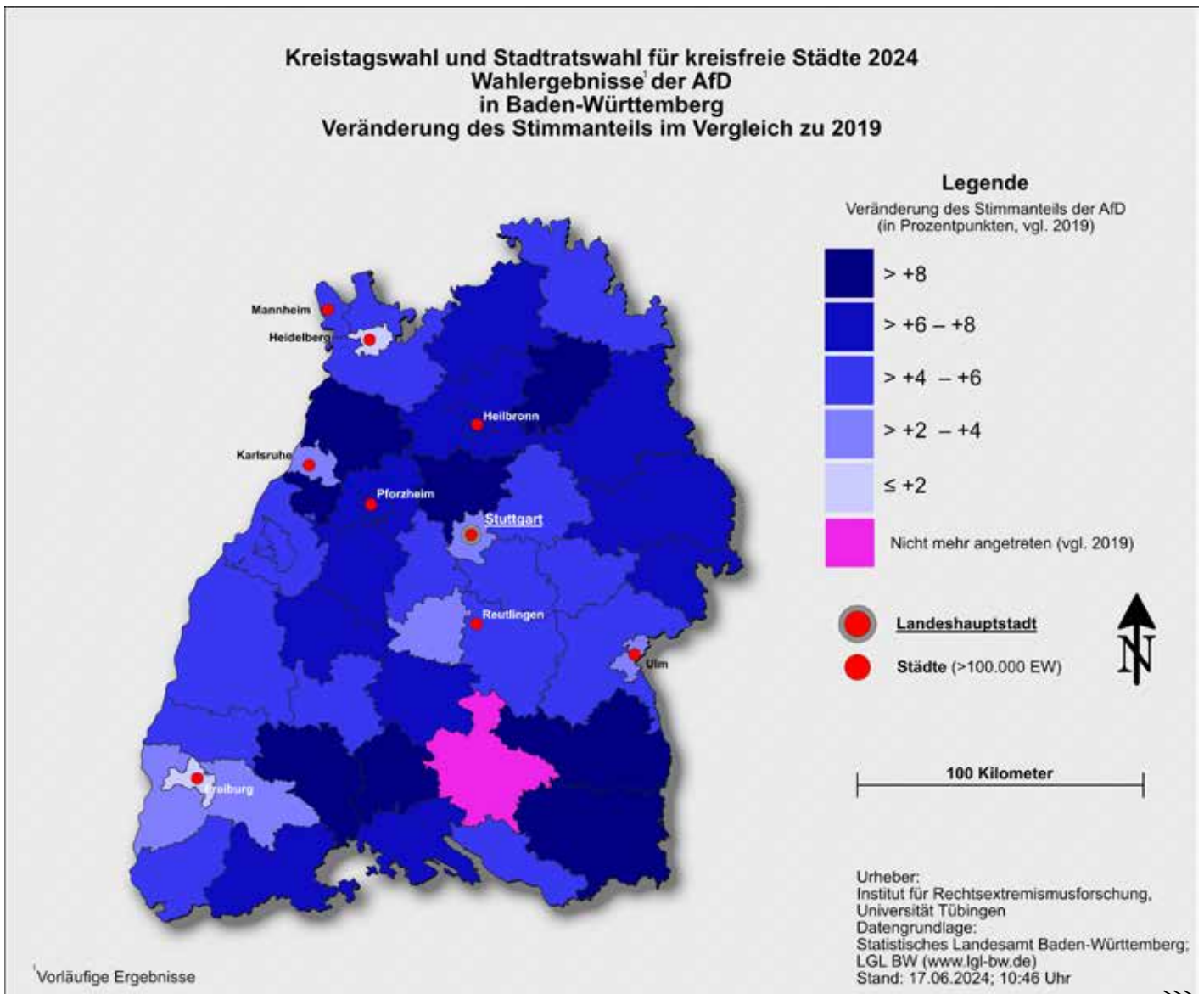
Wahlen zum Europäischen Parlament

Bundesweit kam die AfD bei den Europawahlen auf 15,9 % (+4,9 Prozentpunkte) und eroberte 15 Mandate für das EU-Parlament.² Sie ist damit neben dem »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW) (+6,2 Prozentpunkte) und der CDU/CSU (30 %, +1,2 Prozentpunkte) Gewinnerin der Wahlen. In Baden-Württemberg kam die AfD auf 14,7 % (+ 4,7 Prozentpunkte) und lag 1,2 Prozentpunkte unter dem Bundesergebnis. Die AfD legte in allen Kommunen außer in Ibach (Kreis Waldshut, -2,83 Prozentpunkte) zu. In Spiegelberg (Rems-Murr-Kreis) wurde sie mit 29,7 % stärkste Kraft. Bündnis 90/Die Grünen büßte hingegen in allen Kommunen Stimmen ein und verlor in der Fläche ihre Bedeutung.

Abbildung 2

Wahlergebnisse der AfD bei den Kommunalwahlen 2024: Kreise und kreisfreie Städte

1 Vgl. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aktenzeichen: 5 A 1216/22, 5 A 1217/22, 5 A 1218/22.
 2 Quelle: Die Bundeswahlleiterin.



Die AfD-Ergebnisse weisen starke räumliche Unterschiede auf, wie Abbildung 1 illustriert. Auffällig ist, dass sie in den großen urbanen, universitär und global geprägten Zentren und deren Umland kaum Erfolge aufweisen kann, während sie in eher ländlichen Regionen – aber auch Städten wie Pforzheim und Heilbronn – zum Teil weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen konnte.

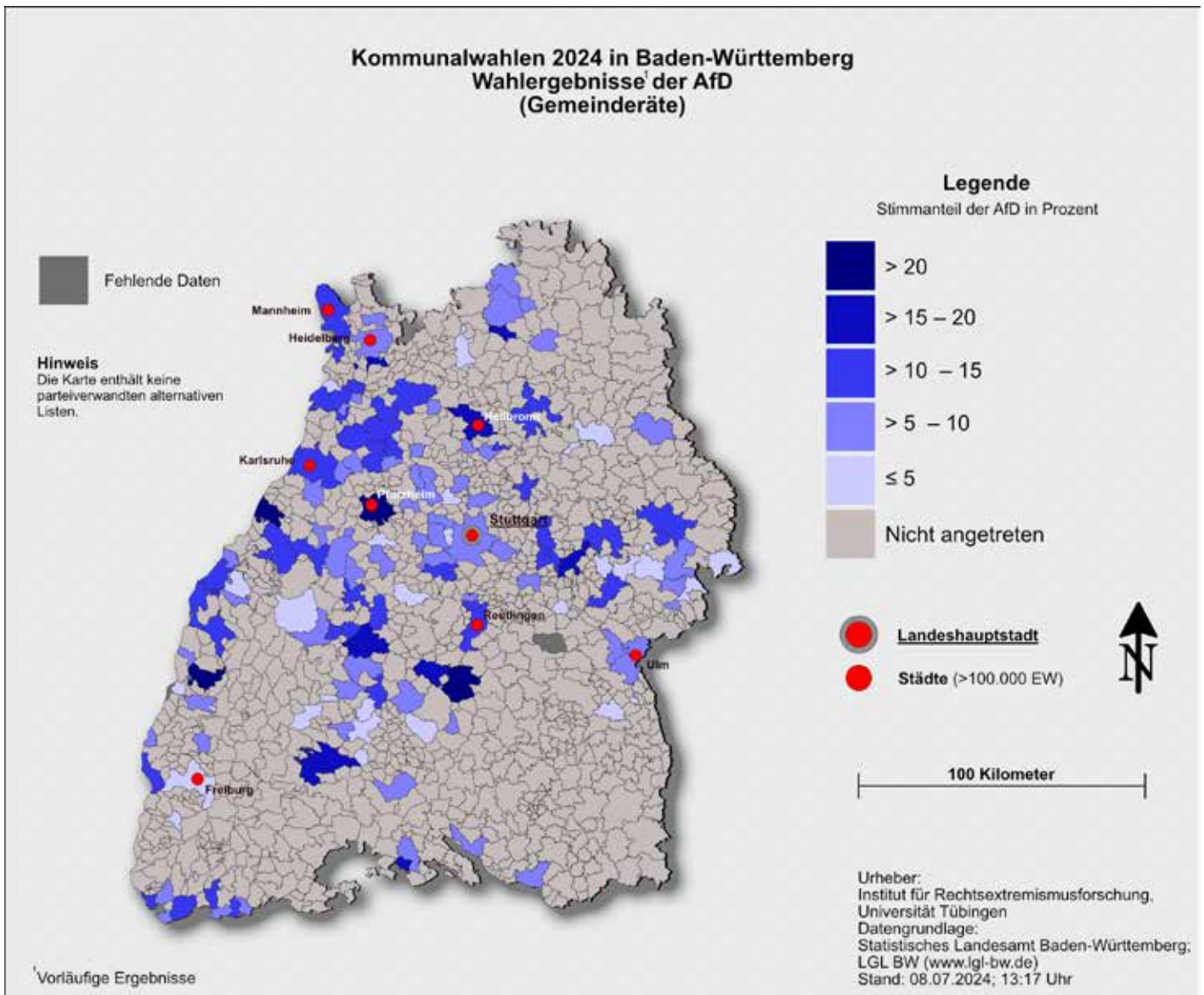
Kreistagswahlen

Bei den Kommunalwahlen 2024 in Baden-Württemberg gewann die AfD in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen sie antrat, Stimmen hinzu. Ihre besten Ergebnisse konnte die AfD in den vom industriellen Strukturwandel der letzten Jahrzehnte stark betroffenen kreisfreien Städten Pforzheim (21,98 %) und Heilbronn (15,93 %) sowie dem ländlich geprägten Zollernalbkreis (16,04 %) erzielen. Mit 21,98 % in Pforzheim gelang es der AfD erstmals, in einem Stadtkreis die stärkste Kraft zu stellen. Die stärksten Gewinne hatte die AfD in Ravensburg (beim erstmaligen Antreten 9,73 %), Tuttlingen (+ 9,07 Prozentpunkte auf 12,36 %) sowie Ludwigburg (+8,79 Prozentpunkte auf 11,8 %) zu verzeichnen.

Es sind hingegen vor allem die Universitätsstädte Freiburg (4,54 %), Ulm (5,13 %), Heidelberg (7,55 %) sowie ihr Umland (insbesondere der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit 7,57 %) und der universitär geprägte Landkreis Tübingen (4,56 %), in denen die AfD nur schwachen Anklang fand.

Abbildung 3

Ergebnisse der AfD bei den Gemeinderatswahlen 2024



Gemeinderatswahlen

Bei den Gemeinderatswahlen gelang es der AfD nicht, flächendeckend anzutreten. Sie trat nur in 137 der 1.101 Gemeinden (12,4 %) mit eigenen Listen an. Von diesen waren nur sieben vollständig, etwa in den kreisfreien Städten Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim. In einigen Gemeinden trat sie im Unterschied zu 2019 nicht mehr an. Dies zeigt das massive Rekrutierungs- und Akzeptanzproblem der AfD vor Ort, wenn es um mehr geht, als allein eine Stimme abzugeben.

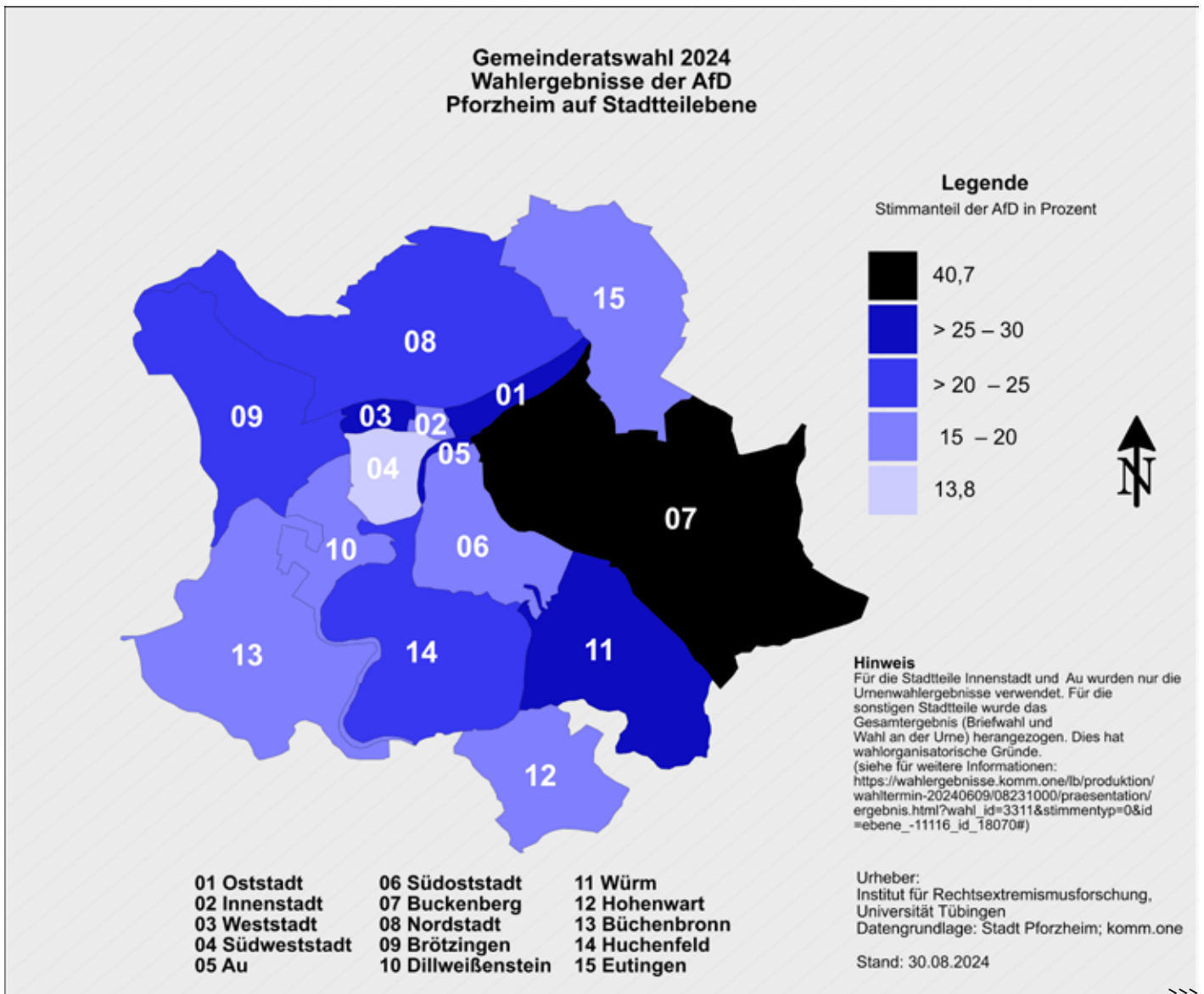
In 54 der 58 Gemeinden, in denen die AfD sowohl 2019 als auch 2024 angetreten war, legte sie zwischen 0,29 und 12,04 Prozentpunkten zu. In vier Gemeinden verlor sie Stimmenanteile. In den 79 Gemeinden, in denen sie neu angetreten war, erzielte sie sehr unterschiedliche Ergebnisse zwischen 1,55 und 17,03 %. Mit jeweils über 20% sind Lahr/Schwarzwald (20,06 %), Rastatt (20,61 %), Pforzheim (21,98 %) und Burladingen (22,55 %) die »AfD-Hochburgen« unter den Kommunen.

Räumliche Muster und deren Erklärung

Die Wahlergebnisse (nicht nur) der AfD bei den Europa- und Kommunalwahlen weisen – wie auch schon die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2021 – deutlich erkennbare räumliche Muster auf. Eine mögliche Erklärung bieten Strukturdaten (vgl. Fröhlich, Frankenberger und Endreß 2024). Für Baden-Württemberg erklären diese jedoch nur zwischen 20 und 25 % der Varianz, auch wenn Siedlungsdichte, Ausländer*innenanteil oder Akademisierungsgrad erklärungskräftig sind.

Abbildung 4a

Wahlergebnisse der Gemeinderatswahl 2024 in Pforzheim



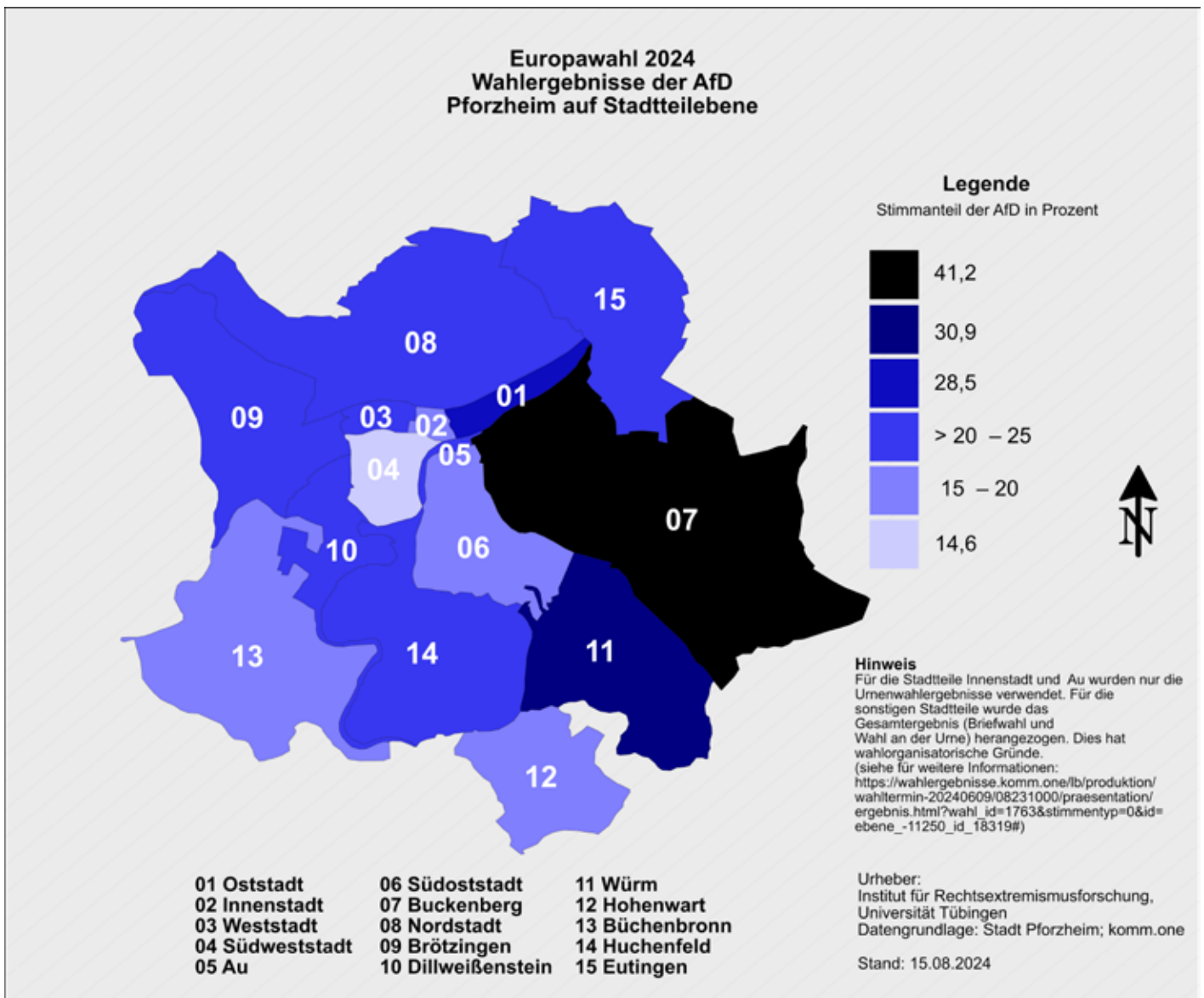


Abbildung 4b

Wahlergebnisse der Europawahl 2024 in Pforzheim

Die Befunde verweisen auf weitere Erklärungsfaktoren wie lokale und regionale Produktions-, Kultur-, Denk- und Einstellungsmuster. Diese lassen sich in der Unterscheidung zwischen »Urbanem« und »Ruralem« fassen (vgl. Frankenberger, Endreß und Fröhlich 2024; Förtner et al 2019). Das Urbane wird dabei mit Belina (2022) als soziales Verhältnis der »Zentralität« verstanden, während das Rurale durch »Peripherie« (Lebeuvre 2013) geprägt ist.

Zentralität meint das Aufeinandertreffen verschiedener Dinge und Ereignisse, das zu alltäglichen Differenzenerfahrungen führt, während Peripherie eher als Kontinuität, Homogenität und Einfachheit erfahren wird. Beide sind unabhängig von der konkreten Siedlungsform an unterschiedlichen Orten zu finden, wodurch auch kleinräumliches Aufeinandertreffen von Urbanem und Ruralem existiert. Es entstehen Hybride (Kühne 2016).

Vielfältigkeit, Uneindeutigkeit und zuweilen auch Unvereinbarkeiten gesellschaftlicher Praktiken werden unter diesen Bedingungen zum Normalzustand. Dies zeigt sich etwa, wenn urbane Lebensweisen und -entwürfe wie Wohngemeinschaften, alternative Familienformen, nicht-binäre Identität oder gelebte räumliche und digitale Mobilität vermehrt auf rurale Entwürfe wie die klassische Familie und traditionale »Verwurzelung« treffen. Dies kann sowohl in Städten als auch in ländlichen Räumen geschehen.

Dort, wo das Urbane und das Rurale sich gegenseitig in Frage stellen, entstehen Konfliktpotentiale. Konflikte treten dann auf, wenn zuvor rurale Räume starken Urbanisierungsprozessen ausgesetzt sind und dies als Verdrängung des Ruralen wahrgenommen wird. Extrem rechte Parteien nutzen

und politisieren diese Potentiale, indem sie Bedrohungen des ‚Eigenen‘, des ‚Traditionellen‘, des ‚Ländlichen‘ konstruieren. Das Globale, Urbane, Plurale wird so zu einem Feindbild konstruiert (vgl. Frankenberger et al. 2024). Die aktuellen Wahlergebnisse insbesondere in und um die Universitätsstädte zeigen deutlich, dass die AfD mit dieser Politisierung im Urbanen kaum, im Ruralen aber sehr erfolgreich ist (vgl. Abb. 1).

Pforzheim – (k)ein Ausreißer?

Eine der Hochburgen der AfD in Baden-Württemberg ist Pforzheim. Bei den Landtagswahlen 2016 und 2021 erreichte die AfD mit 25,2 respektive 16,4 % (landesweit 15,1 bzw. 9,7 %) weit überdurchschnittliche Ergebnisse. Gleiches gilt für die Bundestagswahlen 2017 (21,8 % vs. 12,6 % im Bund) und 2021 (21,2 % vs. 10,3 % im Bund) sowie die Europawahlen 2014 (14,5 %), 2019 (17,7 %) und 2024 (23,3 %). Bei den Gemeinderatswahlen wurde die AfD mit 22,0 % die stärkste Kraft.

Wie lassen sich diese Ergebnisse erklären? Mit knapp 129.000 Einwohner*innen ist Pforzheim die achtgrößte Stadt in Baden-Württemberg und damit ähnlich groß wie Ulm, Heilbronn oder Reutlingen. Die Siedlungsstruktur ist mit einem Anteil von 23,53 % Siedlungsfläche (im Land: 10,13 %) und 1.281 Einwohnern pro km² (331,24) vergleichsweise stark urbanisiert. Die Steuereinnahmekraft liegt mit 1.523 € je Einwohner*in über dem Landesmittel (1494 €) und bei zentralen Infrastrukturvariablen wie ÖPNV, Internetanbindung oder medizinischer Grundversorgung schneidet Pforzheim deutlich besser ab als der Landesdurchschnitt (Quellen: Statistisches Landesamt, Mikrozensus). Diese Strukturvariablen würden ein eher niedrigeres Ergebnis für die AfD nahelegen. Gleichzeitig hat Pforzheim einen negativen Wanderungssaldo von -2,98 (+3,69) und einen Ausländeranteil von 30,1 % (13,09 %). Der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung ist mit 5,15 % mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (2,40 %) und die Verschuldung ist mit 2.255 € pro Kopf mehr als doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt (974 €). Diese Variablen deuten auf einen eher höheren AfD-Anteil hin. Auf der Basis dieser Strukturvariablen lassen sich die weit über dem Landesschnitt liegenden Wahlergebnisse der AfD also nur bedingt erklären.

Allerdings zeigen sich durchaus Hinweise auf Gegensätze zwischen Urbanem und Ruralem. Pforzheim ist vergleichsweise stark industrialisiert, aber gleichzeitig stark vom industriellen Strukturwandel betroffen, der zu einer Schrumpfung der industriellen Arbeitsplätze beigetragen hat. Zudem weist es eine unterdurchschnittliche Akademiker*innenquote und eine heterogene Siedlungsstruktur auf. Weitere lokale Faktoren wie Einstellungsmuster oder historische Erfahrungen würden sich anbieten.

Betrachtet man die Europawahl-Ergebnisse in Pforzheim auf der Basis der Stadtteile, so zeigen sich interessante Unterschiede, die in eine ähnliche Richtung weisen. Es sind vor allem die Stadtteile Buckenberg (49,2 %) und Würm (36,5 %) sowie die Oststadt (31,8 %), Nordstadt (29,5 %) und Huchenfeld (29,4 %), in denen die AfD besonders erfolgreich ist. Ganz ähnlich sehen die Ergebnisse für die Gemeinderatswahlen aus. Gerade Buckenberg ist – auch durch den hohen Anteil an Spätaussiedlern – geprägt durch traditionale, konservative und extrem rechte Einstellungen. Würm und Huchenfeld sind stärker rural geprägt, während etwa die Südweststadt und die Innenstadt deutlich urbaner und migrantischer geprägt sind. Insofern bestätigt die Binnendifferenzierung der Wahlergebnisse die These vom Gegensatz zwischen Urbanem und Ruralem eher, als dass sie sie widerlegen würde.

Fazit

Die Erfolge der AfD bei den Europa- und Kommunalwahlen folgen weitgehend räumlichen Mustern, in denen die Gegensätze zwischen Urbanem und Ruralem zum Ausdruck kommen. Vermeintliche Ausnahmen wie die Stadt Pforzheim offenbaren bei kleinräumlicher Betrachtung zweierlei. Erstens finden sich auch hier diese Gegensätze und zweitens verweisen die Befunde darauf, dass lokale Geschichte ebenso wie aktuelle lokale Ereignisse die skizzierten Unterschiede überformen, verstärken oder abschwächen können.

Der folgende Beitrag von Anton Maegerle und Wolfgang Zimmermann greift die lokale Perspektive auf und fügt der räumlichen Analyse lokale historische, soziale und kulturelle Mosaiksteine hinzu, ohne die die Erfolge extrem rechter Parteien wie der AfD nicht gänzlich erklärt werden können.

Literatur:

Belina, Bernd. 2022. Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre, in: Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript Verlag, S. 49-65.

Förtner, Maximilian, Bernd Belina und Matthias Naumann. 2019. Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung, in: Suburban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung (Band 7, Heft 1/2), S. 23–44.

Frankenberger, Rolf, Lena Hinz, Olaf Kühne, Bjarne Pfau und Emilia Schmid. 2024. Raumkonstruktionen extrem rechter Parteien in Deutschland. Eine explorative Studie. Wiesbaden: Springer VS.

Frankenberger, Rolf, Sven Endreß und Tim Fröhlich. 2024. Stadt im Kopf. Wie Wahlmuster anhand von ruralen und Urbanen Räumen und Einstellungen erklärt werden können. Tübingen: IReX; <https://tinyurl.com/292xuevy>

Fröhlich, Tim, Rolf Frankenberger und Sven Endreß. 2024. Erfolge der AfD auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Was kann man mit Strukturdaten erklären. Tübingen: IReX; <https://tinyurl.com/4wcnbydf>

Kühne, Olaf. 2016. Transformation, Hybridisierung, Streben nach Eindeutigkeit und Urbanizing former Suburbs (URFSURBS): Entwicklungen postmoderner Stadtlandhybride in Südkalifornien und in Altindustrieräumen Mitteleuropas – Beobachtungen aus der Perspektive sozialkonstruktivistischer Landschaftsforschung, in: StadtLandschaften. Die neue Hybridität von Stadt und Land. Hybride Metropolen. Wiesbaden: Springer VS. S. 13–36.

Lefebvre, Henri. 2013. From the City to urban Society, in: Planetary Urbanization. JO-VIS. S. 36–51.

Mosaiksplitter zur extremen Rechten in Pforzheim

Von unseren Redaktionsmitgliedern Anton Maegerle und Wolfgang Zimmermann

Die aktuellen hohen Wahlergebnisse für die AfD in Pforzheim stehen nicht singulär in der Stadtgeschichte. Extrem rechte Parteien prägen seit Langem das gesellschaftspolitische Klima der Stadt mit. Bei der Reichstagswahl 1933 erzielte die NSDAP in Pforzheim die absolute Mehrheit mit 57,5 % und lag damit 13 % über dem Reichsdurchschnitt von 43,9 %. In den 1960er- und 1970er-Jahren schnitt die NPD in Pforzheim gut ab, 1992 wiederum stimmten 18,5 % für die Republikaner, die es mit knapp 11 % in den baden-württembergischen Landtag schafften.

In der Stadt wohnt ein starker Anteil russischstämmiger Personen, die ab den 1980er-Jahren in die Stadt kamen. Früher ein sicheres Wählerreservoir der Union, ist dieser Personenkreis zwischenzeitlich politisch bei der AfD beheimatet.

Bei der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 ist die AfD-Fraktion auf 22,0 % (317.374 Stimmen) gekommen und an der CDU (20,8 %, 300.055 Stimmen) vorbeigezogen. Die AfD stellt nun neun der 40 Gemeinderatsmitglieder. Das sind drei mehr als in der vergangenen Amtsperiode und eines mehr als die CDU, die unverändert acht Sitze innehat. Den AfD-Fraktionsvorsitz hat die 26-jährige Diana Zimmer inne, die einer russischen Spätaussiedlerfamilie entstammt.

Der Großteil russischstämmiger Familien lebt in den Plattenbauten des Stadtteils Buckenberg-Haidach, wo die AfD seit Jahren zwischen 30 und über 40 % bei Wahlen erzielt. Auf dem Haidach sind zwei von drei Bewohnern Russlanddeutsche. 2016 sorgte der »Fall Lisa« in Berlin für große Unruhe unter Pforzheims Russlanddeutschen. Der vermeintliche Vorfall, von russischen Medien gezielt zur Hetze gegen Flüchtlinge und deutsche Staats- wie Medienorgane genutzt, entpuppte sich als Lügengeschichte. Das junge Mädchen war weder verschleppt noch vergewaltigt worden, sondern hatte sich lediglich nach schlechten Noten nicht nach Hause getraut. Eine Demonstration anlässlich des vermeintlichen Verbrechens, organisiert von dem Russlanddeutschen Andreas F., hatte in Pforzheim die aggressive Stimmung noch angeheizt. F. war es auch, der die »Buckenberger Bürgerwehr« gründete. Der »Fall Lisa« trug zu einer massiven Entfremdung der russischstämmigen Einwohner und Einwohnerinnen von der etablierten Politik und den öffentlich-rechtlichen Medien bei.

Rechtsextremes Gedenken

Nach Berlin und Hamburg ist Pforzheim die Stadt mit den meisten zivilen Opfern bei den Bombardierungen während des Zweiten Weltkrieges. Die Stadt wurde am 23. Februar 1945 innerhalb weniger Minuten von der britischen Royal Air Force weitgehend zerstört, fast 18.000 Menschen starben, damit etwa jeder dritte Einwohner Pforzheims. Pforzheim gehört zu den am stärksten zerstörten Städten Deutschlands während des vom NS-Staat entfesselten Krieges. Der 23. Februar ist seit dem Jahr 2003 offizieller Gedenktag der Stadt Pforzheim und dient als Tag der Trauer und Besinnung dem friedlichen Gedenken an die Opfer des Bombenangriffs.

Der rechtsextreme »Freundeskreis Ein Herz für Deutschland e. V. 1989 Pforzheim« (FHD) instrumentalisiert das Gedenken an die Opfer des Luftkrieges für seine Propaganda und vereinnahmt es einseitig politisch. Seit rund 30 Jahren marschieren bei »Fackel-Mahnwachen« auf dem Wartberg in Pforzheim Rechtsextremisten aus dem gesamten süddeutschen Raum in der Stadt auf. Der 2024 verstorbene baden-württembergische NPD-Landespressesprecher Jürgen Schützinger hat die Bombardierung Pforzheims zum »Terrorgedenktag« erkoren. »Pforzheim ist ein baden-württembergischer Pflichttermin, ist unser Dresden«, gab 2013 der landesweit in Szenekreisen bekannte Rechtsextremist Axel Heinzmann auf dem Neonazi-Internetportal »Altermedia« kund. Im Februar 1945 erfolgte auf Dresden einer der verheerendsten Luftangriffe auf eine Stadt im Zweiten Weltkrieg. Der FHD, als Vorfeldorganisation der NPD gegründet, arbeitet zwischenzeitlich partei- und organisationsübergreifend im rechtsextremen Lager. Mehrfach veranstaltete der Freundeskreis Lieder- und Konzertabende mit einschlägigen Akteuren wie Frank Rennicke, vormals Jugendführer der HJ-Imitation »Wiking-Jugend« (WJ), oder Vortragsveranstaltungen, bei denen zum Teil bekannte rechtsextremistische Referenten auftraten. So organisierte der FHD am 11. November 2000 zusammen mit der neonazistischen Bewegung »Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG) eine Veranstaltung in Straubenhardt-Schwann (Kreis Pforzheim). Vor rund 250 Zuhörern aus dem gesamten rechtsextremen Spektrum referierten der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei »Die Republikaner«, Franz Schönhuber, und der notorische Antisemit Horst Mahler. Unter den Anwesenden befanden sich auch Mitglieder

und Funktionäre der NPD sowie Angehörige der Republikaner. An der Spitze des FHD steht Silvio Corvaglia, 2004 Kandidat auf der Liste der Republikaner bei der Gemeinderatswahl in Pforzheim. Die Republikaner waren einst auch die Partei von Detlef von Seggern, einem langjährigen FHD-Vorstandsmitglied.

Der rechtsextreme baden-württembergische Liedermacher »Resistentia« (Patrick B.) veröffentlichte 2014 ein Lied zur Mobilisierung für die Pforzheimer »Mahnwache«. Im Text heißt es: »Der Tod kam unerwartet über Nacht. Ein Feuersturm hat eine ganze Stadt zum Schweigen gebracht. Wie so viele deutsche Städte blieb auch sie nicht verschont. Hat sich dieser Bombenterror Pforzheim für sie denn gelohnt? Wenn man betrachtet, dass der Krieg längst verloren war. Trotzdem haben sie weiter gemordet in diesem Jahr. [...] Pforzheim in Flammen. Das war ihr Ziel.«

Michèle Kiese Wetter im Einsatz in Pforzheim

Vor Ort bei rechtsextremen Aufmärschen und Gegendemonstrationen in Pforzheim sind auch Polizeikräfte. Am 23. Februar 2007 war in den Reihen der Gegendemonstranten die Polizeibeamtin in Zivil im Einsatz. Wenige Wochen später, am 25. April 2007, wurde die Polizistin mit einem gezielten Kopfschuss von den Rechtsterroristen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) auf der Theresienwiese in Heilbronn ermordet. Der Tod der 22-jährigen Polizistin zählt bis heute zu den rätselhaftesten Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik. Der NSU beging im Zeitraum von 1998 bis 2011 mindestens zehn Morde, verübte 15 Banküberfälle und führte drei Sprengstoffanschläge durch.

Zum Zeitpunkt der Ermordung von Kiese Wetter wurden neben dem Freundeskreis Ein Herz für Deutschland e. V. 1989 Pforzheim zwei weitere rechtsextreme Gruppierungen in Pforzheim vom Verfassungsschutz beobachtet: die 2000 gegründete Vereinigung »Stallhaus Germania«, eine dem Skinhead-Spektrum zugerechnete Gruppierung, und der 2005 ins Leben gerufene »Heidnische Sturm Pforzheim« (HSP). Im Mai 2009 berichtete die Pforzheimer Zeitung, dass überall im Stadtgebiet, besonders aber im Stadtteil Brötzingen, der Heidnische Sturm Pforzheim Aufkleber angebracht habe. Auf denen stand in altdeutschen Druckbuchstaben »Dromneduj« – rückwärts gelesen ergibt dies »Judenmord«. Sowohl Stallhaus Germania als auch der Heidnische Sturm Pforzheim sind inzwischen inaktiv.

»Berserker Pforzheim« und neonazistische Kleinstparteien

Ab Mitte der 2010er-Jahre fanden ausgehend von Dresden auch in Baden-Württemberg Aufmärsche der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) statt. Bei Demonstrationen von »Kargida – Karlsruhe gegen die Islamisierung des Abendlandes« nahmen auch Aktivistinnen der Neonazi-Hooligan-Gruppierung »Berserker Pforzheim« teil. Bei Demonstrationen der zeitgleich in Westdeutschland entstandenen »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) waren die Berserker Pforzheim ebenfalls anzutreffen. Aufgefallen sind die Berserker Pforzheim zum ersten Mal bei der Kölner »Hooligans gegen Salafisten«-Demonstration im Oktober 2014. Der Protestzug mit Tausenden Teilnehmern und Teilnehmerinnen endete in einer Straßenschlacht mit der Polizei. Fast 50 Beamte wurden verletzt.

Neonazistische Kleinstparteien traten in Pforzheim anlässlich der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und der Bundestagswahl 2021 mittels Plakatierungsaktionen in Erscheinung. 2019 klebte die Partei »Die Rechte« Plakate mit dem Aufdruck: »Israel ist unser Unglück«. 2021 forderte die Partei auf ihren Plakaten: »Hängt die Grünen!« und »Volksverräter Stoppen!«

Holocaust-Leugner in Pforzheim

Für bundesweite Negativ-Schlagzeilen sorgte im November 1991 der Auftritt des britischen Holocaust-Leugners David Irving im Pforzheimer Restaurant Adler. Eingeladen hatte ihn der mittelständische Metallmaschinenunternehmer Manfred Dreher, damals Ehrenvorsitzender der CDU Engelsbrand (Enzkreis) und Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse und am Bande. Vor rund 100 ZuhörerInnen konnte der Rechtsextremist Irving unter anderem über Auschwitz als »Touristenattrappe« schwadronieren.

Starke »Querdenker«- und »Delegitimierer«-Szene

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Pforzheim eine starke Querdenker- und Delegitimierer-Szene hat. Über Monate hinweg fanden immer wieder Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen statt. Daran beteiligten sich auch Personen aus dem Spektrum der sogenannten »Reichsbürger«, die in Kontakt zu dem mutmaßlichen Rechtsterroristen Heinrich XIII. Prinz Reuß standen. An den Bauernprotesten um die Jahreswende 2023/24 beteiligte sich die rechtsextreme Gruppierung »Pforzheim Revolte«, ein Ableger der völkischen »Identitären Bewegung«. Pforzheim Revolte ist seit August 2023 dem Umfeld der Jugendorganisationen der Kleinstparteien »Die Heimat« (vormals NPD) sowie »Der III. Weg« und damit dem Neonazismus zuzuordnen.

Die in Pforzheim ansässige fundamentalistische Sekte »Baptistenkirche Zuverlässiges Wort« (BKZW) wird vom baden-württembergischen Landesverfassungsschutz beobachtet. Der Verfassungsschutz listet die militant homophobe BKZW seit Mai 2023 als gesichert extremistisches Beobachtungsobjekt im Phänomenbereich »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« auf.

Vermutlich antisemitisch motivierte unbekannte Täter beschädigten in der Nacht zum 20. Juli durch Übergießen mit Farbe einen am ehemaligen Pforzheimer Güterbahnhof befindlichen Gedenkstein und eine dazugehörige Informationstafel. Der Gedenkstein erinnert an die Deportation von Jüdinnen und Juden ins französische Gurs.

<https://fdp-landtag-bw.de/pressemitteilungen/ruelke-pforzheim-ist-die-fluechtlingshochburg-in-baden-wuerttemberg/> / eingesehen am 17. Oktober 2024

<https://www.pforzheim.de/buerger/buergerservice/kommunale-statistikstelle/statistische-daten-auf-einen-blick.html> / eingesehen am 17. Oktober 2024

<https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-8/kreis-8231.html> / eingesehen am 17. Oktober 2024

https://wahlergebnisse.komm.one/lb/produktion/wahltermin-20240609/08231000/presentation/ergebnis.html?wahl_id=3311&stimmentyp=0&id=ebene_-11116_id_18070 / eingesehen am 17. Oktober 2024

<https://demo-online.de/aktuelles/afd-hochburg-pforzheim-viele-probleme-wurden-einfach-wegignoriert> / eingesehen am 17. Oktober 2024

Timo Büchner ist freier Journalist und schreibt regelmäßig für RECHTS.GESCHEHEN.

»COMPACT« und die »Blaue Welle«

Von Timo Büchner

»Die Blaue Welle rollt« – so lautete das Kampagnenmotto des rechtsextremen COMPACT-Magazins im Wahljahr 2024. Am 1. Dezember 2023 stellte Jürgen Elsässer, der Chefredakteur des Magazins, mit seiner Ehefrau Stephanie die Kampagne in COMPACT-TV vor. Die beiden gaben bekannt, COMPACT habe Bühnentechnik gekauft, und präsentierten einen Werbeclip. Im Clip hieß es, die Bühne sei »flexibel«, »mobil«, »vielseitig«. Der Chefredakteur frohlockte: »Da kann auch die AfD-Fahne aufgezogen werden.« Der Clip zeigte die Bühne mit Fahnen der Partei und dem Gesicht des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke.

Aus dem Kampagnenziel machte das COMPACT-Magazin kein Geheimnis. »Wenn Sie uns unter die Arme greifen wollen, damit wir der AfD unter die Arme greifen können und dieses blaue Wunder 2024 möglich machen, dann zögen Sie nicht, uns zu helfen«, forderte Jürgen Elsässer sein Publikum auf. »Der AfD unter die Arme greifen«: Offensichtlich war das Ziel, die AfD im Wahlkampf zu unterstützen. Er kündigte an, COMPACT wolle die Bühne nutzen, um 15 bis 20 eigene Veranstaltungen zu machen. Darüber hinaus solle die Bühne verliehen werden. »Natürlich auch an die AfD«, betonte er.



<https://www.youtube.com/watch?v=cHPNfzjIwS0>

»Ich bin ein Putin-Unterstützer«

Auf seiner Webseite bewarb das Magazin ein Dutzend Veranstaltungen. Gelabelt wurden die Events als »Volksfeste«. Der Begriff weckt Erinnerungen an Festzelte, Losbuden, Riesenräder. Aber die COMPACT-Events bestanden lediglich aus politischen Reden und einigen Songs. Mal rappte der Querdenker Björn Banane, mal betrat der Rechtsrocker Sacha Korn, das Schlager-Duo SAITEN-SPRUNG oder gar ein Elvis-Imitator die Bühne. Kurzum: Hinter den angekündigten »Volksfesten« steckten Kundgebungen mit Bühne, Biertischen und – allzu häufig rechtsextremen – Botschaften.

Elf der zwölf »Volksfeste« sollten im Osten Deutschlands stattfinden. Die Tour begann am 30. März in Velten, einer Kleinstadt im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Etwa 300 Menschen nahmen teil. COMPACT hingegen behauptete, in Velten hätten »600 Herzen für den Frieden« demonstriert. »Manche werfen mir vor, ich sei ein Putin-Versteher«, sprach Jürgen Elsässer ins Mikrofon: »Aber das stimmt gar nicht. Ich bin gar kein Putin-Versteher. Ich bin ein Putin-Unterstützer!« Der Rechts-extreme behauptete, der Westen hasse den russischen Präsidenten, weil er »etwas für sein Volk tut« und »ein richtiger Staatsmann ist«.

Hand in Hand: AfD und das »COMPACT-Magazin«

COMPACT setzte die Tour am 13. April in Sonneberg (Thüringen) und 27. April in Zittau (Sachsen) fort. Da die Linken-Bundestagsabgeordnete Martina Renner gegenüber der Bundestagspräsidentin den Verdacht geäußert hatte, COMPACT leiste mit den »Volksfesten« eine illegale Parteienfinanzierung für die AfD, behauptete Jürgen Elsässer in Sonneberg: »Wir machen keinen Wahlkampf für eine politische Partei.« Aber: Mit Petr Bystron betrat ausgerechnet ein AfD-Bundestagsabgeordneter die Bühne. In seiner Rede forderte er, Deutschland müsse – in Anlehnung an Donald Trumps Wahlslogan – »wieder stark und groß« werden.

Am 18. Mai fand das erste und zugleich einzige »Volksfest« im Westen Deutschlands statt. Auf seiner Website schrieb das COMPACT-Magazin, das Event finde »auf Einladung« der AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Christina Baum auf dem Marktplatz in Wertheim statt. Die Stadt im Nordosten Baden-Württembergs liegt in ihrem Wahlkreis. Erst 2023 hatte Stephanie Elsässer im COMPACT-Magazin ein Porträt über die enge Vertraute Björn Höckes veröffentlicht. In dem Porträt wurde Baum zur »Ikone des außerparlamentarischen Widerstands« erklärt. Pathetisch schrieb Elsässer, die AfD-Politikerin werde »von den Eliten gehasst« und »vom Volk geliebt«.

»Wir brauchen eine starke Partei«

Erst später wird bekannt: Baum soll Stephanie Elsässer, die Geschäftsführerin und Gesellschafterin der COMPACT-Produktionsfirma CONSPECT FILM ist, seit 2022 in ihrem Bundestagsbüro beschäftigt haben. Das berichtete ZEIT ONLINE im August 2024. Auf dem Wertheimer Marktplatz schwärmte COMPACT, die AfD-Politikerin sei »im Bundestag eine sehr, sehr standhafte Frau«. Der Moderator des »Volksfestes« posaunte: »Wir brauchen eine starke, eine reibungsfähige, eine kritikfähige Partei und die ist und bleibt die AfD.« Und Baum nutzte die Bühne in Wertheim, um die AfD zu bewerben. So behauptete sie, »nur eine Partei« stehe für Frieden.

Am Ende ihrer Rede kündigte die AfD-Politikerin einen »ganz tapferen Unternehmer« aus dem Landkreis an. Dabei verschwieg sie, dass Hans-Dieter Utke ein AfD-Kreistagskandidat und Beisitzer im Vorstand des regionalen AfD-Kreisverbandes ist. Anfangs beklagte der Spediteur die Maut, später ein Urteil gegen Höcke. Weil der Thüringer AfD-Landesvorsitzende eine illegale SA-Parole benutzt hatte, erhielt er eine Geldstrafe. Utke verteidigte Höcke: »Dieser Mann« sei »einer der fähigsten Leute, den die AfD jemals zu Stande gebracht hat«.

Auf der Straße und im Netz: »COMPACT« für die AfD

Nicht nur mit Reden war die Partei in die Durchführung des Events eingebunden. Vor Ort hatte die AfD einen Infostand mit Wahlkampfmaterial und mehrere AfD-Kreistagskandidat*innen waren Ordner*innen der Veranstaltung. Zum Beispiel trug Stefan Hartmann, Vorsitzender der regionalen AfD, eine Ordnerbinde. Auch Lorenzo Pianka und Roman Dupke, die im Vorstand jenes AfD-Kreisverbandes sind, trugen Ordnerbinden. Trotz massiver AfD-Einbindung behauptete Jürgen Elsässer in seiner Rede: »Wir machen keine Parteiwerbung, sondern wir machen Werbung für Deutschland und für die Freundschaft mit Russland.« Das sei ein Anliegen der AfD, aber auch anderer Parteien wie dieBasis und Bündnis Sahra Wagenknecht.

Am 24. Mai, 9. Juni und 7. Juli setzte COMPACT die Tour in Mühlhausen (Thüringen), Magdeburg (Sachsen-Anhalt) und Dresden (Sachsen) fort. Sie endete prompt, als das Bundesinnenministerium am 16. Juli die COMPACT-Magazin GmbH und die CONSPECT FILM GmbH verbot. Die Polizei beschlagnahmte im Zuge des Verbots die Bühne samt Technik. Zwar entschied das Bundesverwaltungsgericht einen Monat später, das Verbot bis zum Hauptsacheverfahren auszusetzen. Das Verfahren soll am 12. Februar 2025 beginnen. Trotz Aussetzung entfielen die letzten fünf »Volksfeste«. Nun setzt das Magazin seine Werbetour im Netz fort.

Porträt

Die Zeit heilt nicht alle Wunden

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth



Janina als kleines Mädchen

Privat

Poznań 1984. Ein Tag in diesem Jahr, so wichtig für Janina, dass sie Datum und Wochentag noch wüsste. Sie würde sich bestimmt auch daran erinnern, ob die Sonne schien und ob der Zug pünktlich war, mit dem sie und ihre Tochter von West-Berlin ins sozialistische Polen kamen. Was sie fühlte, dachte, wahrnahm. Die Details dieses Tages, Janina hätte sie parat. Ganz bestimmt. Janina Kunsztowicz ist am 14.08.2016 gestorben.

Berlin-Neukölln 2024. Die Gentrifizierung des Bezirks zieht sich die Häuserfassaden hoch. Saubere Straßen, Leute auf schicken Rennrädern, Türen, hinter denen Co-Working-Spaces entstanden sind. Der neue Schick von Neu-Neukölln, er wird sich durchsetzen, aber noch hat sich die harte Realität nicht aus jeder Ecke kehren lassen. Unterschenkelknochen vom Lamm, die Hufe noch dran, liegen vor dem eisernen Zaun eines Friedhofs. Dahinter ein Berg ausgegrabener Grabsteine, auf einem steht: »Hier ruht mein lieber Mann, Vater u. Großvater«. Die Schmeißfliegen sind in Scharen gekommen, sie feiern die Reste des Lamms. Lautes Männnergeschrei, ein Rollladen scheppert, er dämpft das Schreien. Eine Frau auf Strümpfen zieht einen aufgeklappten Trolli über den Gehweg, ihr Blick leer, der Trolli auch. Zwischen diesen krassen Welten hat Bettina ihr Pflegedienst-Unternehmen. Zwischen diesen krassen Welten liegt in ihrem Büro auf dem Tisch eine Schatulle, darin ein kleiner blauer Diamant auf Samt. Darauf steht *Janina 25.11.1933 – 14.08.2016*. »Ich habe Mutti mitgebracht«, sagt Bettina. Statt einer Urne oder eines Grabes hat die Familie sich dafür entschieden, in der Schweiz aus Janinas Asche einen Diamanten pressen zu lassen. Die Idee erscheint bei der Erinnerung an den Steinhäufen aus Grabsteinen von aufgelösten Gräbern noch schöner.

Poznań 1984. Die Visa in der Tasche, gemischte Gefühle im Gepäck. Nicht die gleichen, jede hat ihre eigenen dabei. Wie die Zugfahrt für ihre Mutter war, weiß die Tochter nicht mehr, zu lange ist es her. Ob ihre Mutter aufgeregt war? »Bestimmt war sie das«, sagt Bettina. Es ist die Antwort einer Beobachterin. »Die Lebensverhältnisse dort«, das ist Bettinas erste eigene Erinnerung und sie schüttelt den Kopf. »Diese Armut dort« schiebt sie hinterher und es schüttelt sie am ganzen Körper. Bettina war 21 Jahre alt, als sie mit ihrer Mutter von West-Berlin nach Polen fuhr, um die Vergangenheit zu besuchen.

Eine ärmliche Gegend in Poznań. Bettinas Mutter Janina klingelt an der Tür eines Mehrfamilienhauses. Alexandra, eine Frau im gleichen Alter wie Janina, öffnet. Alexandra kennt Bettina nur aus den Erzählungen ihrer Mutter. Sie war immer »die Cousine«. Damit drückte Janina die Verbundenheit

zu Alexandra aus, nicht ihren Verwandtschaftsgrad. Und jetzt stehen Janina und ihre Cousine Alexandra vor deren Haustüre und liegen sich in den Armen, das erste Mal nach über 40 Jahren. »Ich hatte das Gefühl, dass sie sich nicht wirklich kennen«, erzählt Bettina heute über die erste Umarmung ihrer Mutter und Alexandras nach einem halben Leben dazwischen. Fremde, die sich wie enge Vertraute freuten, einander zu sehen.

Berlin-Neukölln 2024. Neben der Schatulle mit dem Diamanten liegt ein Ordner, »Mein Vorsorgeordner« steht darauf. Auf dem ersten Blatt Papier klebt ein USB-Stick, »Film ‚Himmlers geraubte Kinder‘« steht dort geschrieben. Der Briefkopf Schwarz-Weiß-Fotos von kleinen Kindern und Babys. Die letzte Seite des Ordners ist die Abschrift einer Geburtsurkunde, die im Dezember 1990 vom Standesamt Berlin beglaubigt wurde. Es ist die Geburtsurkunde von »Kunzer, Johanna geboren am 11. November 1935 in Posen. Die Personalien der Eltern sind nicht bekannt.« Auf einem Vermerk am Rand der Urkunde steht: »Berlin, den 26. Juni 1964 - - - Laut Vertrag vom 20. August 1948, - - - bestätigt durch Beschluß des Amtsgerichts Zell/Mosel vom 27. Oktober 1948 - IX 5581- hat die Lehrerin im Ruhestand Emilie - - Auguste Henriette Katharina Rinck geborene Gottlieb, wohnhaft in Bullay-Neumerl, Siedlung Nr. 347, das nebenbezeichnete Kind an Kindes Statt angenommen. Das Kind führt fortan den Familiennamen - - Gottlieb- Geburt der Wahlmutter am 1. Juli 1891 Nr. 642/1891). - - - Der Standesbeamte In Vertretung.«



Linda Roth

Poznań 1984. Janina wurde 1933 hier in Poznań als uneheliches Kind geboren. Deshalb steht in ihrer polnischen Geburtsurkunde: *Dane dotyczące rodziców* (Name der Eltern): *Wladyslawa Kunsztowicz*. Ein Vater wird nicht genannt. Die Frau, die Janina so herzlich umarmt, Alexandra, mit ihr und ihrer Mutter, die immer »die Tante« war, lebte Janina bis zu ihrem siebten Lebensjahr zusammen. Arm waren sie damals. Sehr arm. Janinas Mutter arbeitete deshalb als Hausmädchen in der 300 Kilometer entfernten polnischen Hauptstadt und ließ die kleine Janina bei ihrer Freundin. Deutschland hatte Polen 1939 überfallen. Der Zweite Weltkrieg tobte in Europa. Lebensmittel waren knapp. Eines Tages, so erinnert sich Janinas Tochter Bettina an die Erzählungen ihrer Mutter, musste Alexandras Mutter Lebensmittelkarten für sich und die beiden Mädchen abholen. Den Behörden fiel auf, dass sie nicht berechtigt war, für Janina eine zu bekommen. Janina war nicht ihre Tochter. Ihre Mutter nicht da, um für das Kind zu sorgen. Janina holten sie daraufhin ab. Sie kam in ein Lebensborn-Kinderheim nach Kalisz.

Berlin-Neukölln 2024. Der Ordner auf dem Tisch, Dokumente in Klarsichtfolie, auf Polnisch, auf Deutsch, Originale und Kopien, mit und ohne Fleck, mit und ohne Eselsohren. Die Seiten Zeitzeugen, die von einer lebenslangen Suche nach der eigenen Vergangenheit erzählen. In einer der Folien steckt ein Foto. Darauf eine junge Frau mit einem kleinen Mädchen neben sich. Die Frau hat den Arm um das Mädchen gelegt. Es ist eine Schwarz-Weiß-Aufnahme, vergilbt, die Ränder, als hätte ein Kind es mit der ZACKENSCHERE ausgeschnitten. Auf der Rückseite ein kurzer Brief auf Polnisch. 1975 wurde dieser ins Deutsche übersetzt. Die Übersetzung findet sich eine Seite weiter. Mit Schreibmaschine steht da geschrieben: »*Liebe Janeczka (Hannchen) ich übersende dir unsere letzte Aufnahme – Du wirst mich gewiß erkennen. Du wirst Dich gewiß erinnern können wie wir geweint haben, als Dich die GESTAPO abholen kam. Ich habe dich großgezogen und musste Dich hergeben. Kannst Du Dich daran erinnern, daß ich ohnmächtig auf dem Boden lag und Du auf mir – unsere Trennung war doch schrecklich. Fünf Jahre habe ich um Dich geweint, liebe Janeczka. Du hast immer polnisch gesprochen, Du konntest gar nicht deutsch und bist auch nur in die polnische Kirche gegangen. Ich umarme und küsse Dich. Tante (Name unleserlich)*«.

Poznań 1984. Es ist die erste Begegnung von Alexandra und Janina, seit die GESTAPO Janina abgeholt und nach Kalisz in das Lebensborn-Kinderheim gebracht hatte. Janina ist nach Poznań gekommen, um ihre Mutter zu finden. In den Erzählungen ihrer Cousine Alexandra. In den Geschichten des Mannes, der ihre Mutter heiratete und mit dem diese eine Familie gründete. Janina hat zwei Stiefgeschwister. Wieder Fremde, die im Gegensatz zu ihr mit der Mutter aufgewachsen sind. Außerhalb

der Stadt Poznań auf dem Land, wo die Armut noch größer ist als in der Stadt, lebte Janinas Mutter bis zu ihrem Tod mit ihrem Mann und Janinas Stiefgeschwistern. Jetzt stehen die drei Frauen, Janina, Alexandra und Bettina vor deren Haus, das mehr einem Schweinestall gleicht. Die Familie bettelarm. Die Küche schmutzig. Bettina schwankt zwischen Ekel und Mitgefühl. Die drei Frauen werden in das einzige richtige Zimmer des Hauses geführt. »Plüschzimmer«, sagt Bettina. Plüsch-Sofa. Plüsch-Kissen. Plüsch-Decken. Die Familie hat aufgetischt, ihren Monatslohn für das Essen der Gäste ausgegeben. Auf dem Tisch steht eine von Gelatine überzogene Fleischplatte. Schmeißfliegen sitzen darauf. Zu viel für Bettina. Sie stürzt nach draußen an die frische Luft. Ihre Mutter hinterher. Bitter sagt sie zu ihrer Tochter: »Weißt du, ich glaube, jetzt bin ich zum ersten Mal froh, dass ich im Heim gelandet bin und nicht hier.«

Berlin-Neukölln 2024. »Als meine Mutter in das Lebensborn-Kinderheim kam, wurde ihr verboten, Polnisch zu sprechen«, erzählt Bettina. Mit Gewalt wurde sie dort zu einem deutschen Mädchen umerzogen. In die Lebensborn-Kinderheime kamen verschleppte Kinder aus besetzten Gebieten, deren Identität verschleiert wurde und die, wenn sie unter rassenideologischen Merkmalen als »arisch« galten, nach Deutschland kamen. Der Lebensborn war auch dafür zuständig, Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Frauen entbanden dort Kinder, die sie nicht wollten oder haben konnten, diese wurden dann zur Adoption bevorzugt an Familien von SS-Angehörigen freigegeben. Aus der polnischen Janina Kunsztowicz machten die Nationalsozialisten die deutsche Johanna Kunzer, statt dem 25. November 1933 stand nun als Geburtsdatum 11. November 1935 und »Eltern unbekannt« in ihrer neuen Geburtsurkunde. »Mit sieben Jahren wurde meine Mutter von Katharina Rinck adoptiert«, erzählt ihre Tochter. Die Lehrerin Rinck, treue Nationalsozialistin, war laut eines psychiatrischen Gutachtens gar nicht geeignet, ein Kind zu adoptieren, weil sie psychisch instabil sei, wie es in dem Gutachten hieß. Mit Hilfe ihrer guten Kontakte wurde ihr dennoch Janina zugesprochen. In Janinas Ordner ist die Kopie eines Artikels aus dem »Spiegel« von 1950. In dem Bericht heißt es, dass die IRO (Internationale Flüchtlingsorganisation) und das Polnische Rote Kreuz von Katharina

Janinas Tochter Bettina in der Nähe ihres Büros in Berlin



Linda Roth

Rinck die Herausgabe des Kindes forderten.

Sie hatten die Lebensborn-Vergangenheit des Kindes aufgedeckt und die leibliche Mutter würde nach ihrer Tochter suchen. Katharina Rinck versteckte Janina daraufhin in Kinderheimen und bei Freunden, wie es in dem Artikel heißt, vor den »Entführungsversuchen«, durch die polnischen und jugoslawischen Angehörigen der IRO, wie Rinck die ganze Odyssee beschrieb. »Trauma« nennt es Janinas Tochter, was ihre Mutter durchmachen musste und was sich auch später in ihrer Persönlichkeit zeigte. Janina blieb als Johanna bei Rinck. Die deutschen Behörden unterstützten die IRO nicht. Außerdem hatte Rinck beim Aufrechterhalten der verschleierte Identität von Janina Hilfe. Die ehemaligen Lebensborn-Angestellten, der Verwaltungsjurist Paul Erich Schulz – der auch die Adoption von Janina eingefädelt hatte – und Kurt Heinze, gaben eine eidesstattliche Erklärung über die reichsdeutsche Abstammung des Kindes ab.

Aus einem Dokument vom Deutschen Roten Kreuz geht hervor, dass Janinas Mutter ihre Tochter 1945, 1947 und 1948 über das Polnische Rote Kreuz suchen ließ. 1975 stellte auch Janina eine Suchanfrage nach ihrer Mutter beim Deutschen Roten Kreuz.

17. September 1990 an den Regierungspräsidenten in Detmold, damals zuständig für Janinas damaligen Wohnsitz: »Sehr geehrter Herr Lehmann, wie ich Ihnen bereits mit Schreiben vom 23.10.1989 mitteilte, wollte ich mich weiterhin bemühen, meine Identität zu beweisen. Ich habe aus diesem Grunde das erforderliche Gutachten erstellen lassen und dafür viel Geld zahlen müssen. Ich übersende Ihnen eine beglaubigte Fotokopie und bitte Sie, nunmehr das Weitere zu veranlassen. Das ganze Verfahren ist für mich eine große seelische Belastung gewesen. Ich hoffe sehr, daß es nunmehr ohne Schwierigkeiten zum guten Ende gebracht werden kann. Mit freundlichem Gruß«. Das Schreiben ist als Dokument in Janinas Ordner abgeheftet.

»Suizidgefährdet« sei ihre Mutter gewesen, erzählt Bettina. Die lebenslange Suche nach Identität eine schwere Belastung für sie, ihren Bruder und die Familie. »Ich erinnere mich an keinen Tag in meiner Kindheit, an dem meine Mutter nicht von dem erzählte, was ihr passierte«, sagt Bettina. Ihr Trauma belastete die Beziehung zwischen den beiden sehr, besonders als Bettina im Teenageralter war. Ihr wurde es zu Hause zu viel, die Probleme zwischen ihrem Stiefvater und ihrer Mutter, zwischen ihr und ihrem Stiefvater. Mit 17 Jahren zog sie deshalb aus und ging nach Berlin. Der Beziehung tat die Distanz gut.

Ende November 1990 kam das anthropologische Gutachten, das bewies, dass Johanna Kunzer Janina Kunsztowicz ist. Mit diesem so wichtigen Beweis konnte Janina ihre falsche Identität abstreifen und begann im Jetzt zu leben. »Meine Mutter unterstützte mich sehr, als ich hier mein Unternehmen aufbaute. Sie war eine tolle Oma für meine beiden Kinder«, sagt Bettina.

Janinas Geschichte erzählt nicht nur das Leid eines geraubten Kindes, sondern auch, was die Nazis den Kindern der Kinder angetan haben. Auch bei Bettinas Bruder ist die Identitätssuche der Mutter fester Bestandteil der eigenen Kindheitserinnerungen. »Die Geschichten, die sie erzählte, haben sich mit der Zeit immer etwas verändert, aber im Kern blieben sie gleich«, berichtet Janinas Sohn. »Erinnerungen verwischen ja aber auch«, sagt er. Aber eine Erinnerung verwischt nie: Sowohl Janinas Tochter als auch ihr Sohn erzählen von Janina als Mutter, die trotz der Umstände immer sehr liebevoll war. Wie viel Kraft muss es sie gekostet haben, eine fürsorgliche Mutter zu sein, wo sie doch ihr Leben lang selbst eine Mutter gesucht hat?

Ihre Geschichte hat Janina in dem Dokumentarfilm »Himmlers geraubte Kinder« des Vereins »geraubte Kinder – vergessene Opfer« erzählt. »Es war komisch, diesen Film zu sehen, weil meine Mutter schon verstorben war, als dieser raus kam«, sagt ihr Sohn. Einen sehr starken Lebenswillen hatte sie, erzählt er. Janina war schwer an der Lungenkrankheit COPD erkrankt, sie hing am Sauerstoffgerät und wog irgendwann nur noch 39 Kilogramm. Der Verein »geraubte Kinder – vergessene Opfer« erstritt für Janina Entschädigungszahlungen des Landes Nordrhein-Westfalen. Kurze Zeit später starb Janina. »Sie wollte nicht abtreten, bevor sie die Anerkennung in Form dieser symbolischen Zahlung erhalten hat«, erzählen Sohn und Tochter. Sagt auch ihre Freundin Inge am Telefon, die in den letzten Jahren nochmal mit Janina nach Polen reiste. Irgendwann später fragt Inge: »Was war eigentlich mit dem Vater?« In Janinas Ordner finden sich keine Unterlagen zum Vater. Lediglich auf dem Dokument vom Deutschen Roten Kreuz von 1975 steht: »Der leibliche Vater des gesuchten Mädchens Janina Kunsztowicz, Bernhard Lukaszewski, geb. 26.2.1908, Staatsangehörigkeit polnisch, Häftling des Konzentrationslagers Neuengamme Nr. 46155, ist am 25.10.1944 in Hamburg bei einem Fliegerangriff ums Leben gekommen.« In Janinas Geschichte, die sie ihr Leben lang erzählte, spielte er keine Rolle. »Ihre Mutter hat sie ein Leben lang vermisst«, sagt Inge. Auf der Suche nach der Geschichte eines verstorbenen Menschen findet man auch immer den Schmerz der Hinterbliebenen. »Das berührt mich sehr, nochmal über Janina zu sprechen«, sagt Inge. »Sie hatte es nicht leicht«, sagt sie mit belegter Stimme. Später schickt Inge noch ein Foto von sich und Janina. Die beiden Frauen stehen vor dem Brandenburger Tor in Berlin und lächeln.

Poznań 1984. Die Mutter hat ihr Kind gesucht. Das Kind hat seine Mutter gesucht. Jetzt steht das Kind am Grab der Mutter.

Übersetzung des Textes auf der Rückseite eines Fotos/Frau mit Kind/- Anmerk.
des Übers.

Liebe Janeczka (Hannchen)

ich übersende Dir unsere letzte Aufnahme - Du wirst mich gewiß erkennen. Du wirst
Dich gewiß erinnern können wie wir geweint haben, als Dich die GESTAPO abholen
kam. Ich habe Dich großgezogen und mußte Dich hergeben. Kannst Du Dich daran erin-
nern, daß ich ohnmächtig auf dem Boden lag und Du auf mir - unsere Trennung war
doch schrecklich. Fünf lange Jahre habe ich um Dich geweint, liebe Janeczka.
Du hast immer polnisch gesprochen, Du konntest gar nicht deutsch und bist auch
nur in die polnische Kirche gegangen.

Ich umarme und küsse Dich

f.d.R.d.Ü.: *L*
25.4.1975

Tante (Name unleserlich)



*hier bin ich 9 Jahre alt geb. 25.11.33
Der Lebensborn hat mich 2 Jahre jünger
gemacht und zwar geb. am 11.11.35*

Ausland

Extrem rechte Parteien im Europäischen Parlament: Wahlergebnisse und Fraktionszugehörigkeiten 2024

Zusammengestellt von Johannes Ehlen (Praktikant Dokumentationsstelle Rechtsextremismus), Anton Maegerle (Redaktionsmitglied RECHTS.GESCHEHEN) und Gebhard Schultz (wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus)

Land	Partei	Stimmen- anteil	Mandate / Vergleich zur konstituierenden Sitzung 2019	Fraktion
Belgien	Vlaams Belang (VB)	14,50 %	3 (gleich)	Patriots for Europe (Patriots)
	Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA)	13,97 %	3 (gleich)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
Bulgarien	Vazrazhdane/Възраждане (Wiedergeburt)	13,98 %	3 (neu)	Europe of Sovereign Nations (ESN)
Dänemark	Danmarksdemokraterne – Inger Støjberg (DD)	7,39 %	1 (neu)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
	Dansk Folkeparti (DF)	6,37 %	1 (gleich)	Patriots for Europe (Patriots)
Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)	15,9 %	14 1	ESN Europe of Sovereign Nations (ESN) ¹ Fraktionslos ²
Estland	Eesti Konservatiivne Rahvaerakond ³ (EKRE) (Estnische Konservative Volkspartei)	14,80 %	1 (+1)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
	Eesti Keskerakond (KE) (estnische Zentrumsparlei)	12,4 %	1 (gleich)	Fraktion Renew Europe (Renew)
Finnland	Perussuomalaiset/Sannfinländarna (PS) (Die Finnen)	7,60 %	1 (-1)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
Frankreich	Rassemblement national ⁴ (RN)	31,37 %	30 (+8)	Patriots for Europe (Patriots)
	Coalition La France fière (Reconquête!, Centre national des indépendants et paysans) (La France fière)	5,5 %	1 (neu)	1 Europe of Sovereign Nations (ESN)
	Divers Droite (Liste diverser Rechter)		2	4 Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) ⁵
	Parteilos		1	
	Mouvement conservateur		1 (neu)	
Griechenland	Ellinikí Lýsi/Eλληνική Λύση (EL/EA) (Griechische Lösung)	9,30 %	2 (+1)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
	Dimokratikó Patriotikó Kínima »Níki«/ Δημοκρατικό Πατριωτικό Κίνημα »Nίκη« (NIKI/NIKH) (Demokratische Patriotische Bewegung »Sieg«)	4,37 %	1 (neu)	fraktionslos
	Foni Logikis/Φωνή λογικής (Stimme der Vernunft)	3,04 %	1 (neu)	Patriots for Europe (Patriots)
Kroatien	Domovinski pokret (DP) (Heimatbewegung) an.	8,82 %	1 (neu)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR)
	Dom i nacionalno okupljanje (DOMiNO) (Bewegung für Nation und Heimat) ⁶			

1 2019: 11 Mandate in der Fraktion Identität und Demokratie

2 Maximilian Krah

3 Der Abgeordnete Jaak Madison trat für Eesti Konservatiivne Rahvaerakond – EKRE an und wechselte danach in die Eesti Keskerakond (KE) (estnische Zentrumsparlei).

4 Vormals Front National.

5 Diese 4 wurden aus der Reconquête! nach der Europawahl ausgeschlossen.

6 Der Abgeordnete Stephen Nikola Barticula trat für Domovinski pokret (DP) an, trat nach der Wahl aus dieser aus und begründete dann die DOMiNO mit.

Land	Partei	Stimmenanteil	Mandate / Vergleich zur konstituierenden Sitzung 2019	Fraktion
Irland	Independent/Neamhspleách (IND/Neamhspleách) (Wahlliste der Parteilosen)	13,97 %	2 (neu)	1 Renew Europe Group (Renew Europe) 1 Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL (The Left)
	Independent Ireland	6,23 %	1 (neu)	Renew Europe Group (Renew Europe)
Italien	Fratelli d'Italia (Fdl)	28,75 %	24 (+18)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
	Lega Salvini Premier	8,97 %	8 (-21) ¹	Patriots for Europe (Patriots)
Lettland	Nacionālā apvienība 'Visu Latvijai!'-'Tēvzemei un Brīvībai/LNNK' (NA) (Nationale Vereinigung)	22,07 %	2 (gleich)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
	Latvija pirmajā vietā (LPV) (Lettland zuerst)	6,16 %	1 (+1)	Patriots for Europe (Patriots)
Litauen	Lietuvos lenkų rinkimų akcija – Krikščioniškų šeimų sąjunga (LLRA-KŠS) (Wahlaktion der Polen Litauens)	5,78 %	1 (gleich)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
Luxemburg	Alternativ Demokratesch Reformpartei/Parti réformiste d'alternative démocratique/Alternative Demokratische Reformpartei (ADR/PADR)	11,77 %	1 (+1)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
Niederlande	Partij voor de Vrijheid (PVV)	16,97 %	6 (+6)	Patriots for Europe (Patriots)
	Staatkundig Gereformeerde Partij (SGP) (Reformierte Politische Partei)	3,66 %	1 (neu)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
Österreich	Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	25,36 %	6 (+3)	Patriots for Europe (Patriots)
Polen	Prawo i Sprawiedliwość (Prawo i Sprawiedliwość, Suwerenna Polska) (PiS)	36,16 %	20 (-5)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
	Konfederacja Wolność i Niepodległość (Konfederacja Korony Polskiej, Ruch Narodowy, Nowa Nadzieja, Polska Jest Jedna, Wolnościowcy) (Konfederacja) (Konföderation der Freiheit und Unabhängigkeit)	12,08 %	6 (neu)	3 Europe of Sovereign Nations (ESN) 3 fraktionslos
Portugal	CHEGA (CH) (Es reicht!)	9,99 %	2 (neu)	Patriots for Europe (Patriots)
Rumänien	Alianța pentru Unirea Românilor (Alianța pentru Unirea Românilor, Partidul Național Conservator Român, Partidul Români Pentru România) (AUR) (Allianz für die Vereinigung der Rumänen)	14,9 %	6 (neu)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
Schweden	Sverigedemokraterna (SD)	13,17 %	3 (gleich)	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
Slowakei	Republika	12,53 %	2 (neu)	1 Europe of Sovereign Nations (ESN) 1 fraktionslos
Spanien	Vox	9,63 %	6 (+2)	Patriots for Europe (Patriots)
	Se Acabó la Fiesta (SALF) (Die Party ist vorbei)	4,58 %	3 (+3)	fraktionslos
Tschechien	Coalition SPOLU (Občanská demokratická strana, Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová, Tradice Odpovědnost Prosperita 09) (SPOLU) (Gesamt)	22,27 %	6 (+3)	3 Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (EVP) 3 Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier (EKR)
	Coalition SPD a Trikolora (Svoboda a přímá demokracie, Trikolóra hnutí občanů) (SPD a Trikolora)	5,73 %	1 (neu)	Europe of Sovereign Nations (ESN)

¹ Salvini trat 2020 aus der Lega Nord (diese wird hier als Vergleich genommen) aus und gründete dann die Lega Salvini Premier.

Land	Partei	Stimmen- anteil	Mandate / Vergleich zur konstituierenden Sitzung 2019	Fraktion
Ungarn	Coalition Fidesz – Magyar Polgári Szövetség - Kereszténydemokrata Néppárt (Fidesz-KDNP)	44,82 %	11 (-2)	Patriots for Europe (Patriots)
	Mi Hazánk Mozgalom (Mi Hazánk) (Unser-Land-Bewegung)	6,71 %	1 (neu)	Europe of Sovereign Nations (ESN)
Zypern	Ethnikó Laikó Μέτωπο/Εθνικό Λαϊκό Μέτωπο Nationale Volksfront (ELAM/ΕΛΑΜ)	11,19 %	1 (neu)	Fraktion der Europäischen Kon- servativen und Reformer (EKR)

Eigenrecherche DokRex

<https://results.elections.europa.eu/de/> / eingesehen am 24. Oktober 2024

<https://politpro.eu/> / eingesehen am 24. Oktober 2024

Antisemitismus

Thomas Hinz ist Professor für empirische Sozialforschung und Ko-Leiter der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz.

Antisemitismus an Hochschulen: Was wir wissen und was nicht

Von Thomas Hinz

Die AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz konnte im Dezember 2023 über 2.000 Studierende mittels einer Schnellbefragung zu ihrer Wahrnehmung des Nahost-Konflikts und möglichen antisemitischen Haltungen untersuchen. Bereits im März 2024 wurden Politik und Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert.¹ Der Beitrag berichtet über die Entstehungsgeschichte der Studie, fasst die wesentlichen Erkenntnisse zusammen und blickt auf den weiteren Forschungsbedarf.



Manche Hochschulen (wie hier die Universität Konstanz gemeinsam mit der Tel Aviv University) organisierten nach dem 7. Oktober Informationsveranstaltungen zum Hintergrund des Konflikts. Propalästinensische Aktivisten überschreiben die Ankündigungspakete.

Thomas Hinz

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist für jüdische Menschen alles anders geworden, nicht nur in Israel, sondern weltweit. In vielen Ländern stiegen antisemitische Vorfälle stark an; und das jüdische Selbstverständnis lange Zeit prägende Gefühl, zumindest in Israel sicher zu sein, wurde durch die Terrormorde und die Geiselnahmen tief erschüttert. Das anschließende militärische Vorgehen Israels im Gaza-Streifen führte bereits ab Mitte Oktober letzten Jahres zu unzähligen zivilen Opfern unter der palästinensischen Bevölkerung, sodass neben dem weltweiten Schock über die Hamas-Attacke in vielen Ländern auch scharfe Kritik an Israel aufkam. Insbesondere waren in der öffentlichen Wahrnehmung Universitäten sichtbare Kristallisationsorte für propalästinensische Proteste, die an vielen Orten durch offen antisemitische Haltungen der Protestierenden gekennzeichnet waren. In den USA waren die Camps an der Columbia Universität (New York) und der University of California in Berkeley besonders eindrückliche Beispiele für an den Hochschulen angesiedelten Protest. Aber auch im deutschen Hochschulraum kam es zu medial viel beachteten Kundgebungen, etwa in Berlin durch Institutsbesetzungen und Camps; mitunter zunächst geduldet oder aber beendet durch polizeiliche Räumungen. Besonders erschreckend waren antisemitische Übergriffe wie der Angriff auf den jüdischen Studenten der FU Berlin Lahav Shapira.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt standen die Fragen im Raum: Sind dies Einzelfälle? Oder sind israel- und/oder judenfeindliche Einstellungen unter Studierenden weit verbreitet? Welche Subgruppen der Studierenden haben möglicherweise besonders ausgeprägt judenfeindliche Haltungen? Mit einem Blick in die üblichen Standardinstrumente der Sozialforschung, wie den ALLBUS oder verschiedene Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, ist es nicht getan, weil die Studierenden mit einem Anteil von unter fünf Prozent an der volljährigen Einwohnerschaft in den meisten Datensätzen nur marginal vertreten sind. Bei den üblichen Fallzahlen von etwa 2.000 Befragten

¹ <https://doi.org/10.48787/kops/352-2-rg7tb902gh9g8>

in bevölkerungsweiten Umfragestudien ergeben sich in diesen Studien um die 100 Studierende. Diese Fallzahl ist zu klein, um für die Gruppe der Studierenden in Deutschland hinreichend genaue Werte ihrer antisemitischen Einstellungen zu schätzen. Weiterhin bieten die bewährten Skalen zu antisemitischen und sonstigen menschenfeindlichen Haltungen keine Information, wie sich Befragte im aktuellen Konflikt positionieren. Mit anderen Worten: Es bestand dringender Informationsbedarf, die Frage nach Antisemitismus an Hochschulen in Deutschland gesichert zu beantworten.

Ein Problem der bisherigen Befragungsforschung bei Studierenden besteht zweifellos darin, dass es kaum gelingt, belastbare Zahlen einigermaßen rasch zu erheben. So liegen etwa die im Sommersemester 2021 erhobenen Daten der Studierendenbefragung erst drei Jahre später als ‚scientific use file‘ vor. Dem Bedarf an zeitnaher Information folgend hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im November 2023 die AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz beauftragt, eine Schnellbefragung bei etwa 2.000 Studierenden durchzuführen. In der Forschung zu studentischen Orientierungen hatte die AG Hochschulforschung seit den 1980er-Jahren umfangreiche Erfahrungen gesammelt.

Nach einer intensiven Diskussion des Erhebungsinstruments mit Messungen des allgemeinen und israelbezogenen Antisemitismus, Fragen zum wahrgenommenen Meinungsklima und zu Erfahrungen mit Herabwürdigung und Diskriminierung an Hochschulen fand im Dezember 2023 die Feldphase statt. Es nahmen 2.363 Studierende, die über ein Online-Access-Panel eingeladen wurden, an der

Auf dem Campus der Universität Konstanz kam es im Frühjahr zu antisemitischen Graffiti. Universitätsangehörige versammelten sich, um gegen antisemitischen Ungeist zu protestieren.



Thomas Hinz

Studie teil. Solche Panels eröffnen den Zugang zu befragungsbereiten Personen, die sich in verschiedener Hinsicht von per Zufallsauswahl rekrutierten Personen unterscheiden. Um diese Unterschiede möglichst zu kontrollieren, ist es üblich, die Verteilung bekannter Merkmale der Studierenden mit in die Analysen einzubeziehen. Die Verwendung eines Online-Access-Panels erschien der einzig gangbare Weg, innerhalb kurzer Zeit zu hinreichend belastbaren Daten zu kommen. Die Aussagefähigkeit der Daten wurde zusätzlich gesteigert, weil zeitgleich ein Querschnitt der Bevölkerung mit dem identischen Frageprogramm befragt wurde.

Welche Erkenntnisse liefert die Schnellbefragung?

Die befragten Studierenden sind angesichts der Gewalteskalation leichter zu politischer Aktivität in Deutschland zu mobilisieren als Befragte aus der Bevölkerung. Und eine Gruppe von etwa zehn bis zwölf Prozent unter den Studierenden ist in besonderer Weise für radikale Elemente in der Protestkultur empfänglich. Dazu gehört das Verbrennen israelischer Flaggen genauso wie das Zeigen anti-israelischer Transparente, die das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellen.

In ihren Einstellungen sind die Studierenden im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung nicht antisemitischer. Sie können in der großen Mehrheit kritische Aussagen zum militärischen Vorgehen

Israels von antisemitischen Haltungen klar unterscheiden. Da antisemitische Stimmungen auch in der Bevölkerung insgesamt in israelbezogenem Gewand daherkommen, überrascht deren entsprechende Verbreitung an Hochschulen nicht. Allerdings erscheinen die Universitäten im Erleben der befragten Studierenden keineswegs als besonders herausgehobene Schwerpunkte, an denen sich Antisemitismus im Alltag offenbart. Wenn Studierende Erfahrungen mit Antisemitismus im Hochschulkontext machen, dann geht er überwiegend von Mitstudierenden aus.

Bestätigt wird auch ein zuvor bereits erforschter Zusammenhang zwischen muslimischer Religion und Antisemitismus. Fundamentalistische religiöse Orientierungen und eine regionale Nähe zur Konfliktregion können im Studierendensample diesen Zusammenhang teilweise erklären. Internationale Studierende erscheinen ebenfalls anfälliger für antisemitische Haltungen.

Was wissen wir nicht? Im Zuge der weiteren Gewalteskalation haben sich an verschiedenen Universitäten propalästinensische Camps gebildet. Ob und wie die Mobilisierung dieser Protestform an Universitäten auch durch hochschulexterne Aktivisten getragen wird, ist unbekannt. Ebenso liegt es nahe, dass diese Proteste durch politisch links zu verortende Positionen des Antikolonialismus und Antiimperialismus befeuert werden. Auch wenn weiterhin antisemitische Haltungen bei Personen aus dem rechtsextremen Spektrum weiter verbreitet sind als bei Linken, gibt es an den Hochschulen insgesamt mehr Studierende, die sich selbst eher links als rechts im politischen Spektrum verorten. So mag der Eindruck entstehen, dass antisemitische Haltungen an Hochschulen mit rechtem, linkem und muslimischem Hintergrund existieren, die jeweils ganz unterschiedlich ausgeprägt sein können. Insbesondere ist die Trennlinie zwischen israelbezogenem Antisemitismus und dem Protest gegen den Krieg in Gaza oft nicht klar. Die Anwendung der Drei-D-Regel zur Identifikation von israelbezogenem Antisemitismus (Dämonisierung, Delegitimierung und Anwendung doppelter Standards an den Staat Israel) kann bei der Bestimmung dieser Trennlinie helfen. Schließlich ist offen, ob besseres Wissen um die Entstehung und Entwicklung des Staates Israels antisemitischen Tendenzen entgegenläuft. Und vor allem ist viel zu wenig bekannt, wie sich die Situation der jüdischen Studierenden in Deutschland im universitären Alltag verändert hat. Wie verbreitet sind unter ihnen Angst und Einschüchterung?

Der Hamas-Überfall ist nun über ein Jahr her. Die Konflikteskalation im Laufe des Jahres, die den Krieg regional verlagert, dürfte eine israelskeptische oder sogar israelfeindliche Stimmung erhöhen. Überdies haben Angriffe Israels auf verschiedene Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser und die vielen zivilen Opfer die Position Israels moralisch diskreditiert, was die Lage an den Hochschulen weiter verschärfen könnte. Vor diesem Hintergrund ist geplant, im Dezember 2024 eine weitere Befragung unter Studierenden durchzuführen, um zu den offenen Fragen Antworten zu erhalten. Die Befragungsstudien schaffen eine wichtige Grundlage für die Diskussion wirksamer Maßnahmen gegen anwachsenden Antisemitismus – in welcher Form auch immer.

Timo Büchner ist freier Journalist und schreibt regelmäßig für RECHTS.GESCHEHEN.

Enttarnt: Antisemitismus in »COMPACT«

Von Timo Büchner



»Um Hass gegen Jüdinnen und Juden zu schüren«, nutzt das rechts-extreme COMPACT-Magazin um Chefredakteur Jürgen Elsässer eine Reihe antisemitischer Chiffren. So lautet die Einschätzung des Bundesinnenministeriums.

Diese war auch mit ein Grund, warum die Sicherheitsbehörden in den frühen Morgenstunden am Sitz der COMPACT-Magazin GmbH zur Hausdurchsuchung anrückten. »Dann wusste ich schon, dass die Stunde geschlagen hat«, berichtet Chefredakteur Jürgen Elsässer über den Moment, als er am Morgen des 16. Juli 2024 aus dem Fenster schaute und Dutzende Polizist*innen vor der Haustür standen. Das Bundesinnenministerium hatte die COMPACT-Magazin GmbH verboten – und nun war die Polizei nach Falkensee, einer Stadt im brandenburgischen Havelland, gekommen, um das Verbot durchzusetzen.

Am Nachmittag des Verbotstages führt Elsässer, 67, eine Journalistin der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit durch die leeren Räume der COMPACT-Redaktion. »Haben sie alles mitgenommen«, klagt der Mann mit dem geröteten Gesicht und den grauweißen Haaren. Das Geld, das COMPACT »durch ehrliche Arbeit« erwirtschaftete, habe der Staat »geraubt«. Im Gespräch mit der Zeitung wirkt Elsässer, der auf seinem dunkelroten Leder-sofa im Wohnzimmer sitzt, niedergeschlagen.

»Ein Schlag gegen die Opposition«

Dennoch versucht der Rechtsextreme, in die Offensive zu gehen. »Das ist ein Schlag gegen die Opposition«, verkündet er. Das Bundesinnenministerium begründete seine Entscheidung, das Magazin zu verbieten, mit der Verbreitung rechtsextremer Inhalte. Faeser erklärte, das COMPACT-Magazin »hetzt auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen unsere parlamentarische

Demokratie«. Es streue antisemitische Verschwörungsmythen, »um Hass gegen Jüdinnen und Juden zu schüren«.

Im Gespräch mit der Jungen Freiheit widerspricht Elsässer, die Vorwürfe seien »bösaartig« und »lügenrisch«. Er stellt fest: »Wir sind juristisch mit blütenweißer Weste.« Man habe keine Verfahren wegen antisemitischer Inhalte verloren. Das stimmt. Allerdings hat die Tatsache, dass keine rechtskräftigen Urteile gegen das Magazin vorliegen, wenig Aussagekraft. Schließlich schreibt das Bundesinnenministerium in seiner Verbotsvorfügung, Antisemitismus trete »nicht immer offen, sondern – auch zur Strafvermeidung – teilweise in Form einer ‚Umwegkommunikation‘ auf«. Das bedeutet: Autor*innen nutzen antisemitische Chiffren, um Judenhass zu schüren.

Angeblich »geheime Mächte«: Rothschild und Soros

Ausführlich wird der chiffrierte Antisemitismus in der Verfügung thematisiert. Fast 20 Seiten sind den Chiffren gewidmet. Es heißt, antisemitische Chiffren wie »globalistische Finanzelite« und »Hochfinanz« würden genutzt, um den Mythos der »jüdischen Weltverschwörung« zu verbreiten. Während der Corona-Pandemie sei der »Great Reset« eine beliebte Chiffre gewesen. Sie besagt, eine jüdische Elite, die im Hintergrund agiere, strebe die Weltherrschaft an. In der Verfügung werden mehrere Ausgaben des Magazins zitiert. Zwei Ausgaben, die hervorgehoben werden,

tragen die aussagekräftigen Titel »Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes« und »Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung«.

Das Bundesinnenministerium urteilt: »Die als Kollektiv verstandenen Juden werden dabei mit Macht assoziiert und als Täter beschrieben. Das eigene Kollektiv wird demgegenüber als Opfer jüdischer Machenschaften dargestellt.« In Anlehnung an die »Finanzelite« und »Hochfinanz« wurden die antisemitischen Chiffren »Rothschild« und »Soros« im Magazin genutzt. Während die jüdische Bankiersfamilie Rothschild seit Jahrhunderten ein Feindbild ist, wurde der amerikanische Jude George Soros, der in Ungarn aufwuchs und die Shoah überlebte, spätestens 2015/16 zum Feindbild. Soros, der mit seinen Open Society Foundations die demokratische Zivilgesellschaft unterstützt, wird unterstellt, er steuere die Einwanderung nach Europa.



Screenshot eines COMPACT Artikels vom April 2024.
<https://www.compact-online.de/enttarnt-die-brandstifter-im-hintergrund/>

»Wie Fanatiker den Weltuntergang planen«

Neben antisemitischen Chiffren nutzte das COMPACT-Magazin eine antisemitische Bildsprache. Am 17. April 2024 veröffentlichte das Magazin den Artikel »Enttarnt: Die Brandstifter im Hintergrund« im Netz. Der Artikel wurde mit einem Foto, das eine Versammlung der jüdisch-orthodoxen Organisation Chabad Lubawitsch zeigt, bebildert. Der Eindruck, der mit der Kombination aus Bild und Titel vermittelt wird: Diese Juden sind die »Brandstifter im Hintergrund«. Das Beispiel macht deutlich: Es ist keineswegs erforderlich, Judenhass auszubuchstabieren.

Chabad Lubawitsch ist ein beliebtes Feindbild des rechtsextremen Magazins. Nachdem die islamistische Hamas den Staat Israel am 7. Oktober 2023 überfallen und Hunderte Jüdinnen*Juden getötet hatte, titelte COMPACT in der Ausgabe vom Dezember 2023: »Endzeit. Wie Fanatiker den Weltuntergang planen«. Nicht die Hamas, sondern mit Chabad Lubawitsch gerieten Jüdinnen*Juden ins Visier des Magazins. In der Ausgabe behauptete Elsässer, die Organisation sehe im israelischen Premier Benjamin Netanjahu eine »Heilsfigur« und einen »Vollstrecker« der »Endzeit«. Er deutete an, Chabad Lubawitsch wolle die Menschheit in einen Weltkrieg und den Weltuntergang treiben.

In Elsässers Visier: Rabbiner Teichtal

Über die Jüdische Gemeinde Chabad Berlin um Rabbiner Yehuda Teichtal schrieb Elsässer, sie unterwändige das deutsche Judentum. Der Rechtsextreme riss ein Zitat eines ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin aus dem Kontext, um den Eindruck zu vermitteln, Rabbiner Teichtal wolle »Deutschland übernehmen«. Gegenüber RECHTS.GESCHEHEN betont der Rabbiner: »Selbstverständlich« sei die Vorstellung, er wolle nach der Macht in der Bundesrepublik greifen, antisemitisch. Dies festzustellen, sei »fast überflüssig«.

Am 14. August 2024 beschloss das Bundesverwaltungsgericht, das COMPACT-Verbot auszusetzen. Die Entscheidung, ob das Magazin verboten wird, fällt im Hauptsacheverfahren. Das Verfahren soll im Februar 2025 starten. Das Gericht teilte mit, »einzelne Äußerungen« des Magazins ließen »Anhaltspunkte insbesondere für eine Verletzung der Menschenwürde« erkennen. Die antisemitischen Äußerungen werden explizit hervorgehoben. Allerdings bestünden Zweifel, ob die Äußerungen »insgesamt derart prägend sind, dass das Verbot unter Verhältnismäßigkeitspunkten gerechtfertigt ist«. Insofern bleibt abzuwarten, welche Entscheidung das Bundesverwaltungsgericht hinsichtlich des Verbots treffen wird.

Schiitische Solidarität mit COMPACT

Mehrmals wird in dieser Ausgabe von RECHTS.GESCHEHEN die AfD-nahe Zeitschrift COMPACT genannt. Nach dem von der Bundesinnenministerin im Juli dieses Jahres verfügten Verbot von COMPACT, einem Bewegungsakteur der rechtsextremen Szene, protestierten nicht nur politisch Gleichgesinnte aus dem extrem rechten Spektrum. Gegen das Verbot demonstrierten in Bremen auch schiitische Muslime, die dem iranischen Mullah-Regime nahestehen.

»COMPACT Verbot = Zensur«, »Totalitäre Regierung« und »Muslime gegen COMPACT-Verbot« stand auf deren Plakaten. Redner der Mini-Veranstaltung war der muslimische Influencer Hüseyin Özoğuz, Betreiber des YouTube-Kanals »Actuarium«. In seinen Videos stellt sich Özoğuz an die Seite des iranischen Terrorregimes, agitiert gegen die LGBTQ-Bewegung und verteidigt AfD-Politiker wie Björn Höcke. Auch sein Vater Yavuz Özoğuz kritisiert auf der von ihm betriebenen schiitisch-islamistischen Webseite »Muslim-Markt«, dem »Forum der Muslime für deutschsprachige Gottesehrfürchtige«, das COMPACT-Verbot. Bereits im Jahr 2013 hatten Verfassungsschützer notiert, dass das Internetportal als »Forum für antiisraelische und antijüdische Propaganda genutzt wird«. 2006 gab Özoğuz in einem Interview mit der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« kund: »Zweifelsohne werden die Muslime [...] als Feindbild aufgebaut und etabliert im Sinne der Blaupause westlicher Außenpolitik, die man ‚Clash of Cultures‘ genannt hat.«

Im April 2012 weilte eine Reisegruppe aus der Bundesrepublik in der Islamischen Republik Iran. An der Privataudienz beim damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, einem notorischen Antisemiten und Holocaust-Leugner, nahmen sowohl der COMPACT-Herausgeber Jürgen Elsässer als auch Özoğuz teil. Den offiziellen Wahlsieg von Ahmadinedschad bei der iranischen Präsidentschaftswahl im Juni 2009 hatte Elsässer mit den Worten kommentiert: »In diesem Sinne: Salemaleikum, Präsident! Auf weitere vier friedliche Jahre! Und heute abend werde ich, ganz unislamisch, auf Dich einen Slivovitz trinken!« In extrem rechten Kreisen im In- und Ausland ist Ahmadinedschad auch heute noch beliebt. Der Polit-Pensionär hielt im Mai auf Einladung der Budapester Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) einen Vortrag. Ungarns autokratischer Ministerpräsident Viktor Orban hatte die NKE 2011 gegründet, um Kader-Nachwuchs für den Staats- und Sicherheitsapparat heranzuziehen. Die Universität bildet Beamte, Polizisten, Berufsmilitärs und Geheimdienstler aus.

Im Oktober lieferte die Bundestags-Vizepräsidentin Aydan Özoğuz, Schwester von Yavuz Özoğuz, durch einen Beitrag zum Gaza-Krieg auf Instagram bundesweite Schlagzeilen. Die SPD-Politikerin hatte ein Bild geteilt, auf dem der Schriftzug »This is Zionism« vor einem brennenden Gebäude zu sehen ist. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas sagte, es verbiete sich, Bilder mit eindeutig antizionistischem Inhalt zu verbreiten. Özoğuz' Post sei eine »Entgleisung und für dieses Amt unwürdig«, kritisierte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster.

A.M.

Rezension

Rezensiert von Gebhard Schultz, wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Rechtsextremismus nach 1945.

Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 63.

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023

Das Archiv für Sozialgeschichte (AfS) erscheint seit 1961 jährlich und ist eine der wichtigsten geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschriften. Die Bände haben durchweg einen Umfang von 600 bis 800 Seiten. Seit 1974 wird in jedem Band ein »Rahmenthema« behandelt. Zunächst standen die Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung in Deutschland im Vordergrund. Doch nach und nach wurde das Themenspektrum deutlich erweitert. Das AfS wird nach wie vor in gedruckter Form veröffentlicht. Darüber hinaus sind die Bände ein Jahr nach der Veröffentlichung auch online als Volltext zugänglich.¹

Martin Dietzsch, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter und Archivar des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung e. V. (DISS), glossiert in einem Artikel auf der DISS-Homepage, wie in der Bundesrepublik bis (mindestens) in die 1980er-Jahre hinein der Rechtsextremismus »erforscht« wurde: »Die allermeisten Autoren kannten offenbar den Gegenstand, über den sie schrieben, nur vom Hörensagen. Es handelte sich um Sekundärliteratur, die immer nur Sekundärliteratur recycelte und bestenfalls noch einige aktuelle Presseveröffentlichungen des Mainstreams zur Kenntnis nahm. Was dabei herauskommt, könnte man als das Prinzip akademische stille Post bezeichnen. Sehr schön nachverfolgen lässt sich das anhand von veralteten Angaben und Ungenauigkeiten, die immer wieder voneinander abgeschrieben werden und an falsch geschriebenen Eigennamen. Wird tatsächlich einmal vorgeblich aus einer Originalquelle zitiert, handelt es sich wundersamerweise immer um dieselben Zitatfragmente.«²

Der 2023 erschienene Band 63 des Archivs für Sozialgeschichte (AfS) zum Thema »Rechtsextremismus nach 1945« zeigt, dass sich hier doch einiges getan hat. Mangelnde Quellenkenntnis kann man den Autoren jedenfalls nicht vorwerfen. Erstmals befasst sich das AfS als Schwerpunkt mit dem Thema Rechtsextremismus. Ausgangspunkt war eine Tagung in Berlin im September 2022.³ Die Autorinnen und Autoren der insgesamt 15 Artikel wurden in den Jahren 1963 bis 1995 geboren und sind somit der jüngeren bis mittleren Forschergeneration zuzurechnen; nur drei von ihnen – nämlich die Herausgeber – sind älter als 50 Jahre. Viele der Autoren sind im Zeithistorischen Arbeitskreis Extreme Rechte aktiv, aus dem – so zumindest der Eindruck des Rezensenten – in den letzten Jahren besonders interessante Beiträge zum Thema Rechtsextremismus kamen.⁴

Aus Platzgründen kann hier nur auf einige wenige Artikel des 653 Seiten umfassenden Bandes näher eingegangen werden.⁵ Im einleitenden Beitrag plädieren die Herausgeber Knud Andresen, Thomas Großbölting und Kirsten Heinsöhn für eine »Gesellschaftsgeschichte der extremen Rechten«. Rechtsextremismus dürfe nicht als »etwas außerhalb der Gesellschaft Stehendes« verstanden werden, »vielfältige Faktoren« seien zu berücksichtigen, um die Entwicklung des Rechtsextremismus zu analysieren. Zudem komme es nicht nur



Screenshot des Covers Rechtsextremismus nach 1945

1 <https://www.fes.de/afs/>

2 Der Beitrag befasst sich mit der Geschichte des DISS-Archivs und stammt aus dem Jahr 2007. <http://www.diss-duisburg.org/diss-archiv/geschichte-des-archivs/>

3 <https://www.fes.de/afs/rechtsextremismus-nach-1945>

4 <https://zeitgeschichte-extreme-rechte.de/>

5 Das vollständige Inhaltsverzeichnis findet sich hier: https://library.fes.de/pdf-files/afs/bd63/afs63_inhalt.pdf

auf wissenschaftliche Expertise, sondern auch auf die Einbeziehung der Betroffenen an, deren Perspektive erst in den letzten Jahren wahrgenommen werde (S. 11).

Bereits in Band 61 (2021) des Afs hatten Laura Haßler und Dominik Rigoll im ersten Teil ihres Beitrags »Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten« dafür plädiert, den Begriff Rechtsextremismus beiseitezulegen und durch den Begriff Nationalismus zu ersetzen.⁶ Die These ist, »dass die Rechte nur verstanden werden kann, wenn man ‚Radikale‘ und ‚Gemäßigte‘ gemeinsam im Blick hat und erkennt, wie sich beide nicht nur voneinander abgrenzen, sondern auch gegenseitig beeinflussen« (S. 569). Rigoll und Haßler unterscheiden zwischen organisiertem und integriertem Nationalismus. Organisierter Nationalismus ist (salopp gesagt) das, was üblicherweise als Rechtsextremismus bezeichnet wird – also rechtsextreme Parteien und sonstige rechtsextreme Strukturen. Integrierter Nationalismus findet hingegen innerhalb der demokratischen Strukturen statt – also z. B. durch Strauß, Dregger, Sarrazin, Maaßen.⁷ Durch die Ausblendung des integrierten Nationalismus in der Rechtsextremismusforschung wird nach Auffassung der Autoren der Nationalismus in der Nachkriegszeit systematisch unterschätzt.

Im zweiten Teil ihres Beitrags in Band 63 setzen sich Haßler und Rigoll nun mit weiterer Forschungsliteratur zum Thema auseinander und konstatieren, die Rechtsextremismusforschung könne von nationalismus- und faschismusgeschichtlichen Ansätzen profitieren. »Sie ermöglichen [...] lange Kontinuitätslinien zu ziehen – bis in die Weimarer Republik und darüber hinaus. Mit dem Wort ‚Rechtsextremismus‘, einem Begriff aus der bundesdeutschen Politik, ist derlei kaum möglich« (S. 525). Allerdings handelt es sich hier in der Regel nicht um geradlinige Kontinuitäten, denn die Autoren arbeiten auch heraus, dass die nationalistischen Akteure nach 1945 nicht unmittelbar an ihre Traditionen anknüpfen konnten, sondern »ihren Nationalismus an die für sie schwierigen Bedingungen in Ost und West anpassen« mussten (S. 494).

Mehrere Autoren beziehen sich ausdrücklich auf das von Haßler und Rigoll vorgeschlagene Begriffskonzept. Yves Müller verwendet es in seinem Beitrag über den »Anti-Nazi« Kurt Hirsch. Hirsch hatte 1968 die Demokratische Aktion (DA) gegründet, die dann als Presseausschuss Demokratische Aktion (PDA) und ab 1976 als Pressedienst Demokratische Initiative weitergeführt wurde. Kurt Hirsch wurde damit »zu einem zentralen Protagonisten des Kampfes gegen rechts« (S. 361). Dabei habe er sich auch mit dem integrierten Nationalismus auseinandergesetzt, »den er freilich nicht so nannte« (S. 343).

In seinem Beitrag über den von Manfred Roeder organisierten »Reichstag zu Flensburg« am 23. Mai 1975 hält Sebastian Lotto-Kusche die Definitionen auch zur Analyse der »Reichsbürger«- und »Selbstverwalter«-Thematik für brauchbar. Der Autor konstatiert, die Gefahr sei lange Zeit unterschätzt worden. Erst der Mord an einem Polizisten 2016 in Georgensgmünd habe zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Forschung geführt (S. 144). Der Verfassungsschutz wirke bis heute mit diesem »scheinbar neuen [...] Phänomen konzeptionell überfordert« (S. 145). Die Ausgangsbedingungen für Roeders »Reichstag« waren im hohen Norden in mancher Hinsicht günstig: Schleswig-Holstein war eine Hochburg des Nationalsozialismus. Unmittelbarer Anknüpfungspunkt für Roeder: Bis zum 23. Mai 1945 war Flensburg Sitz der letzten Reichsregierung unter Admiral Karl Dönitz. Personelle Kontinuitäten führten in den 1950er-Jahren zu einer Reihe von Skandalen. So konnte z.B. Dr. Werner Heyde, einer der Hauptverantwortlichen für die Euthanasiamorde, noch bis 1959 in Flensburg unter dem Namen Dr. Fritz Sawade als medizinischer Gutachter arbeiten. Die relativ große Toleranz gegenüber der extremen Rechten in Schleswig-Holstein führte dazu, dass rechtsextreme Akteure auch später dort durchaus erfolgreich agieren konnten. Ein Beispiel ist der Auschwitz-Leugner Thies Christophersen, der Roeders »Reichstag« publizistisch begleitete. Auch wenn die Veranstaltung in Flensburg letztendlich von den Behörden unterbunden wurde und über das rechtsextreme Milieu hinaus keine politische Relevanz hatte, war sie doch für die Selbstfindung und Selbstdarstellung der rechtsextremen Szene von Bedeutung. Der Blick zurück erweist sich als aufschlussreich, denn: »Nur, weil es erst seit ein paar Jahren beziehungsweise seit Jahrzehnten sogenannte selbst ernannte »Reichsbürger« gibt, heißt das nicht, dass es sie nicht auch schon vorher gegeben hat (S. 171).«

Vojin Saša Vukadinović befasst sich mit dem »vergessene[n] migrantische[n] Beitrag zur frühen Rechtsextremismusforschung«. Vorgestellt werden die Arbeiten von Haris Katsoulis, Badi Panahi und Georgios Tsiakolos, die zwischen 1978 und 1983 publiziert wurden. Die drei nicht in Deutschland

⁶ https://library.fes.de/pdf-files/afs/bd61/afs61_22_rigoll-hassler.pdf Wichtig ist darüber hinaus der Beitrag von Dominik Rigoll und Yves Müller: Zeitgeschichte des Nationalismus. Für eine Historisierung von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus als politische Nationalismen, in: Afs 60 (2020), S. 323–351. Online: https://library.fes.de/pdf-files/afs/bd60/afs60_16_rigoll_mueller.pdf

⁷ Die Begrifflichkeiten werden im Detail noch weiter ausdifferenziert (darauf kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden).

geborenen Wissenschaftler analysierten auf innovative Weise unterschiedliche Aspekte des Rassismus. Von »herkunftsdeutschen« Sozialwissenschaftlern seien diese Studien aber kaum rezipiert worden. Es bestätige sich damit, so Vukadinović, die Einschätzung der Historikerin Fatima El-Tayeb (Yale University),⁸ »die der gegenwärtigen Rassismusforschung attestiert, ihre eigenen Anfänge zu verleugnen, um sich selbst als autarke Innovation auszugeben, die aus sich selbst heraus entstanden sei« (S. 372).

Caner Tekin zeichnet in seinem Beitrag die Entwicklung der »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik Deutschland nach und analysiert die Reaktionen der linken Migrantinnenorganisationen und deutscher Gewerkschaften bis 1980. Die Politik der »Idealistenvereine« war in hohem Maße durch antigewerkschaftliche Agitation geprägt. Daraufhin entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen linken Migrantinnenvereinen und DGB-Gewerkschaften. Interessant ist dabei die Problemwahrnehmung: »Die ‚Grauen Wölfe‘ wurden zumindest von den DGB-Gewerkschaften nicht mehr als ein intrinsisches Problem der türkeistämmigen Arbeitnehmer*innen gesehen, sondern als ein gemeinsames Problem der deutschen Gesellschaft und der Türkeistämmigen in der Bundesrepublik (S. 310).«

Fazit: Der Band zeigt die Qualitäten einer modernen, zeithistorisch ausgerichteten, akteursorientierten Rechtsextremismusforschung, in der der Archivarbeit und der eigenständigen (Neu-)Interpretation unterschiedlichster Quellen ein hoher Stellenwert zugemessen wird. Man darf auf die weitere Publikationstätigkeit dieser Forschergeneration gespannt sein.

⁸ Fatima El-Tayeb: Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2016, S. 15-21, hier: S. 21.
Online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2016-14-15_online.pdf

Chronik

Bundesrepublik / Europa:
Über 100.000 Stolpersteine verlegt

Januar 2024

Der in Köln lebende Künstler Gunter Demnig und sein Team haben seit 1996 über 100.000 Stolpersteine verlegt. Die in den Boden am Ort ihres letzten selbstgewählten Wohnortes eingelassenen Gedenksteine aus Messing sollen mit Namen und Lebensdaten an Opfer von Verbrechen des NS-Regimes erinnern. Als Demnig 1992 das »KunstDenkmal Stolpersteine« entwickelte, ging es ihm um individuelles Gedenken. Die Nationalsozialisten wollten die verfolgten Menschen zu Nummern machen und ihre Identität auslöschen. Mit den Stolpersteinen will Demnig diesen Prozess rückgängig machen und die Namen der Opfer wieder in die Straßen und Städte zurückholen. Stolpersteine liegen in 32 Ländern – unter anderem in Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Liechtenstein, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Polen, der Republik Moldau, Österreich, Rumänien, Russland, Schweden, der Schweiz, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, der Ukraine, Ungarn und im Vereinigten Königreich. Immer wieder kommt es zum Diebstahl von Stolpersteinen. Gestohlen wurden laut Demnig etwa 900 Stolpersteine. Vor zwölf Jahren seien in Greifswald einmal alle Stolpersteine in der Stadt gestohlen worden, vor sieben Jahren mindestens 16 Stolpersteine in Berlin-Neukölln. Beide Aktionen hätten sich rund um das Gedenken an die Pogromnacht am 9. November ereignet. Zuletzt wurden, vermutlich in der Nacht zum 7. Oktober 2024, dem Jahrestag des Angriffs der »Hamas« auf Israel, alle zehn Stolpersteine in der Stadt Zeitz (Burgenlandkreis) im Süden von Sachsen-Anhalt herausgerissen.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.stolpersteine.eu/> / eingesehen am 10. Januar 2024

<https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/> / eingesehen am 10. Januar 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/burgenland/zeitz-stolpersteine-gestohlen-spendenaufruf-104.html> / eingesehen am 11. Oktober 2024

Sachsen-Anhalt / Bundesrepublik:
Neurechte Zeitschrift »Sezession«

Zur Jahreswende 2023/24 zählt die im Jahr 2003 gegründete Zeitschrift Sezession des rechtsextremen Thinktanks »Institut für Staatspolitik« (IfS; Schnellroda / Sachsen-Anhalt) Eigenbekunden zufolge 4.000 Abonnenten. Der Name der Zeitschrift nimmt Bezug auf den 1993 veröffentlichten Essay »Anschwellender Bocksgesang« des Schriftstellers Botho Strauß. Dort heißt es: »Dabei: so viele wunderbare Dichter, die noch zu lesen sind – so viel Stoff und Vorbildlichkeit für einen jungen Menschen, um ein Einzelgänger zu werden. Man muß nur wählen können; das einzige, was man braucht, ist der Mut zur Sezession, zur Abkehr vom Mainstream.« Das IfS wurde im Jahr 2000 unter anderem von dem aus Baden-Württemberg stammenden Rechtsextremisten Götz Kubitschek gegründet. Innerhalb des neurechten Netzwerks fungiert das IfS als geistiges Gravitationszentrum, das schwerpunktmäßig auch AfD-Funktions- und Mandatsträger beeinflusst. Das IfS will zugunsten einer Diskursverschiebung nach rechts eine vermeintlich linke Hegemonie in Gesellschaft und Politik aufbrechen. Der »Raum des Sagbaren« soll ausgedehnt werden. Das IfS »strebt nach Deutungshoheit im vorpolitischen und nach Einfluss im parlamentarischen Raum«, so der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gab am 26. April 2023 die Einstufung des IfS als »gesichert rechtsextremistische Bestrebung« bekannt, nachdem zuvor eine Beobachtung als Verdachtsfall erfolgt war. Am 29. Januar 2023 führte das IfS eine Podiumsdiskussion zum Thema »AfD – bekämpft aber harmlos?« durch. Der teilnehmende Chefredakteur des »Deutschlandkuriers«, David Bendels, äußerte in Bezug auf eine Kritik an der Regierung und deren Regierungspolitik: »Wir können die Altparteien nur als politischen Feind betrachten, noch nicht mal als Konkurrenten, sondern das ist nicht der politische Gegner, sondern es ist der Feind. [...] Wir müssen einen Vernichtungsfeldzug führen gegen die Altparteien!«

Eigenrecherche DokRex

Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für 2023, S. 128ff, online: https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3._Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2023_Pressefassung.pdf / eingesehen am 14. Oktober 2024

sezession.de/68738/sezession-117-und-ein-angebot / eingesehen am 1. Januar 2024

Schleswig-Holstein / Bundesrepublik:

Bauernproteste – und die Blockade des Vizekanzlers

Am 4. Januar befand sich Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf einer Fähre von einem Privataufenthalt auf der nordfriesischen Hallig Hooge ans Festland im schleswig-holsteinischen Schlüttsiel. Protestierende hinderten den Minister und weitere Fahrgäste am Verlassen der Fähre. Die Aktion war Teil einer Protestwelle von Landwirten gegen Sparpläne der Berliner Ampelkoalition. In kürzester Zeit hatte sich zuvor ein Aufruf zum Spontanprotest über Messenger-Gruppen und andere Netzwerke verbreitet. Die Telegram-Gruppe »Freie Schleswig-Holsteiner« rief süffisant zum Protest: »Achtung! Robert Habeck lädt heute zum Bürgerdialog um 16:45 am Fährhafen Schlüttsiel ein! Er wünscht sich unendlich viel Interesse. Tun wir ihm den Gefallen und kommen mit allem was Räder hat!« Der Telegram-Kanal Freie Schleswig-Holsteiner wird von Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack der »verfassungsfeindlichen Delegitimierer-Szene« zugeordnet.

Hunderte Demonstranten auf Traktoren, Güllelastwagen und Handwerkerwagen erwarteten den Vizekanzler. Maßgebliche Initiatoren des Protestes entstammen extrem rechten Zusammenhängen; darunter T. B., die 2023 bei einer Kreiswahl für die AfD kandidierte. Ihr Lebensgefährte H. T. hat am Eingang seines Fuhrunternehmens ein Schild mit zwei gekreuzten Mistgabeln und der Aufschrift »Farmers Defence Force« aufgehängt. Farmers Defence Force ist eine in den Niederlanden gegründete rechtspopulistische Bauernorganisation, die gegen Umweltauflagen und Klimaschutzmaßnahmen agitiert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Demonstrierende in Schlüttsiel wegen Landfriedensbruchs, Nötigung, Beleidigung, Bedrohung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. »Für jeden anständigen Deutschen sollen die widerständigen Bauern von Schlüttsiel ein Vorbild sein!«, war beim rechtsextremen Internetportal »Politically Incorrect« zu lesen. AfD-Fraktionschefin Alice Weidel äußerte sich auf X hämisch über die »Fährenflucht« des Bundesministers Habeck; die Blockade des Anlegers in Schlüttsiel durch Demonstrierende kritisierte sie nicht.

Fakt ist, dass Rechtsextremisten versucht haben, die seit Dezember 2023 bundesweit koordinierten Protestaktionen der Landwirte zu instrumentalisieren, um politische Zustimmung zu erzielen oder eigene Positionen in die Gesellschaft zu tragen. In rechtsextremen Chatgruppen wurde für die Teilnahme an den Protesten mobilisiert. Aufgerufen wurde zum Grundsatzprotest gegen die Ampel-Regierung und das in diesen Kreisen ungeliebte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Eine politische Veranstaltung der Grünen in Baden-Württemberg musste im Februar 2024 wegen Sicherheitsbedenken aufgrund protestierender Bauern abgesagt werden. Rechtsextreme Gruppierungen, die seit Jahren von einem Umsturz, einem »Tag X«, an dem sie die Macht an sich reißen, träumen, riefen während der wochenlangen Proteste zum Generalstreik auf und bliesen zum Volksaufstand. Bei den Protesten mischten Akteure rechtsextremer Parteien wie die »FREIEN SACHSEN«, »Der III. Weg« und »Die Heimat« (ehemals NPD) mit. Vereinzelt fungierten Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre der AfD als Veranstaltungsanmelder oder traten als Redner auf.

An einer Großdemonstration in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden im Januar 2024 nahmen Rechtsextreme wie etwa der führende Kader der »Identitären Bewegung« (IB), der Österreicher Martin Sellner, der vom Verfassungsschutz beobachtete Ex-AfD-Politiker Andreas Kalbitz sowie Neonazis und »Reichsbürger« teil. Dabei wurde eine Polizeikette durchbrochen. Der bekannte »Querdenken«-Anmelder Marcus Fuchs trat als überregionaler Vernetzer bei verschiedenen Protesten auf. Symbole wie die »Landvolk«-Flagge flatterten bei Demonstrationen auf Traktoren. Die dahinterstehende »Landvolkbewegung« war eine völkische Bewegung, deren radikaler Flügel Ende der 1920er-Jahre Terroranschläge verübte und ideologisch viele Überschneidungen mit der NSDAP hatte. Bei einzelnen Bauernprotesten waren auf Heuballen hölzerne Galgen aufgebaut, an denen selbstgemalte Ampel-Schilder am Strick baumelten – die Ampel als Symbol für die Regierung in Berlin. Demonstrations- und Traktorenzüge führten vor die Privatwohnungen von Politikerinnen und Politikern, so vor das Haus der niedersächsischen Agrarministerin Miriam Staudte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ortsschilder wurden ab- und verkehrt herum wieder anmontiert, weil die Bundesrepublik Deutschland ja Kopf stehe. Per Livestream, z.B. auf YouTube, wurde von Rechtsextremisten wie dem in Ungarn lebenden Schweizer Ignaz Bearth von den Protesten berichtet. Den Rechtsextremisten ging es im Kern darum, Zukunftsängste weiter zu schüren und das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie und ihre Institutionen grundlegend zu erschüttern. Auslöser der Proteste war der ab 2024 beschlossene Wegfall der Agrardiesel-Beihilfe sowie der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge.

Eigenrecherche DokRex

www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/bauern-demo-protest-freie-rechtsextreme-100.html / eingesehen am 15. Januar 2024

www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/IV/Presse/PI/2024/240105_statement_blockade_schluettsiel.html / eingesehen am 6. Januar 2024

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/rechte-bauernproteste-landwirte-streik-afd/> / eingesehen am 6. Januar 2024

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Mögliche Straftaten und Berichte über Beteiligungen der rechtsextremen Szene bei den sogenannten Bauernprotesten, BT-Drs. 20/11538 vom 24. Mai 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011538.pdf/> / eingesehen am 30. Mai 2024

pi-news.net/2024/01/schluettsiel-und-die-entdeckung-des-demokratischen-widerstands/ / eingesehen am 6. Januar 2024

der-dritte-weg.info/2024/01/infos-und-termine-zu-den-bauernprotesten/ / eingesehen am 7. Januar 2024

Bayern / Italien:
**Vor 40 Jahren: Rechtsextremer
 Anschlag in München**

Die rechtsextreme »Gruppe Ludwig« beging zwischen 1977 und 1984 vor allem in Norditalien eine Mord- und Brandanschlagsserie. Mindestens 15 Menschen wurden getötet, viele verletzt. Vor 40 Jahren, am 7. Januar 1984, verübten die Attentäter auch in München einen Anschlag. Er war der einzige in der Bundesrepublik Deutschland und fand über Jahrzehnte hinweg in der Politik und der Öffentlichkeit kaum Beachtung. An diesem Tag warf die Gruppe Ludwig Brandsätze in den Eingangsbereich der Tanzbar »Liverpool«. Im Liverpool, so das Bekennerschreiben, abgefasst in Runenschrift, »wird jetzt nicht mehr gefickt«. Acht Menschen wurden verletzt. Wochen später starb die 20-jährige Garderobefrau Corinna Tatarotti an den schweren Verbrennungen. Tatarotti war das letzte Opfer der Rechtsterroristengruppe Gruppe Ludwig.

Der folgenreichste Anschlag der Gruppe Ludwig fand am 14. Mai 1983 statt: ein Brandanschlag mit sechs Toten in Mailand. Die Täter hatten zwanzig Liter Benzin in dem mit dreißig Personen besetzten Sexkino »Eros« entzündet. Sechs Männer erstickten. Er ist die Tat mit den meisten Opfern der Gruppe Ludwig, die aus dem Münchner Wolfgang Abel (Jg. 1959) und dem Italiener Marcu Fulan (Jg. 1960), zwei Akademikern aus reichen Elternhäusern, bestanden haben soll. Als Gruppe Ludwig, deren Weltbild eine Melange aus militantem Rechtsextremismus, fanatischer Homophobie und fundamentalistischem Katholizismus, gepaart mit einer kruden christlich-traditionalistischen Sexualmoral bildete, begingen der Doktor der Mathematik Abel und der Doktorand Fulan seit 1977 neun Mord- und Brandanschläge in verschiedenen Städten Norditaliens und in München.

15 Menschen – Sinto, Homosexuelle, Sexarbeiterinnen, Drogenkonsumenten, Priester sowie Sexkino- und Diskothekenbesucherinnen und -besucher – haben die Täter bis 1984 ermordet. »Eine Todesschwadron hat die Männer ohne Ehre hingerichtet«, teilte die Gruppe Ludwig nach dem Anschlag in Mailand in einem zweisprachigen Bekennerschreiben an die Nachrichtenagentur Ansa mit und übernahm »die Verantwortung für den Scheiterhaufen der Schwänze«. »Unser Glaube ist der Nazismus, unsere Justiz der Tod, unsere Demokratie die Ausrottung« schrieben sie. Die Schreiben der Gruppe Ludwig zierte die Parole »Gott mit uns«.

In ihren Bekennerschreiben bekannten sich die Neonazis offen zum Nazismus und machten deutlich, dass sich ihr Kampf unter anderem gegen den Sittenverfall richte. Den Adler mit einem Hakenkreuz in den Klauen nutzten sie als Logo. Bei dem Versuch, am 4. März 1984 bei einer Karnevalsveranstaltung in der Diskothek »Melamare« in Castiglione delle Stiviere einen Brandanschlag zu verüben, konnten Ordner die Rechtsterroristen endgültig stoppen. 1987 verurteilte ein Gericht in Verona die beiden Akademiker zu 30 Jahren Haft. Die Täter sind nach Medienberichten seit 2009 wieder auf freiem Fuß.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/rechtsterrorismus-gedenken-an-oft-vergessenen-anschlag-in-muenchen.html#topPosition> / eingesehen am 10. Januar 2024

Bundesrepublik:
**Bauernproteste und der
 Bauernkrieg 1524/25**

Bundesdeutsche Rechtsextremisten agieren nicht losgelöst vom historischen Kontext. So instrumentalisiert die extreme Rechte, vom antisemitischen Bewegungsakteur »COMPACT« bis zur Neonazi-Kleinstpartei »Der III. Weg«, den Großen Deutschen Bauernkrieg 1524/25 im Kontext der Bauernproteste für ihren Kampf gegen das »System« und die »Altparteien«. Der Bauernkrieg hatte sich seit Anfang des 16. Jahrhunderts wie ein »Wetterleuchten« angekündigt, ist in der Sommerausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!« zu lesen. Erwähnung findet in Zuerst! auch die damals im südwestdeutschen Raum aktive »Bundschuh-Bewegung«. Der mit Lederriemen geschnürte Bauern- oder Bundschuh stand im Gegensatz zum gespornten Ritterstiefel und geriet zum Symbol des Aufbegehrens. Im Rahmen der zum Jahreswechsel 2023 auf 2024 eingesetzten Bauernproteste gegen Kürzungen der Subventionen im Agrarbereich wurden immer wieder einzelne Gummistiefel am Lattenzaun aufgehängt oder auf einen Besenstiel in den Acker gesteckt. Von den Bauern wurde damit ein stiller Protest gegen ihre Arbeitssituation symbolhaft dargestellt. Dies erinnert COMPACT »auf faszinierende Weise« an die »Bundschuh-Bewegung und an Bauernaufstände früherer Tage«. Ins gleiche Horn bläst die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg«. Unter der Überschrift »2024 wie vor 500 Jahren – Der Bauer steht auf im Land« geben die Ewiggestrigen anlässlich der Proteste kund: »Die Bauern (und ihnen gleich Arbeiter und Mittelstand) können sich dabei auf historische Vorbilder beziehen. Vor 500 Jahren begann mit der ‚Revolution des kleinen Mannes‘ das, was als ‚Deutscher Bauernkrieg‘ in die Geschichte einging.« Vereinzelt wurden bei Bauernprotesten Symboliken (Fahnen, T-Shirts) des III. Wegs festgestellt. Der III. Weg versuchte, lokal Anschluss an Demonstrationen zu finden. Propagandistisch war die Partei bestrebt, das Thema etwa durch eigens gedruckte Flyer und Ähnliches für sich zu nutzen. Auf der Homepage des III. Weges wurde mitgeteilt: »Im Zuge der bevorstehenden Bauernproteste wollen wir euch hier über die anstehenden Kundgebungen, Demonstrationen und Traktoren-Konvois informieren. Wir von der Partei ‚Der III. Weg‘ werden uns selbstverständlich nach unseren Möglichkeiten an den Aktionen beteiligen und auf dieser Seite über alle wesentlichen Ereignisse und Termine berichten.« Im brandenburgischen Wittstock organisierte die Partei am 12. Januar 2024 zudem einmalig eine Demonstration im Stil der Bauernproteste, an der insgesamt ca. 160 Personen teilnahmen.

Eigenrecherche DokRex

*der-dritte-weg.info/2023/12/infos-und-termine-zu-den-bauernprotesten/
 eingesehen am 1. Januar 2024*

Italien:
**Neofaschistisches Gedenken –
 und die Polizei schaut zu**

Bei einer Gedenkveranstaltung mitten in Rom an der Via Acca Larenzia zeigten am 7. Januar mehrere hundert Rechtsextremisten den verbotenen »saluto romano« (römischer Gruß), der dem Hitlergruß ähnelt. Der »saluto romano« stammt aus der Mussolini-Zeit und wurde hier in Gedenken an zwei Neofaschisten vollzogen, die am gleichen Tag des Jahres 1987 bei Auseinandersetzungen mit Linksradi-kalen getötet wurden. Ein dritter Neofaschist starb bei den anschließenden Tumulten durch Polizeikugeln. Seitdem finden jährlich Gedenkfeiern vor dem ehemaligen Sitz des neofaschistischen »Movimento Sociale Italiano« (MSI) statt. Die Opfer gehörten der MSI-Jugendorganisation »Fronte della Gioventu« (Jugendfront) an, wie später auch Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Meloni regiert seit Oktober 2022 mit einer Rechtsallianz. Ihre Partei »Fratelli d'Italia« ist eine Nachfolgepartei des MSI. Die Polizei schritt bei dem Aufmarsch im Januar nicht ein, obwohl die »Verherrlichung des Faschismus« in Italien seit Jahrzehnten ein Straftatbestand ist.

*<https://www.sueddeutsche.de/politik/italien-hunderte-zeigen-faschisten-gruss-in-rom-1.6329796/>
 eingesehen am 15. Januar 2024*

<https://www.welt.de/politik/ausland/article249408444/Italien-Hunderte-zeigen-Faschisten-Gruss-bei-Versammlung-in-Rom.html> / eingesehen am 15. Januar 2024

Brandenburg:
**»Geheimplan gegen
 Deutschland«**

Am 10. Januar 2024 berichtete das Recherche-Netzwerk »Correctiv« über ein geheimes Treffen vom 25. November 2023 im »Landhaus Adlon« am Lehnitzsee nahe Potsdam. CDU-Mitglied Wilhelm Wilderink ist Inhaber und Mathilda Martina Huss die Geschäftsführerin der Villa. Eingeladen hatte das »Düsseldorfer Forum« um Gernot Mörig und Hans-Christian Limmer. Mörig, ehemaliger Zahnarzt, ist bereits seit Jahrzehnten in der extremen Rechten aktiv. Von 1977 bis 1979 war er der »Bundesführer« des rechtsextremen »Bundes Heimattreuer Jugend«. Auch Limmer, Gründer von »Backwerk« und – bis zur Correctiv-Recherche – Gesellschafter von »Hans im Glück« und »Pottsalat«, ist in der extremen Rechten verankert.

Am geheimen Treffen im Landhaus Adlon nahmen »gut zwei Dutzend Menschen« teil. Correctiv schrieb: »Manche sind Mitglied bei der AfD, ein führender Kopf der ‚Identitären Bewegung‘ ist dabei. Manche sind Burschenschafter, dazu Bürgertum und Mittelstand, Juristen, Politikerinnen, Unternehmer, Ärzte. Auch zwei CDU-Mitglieder sind dabei, Mitglieder der ‚Werteunion‘.« Dabei: Alexander von Bismarck, der Großneffe des Reichskanzlers Otto von Bismarck, Ulrich Vosgerau (CDU und ehemaliges Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung«), Silke Schröder (»Verein Deutsche Sprache«), Simone Baum und Michaela Schneider (beide »Werteunion«), Dorian Schubert (»Identitäre Bewegung«) und Erik Ahrens (»GegenUni«). Außerdem: Christoph H., IT-Unternehmer aus Thüringen, Henning P., Heilpraktiker aus Schleswig-Holstein, Hans-Ulrich Kopp, Bauunternehmer aus Baden-Württemberg, und Remt-Otto O., ein Neurochirurg aus Österreich.

Unter den AfD-Mitgliedern waren Roland Hartwig, persönlicher Referent der AfD-Bundeschäftlichen Alice Weidel, die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy aus Bayern, der AfD-Landtagsabgeordnete Ulrich Siegmund aus Sachsen-Anhalt und der AfD-Kreisvorsitzende Maik Julitz aus Stade (Niedersachsen). Mit Mario Müller nahm ein ehemals gewaltbereiter Neonazi der rechts-extremen Identitären Bewegung und Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt aus Sachsen-Anhalt teil. Arne Friedrich Mörig, Sohn von Gernot Mörig, soll seit Längerem aus dem persönlichen Budget von Alice Weidel bezahlt worden sein und den Social-Media-Auftritt des AfD-Bundesvorstands verantwortet haben.

Ziel des Treffens war, Gelder zur Finanzierung rechtsextremer Organisationen wie der Identitären Bewegung zu sammeln. In einer Einladung schrieb das Düsseldorfer Forum, das Geldsammeln sei eine »Kernaufgabe unserer Runde«. Es hieß: »Es bedarf Patrioten, die aktiv etwas tun und Persönlichkeiten, die diese Aktivitäten finanziell unterstützen.« In einer weiteren Einladung kündigte Mörig die Präsentation eines »Masterplans« an. Martin Sellner, Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung Österreich, stellte den »Masterplan« vor. Er referierte über das Thema »Remigration« seines Buches »Regime Change von rechts« (2023). »Remigration« ist seit Jahren eine Chiffre der extremen Rechten, um die massenhafte Vertreibung eingewanderter Menschen zu beschreiben. Laut Correctiv sagte Sellner in seiner Rede, es gebe »drei Zielgruppen der Migration, die Deutschland verlassen sollten«: Asylsuchende, Ausländer mit Bleiberecht – und »nicht assimilierte Staatsbürger«. Das Recherche-Netzwerk macht auf die Dimension des »Masterplans« aufmerksam: »Menschen sollen aufgrund rassistischer Kriterien aus Deutschland vertrieben werden können – egal, ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht.«

Die Correctiv-Recherche löste eine Protestwelle gegen Rechtsextremismus in Deutschland aus. Die AfD hingegen versuchte, die Arbeitsweise des Recherche-Netzwerks zu skandalisieren. Weidel erklärte in einer Pressekonferenz vom 16. Januar 2024, es sei »einer der größten, ungeheuerlichsten Medien- und Politikskandale der Bundesrepublik Deutschland«. Correctiv habe »mit Stasi-ähnlichen Geheimdienst- und Zersetzungsmethoden« eine »private Zusammenkunft« angegriffen, »um unbescholtene Bürger abzufragen und auszuspähen«. Die AfD erklärte am 31. Januar 2024 im Bundestag, sie sei Opfer einer »beispiellosen Verleumdungskampagne« geworden. Correctiv habe die »Kampagne« aus »unglaublichen Lügen, Verleumdung und übelster Nachrede« konstruiert. Rechtsextreme Medien knüpften an die Erzählung der Partei an. So nannte das »COMPACT-Magazin« die Recherche eine »Lügengeschichte« und einen »Schmierartikel«. Im Magazin behauptete Sellner, die Recherche sei eine »perfekte Inszenierung«. Er schrieb, man habe »das Leben« der Teilnehmenden »gezielt und ohne jedes Mitleid vernichtet«. Das Magazin »Info-Direkt« titelte »Geheimplan gegen Patrioten«.

Marcus Bensmann / Jean Peters (2024): *Der AfD-Komplex. Recherchen von CORRECTIV*, S. 50 ff.

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> / eingesehen am 31. Oktober 2024

<https://www.derstandard.at/story/3000000202808/auch-oesterreicher-bei-rechtem-geheimtreffen-in-deutschland/> / eingesehen am 31. Oktober 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/ilmenau-ilmkreis/it-unternehmer-treffen-rechtsextrem-npd-100.html> / eingesehen am 31. Oktober 2024

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Geheimtreffen-bei-Potsdam-AfD-Mann-aus-Buxtehude-unter-den-Gaesten,geheimtreffen102.html / eingesehen am 31. Oktober 2024

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-correctiv-potsdam-rechtsextremismus-identitaere-bewegung-100.html> / eingesehen am 31. Oktober 2024

[https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-04/erik-ahrens-afd-rechtsextremismus-geheimtreffen-potsdam \[kostenpflichtig\]](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-04/erik-ahrens-afd-rechtsextremismus-geheimtreffen-potsdam [kostenpflichtig]) / eingesehen am 31. Oktober 2024 >>>

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-09/rechtsextremismus-hans-ulrich-kopp-investoren-compact-magazin> [kostenpflichtig] / eingesehen am 31. Oktober 2024

COMPACT – Magazin für Souveränität, Ausgabe 03/2024, S. 47 ff.

Info-Direkt, Ausgabe 51, S. 6 ff

Bundesweit:
**Antiziganistische Straftaten
im Jahr 2023**

Im Jahr 2023 sind in der Bundesrepublik Deutschland mit Stand vom 24. Mai 2024 insgesamt 177 antiziganistische Straftaten registriert worden, davon 16 Gewaltdelikte. Die Zahl der 2023 zu solchen Straftaten ermittelten Tatverdächtigen beläuft sich mit Stand des genannten Stichtags auf 169, wie aus der Antwort der Bundesregierung (20/11564) auf eine Kleine Anfrage (20/11352) weiter hervorgeht.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess, Steffen Janich und der Fraktion der AfD. Erfassung antiziganistischer Straftaten in dem Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2023, BT-Drs. 20/11564 vom 28. Mai 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/115/2011564.pdf> / eingesehen am 5. Juni 2024

Bundesrepublik:
**»COMPACT«, Elsässer
und der Antisemitismus**

»Es gibt keinen nennenswerten Antisemitismus unter Deutschen. Im Gegenteil: Der Zentralrat agiert wie die fünfte Gewalt im Staat, die entsprechenden Feiertage sind herausragender Teil der gesellschaftlichen Gedenkrituale. [...] Der Judenhass, vor dem aktuell in schrillen Tönen gewarnt wird, ist eine Erfindung: Als solcher wird der Antizionismus denunziert oder auch die bloße Kritik am Netanjahu-Regime«, so Chefredakteur Jürgen Elsässer im Editorial der Januar-Ausgabe seines antisemitischen Hetzblattes COMPACT.

Jürgen Elsässer: Editorial. Nie wieder »Nie Wieder«! In: COMPACT, 1/2024, S. 3

Bundesweit:
**Keine Staatsgelder mehr für NPD-
Nachfolgepartei »Die Heimat«**

Die Partei Die Heimat (zuvor NPD) erhält für sechs Jahre keine staatliche Parteienfinanzierung nach § 18 des Parteiengesetzes (PartG) mehr. Das hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts am 23. Januar entschieden (Az. 2 BvB 1/19). Die Entscheidung erging einstimmig. Art. 21 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) sieht den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der staatlichen Teilfinanzierung vor. Ausgeschlossen sind Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Auf dieser Grundlage beantragten Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, die Partei Die Heimat von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes zielt Die Heimat auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen »Volksgemeinschaft« ausgerichteten autoritären Staat. Es war das erste Verfahren dieser Art am höchsten bundesdeutschen Gericht.

Mit dem Urteil entfallen auch steuerliche Begünstigungen der Partei wie etwa bei Spenden an sie. Bundesinnenministerin Nancy Faeser begrüßte das Urteil. Von der Entscheidung gehe ein klares Signal aus: »Unser demokratischer Staat finanziert keine Verfassungsfeinde«, sagte die SPD-Politikerin. Auch wenn die verfassungsrechtlichen Hürden für künftige Verfahren hoch blieben, habe man jetzt »ein weiteres Instrument zum Schutz unserer Demokratie«. Die Möglichkeit, verfassungsfeindliche Parteien für vorläufig sechs Jahre von der öffentlichen Finanzierung auszuschließen, war im Juni 2017 als Bundestagsbeschluss (18/12357, 18/12846) ins Grundgesetz eingefügt worden, nachdem ein Verbotsverfahren gegen die NPD zum zweiten Mal gescheitert war. Anders als ein Parteiverbot setzt das Streichen von Staatsgeldern nicht voraus, dass die betroffene Partei ihre verfassungsfeindlichen Ziele potenziell auch erreichen kann.

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvg24-009.html> / eingesehen am 24. Januar 2024

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw04-urteil-bvg-987564/> / eingesehen am 24. Januar 2024

Baden-Württemberg:
**Neues zum einstigen SS-Offizier
 Erich Ehrlinger**

Der lange Jahre in Karlsruhe lebende SS-Offizier Erich Ehrlinger war an der Ermordung von 1.045 Menschen beteiligt, kam aber 1965 frei – weil ein Altnazi ihm Haftunfähigkeit attestierte. Ausgehend von dem Vorwurf des Holocaust-Überlebenden Simon Wiesenthal, Mediziner hätten Kriegsverbrechern mit ihren gutachterlichen Äußerungen zu einer Art Amnestie verholfen, haben Wissenschaftler der Institute für Rechtsmedizin sowie für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in der Zeitschrift Rechtsmedizin den Fall von Erich Ehrlinger (Jg. 1910) beleuchtet.

Der in Giengen an der Brenz geborene Jurist war Burschenschafter der »Tübinger Königsgesellschaft Roigel« (1933–37 »Tübinger Burschenschaft Roigel«). 1931 wurde er Mitglied der NSDAP (Nr. 541.195) und der SA. 1935 wechselte Ehrlinger zum »Sicherheitsdienst« (SD) der »Schutzstaffel« (SS) und wurde dessen Mitglied. Als SS-Standartenführer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in der Ukraine, Russland-Mitte und Ruthenien leitete Ehrlinger in den besetzten Gebieten den Massenmord an Juden hinter der Front. Im Frühjahr 1944 kehrte er in leitender Funktion zum »Reichssicherheitshauptamt« (RSHA) zurück. Im November 1944 wurde Ehrlinger auf Fürsprache von Ernst Kaltenbrunner von Heinrich Himmler zum SS-Oberführer befördert. Bis Kriegsende 1945 wies die Schutzstaffel insgesamt 276 SS-Oberführer auf. Kaltenbrunner war von 1943 bis Kriegsende Chef der Sicherheitspolizei und des SD sowie Leiter des RSHA. Er gehörte zu den 24 Angeklagten im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. 1946 wurde Kaltenbrunner hingerichtet.

Nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus tauchte Ehrlinger (alias Erich Fröscher) unter. 1950 zog er mit seiner Familie nach Konstanz, wo er unter falschem Namen als Empfangschef im Spielkasino arbeitete. Nach seiner Scheidung gab Ehrlinger bei der Wiederheirat 1952 seinen richtigen Namen an und wurde Leiter der Volkswagenvertretung in Karlsruhe. 1958 festgenommen, wurde Ehrlinger am 20. Dezember 1961 wegen Beihilfe zum Mord in 1.045 Fällen und eines versuchten Mordes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit wurde Ehrlinger 1965 entlassen. Das Verfahren wurde im Dezember 1969 eingestellt. Danach lebte der bei Einstellung des Verfahrens 58 Jahre alte Ehrlinger noch über 35 Jahre bis Juli 2004 in Karlsruhe. Bei guter Gesundheit wurde er 93 Jahre alt.

Einer der Gutachter zur Haft- und zur Verhandlungsfähigkeit Ehrlingers war der über seine Zeit hinaus bekannte Gerichtsmediziner Berthold Mueller, einer der Doyens der westdeutschen Rechtsmedizin. Mueller (Jg. 1898), seit 1961 Ordinarius am Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin der Universität Heidelberg, war wie Ehrlinger überzeugter Nationalsozialist. Bereits 1923 war Mueller Mitglied der antisemitischen »Deutschvölkischen Freiheitspartei« geworden, 1933 trat er in die NSDAP (Nr. 1.928.356) ein. Das Gutachten des ehemaligen SA-Reservearztes, in dem er die diätetische Behandlung und persönliche Pflege des Magenkranken durch die Ehefrau den Haftumständen gegenüberstellte, bewahrte Ehrlinger vor einer weiteren Verfolgung durch die Justiz. Mueller starb 1976 in Heidelberg. Die Wissenschaftler der Universität Mainz bilanzieren hinsichtlich des Vorwurfes des Nazi-Jägers Wiesenthal: »Zumindest, was den Gutachter Mueller angeht, kann der Vorwurf, Mediziner hätten Kriegsverbrechern zu einer Art Amnestie verholfen, daher auch aus rechtsmedizinischer Sicht nicht entkräftet werden.«

Eigenrecherche DokRex

Die Akten zum Ehrlinger-Prozess werden im Generallandesarchiv Karlsruhe aufbewahrt (Bestellsignaturen: 309 Karlsruhe Nr. 2785–2970).

Clara-Sophie Schwarz / Nikolai Münch / Cleo Walz / Tanja Germerott: Das Strafverfahren gegen den SS-Oberführer Erich Ehrlinger aus rechtsmedizinischer Sicht, in: Rechtsmedizin, 6/2023, S. 445–450: <https://link.springer.com/article/10.1007/s00194-023-00650-z> / eingesehen am 14. Oktober 2024

Martin Ferber: Amnestie für Kriegsverbrecher durch die Hintertür, in: Badische Neueste Nachrichten vom 22. Januar 2024, S. 3

Frank Thadeusz: Der Massenmörder, der davonkam, in: Der Spiegel, 2/2024, S. 42 f

Laura Boga: Kurzbiografie Erich Ehrlinger: <https://www.ns-akteure-in-tuebingen.de/biografien/polizei-justiz-ss/erich-ehrlinger> / eingesehen am 14. Oktober 2024

Helge Dvorak: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Band I: Politiker. Sammlung von Nachträgen Stand: 12. Juni 2024: <https://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/biographisches-lexikon-deutsche-burschenschaft-dvorak-kaupp-politiker-nachtragsammlung.pdf> / eingesehen am 14. Oktober 2024

Bundesweit:
Interviewpartner
Ex-BfV-Präsident Maaßen

Ex-CDU-Mitglied Hans-Georg Maaßen, von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), gibt im Januar im Interview mit der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) kund, dass ihm 2021 »klar« geworden sei, »daß die Union den Weg einer freiheitlichen Partei verlassen« habe. Die »Kaderpartei« habe sich »weit vom Geist der Demokratie und Freiheit des Bonner Grundgesetzes entfernt«. Maaßen plädiert »grundsätzlich für eine emotionsfreie, sachliche Politik, die fragt, was Interesse des deutschen Volkes ist«. Im Interview geht Maaßen der selbstgestellten Frage nach: »Mit wem können wir am besten den ökosozialistischen Systemwechsel beenden?« Maaßen antwortet Maaßen: »Sollte die AfD die Antwort darauf sein, würden wir mit ihr zusammenarbeiten.« Der Jurist glaubt, »daß die radikale Linke Öffentlichkeit und Rechtssystem soweit dominiert, daß künftig nicht nur mit Diffamierungs- und Ausgrenzungskampagnen zu rechnen ist, sondern auch mit Übergriffen, bis hin zu Mißhandlungen durch die Knüppeltruppe der Linken, die Antifa«. Maaßen ist Bundesvorsitzender der im Februar 2024 gegründeten rechtssektiererischen Kleinstpartei »WerteUnion«. Die Partei geht zurück auf den 2017 gegründeten Verein »Freiheitlich-Konservativer Aufbruch« (registriert beim Amtsgericht Stuttgart, Registernummer VR 722628). Später umbenannt in WerteUnion, maßte sich der Verein an, den »konservativen Markenkern« der CDU und CSU zu vertreten. Ebenfalls im Januar war Maaßen Interviewpartner der nationalkonservativen Monatszeitung »Jüdische Rundschau«. Maaßen führte aus: »Der Verfassungsschutz hat sich zu einem Regierungsschutz entwickelt, der Kritikern der Regierung politisch nachstellt, die aus seiner Sicht Regierungspolitiker kritisieren und, wie er meint, damit ‚delegitimieren‘. Damit ist der Verfassungsschutz zu einer Gefahr für die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger geworden.« Interviewt wurde Maaßen von Collin McMahon, zeitweilig Mitarbeiter diverser AfD-Parlamentarier und Autor des verschwörungsmächtig ausgerichteten »Kopp Verlags« (Rottenburg am Neckar).

Eigenrecherche DokRex

Interview mit Hans-Georg Maaßen, in: Jüdische Rundschau, 3/2024, S. 11

Interview mit Hans-Georg Maaßen, in: Junge Freiheit, 4/2024, S. 3

Berlin / Bundesweit:
Holocaust-Gedenken im Bundestag

Jedes Jahr erinnert der Bundestag am oder um den 27. Januar an die Millionen Menschen, die dem Rassenwahn der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Anlass ist die Befreiung der Auschwitz-Überlebenden 1945. 79 Jahre nach dem Tag ihrer Rettung durch Soldaten der Roten Armee stand die diesjährige Gedenkstunde im Zeichen der generationenübergreifenden Aufarbeitung des Holocausts. Es sei zu ihrer Lebensaufgabe geworden, »für die zu sprechen, die nicht mehr sprechen können«, sagte Gedenkrednerin Eva Szepesi. Wer schweigt, mache sich mitschuldig. Mit diesen Worten rief die Holocaust-Überlebende Szepesi angesichts der jüngsten Zunahme jüdenfeindlicher Vorfälle in der Bundesrepublik Deutschland zu mehr Engagement im Kampf gegen Antisemitismus und Menschenhass auf. In der Gedenkstunde des Bundestages hielt sie ein eindringliches Plädoyer gegen das Vergessen und für mehr Menschlichkeit und Empathie. »Die Shoah begann nicht mit Auschwitz«, mahnte die 91-Jährige, die als Kind das Vernichtungslager der Nationalsozialisten überlebte. »Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft.« Szepesi gehört zu den wenigen Kindern, die den Gaskammern und Todesmärschen der Nazis entkamen. Geboren 1932 als Tochter jüdischer Eltern in Budapest, wurde sie als junges Mädchen nach Auschwitz deportiert.

Marcel Reif, Sohn eines Holocaust-Überlebenden, der in letzter Sekunde aus einem Deportationszug gerettet wurde, hielt als Repräsentant der sogenannten zweiten Shoah-Generation seine Gedenkrede vor dem Bundestag. Menschen wie Eva Szepesi hätten Deutschland eine zweite Chance gegeben, ist Reif überzeugt. Eine Chance, »es anders, besser, richtig zu machen«, sagte er in seiner Gedenkrede. Aber diese Chance dürfe »niemals und nirgends« vertan werden, so der 74-Jährige. Das »Nie wieder!« müsse »gelebte, unverrückbare Wirklichkeit« sein. Als »eine Art Vermächtnis« verstehe er heute einen Satz, den sein Vater ihm gesagt habe: »Drei Worte nur in dem warmen Jiddisch, das ich so vermisste: Sej a Mensch, sei ein Mensch!«

»Es ist unsere Verpflichtung, das Gebot ‚Nie wieder!‘ mit gleicher Stärke und Überzeugung weiterzugeben«, mahnte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eindringlich. Denn »Nie wieder!«, so Bas, »war, ist und bleibt eine Aufgabe für unsere gesamte Gesellschaft«.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw05-gedenkstunde-988116> /
 eingesehen am 8. Februar 2024

Chronik

Sachsen / Bundesweit:

Erster Oberbürgermeister der AfD

Februar 2024

Am 17. Dezember 2023 wurde der parteilose, aber für die AfD angetretene Tim Lochner mit einem Wahlergebnis von 38,5 % im zweiten Wahlgang zum Oberbürgermeister der 40.000 Einwohner zählenden Stadt Pirna in Sachsen gewählt. Lochner ist damit Deutschlands erster Oberbürgermeister der AfD. Im Gespräch mit der Wochenzeitung »Junge Freiheit« bekundete der 53-jährige Tischlermeister und ehemalige CDU-Stadtrat Lochner: »Es gibt in Pirna keine Brandmauer.« Im Dezember 2023 war der AfD-Landesverband Sachsen vom Landesverfassungsschutz als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft worden. Damit hat Lochner nach eigener Aussage kein Problem. Der AfD-OB war im Februar Interviewpartner des rechtsextremen Monatsmagazins »Zuerst!«. Lochner gab kund: »Ich werde Parkgebühren-Gerechtigkeit einführen. Das heißt, auch E-Fahrzeuge werden in Parkzonen mit Gebühr keine Gebührenfreiheit mehr nutzen dürfen.«

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article249119722/Pirna-in-Sachsen-Tim-Lochner-Wofuer-der-AfD-Sieger-der-OB-Wahl-steht.html> / eingesehen am 18. Dezember 2023

Kuba Kruszakin / Lorenz Bien: »Es gibt in Pirna keine Brandmauer«. Oberbürgermeister der sächsischen Stadt wird der von der AfD nominierte Parteilose Tim Lochner, in: *Junge Freiheit*, 52/2023 – 1/2024, S. 7

Interview mit AfD-Oberbürgermeister Tim Lochner, in: *Zuerst!*, Februar 2/2024, S. 36

Polen:

Antisemitische Aktion im Parlament

Im polnischen Parlament gab es am 12. Dezember einen antisemitischen Vorfall, über den im Februar in der rechtsextremen »Deutschen Stimme« süffisant berichtet wurde. Der rechtsextreme Politiker Grzegorz Braun, Mitglied der monarchistischen und rechtsextremen Partei »Konfederacja Korony Polskiej« (KKP; »Konföderation der Polnischen Krone«), löschte den im Parlamentsgebäude, dem Sejm, aufgestellten Chanukka-Leuchter mit Kerzen, ein Symbol des jüdischen Glaubens, mit einem Feuerlöscher. Die Europäische Rabbinerkonferenz verurteilte die Tat als »Hetze und Antisemitismus auf höchstem Niveau«; sie sei »sehr beunruhigt«, wenn Würde und Sicherheit jüdischen Lebens nicht einmal mehr im polnischen Parlament gesichert werden könnten. Christoph Heubner, der Exekutiv-Vizepräsident des »Internationalen Auschwitz Komitees«, erklärte in einem Statement: »Angesichts dessen, was sich heute durch den polnischen Sejm Abgeordneten Braun im polnischen Parlament an antisemitischem Haß und faschistischer Zerstörungswut offenbart hat sind Auschwitz-Überlebende weltweit entsetzt. Sie teilen die große Sorge und Betroffenheit ihres Freundes und Weggefährten Marian Turski, Auschwitz-Überlebender und Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, angesichts der Tatsache, dass Faschisten als gewählte Abgeordnete in das polnische Parlament eingezogen sind: »Das, was heute in Warschau geschehen ist, zeigt auch, wie der Haß des Antisemitismus in Europa mittlerweile wieder Fuß gefaßt hat. Für alle Überlebenden des Holocaust eine alarmierende und bittere Erkenntnis.«

»Polens Streiter gegen den Zionismus«, so die Monatszeitschrift *Deutsche Stimme*, Sprachrohr der in »Die Heimat« umbenannten NPD, habe eine »feuerpolizeiliche Maßnahme« durchgeführt. Die »Löschaktion« von Braun, so die Februar-Ausgabe der *Deutschen Stimme*, stehe in der »Tradition eines tatkräftigen Einsatzes für ein christliches und patriotisches Polen. [...] Insgesamt lässt sich die Aktion Brauns im Parlament als berechtigter Protest bezeichnen. [...] In christlichen Ländern brauchen keine religiösen Symbole anderer Glaubensrichtungen aufgestellt werden«. Der Österreicher Alexander Markovics, Mitbegründer der »Identitären Bewegung Österreich« und Autor des *Deutsche Stimme*-Artikels, abschließend: »Insgesamt ist Braun [...] ein Vorbild für deutsche Politiker und wird in diesem Sinn vielleicht einmal als ‚Feuerwehrmann Europas‘ in die Geschichtsbücher eingehen.« Etwa 7.000 Menschen umfasst die jüdische Gemeinde in Polen heute wieder. Braun, nunmehr fraktionsloser EU-Abgeordneter seiner Partei, forderte am 7. Oktober in einer Debatte im EU-Parlament, Israel zum Terrorstaat zu erklären, um den Konflikt im Gazastreifen zu lösen. »Israel sollte als Terrorstaat anerkannt und entsprechend behandelt werden. Herr Netanjahu und seine ‚Schlächter‘ sind die größte und kriminellste Terrororganisation«, sagte Braun.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.auschwitz.info/de/presse/pressemitteilungen/presseinfo-einzeln/lesen/antisemitischen-attacke-des-polnischen-sejm-abgeordneten-grzegorz-braun-2949.html> / eingesehen am 15. Dezember 2023

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/rechter-eu-abgeordneter-aus-polen-will-israel-zum-terrorstaat-erklaeren/> / eingesehen am 9. Oktober 2024

Alexander Markovics: *Der Feuerwehrmann Europas? Grzegorz Braun: Polens Streiter gegen den Zionismus*, in: *Deutsche Stimme*, Februar 2024, S. 48 f

Baden-Württemberg:
Stolpersteine für Familie Gumbel

Am 7. Februar 2024 wurden in der Beethovenstraße 39 in Heidelberg Stolpersteine für Emil Julius Gumbel (1891–1966), Marie Luise Gumbel (1892–1952) und Harald Gumbel (1921–2016) verlegt. Die Familie war 1923 in das Haus im Stadtteil Handschuhsheim gezogen. 1932/33 musste sie nach Frankreich und 1940/41 in die USA emigrieren.

Emil Julius Gumbel lehrte ab 1923 als Privatdozent an der Heidelberger Universität, 1930 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt. Doch nach einer Kampagne nationalsozialistischer Studenten wurde ihm bereits 1932 die Lehrberechtigung entzogen. 33 Namen standen im August 1933 auf der ersten Ausbürgerungsliste der Nationalsozialisten – unter ihnen Emil Julius Gumbel.

Emil Julius Gumbel war anerkannter Statistiker, doch er engagierte sich auch als politischer Publizist. So wies er in seinen Büchern »Zwei Jahre Mord« (1921) und »Vier Jahre politischer Mord« (1922) statistisch und quellengesättigt nach, dass die Masse der politisch motivierten Morde am Anfang der Weimarer Republik dem rechten Spektrum zuzuordnen waren. Zudem dokumentierte er, dass die Verurteilungen auf der linken Seite meist hart ausfielen, während rechte Täter fast immer nachsichtig behandelt wurden.

Etwa zwanzig Personen nahmen an der Stolpersteinverlegung für die Familie Gumbel teil. Organisiert wurde die Veranstaltung von der »Initiative Heidelberger Stolpersteine«. Es handelte sich bereits um die zwölfte Stolpersteinverlegung in Heidelberg. Diesmal wurden 27 Stolpersteine für Opfer des NS-Regimes verlegt. Sämtliche Kurzbiografien können online in einer 83-seitigen Broschüre nachgelesen werden.

Homepage der Initiative Heidelberger Stolpersteine: <http://www.stolpersteine-heidelberg.de/index.html> / eingesehen am 17. September 2024

Stolpersteinbroschüre für 2024: <http://www.stolpersteine-heidelberg.de/mediapool/pdf/heidelberg-stolperstein-broschuere-2024.pdf> / eingesehen am 17. September 2024

Auszug zu Familie Gumbel: <http://www.stolpersteine-heidelberg.de/mediapool/pdf/2024-fam-gumbel.pdf> / eingesehen am 17. September 2024

Frankreich:
»La Citadelle« verboten

Am 7. Februar 2024 gab der französische Innenminister Gérald Darmanin die Auflösung der rechts-extremen Gruppierung »La Citadelle« bekannt, die seit 2016 eine »Patriotenbar« mit Veranstaltungen in der Stadt Lille nahe Belgien betrieb.

Es hieß, die Gruppierung »provokiert Hass und Diskriminierung«. Die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« schrieb hingegen, sie sei »islamkritisch« und fordere bloß die »Remigration von afrikanischen Migranten«. Die Partei behauptete, »die Europäer begehren trotz Repression und Verboten weiter auf«. Der Text mündete in die Losung, man setze den Kampf »für die Freiheit Deutschlands und Europas« fort.

https://www.lemonde.fr/societe/article/2024/02/07/l-association-lilloise-d-ultradroite-la-citadelle-dissoute-en-conseil-des-ministres_6215238_3224.html

[der-dritte-weg.info/2024/02/frankreich-patriotische-vereinigung-la-citadelle-verboden/](https://www.der-dritte-weg.info/2024/02/frankreich-patriotische-vereinigung-la-citadelle-verboden/) / eingesehen am 22. Oktober 2024

Ungarn:
**»Tag der Ehre«
mit deutschen Neonazis**

Am 10. Februar 2024 fand der »Tag der Ehre« in Budapest (Ungarn) statt. Mehrere Tausend Menschen nahmen an einem 60-km-Marsch teil, um an die »Schlacht um Budapest« zwischen der sowjetischen Roten Armee und deutschen und ungarischen Truppen im Winter 1944/45 zu erinnern. Damals hatten die Truppen versucht, aus dem Kessel der Roten Armee auszubrechen.

Die »Aktionsgruppe Börzsöny«, die den 60-km-Marsch organisierte, schreibt im Netz, die Truppen hätten Budapest »heldenmütig gegen die bolschewistische Rote Armee verteidigt«. Man wolle mit dem Marsch »all den Gefallenen und den wenigen, die unter Aufbietung übermenschlicher Kräfte der Hölle entrannen, unsere Ehrerbietung erweisen«.

Gleichzeitig behauptet die Aktionsgruppe Börzsöny, der 60-km-Marsch habe »keine politische Zielsetzung«. Nationalsozialistische Symbole wie Hakenkreuze und SS-Runen, die auf Fahnen, Stempeln und Uniformen zur Schau gestellt werden, würden »ausschließlich in historischem Kontext und im Interesse der Authentizität verwendet«. Laut »Democ« stellte das Militärgeschichtliche Museum Budapest die NS-Devotionalien und Uniformen zur Verfügung.

Angaben der Aktionsgruppe Börzsöny zufolge nahmen etwa 2.100 Menschen, darunter 200 Frauen, am 60-km-Marsch teil. Etwa 400 liefen einen 35-km-Marsch, etwa 900 einen 25-km-Marsch. Unter den Teilnehmenden waren Neonazis aus Deutschland und Österreich. So postete die Neonazi-Partei

»Der III. Weg« ein Foto mit neun Urkunden sowie ein Foto mit sechs Männern, einer Frau und zwei Kindern. Über diese schrieb die Partei, »zwei Teilnehmerinnen im Alter von 10 und 12 Jahren« hätten eine »besonders herausragende Leistung« erbracht.

kitorestura. hu /program/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

der-dritte-weg. info/2024/02/tag-der-ehre-und-ausbruch-60-2024-nationalrevolutionaere-reisegruppe-zu-gast-in-budapest-videos/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

Bundesweit:

**»Lauter Hass, leiser Rückzug« –
Neue Studie zu Hass im Netz
erschienen**

Jeden Tag werden Menschen im Netz beleidigt, belästigt und bedroht. Viele ziehen sich bereits zurück und äußern ihre politische Meinung dort seltener. Das gefährdet Meinungsvielfalt und Demokratie. Die Studie »Lauter Hass – leiser Rückzug« analysiert die Erfahrungen deutscher Internetnutzer und liefert aktuelle Zahlen und Fakten zu Hass im Netz. Die von »Das NETTZ«, der »Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur«, »HateAid« und den »Neuen deutschen Medienmacher*innen« im Rahmen des »Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz« durchgeführte repräsentative Studie zeigt, dass Hass im Netz alltäglich ist und weiter zunimmt. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn die Demokratie vor dieser Entwicklung geschützt werden soll. Die Studie ist die seit 2019 umfangreichste Erhebung zu Wahrnehmung, Betroffenheit und Folgen von Hass im Netz in der Bundesrepublik. »Die Zahlen zeigen ein klares Bild: Hass im Netz ist allgegenwärtig. Und er nimmt weiter zu«, sagte Bundesfamilienministerin Lisa Paus am 13. Februar bei der Vorstellung der Studienergebnisse. Dagegen müsse die demokratische Gesellschaft mehr tun, denn Hass im Netz sei »eine Bedrohung für die Demokratie insgesamt«, so Paus.

Hass im Netz kann alle treffen. Aber nicht alle gleich. Fast jede zweite Person (49 %) wurde schon einmal online beleidigt. Ein Viertel (25 %) der Befragten wurde mit körperlicher Gewalt und 13 % mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Besonders häufig betroffen sind nach eigenen Angaben Personen mit sichtbarem Migrationshintergrund (30 %), junge Frauen (30 %) und Menschen mit homosexueller (28 %) oder bisexueller (36 %) Orientierung.

Hass im Netz führt zum Rückzug aus demokratischen Diskursen. Mehr als die Hälfte der Befragten bekennt sich aus Angst im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung (57 %), beteiligt sich seltener an Diskussionen (55 %) und formuliert Beiträge bewusst vorsichtiger (53 %). 82 % der Befragten fürchten, dass Hass im Netz die Vielfalt im Internet gefährdet. Mehr als drei Viertel (76 %) sind besorgt, dass durch Hass im Netz auch die Gewalt im Alltag zunimmt. Der Großteil (89 %) stimmt zu, dass Hass im Netz in den letzten Jahren zugenommen hat.

Plattformen müssen Verantwortung für Hass im Netz tragen. 86 % der Befragten finden, dass Social-Media-Plattformen mehr Verantwortung übernehmen müssen. 79 % stimmen der Aussage zu, dass diese Plattformen auch finanzielle Verantwortung für die durch Hass im Netz entstehenden gesellschaftlichen Schäden tragen sollten.

Download der Studie als PDF-Dokument unter: https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/download_lauterhass.php / eingesehen am 14. Oktober 2024

Weitere Infos zur Studie unter: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/lauter-hass-leiser-rueckzug/> / eingesehen am 14. Oktober 2024

Infos zum Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz unter: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/> / eingesehen am 14. Oktober 2024

Baden-Württemberg:
Feindbild Grüne

Am 14. Februar mussten die baden-württembergischen Grünen wegen heftiger Proteste ihren Politischen Aschermittwoch in der Großen Kreisstadt Biberach absagen. »Ideologie macht nicht satt« und »Bündnis 90/Grüner Mist« stand auf Plakaten, ein Misthaufen brannte, Bengalos wurden gezündet. Traktoren versperrten die Zufahrtswege und Straßen wurden mit Pflastersteinen verbarrikadiert. Parteivorsitzende Ricarda Lang, Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Ministerpräsident Winfried Kretschmann konnten nicht auftreten. Bei einem Begleitfahrzeug Özdemirs wurde eine Fensterscheibe eingeschlagen. Auch ein Polizeifahrzeug wurde beschädigt. Kretschmanns Kolonne drehte gleich ganz ab. Die Polizei setzte Pfeffergas und Schlagstöcke ein, Polizisten wurden verletzt.

Beim Politischen Aschermittwoch in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) am 14. Februar wurde die Bundesvorsitzende der Grünen Ricarda Lang ausgepöfeln, heftig beschimpft und an der Abreise gehindert. Landwirte und offenbar der »Querdenker«-Szene zugerechnete Störer blockierten den Zugang zum Kulturzentrum »Club Manufaktur«, Lang konnte den Veranstaltungsort nur unter

>>>

Polizeischutz verlassen. Die Politikerin und ihre Personenschützer wurden beim Verlassen des Areals gut 50 Meter weit verfolgt, bevor die Polizei den Pulk stoppte. Gebrüllt wurde »Raus mit dir!«, »Hau ab! Unerwünscht«, »Du blöde Hure«. Zu den Protesten aufgerufen hatte der Telegram-Kanal der Corona-Demo Gmünd, der unter anderem vom ehemaligen Alfdorfer Gastwirt Stefan Schmidt betrieben wird. Aufgegriffen wurde die Info von »Querdenken 718 Schorndorf«, »Querdenken 7192 Murrhardt« bis »Querdenken 711 Stuttgart«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/biberach-gruene-proteste-bauern-hofreiter-100.html> / eingesehen am 14. Juni 2024

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/politischer-aschermittwoch-der-gruenen-2024-in-biberach-100.html> / eingesehen am 14. Juni 2024

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.eskalation-in-schorndorf-protestierer-verfolgen-ricarda-lang-polizei-muss-pulk-stoppen.3c58ae2a-1cd3-4417-aa0c-b4659e725a03.html> [kostenpflichtig] / eingesehen am 1. März 2024

Peter Schwarz: Eine schreckliche Schorndorfer Nacht, in: Schorndorfer Nachrichten vom 16. Februar 2024

Frankreich:

Ex-Frontex-Chef gab Kandidatur für »Rassemblement National« bekannt

Am 17. Februar 2024 gab Fabrice Leggeri (geb. 1968) seine Kandidatur auf dem dritten Listenplatz des rechtsextremen »Rassemblement National« von Marine Le Pen für die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament (09.06.2024) bekannt.

Von 2015 bis April 2022 leitete Leggeri die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex). Als bekannt wurde, dass Frontex in die illegale Zurückweisung (»Pushback«) geflüchteter Menschen an der EU-Grenze involviert ist, trat er zurück.

»Ein logischer Schritt, um die europäischen Grenzen zu schützen«, kommentierte Leggeri seinen Wechsel in die Politik. Inzwischen sitzt er im EU-Parlament und ist Teil der neuen Fraktion »Patrioten für Europa« und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/fabrice-leggeri-europawahl-marine-le-pen-frontex> / eingesehen am 22. Oktober 2024

Nordrhein-Westfalen:

Ex-Republikaner finanzierte AfD-Neujahrsempfang

Am 17. Februar 2024 berichtete t-online, Robert Nagels – ehemaliger Funktionär der rechtsextremen Partei »Die Republikaner« (REP) in Nordrhein-Westfalen – habe für den Neujahrsempfang der AfD in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) gespendet. Sein Name habe auf einer Sponsorentafel des Events gestanden. Nagels erklärte: »Ich wurde gefragt, ob ich spenden möchte – das habe ich getan.« Er behauptete, lediglich einen »kleinen dreistelligen Betrag« gegeben zu haben.

Der Arzt versuchte 2022, AfD-Mitglied zu werden. Nach Angaben der Partei soll er bis heute kein Mitglied sein. Allerdings besuchte er den Neujahrsempfang in Duisburg. Dort sprachen die AfD-Bundesvorsitzende Alice Weidel und der nordrhein-westfälische AfD-Landesvorsitzende Martin Vincentz.

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100345748/neujahrsempfang-mit-alice-weidel-ex-republikaner-spendete-afd.html / eingesehen am 22. Oktober 2024

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100086048/die-afd-und-das-phantom-dieser-mitgliedsantrag-zerreißt-die-partei.html / eingesehen am 22. Oktober 2024

Thüringen:

Feindbild SPD

Am 19. Februar haben Unbekannte ein Feuer am Holzhaus von Michael Müller, dem stellvertretenden Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Waltershausen, in Schnepfenthal bei Waltershausen gelegt. Müller selbst befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht zu Hause. Stattdessen war dort eine Familie mit Baby untergebracht. Müller vermietet das Haus eigenen Angaben zufolge, wenn er selbst unterwegs ist. Die Hausfassade und das Auto der Gastfamilie, die sich in Sicherheit bringen konnte, wurden bei dem Brand beschädigt. Müller hatte vor dem Brandanschlag eine lokale Demonstration unter dem Motto »Nie wieder ist jetzt! Für Demokratie – gegen Faschismus« am 2. Februar organisiert.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/gotha/brandanschlag-haus-spd-schnepfenthal-belohnung-100.html> / eingesehen am 1. Juni 2024

Sachsen-Anhalt / Bundesweit:
100. Gründungstag des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 22. Februar den 100. Gründungstag des überparteilichen Republiksschutzbundes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei einem Festakt in Magdeburg gewürdigt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, eine Werte- und Kampfgemeinschaft für Freiheit und Republik, war am 22. Februar 1924 in Magdeburg zum Schutz der Republik gegründet worden. Die Weimarer Republik als erste Demokratie auf deutschem Boden war durch eine »bürgerkriegsähnliche Situation« (Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin) gefährdet. Deshalb gründeten Sozialdemokraten, Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und des Zentrums eine Organisation, die die Republik verteidigen, die Verfassung schützen sowie ein Gegengewicht zu republikfeindlichen und antidemokratischen Wehrverbänden schaffen sollte. Der größten politischen Massenorganisation der Weimarer Republik mit ca. 1,5 Millionen Mitgliedern gehörten unter anderem der SPD-Politiker Kurt Schumacher und der Jurist Fritz Bauer an. Zu seinen prominenten Mitgliedern zählten weiterhin Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD), der spätere erste Bundespräsident Theodor Heuss (DDP) und der Zentrums-Politiker und Reichskanzler Wilhelm Marx. Mit ca. 85 bis 90 % stammte die große Mehrheit aus dem SPD-Arbeitermilieu. Etwa 10 % der Mitglieder kamen aus bürgerlichen Kreisen.

Am 19. Februar 1933 fand eine letzte Massendemonstration mit ca. 40.000 Teilnehmern in Berlin statt, danach wurden Demonstrationen des Reichsbanners untersagt und die Organisation von den Nazis verboten. Seine Mitglieder wurden verfolgt, inhaftiert, ermordet und ins Exil getrieben. Erstes Opfer der politischen Gewalt jener Zeit aus Reihen des Reichsbanners war Erich Schulz aus Berlin-Kreuzberg, Lagerarbeiter von Beruf, Veteran des Ersten Weltkriegs, Reichsbanner-Mann fast der ersten Stunde. Am 25. April 1925, nur vierzehn Monate nach der Gründung des Reichsbanners, wurde er im Alter von 27 Jahren unweit des Schöneberger Rathauses von einem Rechtsextremisten auf offener Straße niedergeschossen und erlag wenig später seinen Verletzungen. Sein Grab auf dem Friedhof am Columbiadamm, dessen Stein der Reichsbanner-Adler im Strahlenkranz in den Farben Schwarz-Rot-Gold schmückt, hat die NS-Diktatur überdauert. Bis zur Machtübertragung an Hitler starben 65 Mitglieder des Reichsbanners durch rechte Gewalt. Unbekannt ist, wie viele in der NS-Zeit ermordet wurden. Prominentester Reichsbanner-Mann, der von den Nationalsozialisten ermordet wurde, war der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und spätere Widerstandskämpfer Julius Leber. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde 1953 wiedergegründet. Es ist heute ein sozialdemokratisch geprägtes Bündnis, das sich in der Bildungsarbeit engagiert und bundesweit etwa 800 Mitglieder hat.

Eigenrecherche DokRex

Das Reichsbanner. Verbandszeitschrift des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., 68. Jahrgang, 1. Halbjahr 2024: https://www.reichsbanner.de/media_rb/rb_heute/4_Zeitschriften/2020-2029/2024_01_RB_Das_Reichsbanner.pdf / eingesehen am 15. Oktober 2024

Armin Käfer: Verteidiger der Verfassung. In: Stuttgarter Zeitung vom 23. Februar 2024, S. 3

Sebastian Elsbach: Schwarz-Rot-Gold – Das Reichsbanner im Kampf um die Weimarer Republik, Schriftenreihe Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Band 1, herausgegeben von der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2023

Benjamin Ziemann: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933, herausgegeben vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2011

Weitere Informationen auf der Internetseite des Reichsbanners zur Geschichte: <https://www.reichsbanner-geschichte.de/> bzw. zum heutigen Verein: <https://www.reichsbanner.de/reichsbanner-heute/> beide eingesehen am 15. Oktober 2024

Bundesweit:
Rechenschaftsbericht der Partei »dieBasis«

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas informierte im Februar im zweiten Teil ihrer Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2022 über die Berichte der »übrigen anspruchsberechtigten Parteien«. Dazu zählt auch die »Basisdemokratische Partei Deutschland« (dieBasis). Dem Bericht zufolge hat die Partei im Jahr 2022 6,09 Millionen Euro eingenommen, 3 Millionen Euro ausgegeben und damit einen Überschuss von 3,09 Millionen Euro erzielt. Das Reinvermögen belief sich auf 5,44 Millionen Euro. Den Zuwendungen natürlicher Personen in Höhe von 3,74 Millionen Euro standen staatliche Mittel von 2,26 Millionen Euro gegenüber. 28.817 Mitglieder gehörten der Partei Ende 2022 an. In der Rubrik »Ausweis der Spenden und Mandatsträgerbeiträge an die Partei oder einen oder mehrere ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert im Rechnungsjahr 10.000 € übersteigt (§ 25 Abs. 3 PartG)« findet sich eine Spende in Höhe von 10.200 Euro von Siegelinde Weißenbom (Berlin).

>>>

Unterrichtung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2022 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien, Band I), BT-Drs. 20/10490 vom 23. Februar 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010490.pdf> / eingesehen am 15. Oktober 2024

**Baden-Württemberg:
Hans-Thoma-Preis umbenannt**

Der »Hans-Thoma-Preis für Bildende Kunst«, der wichtigste Kunstpreis des Landes Baden-Württemberg, der seit 1950 vergeben wird, wird in Zukunft »Landespreis für Bildende Kunst Baden-Württemberg« heißen. Grund ist, dass der bisherige Namensgeber Hans Thoma (1839–1924), ein gebürtiger Schwarzwälder, ein »völkisch, antimodernes Weltbild« verkörpert habe, wie das Kunstministerium mitteilte. Kunstministerin Petra Olschowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagte auf einer Pressekonferenz am 29. Februar: »Hans Thoma war ein bedeutender Künstler und eine wichtige Persönlichkeit im kulturellen Gedächtnis unseres Landes. Allerdings ist durch die Recherchen der vergangenen Jahre immer deutlicher geworden, dass er auch Ansichten vertrat, die im Widerspruch zur Ausrichtung unseres Preises stehen: Er verkörperte ein völkisch, antimodernes Weltbild. Bei öffentlichen Debatten vertrat Hans Thoma zeitweise Positionen zugunsten reaktionärer Kreise, die sich gegen französische Einflüsse in der deutschen Kunst aussprachen, und er äußerte sich auch antisemitisch. Dies steht im Widerspruch zum Kunstpreis des Landes Baden-Württemberg, der gerade innovative Positionen auszeichnet.«

Besagte Recherchen gehen auf eine Studie zu Thoma, dem Lieblingsmaler der Deutschen im 19. Jahrhundert, zurück, die das Ministerium bei Frank Engehausen, Professor an der Universität Heidelberg, in Auftrag gegeben hatte und die 2022 veröffentlicht wurde. Die Autorinnen und Autoren hatten auf antisemitische Äußerungen seitens des Künstlers und auf Belege seiner völkisch-nationalen Gesinnung hingewiesen.

Gewürdigt werden laut Satzung des Preises Künstlerinnen und Künstler, »deren Schaffen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der neueren Kunst darstellt«. Der traditionsreiche und mit 25.000 Euro dotierte Kunstpreis wird alle zwei Jahre verliehen, turnusmäßig das nächste Mal im Jahr 2025. Die Kunsthalle Karlsruhe, wo Thoma von 1899 bis 1919 Direktor war und die auch im Besitz von Thoma-Werken ist, setzt sich ebenfalls mit Thoma auseinander. »Thoma hat gute Bilder gemalt, aber auch weniger gute, und seine Haltung im höheren Alter wird aus heutiger Sicht problematisch«, sagt Frédéric Bußmann, seit August 2023 Direktor der Kunsthalle. 2025 steht ein wissenschaftliches Symposium zum Thema auf dem Programm.

*<https://www.staatsanzeiger.de/nachrichten/kultur/vom-konstanten-lernen-und-reflektieren/>
eingesehen am 7. März 2024*

*<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/umbenennung-thoma-preis-100.html> /
eingesehen am 7. März 2024*

<https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/hans-thoma-preis-heisst-kuenftig-landespreis-fuer-bildende-kunst-baden-wuerttemberg> / eingesehen am 7. März 2024

Chronik

Sachsen:

246. Pegida-Versammlung mit AfD-Politiker Oliver Kirchner in Dresden

Am 4. März 2024 nahmen rund 700 Menschen an der 246. Demonstration der rechtsextremen Pegida (»Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«) um Lutz Bachmann in Dresden (Sachsen) teil.

Neben Bachmann sprach Oliver Kirchner, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt. Über Kirchner schrieb das rechtsextreme Medium »PI-News«, er »repräsentiert Fundamental-Opposition und laviert nicht mit Koalitionsstrategien«. In seiner Rede erklärte der AfD-Politiker, er sei ein früher Unterstützer der Pegida-Demonstrationen und habe sich bereits vor Jahren in der AfD unter Jörg Meuthen dafür starkgemacht, dass AfD-Politiker auf der Bühne von Pegida sprechen dürfen.

<https://www.saechische.de/dresden/lokales/pegida-dresden-bachmann-verfassungswidrige-kennzeichen-5973088.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

pi-news.net/2024/03/jetzt-live-246-pegida-dresden-mit-oliver-kirchner-afd/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

Bundesweit / Europa:

Online-Enzyklopädie zum Völkermord an Sinti und Roma

Hunderttausende Sinti und Roma wurden unter nationalsozialistischer Diktatur in Deutschland und Europa verfolgt und ermordet. Doch dieser Genozid fand lange wenig Beachtung und wurde auch kaum erforscht. Jetzt haben Historiker das Wissen zum NS-Völkermord an Sinti und Roma in einer großangelegten Enzyklopädie zusammengeführt. Sie ist für alle Interessierten frei zugänglich. In historischer Perspektive zeigt sie das Verfolgungsgeschehen im Deutschen Reich, das Leid in den Konzentrationslagern sowie die Tötungsverbrechen in Ost- und Südosteuropa. Laut Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Sinti und Roma, sind im Rahmen des Projekts »hunderte und aberhunderte von Tatorten identifiziert worden, von Erschießungen in Osteuropa bis zu den Konzentrationslagern in Westeuropa«. Diese Enzyklopädie, so Rose, »zeigt gleichzeitig auf, wie rückständig die Erforschung des Holocaust an den Sinti und Roma in Europa immer noch ist«. Das neue Online-Portal wurde am 5. März 2024 in Berlin der Öffentlichkeit präsentiert. Es bietet Zugang zu Fachbeiträgen, die nicht nur alphabetisch sortiert, sondern auch verschiedenen Rubriken – wie Tatorte, Lebenswege oder Nachwirkungen – zugeordnet sind. Neben Fotografien umfasst die digitale Enzyklopädie auch eine interaktive Karte: Hier werden europaweit alle Tatorte, zu denen Informationen vorliegen, verzeichnet, darunter Konzentrationslager, aber auch Orte, an denen Massaker verübt wurden. Eine Chronologie gibt einen Überblick über alle relevanten Ereignisse ab 1933. Mehr als 90 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 25 Ländern arbeiten an der Enzyklopädie des NS-Völkermordes an den Sinti und Roma in Europa. Bis Ende 2025 soll die Enzyklopädie auf rund 1.000 Fachbeiträge wachsen.

Die Forschungsstelle Antiziganismus wurde als europaweit erste und bislang einzige akademische Institution mit diesem inhaltlichen Schwerpunkt am Historischen Seminar der Universität Heidelberg etabliert. Seit 2017 wird dort zu Ursachen, Formen und Folgen des Antiziganismus in den europäischen Gesellschaften vom Mittelalter bis in die Gegenwart geforscht. Wissenschaftliche Leiterin ist die Heidelberger Osteuropahistorikerin Prof. Dr. Tanja Penten.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/enzyklopaedie-zum-ns-voelkermord-an-den-sinti-und-roma-in-europa/> / eingesehen am 5. März 2024

<https://encyclopaedia-gsr.eu/> / eingesehen am 19. September 2024

Hessen:

AfD-Vorfeldorganisation Verein »Initiative freiheitlich-konservativer Frauen Deutschlands« gegründet

Im März haben in Hessen 27 Frauen die Gruppierung »Initiative freiheitlich-konservativer Frauen Deutschlands« (IfkFD) gegründet. Die IfkFD beabsichtigt, bundesweit als Verein zu agieren. Maßgebliche Initiatorin war die hessische AfD-Landtagsabgeordnete Sandra Weegels (Gießen). Zur Zielsetzung des Vereins sagte die Polizeibeamtin Weegels: »Es ist an der Zeit, dass sich Frauen miteinander vernetzen, die freiheitlich-konservativ eingestellt sind, aber sich vielleicht noch nicht direkt in die Politik trauen. Der AfD-nahe Verein bietet genau diese Möglichkeit. Er soll die Positionen und Wertevorstellungen der Frauen nach innen und außen tragen.« Vorbild der IfkFD ist laut Weegels die österreichische Frauen-Vorfeldorganisation der FPÖ, die »Initiative Freiheitliche Frauen« (IFF), unter Vorsitz von Edith Mühlberghuber, einer niederösterreichischen FPÖ-Landtagsabgeordneten. Weegels, seit 2013 AfD-Mitglied, weiter zur Neugründung: »Wir wollen zeigen, dass die Alternative

für Deutschland gerade für konservativ denkende Frauen die richtige Partei ist. Wichtig ist uns hierbei, herauszustellen, dass wir uns ganz deutlich gegen irgendeine Quotenregelung stellen, wir stehen vielmehr für das Leistungsprinzip. Denn nur so können sich Frauen und Männer auf Augenhöhe begegnen. Das ist echte Gleichberechtigung.« Im IfkFD-Werbeflyer »Freiheitlich Konservativ Weiblich« wird mitgeteilt: »Wir sind ein deutschlandweites Netzwerk aus Frauen, die sich dem links-woken Zeitgeist entgegenstellen. Unsere Einstellung ist konservativ und freiheitlich, unser Motto: Starke Frauen brauchen keine Quote!« Männer »können gerne Förderer« der IfkFD werden. Ein Eintrag ins Vereinsregister war bis zum 19. September nicht erfolgt. Im Juni hat die AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson die Schirmherrschaft der IfkFD übernommen. Dazu sagte Weegels: »Ich freue mich außerordentlich, dass die bekannteste AfD-Frau der Welt die Schirmherrschaft über unseren Verein übernimmt. Darauf sind wir stolz.« Anderson, seit 2019 MdEP, beschimpft das demokratisch gewählte Europäische Parlament (EP) als »größtes Irrenhaus der Welt«, diffamiert die Europäische Union als »verlotterten Sauhaufen« und fordert den Austritt der Bundesrepublik.

Eigenrecherche DokRex

opposition24.com/politik/afd-naher-verein-initiative-freiheitlich-konservativer-frauen-deutschlands-von-27-frauen-gegrundet/ / eingesehen am 7. März 2024

ifkfd.de/presse/ / eingesehen am 19. September 2024

Hessen:
AfD-MdL verlässt Landtagsfraktion

Der Polizeibeamte Dirk Gaw hat die AfD-Landtagsfraktion verlassen. Das »Remigrations«-Treffen in Potsdam mit AfD-Beteiligung habe ihn »geschockt«. Sein Landtagsmandat will Gaw behalten. Der Abgeordnete gilt als gemäßigt, 2018 zählte er zu den Unterzeichnern eines parteiinternen Brandbriefs von 100 AfD-Funktionären gegen den rechtsextremen thüringischen Landesparteichef Björn Höcke. Die ursprünglich 28 Mandate zählende hessische AfD-Landtagsfraktion hat nach dem Abgang von Gaw und der wegen Kontakten ins Neonazi-Lager abgelehnten Fraktionsaufnahme von Sascha Herr nur noch 26 Mitglieder. In der vergangenen Wahlperiode verzeichnete die AfD-Landtagsfraktion Hessen vier Austritte.

https://www.hessenschau.de/politik/landtag/afd-im-landtag-verliert-abgeordneten-polizeibeamter-dirk-gaw-tritt-aus-v3,afd-landtag-104.html / eingesehen am 7. März 2024

https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/afd-in-hessen-unertraegliches-wutbuergertum-92876808.html / eingesehen am 7. März 2024

Baden-Württemberg:
Weniger Lokalpresse, mehr AfD

Der Sozialwissenschaftler Maxim Flößer beschäftigte sich im Rahmen seiner Masterarbeit an der Universität Stuttgart mit der Frage, ob Lokalzeitungen einen Einfluss auf den Stimmenanteil der AfD haben. Grundlage seiner Untersuchung waren die Ergebnisse der Landtagswahlen 2021 in Baden-Württemberg.

In Zeiten der Digitalisierung, sinkender Werbeeinnahmen und steigender Produktionskosten werden immer mehr Lokalredaktionen geschlossen. Die Presse steht vor der Herausforderung, »alle Landkreise mit einer eigenständigen Berichterstattung zu versorgen«. Fehlt eine Lokalzeitung, fehlt Wissen über die Lokalpolitik.

In seiner Untersuchung stellte Flößer fest: Menschen in Gemeinden ohne Lokalzeitung wählten häufiger die AfD als in Gemeinden mit mindestens einer Lokalzeitung. Daher lautete sein Fazit: »Lokalzeitungen bilden ein Band, das die demokratische Gesellschaft zusammenhält. Sie haben einen Einfluss darauf, wie stark die AfD bei Wahlen abschneidet.«

https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/675/keine-lokalzeitung-mehr-afd-9414.html?pk_kwd=Ausgabe-675 / eingesehen am 22. Oktober 2024

https://www.zvw.de/stuttgart-region/fehlender-lokaljournalismus-st%C3%A4rkt-die-afd-was-eine-studie-aus-stuttgart-zeigt_arid-785714 / eingesehen am 22. Oktober 2024

Rheinland-Pfalz:
AfD-Kandidat mit Nähe zur »Revolte Rheinland«

Am 8. März 2024 berichtete der SWR über die Nähe eines Kommunalwahlkandidaten der AfD Koblenz zur rechtsextremen Gruppierung »Revolte Rheinland«. Die Gruppierung, die ein Ableger der »Identitären Bewegung« ist und auf der »Unvereinbarkeitsliste« der AfD steht, ist im nördlichen Rheinland-Pfalz und südlichen Nordrhein-Westfalen aktiv. Der Kandidat hatte im Sommer 2023 an einer

Wanderung der Revolte Rheinland teilgenommen. Ein internes Foto, das bekannt wurde, zeigte die Teilnehmenden mit der rassistischen White-Power-Geste und einem Banner mit der Aufschrift »Defend Rheinland«.

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/koblenz/afd-revolte-rheinland-koblenz-kommunalwahl-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.swrfernsehen.de/zur-sache-rp/wie-geht-die-afd-mit-gruppierungen-wie-der-revolte-rheinland-um-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

Brandenburg:
Mittelbrandenburgische Sparkasse kündigt »COMPACT«-Konten

Die Mittelbrandenburgische Sparkasse (MBS) kündigte die Geschäftskonten der »COMPACT-Magazin GmbH« zum 30. April 2024. Das bestätigte das Landgericht Potsdam nach einem Eilantrag der Redaktion am 12. März. Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT, geht von 40.000 Euro Verlust pro Monat während der Umstellung aus. Elsässer sieht die Kontoschließung als historischen Bruch des Grundgesetzes und als Angriff auf die Pressefreiheit. Er betrachtet sie auch als Reaktion auf Correctiv-Recherchen über ein Geheimtreffen in Potsdam. Auch die im Bundesverfassungsschutzbericht erwähnte AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum äußerte sich in einem Interview auf COMPACT-TV dazu. Sie behauptet, dass die AfD ähnlichen Angriffen durch Gerichte ausgesetzt sei. Baum rief zur Unterstützung des Magazins auf.

<https://www.maz-online.de/brandenburg/potsdam-sparkasse-kuendigt-rechtsextremistischem-compact-magazin-aus-falkensee-das-konto-QPZ3GNN4JBCEXXQLDPGZQ6DBPE.html> / eingesehen am 15. Oktober 2024

Bundesweit:
Die AfD-Bundestagsfraktion und ihre gesichert Rechtsextremen

Nach Recherchen des Bayerischen Rundfunks (BR) sind mehr als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AfD-Bundestagsfraktion in gesichert rechtsextremen Organisationen aktiv. In der Sendung vom 12. März 2024 berichtete Report München, es seien Mitglieder von drei AfD-Landesverbänden (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie Mitglieder von: »Burschenschaft Danubia München«, »COMPACT«, »Ein Prozent«, »Identitäre Bewegung«, »Institut für Staatspolitik«, »Junge Alternative« und »Lukreta«. Der BR konnte interne Listen der AfD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter einsehen.

Report München thematisierte Benedikt Kaiser, John Hoewer und Mario Müller in seinem Bericht. Kaiser war in der Neonazi-Szene und später im Institut für Staatspolitik tätig. Inzwischen ist er ein Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Pohl aus Thüringen. Hoewer ist im Ein-Prozent-Netzwerk verankert und Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier aus Rheinland-Pfalz.

Mario Müller hat seit Jahren eine starke Nähe zur militanten Neonazi-Szene und zur Identitären Bewegung. Heute arbeitet er für den AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt aus Sachsen-Anhalt. Über den Bericht von Report München sagte AfD-Chef Tino Chrupalla, es seien »unbescholtene Bürger, gegen die nichts vorliegt«.

<https://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/afd-rechtsextremismus-bundestag100.html> / eingesehen am 11. November 2024

Bundesweit:
»Der III. Weg« veröffentlichte Interview mit Rechtsterrorist

Am 15. März 2024 veröffentlichte die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg ein ausführliches Interview mit Fredrik Vejdeland. Der Schwede ist seit Februar 2024 der Vorsitzende der »Nordic Resistance Movement« (NRM). Vejdeland und die NRM, die 1997 in Schweden gegründet wurde und Ableger in Dänemark, Island und Norwegen hat (der finnische Ableger wurde 2020 verboten), stehen seit Juni 2024 auf der Terrorliste der US-Regierung.

Auf die Frage, welche Vorbilder er habe, antwortete Vejdeland: »Es ist leicht, sich auf Vorbilder aus dem Dritten Reich oder Nachkriegsfiguren wie William Pierce zu fixieren, aber ich denke, wir vergleichen uns viel zu oft mit ihnen und ich bin nicht sicher, ob das immer unserer Sache dient.« Pierce veröffentlichte Ende der 1970er-Jahre den Roman »The Turner Diaries«, der Inspirationsquelle mehrerer Rechtsterroristen war.

Im Interview erzählte Vejdeland, Mitglieder der NRM hätten sich »dank nationalsozialistischer Überzeugung« zu »außergewöhnlichen Persönlichkeiten entwickelt«. Er schwärmte: »Sie wurden zu entschlossenen und fanatischen Kämpfern.« In der Vergangenheit haben Mitglieder der NRM an Versammlungen des III. Weges in Deutschland teilgenommen.

<https://www.state.gov/terrorist-designations-of-nordic-resistance-movement-and-three-leaders/> /
eingesehen am 22. Oktober 2024

[der-dritte-weg.info/2024/03/interview-mit-dem-neuen-anfuhrer-der-nordischen-widerstandsbewegung/](https://www.dritte-weg.info/2024/03/interview-mit-dem-neuen-anfuhrer-der-nordischen-widerstandsbewegung/) /
eingesehen am 22. Oktober 2024

Baden-Württemberg:
**30. Jahrestag des Brandanschlags
in der Stuttgarter Geißstraße**

Am 16. März 1994 starben bei einem möglicherweise rassistisch motivierten Brandanschlag in der Stuttgarter Geißstraße 7 Ante und Ljuba Bešlić, Nebahat und Aynül Say, Zuzanna Marjanović, Athina und Kristina Stavroulaki. 16 weitere Personen wurden verletzt. Sowohl bundesweit als auch in Baden-Württemberg selbst ist der Anschlag kaum bekannt. Obwohl der Täter bei nachfolgenden Brandanschlägen Bekennerschreiben mit rassistischen Parolen und NS-Symbolen versandte, gilt der Brandanschlag auf die Geißstraße bis heute als Tat eines verwirrten, psychisch erkrankten Einzeltäters und Pyromanen. Rassismus spielte bei der Tat in der Geißstraße keine Rolle, urteilte das Gericht. In einem Indizienprozess wurde ein 25-jähriger aus Esslingen 1996 zu 15 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Seit Oktober 2023 ist er wieder frei.

<https://hotel-silber.de/event/30-jahre-brandanschlag-in-der-geissstrasse-reclaim-and-remember/>
eingesehen am 1. Juli 2024

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.30-jahre-brandanschlag-geissstrasse-in-stuttgart-fuer-die-rette-bleibt-die-nacht-unvergessen.0364649a-223e-42bd-bd52-5ad0a008f249.html> /
eingesehen am 18. März 2024

Bundesweit:
**Kardinal Müller kritisierte
Anti-AfD-Erklärung der
»Deutschen Bischofskonferenz«**

In einem Interview mit der rechtskatholischen Tagespost, das am 20. März 2024 erschien, kritisierte Kardinal Gerhard Ludwig Müller eine Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz gegen die AfD. Er forderte, die Konferenz dürfe »nicht als Wahlhelfer der Ampel auftreten«. Mit Blick auf die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus erklärte er, der Opportunismus der Konferenz sei »nicht zu übersehen«. Kardinal Müller ist seit 2021 Richter an der Apostolischen Signatur. Das ist das höchste Gericht der Römischen Kirche.

Die Deutsche Bischofskonferenz hatte erklärt: »Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar.« Die AfD changiere »zwischen einem echten Rechtsextremismus« und »einem Rechtspopulismus, der weniger radikal und grundsätzlich daherkommt«.

<https://www.die-tagespost.de/kirche/aktuell/kardinal-mueller-wenn-man-sich-ergibt-dann-hat-man-keinen-frieden-art-249312> [kostenpflichtig] / eingesehen am 22. Oktober 2024

https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressbericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf / eingesehen am 22. Oktober 2024

Schleswig-Holstein:
**30 Jahre danach: Lübeck
gedenkt des Brandanschlags
auf die Synagoge**

In der Nacht zum 25. März 1994, einen Tag vor Beginn des jüdischen Pessach-Festes, verübten vier Rechtsextremisten einen Brandanschlag auf die Synagoge in der St.-Annen-Straße im Herzen der Lübecker Altstadt. Es war der erste Anschlag auf ein jüdisches Gotteshaus in der Geschichte der Bundesrepublik. In der NS-Zeit waren Synagogen in der Pogromnacht 1938 in Flammen aufgegangen; nicht jedoch in Lübeck. Die Täter des Jahres 1994 hatten zunächst Brandbeschleuniger in den unverschlossenen Windfang der Lübecker Synagoge geschüttet. Anschließend hatten sie mit einem Molotowcocktail den gesamten Windfang in Brand gesetzt. In den Wohnungen der Obergeschosse hielten sich zu diesem Zeitpunkt fünf Personen auf; sie konnten sich unverletzt retten. Der Brand zerstörte den Vorraum des Gotteshauses und beschädigte Dokumente. Rund einen Monat nach dem Anschlag nahm die Polizei vier Lübecker im Alter von 19 bis 24 Jahren fest. Ob sie in direktem Kontakt zu rechtsextremen Organisationen standen, ist nicht vollständig geklärt. Mindestens einer der Männer hatte Informationsmaterial der rechtsextremen Partei »Deutsche Volksunion« (DVU) bezogen. Das Oberlandesgericht Schleswig verurteilte die Täter im April 1995 nach rund einjähriger Verhandlung zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und viereinhalb Jahren wegen Brandstiftung und Beihilfe zur Brandstiftung.

Die Süddeutsche Zeitung schrieb seinerzeit, dass aus Sicht des Gerichts bei drei Brandstiftern »der antisemitische Charakter der Gewalttat« eindeutig gewesen sei. Das Motiv des vierten Mannes, der wegen Beihilfe verurteilt wurde, sei für die Richter dagegen im Dunkeln geblieben. Franz Schönhuber,

damals Bundesvorsitzender der rechtsextremen Partei Die Republikaner, erklärte nach dem Brandanschlag auf die Synagoge, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, sei »einer der schlimmsten Volksverhetzer« und mitschuldig am zunehmenden Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/546826/1994-brandanschlag-auf-die-synagoge-in-luebeck/> eingesehen am 26. März 2024

Berlin / Bundesweit:
Der Verfassungsschutz und die »marxistisch inspirierte radikale Linke«

Lothar Fritze, von 1993 bis 2019 Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, bezieht in der März-Ausgabe der neurechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) Position zur vermeintlichen »Politisierung« des Verfassungsschutzes. Er sieht den Verfassungsschutz auf dem Weg »zu einem Instrument der (illegitimen) Bekämpfung der demokratischen Opposition«. Fritze, zugleich Autor des rechtsextremen »Jungeuropa Verlags«, schreibt weiter: »Daß auch der Bundesverfassungsschutz unter seiner gegenwärtigen Führung verstärkt auf dieser Art Abwege geraten ist, dürfte kaum bestreitbar sein. Eine Verfassungsschutzbehörde, die sich von der Politik instrumentalisieren läßt, wird selbst zu einer Gefahr für den freiheitlichen demokratischen Staat.« Hinter dem »Kampf gegen Rechts« wittert Fritze eine »Delegitimierungs- und Ausgrenzungsstrategie einer kosmopolitisch und universalistisch orientierten Elite. Das politische Ziel dieser Exklusionsstrategie ist es, dem Willen der Mehrheit der Bürger einen ‚braunen Anstrich‘ zu verpassen, um ihn umso leichter mißachten zu können. Diese ‚Elite‘, in der eine marxistisch inspirierte radikale Linke einen erheblichen geistigen Einfluß ausübt, versucht die Definitionshoheit über das politische Vokabular medial zu okkupieren und auf diese Weise ihre eigenen politisch-moralischen Überzeugungen als einzig legitime Position zu etablieren«. Die Empörung von Fritze beruht auf der Tatsache, dass der Verfassungsschutz seit dem Abgang von Hans-Georg Maaßen verstärkt die verschiedenen Mosaiksteine der Neuen Rechten zu Beobachtungsobjekten definiert hat. Darunter ist auch das rechtsextreme »Institut für Staatspolitik« (IfS), für dessen Publikation »Sezession« Lothar Fritze zur Feder gegriffen hat.

Fritze lieferte vor Jahren bundesweite Schlagzeilen. In einer »moralphilosophischen« Abrechnung gegen den fast erfolgreichen Tyrannenmörder Georg Elser positionierte er sich im Stil der extremen Rechten gegen den legitimen Widerstand des schwäbischen Schreiners. Veröffentlicht wurde Fritzes Artikel 1999 in der Frankfurter Rundschau. Wäre Hitlers Rede im Münchner Bürgerbräukeller am 8. November 1939 nicht früher zu Ende gewesen als geplant, hätte eine von Elser versteckte Bombe mit Zeitzünder Hitler und die ebenfalls anwesende Führungriege des NS-Staates in die Luft gejagt. Laut Fritze sei es nicht gerechtfertigt gewesen, bei der Jagd nach dem Tyrannen auch das Leben so vieler vermeintlich Unbeteiligter in Kauf zu nehmen, Fritze: »Nicht jeder Widerstand gegen das Unrecht ist gut; nicht jede Art und Weise, dem Bösen zu widerstehen, ist moralisch akzeptabel.«

Eigenrecherche DokRex

Lothar Fritze: Der Streit um den Widerstandskämpfer Georg Elser. Der Ehre zuviel – eine moralphilosophische Betrachtung zum Hitler-Attentat von Georg Elser, in: Frankfurter Rundschau vom 9. November 1999

Lothar Fritze: Das ist ein weißer Pudel. Wie der Verfassungsschutz politisiert wird. (Fehler im Original, in: Junge Freiheit, Nr. 13 / 24, 22. März 2024, S. 18

Bundesweit:
Offene Haftbefehle von Rechtsextremisten

Zum Stichtag 28. März 2024 lagen laut Bundesregierung bundesweit insgesamt 798 offene (d. h. noch nicht vollstreckte) Haftbefehle gegen 606 Personen vor, die dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind. Hinzu kommt ein Haftbefehl einer ausländischen Behörde zwecks Auslieferung, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke weiter ausführt. Es lag keinem offenen Haftbefehl eine terroristische Tat zugrunde, insgesamt 26 Haftbefehle ein politisch motiviertes Gewaltdelikt (überwiegend Körperverletzungsdelikte und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte). 165 weitere Haftbefehle bestanden wegen Straftaten mit politisch rechter Motivation, wie dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Beleidigung. Die übrigen Fälle sind dem Bereich der Allgemeinkriminalität, wie unter anderem Diebstahl, Betrug, Erschleichen von Leistungen, Verkehrsdelikten, zuzuordnen.

Wie aus der Antwort zudem hervorgeht, wurden zwischen September 2023 und März 2024 insgesamt 348 Haftbefehle zu Personen, die der politisch rechten Szene zugeordnet werden, vollstreckt oder erledigten sich auf andere Weise, etwa durch Zahlung einer Geldstrafe. >>>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Neonazis (Frühjahr 2024), BT-Drs. 20/12428 vom 31. Juli 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012428.pdf> / eingesehen am 9. August 2024

**Bundesweit:
Offene Haftbefehle gegen
»Reichsbürger« und »Selbst-
verwalter«**

Zum Stichtag 28. März 2024 bestanden laut Bundesregierung bundesweit insgesamt 231 offene (d.h. noch nicht vollstreckte) Haftbefehle gegen 182 Personen, die im Polizeilichen Informationssystem (Inpol-Z) einen Ermittlungshinweis »Reichsbürger/Selbstverwalter« aufweisen.

Es lag keinem offenen Haftbefehl eine terroristische Tat zugrunde, insgesamt 16 Haftbefehlen ein politisch motiviertes Gewaltdelikt (überwiegend Körperverletzungsdelikte und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte). 63 Haftbefehle bestanden wegen Straftaten mit politischer Motivation, wie beispielsweise Nötigung (§ 240 StGB), Beleidigung (§ 185 StGB) und Volksverhetzung (§ 130 StGB). Die übrigen Haftbefehle sind dem Bereich der Allgemeinkriminalität ohne politische Motivation zuzuordnen, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke weiter ausführt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Entwicklung der Zahl per Haftbefehl gesuchter Personen im Bereich »Politisch motivierte Kriminalität« mit dem Hinweis »Reichsbürger/Selbstverwalter« (Frühjahr 2024), BT-Drs. 20/12431 vom 31. Juli 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/124/2012431.pdf> / eingesehen am 9. August 2024

**Baden-Württemberg:
AfD-Bundestagsabgeordneter
Seitz verlässt Partei**

Thomas Seitz, seit 2013 AfD-Mitglied und seit 2017 südbadischer AfD-Bundestagsabgeordneter, wird künftig fraktionsloser Abgeordneter sein. Seitz hat zum 31. März seinen Austritt aus der Partei und der Bundestagsfraktion erklärt. Seitz vertritt den Wahlkreis Emmendingen-Lahr. Der baden-württembergische AfD-Landesvorsitzende Markus Frohnmaier forderte Seitz auf, sein Mandat zurückzugeben. »Tut er dies nicht und steckt sich als Ex-AfDler in den nächsten anderthalb Jahren rund 189.000 Euro an Bundestagsdiäten in die Tasche, würde dies belegen, dass seine wüsten Angriffe gegen die AfD und ihre Mitglieder scheinheilig und verlogen sind.« Seitz, der dem völkischen Lager der AfD zugerechnet wurde, begründet seinen Schritt mit einer zunehmenden Günstlingswirtschaft und mit Skandalen in der Partei, die sie kaum noch von den »Altparteien« unterscheiden würden. »Es geht mir ausdrücklich nicht um einen Rechtsruck in der AfD«, erklärte Seitz in seinem 22-minütigen Statement »Warum ich aus der AfD austrete«, veröffentlicht auf seiner Website und in einem Video. Nach dem Austritt von Seitz gehören der AfD-Bundestagsfraktion noch 77 Abgeordnete an. Gestartet war die Fraktion nach der Bundestagswahl 2021 mit 82 Mandatsträgern. Mehrere von ihnen haben aus diversen Gründen inzwischen die Fraktion verlassen.

Als ausschlaggebend für seinen Austritt nennt Seitz den chaotisch und tumultartig verlaufenen Sonderparteitag der AfD Baden-Württemberg am 24./25. Februar in Rottweil. Bereits während des Parteitags habe er das dringende Bedürfnis gehabt, sofort aus der Partei auszutreten, habe dies jedoch über Wochen zurückgestellt. »Aber das vorherrschende Gefühl ist immer noch das des puren Ekels vor meiner eigenen Partei, für die ich seit 10 Jahren den Kopf hinhalte«, so Seitz. Im Landesverband tobt ein Machtkampf zweier Lager. Am Ende setzten sich die Kandidaten von Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel durch. Seitz spricht in seiner Erklärung von einem »Putsch der Vorsitzenden«, der Mehrheit sei es nur darum gegangen, »ihren Idolen zu huldigen«. Seit dem Tag, schreibt Seitz, habe er »den Glauben verloren, dass die AfD in der Lage ist, irgendeinen substanziellen Beitrag zur Rettung Deutschlands zu liefern«. Dem Weidel-Lager wird das baden-württembergische Führungsduo – der Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier und der Landtagsabgeordnete Emil Sänze – zugerechnet. O-Ton Seitz: »Die AfD hatte einen Spendenskandal durch Frau Weidel, der die Partei fast 400.000 Euro nur an Strafzahlungen gekostet hat, die Höhe der zusätzlichen Kosten für Gerichte und Anwälte ist unter Verschluss, mit Sicherheit aber nochmal eine deutlich sechsstellige Summe. Es war ein Spendenskandal, bei dem alles zum Himmel stinkt, aber die Bundestagsfraktion, deren Vorsitzende Frau Weidel war und ist, wollte sich damit nicht beschäftigen. Der Skandal war auch kein Thema für die Partei, weil es ja ein laufendes Verfahren war. Als das Verfahren dann abgeschlossen war, hatte sich alles beruhigt und keiner wollte mehr das Thema aufgreifen. Dieser Spendenskandal Weidel wird schon seit Jahren bei jedem Angriff auf die korrupten Altparteien als Gegenargument ausgepackt, leider zu Recht, und macht deutlich, wieviel von ihrem höchsten Gut, nämlich ihrer Glaubwürdigkeit die AfD bereits verloren hat.«

Vor dem Einzug in den Bundestag war Seitz 21 Jahre lang als Richter und Staatsanwalt tätig. Im Jahr 2018 entfernte das Richterdienstgericht in Karlsruhe den früheren Staatsanwalt Seitz aus dem Beamtenverhältnis. Seitz hatte im Zuge von Wahlkämpfen zwischen 2015 und 2017 im Internet Begriffe wie »Quotenneger« und »Gesinnungsjustiz« gepostet. Auf Facebook-Seiten schwadronierte er über die »erbärmlichen Systemlinge in den Altparteien«, die »SPD-Stasi von Bundeszensurminister Maas« und »Das Deutschland der korrupten Altparteien ist ein einziger Augias-Stall die AfD ist der Herkules, der ihn ausmistet« (Fehler im Original). Vor der Landtagswahl im März 2016 hatte Seitz die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Merkel als »Auftakt zur Vernichtung des Deutschen Volkes« bezeichnet. Damit verletzte er nach Auffassung des baden-württembergischen Justizministeriums die Vorschriften zum Beamtenstatus – dem stimmte das Richterdienstgericht zu.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-gefuehl-des-puren-ekels-prominenter-abgeordneter-verlaesst-die-afd/100029124.html> / / eingesehen am 31. März 2024

https://www.spiegel.de/politik/afd-abgeordneter-thomas-seitz-verlaesst-die-partei-aus-purem-ekel-aber-nicht-ueber-den-rechtsruck-a-bff40ea1-c872-4006-980d-995b66af67e2?sara_ref=re-so-app-sh / eingesehen am 31. März 2024

<youtube.com/watch?v=1zIOMTJTIJA&t=23s> / eingesehen am 31. März 2024

<thomas-seitz.net/austritt-aus-der-afd/> / eingesehen am 31. März 2024

Chronik

Thüringen:

»Reichsbürger«-Versammlung in Gera

Am 6. April 2024 fand eine »Reichsbürger«-Versammlung mit dem Titel »Das Große Treffen der 25+1 Bundesstaaten« in Gera statt. Knapp 1.000 Menschen nahmen an der Versammlung teil. Die Menschen zogen mit Fahnen der ehemaligen Bundesstaaten des Kaiserreichs und schwarz-weiß-roten Fahnen ein. Später liefen sie mit den Fahnen durch die Stadt. Unter den Teilnehmenden war Peter Fitzek, Gründer und selbsternannter »Oberster Souverän« des »Königreichs Deutschland«.

Eine Rede hielt Frank Haußner, Kopf der rechtsextremen Gruppierungen »Freies Thüringen« und »Patrioten Ostthüringen«. Der »Reichsbürger« hieß die Teilnehmenden im »Fürstentum Reuß« willkommen. Mit Blick auf die »Patriotische Union« sprach er von »angeblichen Putschisten« und behauptete, der Angeklagte Heinrich XIII. Prinz Reuß sei ein »politischer Gefangener dieser BRD«. Später hielt Matthes Haug eine Rede. Der »Reichsbürger« machte Ausführungen zur deutschen Geschichte und erklärte: »Die Wahrheit wird sich ihren Weg bahnen – und das ist das Deutsche Reich von 1871!«

Die Versammlung fand in Zusammenarbeit mit der »Royal Ottoman Society« statt. Der »Verein für osmanisches Kulturgut«, der seinen Sitz in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) hat, huldigt Abdul Hamid II., dem Sultan des Osmanischen Reiches von 1876 bis 1909. Ein Vertreter der Royal Ottoman Society hielt eine Rede und ein großes Transparent zeigte Abdul Hamid II. und Kaiser Wilhelm II. mit dem Spruch »IN EWIGER FREUNDSCHAFT«.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/reichsbuerger-kundgebung-rechtsextremismus-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

Österreich:

Rechtsextreme Veranstaltung im »Castell Aurora«

Am 7. April 2024 fand eine Veranstaltung mit Martin Sellner (»Identitäre Bewegung Österreich«), Paul Klemm (»COMPACT-Magazin« und »Filmkunstkollektiv«) und Heinrich Fiechtner (ehemaliger AfD-Landtagsabgeordneter aus Baden-Württemberg) im Castell Aurora in Steyregg bei Linz (Österreich) statt.

Das Castell Aurora ist eine Immobilie aus dem rechtsextremen Netzwerk der »Identitären Bewegung«. Castell Aurora schreibt in einer Art Selbstverständnis, man sei ein »sicherer Hafen für patriotisch gesinnte Menschen aus Nah und Fern«. Nach der Veranstaltung teilten die Verantwortlichen der Immobilie mit, der Saal sei »bis auf den letzten Platz« besetzt gewesen.

castellaurora.info/patriotische-solidaritaet-vernetzung-als-trumpf/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

Baden-Württemberg / Hessen:

Stuttgart erinnert (endlich) an den Humanisten Fritz Bauer

Fritz Bauer (1903–1968), Kind einer liberal-jüdischen Kaufmannsfamilie, ist einer der größten Söhne der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart – doch zu sehen war in der sechstgrößten Stadt der Bundesrepublik davon bisher nichts. Erst seit Mitte April erinnert die Stadt mit einer Stele an den bedeutenden NS-Gegner und Kämpfer für Gerechtigkeit. Ausgangspunkt war eine Anregung von Schülerinnen und Schülern des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums (Ebelu), der früheren Schule Bauers.

Der frühere hessische Generalstaatsanwalt hatte sich für die Rehabilitierung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, die Ergreifung Adolf Eichmanns, der im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) die Todestransporte in die Vernichtungslager organisiert hatte, und den Beginn des Auschwitz-Prozesses eingesetzt. Der Frankfurter Auschwitz-Prozess ist heute das bekannteste Verfahren wegen Verbrechen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Bauer verstand seine Arbeit als Selbstaufklärung der deutschen Gesellschaft und als Weg zu Schaffung eines demokratischen Rechtsbewusstseins in der jungen Bundesrepublik. Fritz Bauers Wahlpruch lautete: »Die Würde des Menschen zu achten, ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt.«

Nach dem Studium der Rechts- und Volkswirtschaftslehre wurde Bauer 1930 in Stuttgart Amtsrichter, mit 26 Jahren der jüngste in der Weimarer Republik. Bauer war früh politisch aktiv und trat 1920 der Sozialdemokratie bei, zudem leitete er die Stuttgarter Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold (zum Reichsbanner siehe oben Seite 61). 1933 wurde er aus seinem Amt entlassen und aus politischen Gründen für einige Monate im Konzentrationslager Heuberg auf der Schwäbischen Alb inhaftiert. Bauer flüchtete 1936 nach Dänemark, von dort einige Jahre später nach Schweden, wo er den Krieg überlebte.

1949 kehrte Fritz Bauer mit Unterstützung des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumacher nach Deutschland zurück. Sein Ziel war es, beim Aufbau eines demokratischen Justizwesens mitzuwirken und die NS-Verbrechen vor Gericht zu bringen. Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn

berief ihn 1956 in das Amt des hessischen Generalstaatsanwalts und holte ihn nach Frankfurt. Bauer setzte strafrechtliche Ermittlungen gegen eine große Zahl von einstigen NS-Funktionären in Gang, die im Verdacht standen, schwere Verbrechen begangen zu haben. Der noch in der Vorbereitungsphase stehende, von Bauer angestoßene große Prozess gegen die Schreibtischtäter der »Euthanasie«, von der viele hochrangige Juristen betroffen gewesen wären, fand nie statt; denn: In der Nacht zum 1. Juli 1968 starb der fast 65-jährige Fritz Bauer in seiner Wohnung in Frankfurt am Main. Untersuchungen des einstigen brandenburgischen Generalstaatsanwalts Erardo Rautenberg (Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 4/ Dezember 2015, S. 180 f) haben ergeben, dass sich weder Selbstmord noch Fremdeinwirkung gänzlich ausschließen lassen. 1995 gründeten das Land Hessen, die Stadt Frankfurt und der Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. das Fritz Bauer Institut, ein Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocausts.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.erinnerungskultur-in-stuttgart-nazi-jaeger-fritz-bauer-ist-jetzt-sichtbar-in-der-stadt.c579df6d-6ad7-4150-9f2a-df44c79a2c1b.html> / eingesehen am 1. Juli 2024

<https://www.fritz-bauer-forum.de/archive/gedenken/> / eingesehen am 1. Juli 2024

<https://www.hdg.de/lemo/biografie/fritz-bauer.html> / eingesehen am 1. Juli 2024

<https://www.fritz-bauer-institut.de/fritz-bauer> / eingesehen am 1. Juli 2024

Rheinland-Pfalz:
**Verfassungsschutz beobachtet
 Burschenschaft
 »Germania Halle zu Mainz«**

Die pflichtschlagende Burschenschaft Germania Halle zu Mainz wird vom rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz beobachtet. Innenminister Michael Ebling (SPD) sagte, der Verfassungsschutz nehme eine Beobachtung auf, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von verfassungsfeindlichen Bestrebungen vorlägen. Die Burschenschaft zeige eine kontinuierliche rechtsextreme sowie völkische Weltanschauung und pflege zahlreiche Kontakte zu einschlägig bekannten rechtsextremen Kreisen. Die Burschenschaft wies in einer Stellungnahme die Vorwürfe zurück. Seit der Gründung im Jahr 1861 setze man sich konsequent für die Freiheit der Meinung und des Wortes sowie für den Rechtsstaat ein. Die Burschenschaft lehne Extremismus jeder Art entschieden ab. Auf ihrer Homepage wirbt die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz mit folgenden Worten für sich: »Die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz ist die Studentenverbindung für patriotische Studenten in der schönen Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Bei uns findest Du neben Gleichgesinnten einen Rückzugsort fernab der Massenuniversität und linken Studierendenvereinen, die Dir während Deines Studiums noch genug auf den Geist gehen werden.« Der Germania Halle zu Mainz gehören mehrere rheinland-pfälzische AfD-Politiker an, unter anderem der Bundestagsabgeordnete Sebastian Münzenmaier und der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Damian Lohr. Besonders im Zusammenhang mit dem Verein »Zentrum Rheinhessen – Deutsches Kulturerbe in Rheinhessen e.V.« seien die personellen Überschneidungen mit der Jugendorganisation der AfD, der »Jungen Alternative« (JA), und der »Identitären Bewegung« deutlich geworden, hebt der Verfassungsschutz hervor. Schatzmeister des »Zentrums Rheinhessen« (Sitz: Mainz) ist Stephan Stritter, einst Vorsitzender des REP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz sowie REP-Fraktionschef im Mainzer Stadtrat.

Im Verfassungsschutzbericht des Landes Hamburg wurde die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz bereits 2015 namentlich im Kapitel »Sonstige rechtsextremistische Organisationen und Bestrebungen« erwähnt. Gemeinsam mit der damals bereits vom Landesamt für Verfassungsschutz Bayern beobachteten »Burschenschaft Frankonia Erlangen« und der Germania Halle zu Mainz bildet die Hamburger Burschenschaft »Germania (HB! Germania)« ein gemeinsames Bündnis, das sogenannte »Schwarz-Weiß-Rote Kartell«, so die Hamburger Verfassungsschützer. Man sehe sich als »ein Bund an drei Hochschulorten«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.zeit.de/news/2024-04/09/verfassungsschutz-beobachtet-mainzer-burschenschaft> / eingesehen am 9. April 2024

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/mainz/verfassungsschutz-beobachtet-burschenschaft-germania-halle-zu-mainz-100.html> / eingesehen am 9. April 2024

Verfassungsschutzbericht des Landes Hamburg 2015, S. 181

germania-halle.de / eingesehen am 9. April 2024

Schweiz:
**»Diskriminierungsbericht 2023«
 erschienen**

Im April ist der »Diskriminierungsbericht 2023« der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) und der Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) erschienen. Aufgrund der Ausweitung der Diskriminierungsstrafnorm des schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB), auch im Hinblick auf Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung, wurde der Bericht umbenannt und heißt nunmehr »Diskriminierungsbericht« anstelle von »Rassismusbericht«. Die umfassende Analyse der jährlichen Diskriminierungsfälle in der Schweiz 2023 zeigt einen sprunghaften Anstieg der antisemitischen Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023, so der »Diskriminierungsbericht«. Damit einher gehe eine zunehmende Sichtbarkeit von allgemein diskriminierenden Taten und Hassreden. Die insgesamt 98 registrierten Vorfälle im Jahr 2023 stellen eine Zunahme um mehr als die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr dar. Während die meisten Vorfälle generell keinem spezifischen sozialen Milieu zugeschrieben werden können, konnten etwas mehr als ein Viertel aller Vorfälle von 2023 im rechtsextremen Milieu verortet werden. Fast zwei Drittel der rechtsextremen Vorfälle fanden in Form von Sachbeschädigungen und Sprayereien sowie Aufmärschen, Auftritten und Zusammenkünften statt. Im Bereich des öffentlichen Rechtsextremismus steht die »Junge Tat« im Vordergrund. Die Junge Tat instrumentalisiert medienwirksame und polarisierende Themen wie den Bau von Asylunterkünften für ihre Zwecke, bewegt sich geschickt in den sozialen Medien und betreibt damit effiziente Mitgliederwerbung, so der Bericht.

2023 wurden in der deutsch-, der italienisch- und der rätoromanisch-sprachigen Schweiz 155 antisemitische Vorfälle registriert (exklusive Online). Das bedeutet eine massive und beispiellose Steigerung im Vergleich zum Vorjahr (2022: 57).

Lediglich bei 4,1% aller Vorfälle der Chronologie 2023 liegen antimuslimische Motive vor. Antimuslimischer Rassismus wird dennoch im »Diskriminierungsbericht« als ernstzunehmendes Problem der Schweiz gewertet. Antimuslimischer Rassismus sei das vierthäufigste Motiv für rassistische Diskriminierung in der Schweiz.

Fälle, Anti-Schwarzen-Rassismus betreffend, machen 11% aller in der Chronologie 2023 verzeichneten Vorfälle aus.

20,4% aller diskriminierenden Vorfälle der Chronologie 2023 sind LGBTQ-feindlich. Dabei richten sich 60% dieser Vorfälle gegen die sexuelle Orientierung und 40% gegen verschiedene Genderidentitäten. Am meisten äußern sich diese Diskriminierungen in Form von Beleidigungen, Belästigungen und Drohungen (45%).

<https://www.gra.ch/diskriminierungsbericht-2023-ist-online/> / eingesehen am 15. April 2024

<https://www.gra.ch/diskriminierungsbericht-2023/> / eingesehen am 15. April 2024

Österreich / Bundesrepublik:
AfD-Politiker in Wien

Am 12. April traf im Wiener Vier-Sterne-Hotel ARCOTEL Wimberger bei einer FPÖ-Veranstaltung ein »Teil jener Menschen zusammen, die während des Corona-Wahnsinns großartiges geleistet haben«, so das rechtsextreme österreichische »Magazin für Patrioten« namens »Info-Direkt«. Vor Ort waren laut Info-Direkt 1.200 Personen – unter ihnen der FPÖ-Vorsitzende Herbert Kickl und Sucharit Bhakdi, die Ikone in der Szene der Corona-Kritiker. Initiator der Veranstaltung war der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerald Hauser. Bhakdi machte in seiner Rede, so Info-Direkt, »auf die jüngsten Erkenntnisse über die Gefährlichkeit der mRNA-Injektionspräparate aufmerksam. In diesem Zusammenhang sprach er von »einem satanischen Programm, das Millionen von hilflosen Menschen verstümmelt, getötet und genverändert hat«. Im Anschluss an die Veranstaltung fand am Folgetag ein Symposium mit dem Titel »Souveränität und Freiheit für die Völker Europas« ebenfalls im ARCOTEL Wimberger statt. Initiator der Veranstaltung war wiederum der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hauser. Unter den Teilnehmenden waren Christina Baum, AfD-MdB, Martin Renner, AfD-MdB und Christine Anderson, AfD-MdEP.

In einem Gastbeitrag in Info-Direkt führt Baum aus, dass die »Grundlagen der Coronapolitik [...] bewusste Lügen« waren: »Die Coronapolitik war kein Fehler, sondern eine Agenda«, so die AfD-Politikerin. Baum fordert dazu auf, dass die »Hauptakteure zur Verantwortung gezogen werden müssen« – unter anderem die einstige Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Minister Jens Spahn, »die das Coronaregime in Gang setzten«. Die Bundestagsabgeordnete Baum droht abschließend: »Unsere Gesellschaft muss ein klares Zeichen setzen, dass niemand davonkommt, der einem ganzen Volk bewusst und vermutlich aus niederen Beweggründen solches Leid zufügt.«

Interviewpartner »über die Propaganda des Antifa-Netzwerks Correctiv« in dieser Info-Direkt-Ausgabe ist der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, einer der Redner der konspirativen »Remigrations«-Veranstaltung im Potsdamer Landhaus Adlon. CDU-Mitglied Vosgerau vertritt die AfD-nahe »Desiderius-Erasmus-Stiftung« vor dem Bundesverfassungsgericht.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/info-direkt/> / eingesehen am 20. September 2024

info-direkt.eu/2024/04/14/kickl-und-bhakdi-zurueck-zur-normalitaet/ / eingesehen am 14. April 2024

Christina Baum: *Kein Fehler, sondern eine Agenda*, in: *Info-Direkt*, 51. Ausgabe, 2024

USA:
»Young Republicans«-Konferenz mit AfD und FPÖ

Auf dem rechtsextremen Portal »PI-News« berichtete Harald Weyel, AfD-Bundestagsabgeordneter und seit 2022 im AfD-Bundesvorstand, über seine Teilnahme an einer Konferenz der »Young Republicans Florida«. Die Konferenz fand am 13. April 2024 in Tampa Bay, einer Meeresbucht an Floridas Westküste, statt. Weyel nahm gemeinsam mit Harald Vilimsky (FPÖ) an einem Podium teil.

pi-news.net/2024/04/florida-young-republicans-konferenz-mit-afd-und-fpoe-beteiligung/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

Ukraine / Bundesrepublik:
Antiziganismus gegen ukrainische Roma: Zentralrat fordert entschlossene Reaktion von Politik und Gesellschaft

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sieht sich durch den aktuellen Bericht der Melde- und Informationsstelle MIA über den wachsenden Antiziganismus gegen Roma aus der Ukraine bestätigt. So werden Angehörige der Minderheit, die ihr Heimatland wegen des Krieges verlassen, im Vergleich zu ihren ukrainischen Landsleuten in der Bundesrepublik Deutschland mit antiziganistischen Motiven abgelehnt. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, kritisiert: »Roma werden als Kriegsflüchtlinge wegen ihrer Abstammung rassistisch ausgegrenzt. Verstärkt wird dieser Antiziganismus auch durch die Berichterstattung einiger Medien. Deren vorurteilsbeladenes Bild sorgt für den Ausschluss der Minderheit von der deutschen Aufnahmekultur, nicht nur in der Bürokratie, sondern auch in der Gesellschaft.«

<https://zentralrat.sintiundroma.de/pressemitteilung-antiziganismus-gegen-ukrainische-roma-zentralrat-fordert-entschlossene-reaktion-von-politik-und-gesellschaft/> / eingesehen am 18. April 2024

Bayern / Bundesweit:
Ausstellung: Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute

Im NS-Dokumentationszentrum München wird ab dem 18. April die Ausstellung »Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute« gezeigt. Diese setzt sich mit dem dauerhaft aktuellen Thema Rechtsterrorismus auseinander. Rechtsterroristische Gewalt richtet sich gegen einzelne Personen und Bevölkerungsgruppen und damit letztlich gegen die gesamte Gesellschaft. Rechtsterroristen planen und begehen Angriffe, Anschläge und Morde. Ihre Absicht ist es, Staat und Gesellschaft zu schwächen und ein Klima der Angst zu erzeugen. Anhand von lokalen, regionalen, aber auch internationalen Beispielen wird in der Ausstellung die anhaltende rechtsterroristische Bedrohung in der Vergangenheit bis in unsere jüngste Gegenwart sichtbar gemacht und historisch verortet – darunter das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980 und der Anschlag im Münchner Olympia-Einkaufszentrum am 22. Juli 2016. Deutlich wird, dass Rechtsterrorismus keine temporäre und lokale Erscheinung der Gegenwart ist, sondern ein ständiger Begleiter der deutschen und internationalen Geschichte. Deutlich werden auch die Folgen, die rechtsterroristische Gewalt für die davon Betroffenen hat – Trauer um die Toten und Verletzten, Traumata und der leidvolle Kampf um Anerkennung des Erlittenen. Die Ausstellung wurde vom Memorium Nürnberger Prozesse kuratiert und gefördert von der Stiftung GLS-Treuhand, dem Freistaat Bayern mit Haushaltsmitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales und der Amadeu Antonio Stiftung.

<https://www.nsdoku.de/rechtsterrorismus/> / eingesehen am 20. April 2024

Bundesweit:
»Cemas«: Neue Datenbank zu Rechtsterrorismus

Das »Center für Monitoring, Analyse und Strategie« (Cemas) hat im April die deutschlandweit erste Datenbank zu Fällen von Rechtsterrorismus seit der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) veröffentlicht. Darin sind rund 50 rechtsterroristische Fälle seit 2011 aufgeführt. Systematisch verzeichnet sind die Fälle von rechtsterroristischen Aktivitäten bei Behörden bislang nicht. Cemas geht daher nun mit einer Datenbank online und sieht erheblichen Handlungsbedarf bei deutschen Behörden. Die Online-Datenbank soll laufend aktualisiert werden, um weitere umfassende Analysen zu ermöglichen. Mit Blick auf die in der Datenbank erfassten rechtsterroristischen Fälle lassen sich laut Cemas unter anderem folgende zentrale Erkenntnisse zur gegenwärtigen Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen: Es lassen sich verschiedene wesentliche Strömungen von Rechtsterrorismus identifizieren: der Bereich des verschwörungsideologischen Souveränismus (hierunter fallen insbesondere sogenannte »Reichsbürger«), >>>

Online-Communitys und Radikalisierung in rechtsextremen Protestbewegungen und Legitimierung terroristischer Anschläge durch einen vermeintlichen »Volkswillen«. Der militante Akzelerationismus und der verschwörungsideologische Souveränismus stellen verstärkt Strömungen im Rechtsterrorismus der vergangenen Jahre dar. Die Rolle der Vernetzung über Messenger-Dienste, soziale Medien oder Online-Communitys hat in den letzten Jahren zugenommen.

<https://report.cemas.io/terror/de/executive-summary> / eingesehen am 28. April 2024

**Baden-Württemberg:
Innenausschuss berät über
Strukturen sowie Verbindungen
zwischen »Identitärer Bewegung«
und AfD**

Der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen des baden-württembergischen Landtags hat sich in seiner Sitzung am 24. April mit den Strukturen der »Identitären Bewegung« (IB) sowie den Verbindungen der Gruppierung zur AfD bzw. zur »Jungen Alternative« (JA) befasst. Laut Innenministerium bestehen zwischen IB und AfD inhaltliche und personelle Verbindungen. Das teilte der Vorsitzende des Gremiums, Ulli Hockenberger (CDU), mit. Der Ausschuss hat Hockenberger zufolge auf Antrag der Grünen-Fraktion zunächst über die IB und ihre Anhängerschaft in Baden-Württemberg beraten. Laut Innenminister Thomas Strobl (CDU) würden der IB im Südwesten rund 100 Personen zugeordnet, vor allem junge Männer bis ca. 35 Jahre. Regionale Aktionsschwerpunkte der IB seien für das vergangene Jahr der Regierungsbezirk Tübingen sowie der Raum Stuttgart.

Zudem sei es Hockenberger zufolge um Verbindungen der IB zu anderen Gruppierungen und zur AfD gegangen. So habe das Innenministerium mitgeteilt, dass die Regionalgruppe »Identitäre Bewegung Schwaben« seit Herbst 2023 unter der Bezeichnung »Reconquista 21« auftrete. Andere Ortsgruppen wie »Kesselrevolte«, »Teck-Patrioten« und »Festung Ulm« entfalteten derzeit kaum bzw. keine Aktivitäten und dürften in der Regionalgruppe Reconquista 21 aufgegangen sein. Auch zu dem im Jahr 2017 gegründeten »Schwäbischen Kulturverein e. V.« in Konstanz gebe es Verbindungen. Zum Zeitpunkt der Gründung seien mindestens fünf der sieben Gründungsmitglieder Aktivisten der Identitären Bewegung Schwaben gewesen.

Zwischen der IB und den baden-württembergischen Landesverbänden der »Jungen Alternative« (JA) bzw. der AfD seien laut Innenministerium inhaltliche Verbindungen festzustellen, zum Beispiel beim Thema »Remigration«. So habe sich beispielsweise die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg im August 2023 auf Instagram mit einer Aktion der Identitären Bewegung Schwaben, die sich gegen durch Migranten begangene sexuelle Übergriffe in Freibädern wandte, solidarisiert.

Die personellen Verbindungen beschränkten sich auf einzelne Personen, die Kontakt miteinander pflegten. Darüber hinaus seien im Hinblick auf das Teilnehmerfeld von Veranstaltungen auch Überschneidungen von IB und dem Landesverband der JA bzw. der AfD bekannt. Beispielsweise hätten im vergangenen Jahr Mitglieder der Identitären Bewegung Schwaben an Diskussionsveranstaltungen und »Stammtischen« des Landesverbands der JA teilgenommen, bei denen auch Bundestagsabgeordnete der AfD anwesend gewesen seien. Zudem sei in der Vergangenheit immer wieder festgestellt worden, dass Mitglieder der IB und des baden-württembergischen Landesverbands der JA bzw. der AfD an den gleichen Veranstaltungen teilnahmen.

Nach Angaben des Vorsitzenden beriet der Ausschuss zudem auf Antrag der CDU-Fraktion über den Antrag »AfD – nur ein rechtsextremistischer Verdachtsfall?« Den Antragstellern zufolge seien die AfD-Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft. Wie das Ministerium berichtete, führe das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg die jeweiligen Landesverbände von AfD und JA als Beobachtungsobjekte (Verdachtsfälle).

<https://www.landtag-bw.de/cms/render/live/de/sites/LTBW/home/aktuelles/pressemitteilungen/2024/april/45-2024.html> / eingesehen am 6. November

**Portugal:
50 Jahre Nelkenrevolution
in Portugal**

Am 25. April 1974 wurde das klerikal-faschistische Regime Portugals von Diktator Marcelo Caetano, Nachfolger von António Oliveira de Salazar, durch die Bewegung der Streitkräfte (»Movimento das Forças Armadas«, MFA) gestürzt. Der Aufstand wurde von der Bevölkerung unterstützt. Die Soldaten beendeten eine 48 Jahre dauernde Diktatur.

Lange Zeit war man in Portugal stolz darauf, dass extrem rechte Kräfte hier nicht Fuß fassen konnten. Dies ist nun vorbei: Bei der vorgezogenen Neuwahl am 10. März 2024 hat die rechtspopulistische Partei »Chega« von André Ventura 18,07 % der Stimmen erreicht und wurde damit drittstärkste Kraft im Parlament. 2019 schaffte es Chega mit einem Abgeordneten ins Parlament, nun sind es 48.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/547783/vor-50-jahren-nelkenrevolution-in-portugal/> / eingesehen am 26. April 2024

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/portugal-wahl-114.html> / eingesehen am 11. März 2024

Finnland / Bundesrepublik:
Rechtsextremes Vernetzungstreffen

Sascha Roßmüller, Listenkandidat der Partei »Die Heimat« (vormals NPD) zur Europawahl und zugleich Redaktionsmitglied des Parteisprachrohrs »Deutsche Stimme« (DS), referierte am 27. April bei der 3. »Awakening Conference« 2024 in Hyvinkää, nahe der finnischen Hauptstadt Helsinki. Die Veranstaltung diente der Vernetzung rechtsextremer Organisationen Europas. Es traten Referenten aus sieben Ländern auf. Als Moderator führte Tuukka Kuru, Vorsitzender der antisemitischen finnischen Kleinstpartei »Sinimusta Liike« und DS-Interviewpartner, durch das Programm. Zu den Referenten gehörten: Dan Eriksson, Vorsitzender der Organisationen »Det fria Sverige« (DFS) und »Europa Terra Nostra«, Máté Varga (Ungarn, »Legio Hungaria«), Giorgio Dossena (»Casa Pound«, Italien), Toni Jalonen (Vorsitzender des Kulturkollektivs »Suunta«, vormals führender Kopf der Jugendorganisation der Partei »Die Finnen«), Mark Collett, (Gründer und Vorsitzender von »Patriotic Alternative«, Großbritannien). Abschlussredner war Tomislav Sunic, »der die heutige Repression mit der im damals kommunistischen Ostblock verglich« (DS). Sunic, vormals kroatischer Diplomat und Lehrbeauftragter an US-Hochschulen, pflegt seit Jahren enge Kontakte zur rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik. Der gebürtige Zagreber wird mehrfach namentlich in den Rechts extremismus-Kapiteln diverser Verfassungsschutzberichte genannt. Roßmüller nahm in seinem Vortrag eine »Analyse des gegenwärtigen Zustandes innerhalb der EU vor, um daraus die Anforderungen an die nationale Opposition abzuleiten, und skizzierte abschließend seine Vorstellung einer post-liberalistischen Ordnung«, so das Parteiblatt. Die 1. »Awakening Conference« fand 2018 in Helsinki statt.

Eigenrecherche DokRex

die-heimat.de/heimat-kandidat-bei-awakening-conference-in-finland/ eingesehen am 10. März 2024

Lars Froedbergen: Awakening Conference 2024, in: Deutsche Stimme, Juni 2024, S. 49

x.com /awafinland / eingesehen am 20. September 2024

youtube.com/watch?v=EAAf5zTdK5E / eingesehen am 20. September 2024

Sachsen:
Beteiligte des NS-apologetischen Verlags »Der Schelm« verurteilt

Das Oberlandesgericht Dresden verkündete am 29. April 2024 sein Urteil gegen drei Beteiligte des konspirativ arbeitenden Verlags Der Schelm. Die Bundesanwaltschaft hatte das Verfahren geführt. Enrico Böhm, ehemaliger NPD-Stadtrat in Leipzig, erhielt zwei Jahre und sechs Monate Haft, Matthias B. ein Jahr und zehn Monate auf Bewährung und Annemarie K. ein Jahr und sechs Monate auf Bewährung. Die Beteiligten sollen mit Adrian Preißinger, Hauptverantwortlicher des Verlags, eine kriminelle Vereinigung gebildet und Volksverhetzung betrieben haben. Preißinger hat schon vor Jahren seinen Wohnsitz nach Russland verlegt und wird mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Vor Gericht hatte Matthias B. ein umfassendes Geständnis abgelegt. B. sagte aus, er habe die Bücher gesetzt und die IT verantwortet. Die Bücher seien in Ungarn gedruckt worden, die Bezahlung sei über Konten in Spanien erfolgt. Enrico Böhm und Annemarie K. hatten eingeräumt, an der Lagerung und am Versand beteiligt gewesen zu sein. In einer Lagerhalle in Bad Lausick wurden die Bücher gelagert und verschickt. Das Sortiment bestand aus einer Vielzahl antisemitischer und nationalsozialistischer Bücher. Beispielsweise wurden Bücher von Adolf Hitler (»Mein Kampf«) und Alfred Rosenberg (»Blut und Ehre«) sowie von Shoah-Leugnern wie Thies Christophersen (»Die Auschwitz-Lüge«) angeboten.

Von 2018 bis 2020 wurden rund 800.000 Euro umgesetzt. Ende 2020, als das Landeskriminalamt Sachsen eine Razzia in der Lagerhalle des Verlags durchführte, wurden Bücher mit einem Verkaufswert von 900.000 Euro beschlagnahmt. Der Vorsitzende Richter stellte in der Verhandlung fest, der Gewinn pro Buch sei groß gewesen. Der Nachdruck und Versand des Buches »Mein Kampf« habe knapp vier Euro gekostet. Für 30 Euro wurde das Buch verkauft. Böhm verdiente knapp 43.000 Euro, B. etwa 41.000 Euro und K. mindestens 5.200 Euro. Bis heute betreibt Preißinger den Verlag. Im Impressum steht eine Adresse in Thailand. Der Neonazi schreibt auf der Webseite, die Lieferzeiten würden – »aufgrund der spezifischen Bedingungen, unter denen ich gezwungen bin, als Verleger zu arbeiten« – zwischen drei und acht Wochen liegen. Schließlich habe er eine »bewußt ,umwegige‘ Lieferkette«.

https://taz.de/Rechtsextremer-Verlag-Der-Schelm/!6007905/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

Chronik

Russland / Bundesrepublik:
**Rechtsextremist Alexander Dugin
 im »Zuerst!«-Interview**

Mai

In der Mai-Ausgabe des extrem rechten Monatsmagazins »Zuerst!« ist ein Interview mit dem russischen Politiker, Philosophen und Publizisten Alexander Dugin erschienen. Dugin tritt für das geopolitische Konzept eines »Neo-Eurasismus« auf der Basis eines in Opposition zu den USA stehenden eurasischen Raumes ein. Abgelehnt werden von Dugin »westliche Modelle von Liberalismus, Individualismus und urbanem Lebensstil«. Im Zuerst!-Interview verkündet Dugin, dass der Westen »eine sterbende Zivilisation« sei, die »bald in Trümmern liegen« werde und sich »diese Entwicklung noch durch seine Gender-Politik« beschleunige. Der russische Rechtsextremist fordert die »maximale Unterstützung der gesunden Familie« und ein »kategorisches Verbot der öffentlichen Propagierung aller sexuellen Perversionen und die Einführung neuer Richtlinien im moralischen Bereich«. Dem Westen werde es »nicht gelingen, den Geist seiner degenerierten Zivilisation auf die Migranten zu übertragen, wie die globalisierten Eliten hoffen. Sie werden diese zurückweisen und sie in eine neue Barbarei verwandeln«, so Dugin. Die Russen seien »Feinde des Globalismus und der liberalen Ideen«, der Liberalismus wiederum die »niederträchtigste und menschenfeindlichste aller Ideologien der westlichen Moderne«. Er »lehne den Liberalismus zudem ab, weil er auf dem Individualismus beruht, weil er die Trennung des vereinzelt Individuums von allen sozialen, kollektiven, spirituellen, religiösen Bindungen repräsentiert«, erklärt Dugin. Er vertritt in Zuerst! die Auffassung, dass die Europäische Union durch den Abbruch der Handelsbeziehungen zu Russland »ihrer eigenen Wirtschaft massiv geschadet« und sich die »antirussischen Führer der europäischen Länder« »als Verräter an ihren eigenen Gesellschaften und als Marionetten der globalistischen Eliten erwiesen« haben, die seiner »Meinung nach keinerlei Legitimität besitzen.«

In neurechten Kreisen und weithin in der AfD wird Alexander Dugin (in russischer Schreibweise: Aleksandr) geschätzt. Er ist Cheftheoretiker des »Neo-Eurasismus« – einer radikal liberalismusfeindlichen Ideologie mit Grundpositionen wie Antiamerikanismus. Der Eurasismus wurde in den 1920er-Jahren von Denkern gegründet, die vor der bolschewistischen Revolution geflohen waren. Demnach sollte Russland das Zentrum eines nach Osten ausgerichteten Reichs werden. Europa galt ihnen schon damals als dekadent. Der »Bonus-Verlag« des rechtsextremen Zuerst!-Verlegers Dietmar Munier brachte Dugins Bücher in deutscher Übersetzung auf den Markt, die rechtsextremen Zeitschriften Zuerst! und »COMPACT« veröffentlichten Interviews und Redebeiträge. Der 1962 geborene Dugin beruft sich auf ähnliche Klassiker wie die Neue Rechte. Obwohl der ehemalige Universitätsprofessor und bekannteste Vertreter der sogenannten »Neuen Rechten« in Russland keine offiziellen Ämter innehat, gilt er als eine »ideologische Schlüsselfigur«, die der Moskauer Denkfabrik »Katehon« vorsteht. »In dieser Eigenschaft wird ihm ideologische Beeinflussung bis in die Staatsführung Russlands hinein nachgesagt«, so die Bundesregierung im März 2022 auf Anfrage. Katehon ist ein »rechtsextremer Think Tank«, der »durch eine antiwestliche und antiliberalen Grundeinstellung, die zugleich die Ideologie des ‚Noworossija‘ (Neurussland) proklamiert«, geprägt ist. Leit motive dieser Ideologie sind die Schaffung eines einheitlichen Kulturraums slawisch-orthodoxer Russen sowie eine russische Dominanz über große Teile Europas und Asiens. Aufgrund der Parallelen zu faschistischen Ideologien unterhält Dugin gute Beziehungen zu diversen extrem rechten Gruppierungen, Parteien und Personen in Europa und der Bundesrepublik Deutschland, so die Bundesregierung.

Eigenrecherche DokRex

»Der Westen versteht überhaupt nichts«. Interview mit Alexander Dugin, in: Zuerst!, Mai 2024, S. 40–43

Sachsen:
**Im Rahmen des EU-Wahlkampfs:
 Tätliche Attacken auf Demokraten**

Am Abend des 3. Mai wurde ein Wahlkampf helfer im Stadtteil Striesen der sächsischen Landeshauptstadt Dresden attackiert und verletzt. Der 28-Jährige hängt Europa-Wahlplakate der Grünen auf, als ihn eine vierköpfige Gruppe unvermittelt angriff. Die Täter schlugen und traten den grünen Wahlkampf helfer. Der Angegriffene wurde noch in den Bauch getreten, als er bereits am Boden lag. Das Opfer erlitt Verletzungen. Minuten nach dieser Attacke wurde der 41-jährige Europaabgeordnete Matthias Ecke, sächsischer SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, beim Plakatieren von derselben Männergruppe angegriffen und schwer im Gesicht verletzt. Jochbein und Augenhöhle wurden gebrochen.

Die Tatverdächtigen Quentin J., Leander H., Tobias R. und Luca S. – alle im Alter von 17 und 18 Jahren – kommen aus einem bürgerlichen Umfeld in und um Dresden. Der Haupttäter, der 17-jährige Quentin J., gehörte Medienangaben zufolge zur im Februar gebildeten Neonazi-Gruppe »Elblandrevolte«, einer Dresdner Ortsgruppe der »Jungen Nationalisten« (JN). Die JN sind die

Nachwuchsorganisation der Partei »Die Heimat« (vormals NPD). In einem Telegram-Post der JN hieß es: »Für uns junge Nationalisten ist es unausweichlich, unsere Mitglieder nicht nur geistig zu formen, sondern aus ihnen auch Kämpfer zu erziehen, die durch Herausforderungen und Grenzerfahrungen körperlich über sich Hinauswachsen!« Die Auswertung der Social-Media-Accounts der Tatverdächtigen zeigt, wie sich diese im neonazistischen Milieu bewegten. Quentin J. folgte mehreren rechtsextremen Gruppen auf Instagram, darunter der JN-Abteilung »Sachsen Anhalts Jugend voran«. Auch Leander H. sowie der dritte und der vierte Tatverdächtige, Tobias R. und Luca S., folgten auf Instagram der Elblandrevolte. Am 11. Februar 2024 beteiligten sich Quentin J. und Leander H. am jährlichen Neonazi-Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens. Die gewaltsamen Angriffe auf Wahlkampfhelfer sind Teil einer ganzen Reihe von Anfeindungen und physischen Attacken gegen die Mitglieder demokratischer Parteien, die sich in den letzten Wochen bundesweit ereignet haben.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1075269> / eingesehen am 12. Juni 2024

<https://striesen-oiger.de/2024/05/04/spd-kandidat-in-striesen-angegriffen-und-schwer-verletzt/> / eingesehen am 12. Juni 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/angriff-ecke-ermittlungen-tatverdaechtiger-100.html> / eingesehen am 12. Juni 2024

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/angreifer-dresden-rechtsextrem-verfassungsschutz-100.html> / eingesehen am 12. Juni 2024

Argentinien:

Lesbizid: Drei tote Frauen nach queerfeindlichem Brandanschlag

In der Nacht zum 6. Mai attackierte der 67-jährige Justo Barrientos in einer Armenunterkunft im Viertel Barraca der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires zwei lesbische Paare mit einer selbstgebastelten Brandbombe. Drei Frauen, Pamela Cobas, Roxana Figueroa und Andrea Amarante, starben an ihren Verbrennungen. Menschenrechtsorganisationen und die LGBTQ+-Bevölkerung in Argentinien werten den Anschlag als einen Lesbizid. Der Täter lebte im »hotel familiar«, einer Unterkunft, die von armutsbetroffenen Menschen genutzt wird, wenn sie sich keine eigenen Wohnungen leisten können. Zwei Tage vor der tödlichen Attacke gab Nicolás Márquez, ein enger Vertrauter des argentinischen Präsidenten Javier Milei, ein Interview in einem der meistgehörten Radiosender Argentiniens, Radio Con Vos. »Der Staat hat bis zur Erscheinung von Javier Milei die Homosexualität gefördert und damit zu einem selbstzerstörerischen Verhalten ermutigt«, sagte Márquez. Homosexualität bezeichnete er als »krankhaft«. Grundrechte von Frauen und queeren Menschen nennt Márquez eine »Gender-Ideologie«, hinter der vermeintlich der »Kulturmarxismus« stecke. Als eine der ersten Amtshandlungen nach seinem Wahlsieg im Dezember 2023 schaffte Milei das Ministerium für Frauen, Gender und Vielfalt ab.

Eigenrecherche DokRex

https://www.queer.de/detail.php?article_id=49513 / eingesehen am 20. Mai 2024

<https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/ermordet-weil-sie-lesben-waren/> / eingesehen am 5. Juni 2024

<https://taz.de/Homophobie-in-Argentinien/!6031461/> / eingesehen am 10. September 2024

Hamburg:

AfD-Fraktion schließt Abgeordnete Olga Petersen aus

Die Hamburger AfD-Fraktion hat Olga Petersen am 6. Mai aus ihren Reihen ausgeschlossen. Gleichzeitig läuft ein Parteiausschlussverfahren gegen sie. Der Abgeordneten wird parteischädigendes Verhalten vorgeworfen. Zuvor war Petersen fraktionsintern abgemahnt worden, weil sie dem russischen Staatssender »Rossija 1« am 7. Februar ein prorussisches Interview gegeben hatte. Petersen, »das bekannteste Gesicht der Russlanddeutschen in der AfD« (»COMPACT«), sagte, dass sie ihr Bürgerchaftsmandat behalten wolle. Mit den verbleibenden sechs Abgeordneten behält die AfD ihren Fraktionsstatus in der Hamburgischen Bürgerschaft. Petersen war die einzige Frau in der Fraktion.

Eigenrecherche DokRex

<https://taz.de/Pro-russische-Aeusserungen-in-der-AfD/!5945137/> / eingesehen am 23. Juli 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/hamburg/afd-olga-petersen-100.html> / eingesehen am 8. Mai 2024

compact-online.de/afd-hamburg-kickt-beliebte-abgeordnete-von-der-liste/?mc_cid=598ee37e72 / eingesehen am 24. März 2024

Bundesweit:
**Im Visier der Bundesregierung:
 die »Identitäre Bewegung
 Deutschland« (IBD)**

Der als »gesichert rechtsextremistischen Bestrebung« eingestuften Identitären Bewegung Deutschland (IBD) werden bundesweit etwa 500 Personen zugerechnet, so die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage. Die IBD sei hierarchisch nach den Ebenen Bundesleitung, Regionalgruppen sowie Ortsgruppen gegliedert. Die von der IBD im September 2023 veröffentlichte »Vernetzungskarte« weise zehn Regional-/Ortsgruppen auf: »Nordfeuer«, »Revolte Rheinland«, »Wackre Schwaben«, »Lederhosenrevival«, »Aktion Ost«, »Sachsengarde«, »Festung Chemnitz«, »Bollwerk Franken«, »Kontrakultur Erfurt« sowie »Sturmefeste Hannover«. Die IBD unterhalte mitunter Verbindungen in den parlamentarischen Raum. Demnach wird die IBD von Vertretern der »Jungen Alternative« (JA) und der AfD als sogenanntes »Vorfeld« bezeichnet, »das den Weg zum avisierten politischen Erfolg metapolitisch in Form von Aktionen ebnen soll, die auf die Botschaften neurechter Organisationen aufmerksam machen«. »Nicht selten weisen Anhängerinnen und Anhänger oder Funktionäre der JA einen Vorlauf in ‚identitären‘ Strukturen auf«, so die Bundesregierung. Ihren Angaben zufolge liegen auch Erkenntnisse zu personellen Verbindungen zwischen AfD und IBD »durch bestehende und vergangene Beschäftigungsverhältnisse vor«. Bekannt ist auch, dass »regelmäßig Kader der IBD« Veranstaltungen des »Instituts für Staatspolitik« (IFS) besuchen. Ebenso gehören Identitäre der Autorenschaft der IFS-Zeitschrift »Sezession« beziehungsweise des Onlineblogs »Sezession im Netz« an. Erkenntnissen der Bundesregierung zufolge betreibt die IBD mehrere Wirtschaftsunternehmen; darunter das Unternehmen »Schanze Eins UG & Co. KG«, einen Finanzdienstleister, durch welchen Investorinnen und Investoren für identitäre Immobilienprojekte gewonnen werden sollen. »Kohorte UG« stehe als Unternehmen hinter dem IBD-Shop »Phalanx Europa«, über welchen Merchandise-Artikel der IBD vertrieben werden. Auch wenn sich die IBD grundsätzlich von Gewalt distanzieren und es aktuell nicht zu erwarten stehe, dass sie von diesem Grundsatz abweicht, »muss eine Radikalisierung einzelner Mitglieder oder Sympathisanten der IBD, in Einzelfällen auch ganzer Ortsverbände [...] zumindest einkalkuliert werden«. Ferner liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass einzelne Mitglieder der durch die von den Landesbehörden für Verfassungsschutz beobachteten Burschenschaften gleichzeitig Aktivistinnen und Aktivisten der IBD sind bzw. waren.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Verbindungen der extrem rechten »Identitären Bewegung« in Deutschland und Österreich, BT-Drs. 20/11328 vom 8. Mai 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/113/2011328.pdf> / eingesehen am 1. Juni 2024

Frankreich:
**Vor 80 Jahren:
 Jüdische Widerstandskämpferin
 in Stuttgart ermordet**

Im November 1943 wurde Golda Bancic, eine aus Rumänien stammende jüdische Kommunistin, zusammen mit 22 Männern der überwiegend aus ausländischen und jüdischen Personen zusammengesetzten Widerstandsgruppe Manouchian von einer Sondereinheit der französischen Polizei verhaftet. Dutzende Anschläge gegen die deutschen Besatzer gehen allein im Jahr 1943 auf das Konto dieser internationalen Widerstandsgruppe. Genau 80 Jahre nach der Hinrichtung von 21 Mitgliedern der Gruppe auf dem Mont Valerien bei Paris wurden am 21. Februar die sterblichen Überreste des Kopfs der Widerstandsgruppe, Missak Manouchian (1906–1944), eines armenischen Dichters und Kommunisten, und seiner Frau Mélinée auf Anordnung von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron ins Pariser Panthéon überführt. Zum ersten Mal wurde damit in der Ruhmeshalle Frankreichs ein ausländischer Widerstandskämpfer bestattet. Geschätzt zwanzig Prozent der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer gegen das Vichy-Régime und die deutsche Besatzungsmacht besaßen keinen französischen Pass. Nach ihrer Verhaftung wurde Bancic nach Karlsruhe und dann nach Stuttgart überstellt. Die Résistancekämpferin wurde am 10. Mai 1944, am Tag ihres 32. Geburtstages, im Lichthof des Stuttgarter Justizgebäudes durch das Fallbeil ermordet.

Eigenrecherche DokRex

Torsten Schöll: Nachruf auf eine Partisanin, in: Stuttgarter Zeitung vom 20. Februar 2024, S. 16

<https://auroraprize.com/de/missak-manouchian-revolutionary-leader-of-french-resistance-against-nazis/> / eingesehen 1. Juli 2024

<http://100years100facts.com/facts/missak-manouchian-leader-foreign-resistance-fighters-france-world-war-ii/> / eingesehen 1. Juli 2024

<https://www.arte.tv/de/videos/118850-000-A/frankreich-ehrt-widerstandskampfer-manouchian/>

<https://www.culture.gouv.fr/actualites/Manouchian-au-Pantheon-1-Andre-Manouchian-met-en-musique-la-derniere-lettre-du-heros-de-la-Resistance> / eingesehen 1. Juli 2024

Rheinland-Pfalz:
Neonazis am »Feld des Jammers«

Der Landesverband Südwest der neonazistischen Partei »Die Rechte« mobilisierte zum »Feld des Jammers« nach Bretzenheim. Am 11. Mai 2024 fand eine Versammlung statt, um der Opfer der »Rheinwiesenlager« zu gedenken. Die »Rheinwiesenlager« waren Gefangenenlager der USA, Großbritannien und Frankreichs am Ende des Zweiten Weltkrieges. In der extremen Rechten ist bis heute die Haltung verbreitet, die Siegermächte hätten Konzentrationslager betrieben und einen Völkermord an den Deutschen begangen.

Der Landesverband schrieb in den sozialen Netzwerken: »Es ist die Pflicht der Aufrechten, zu diesem Tage Flagge zu zeigen und diesem System die Maske vom Gesicht zu reißen!« Im Rahmen der Versammlung sprachen unter anderem Ricarda und Markus Walter (»Die Heimat«) sowie Florian Grabowski (»Die Rechte«). Ricarda Walter, die Anmelderin der Versammlung, sagte in ihrer Rede, der 8. Mai sei ein »Tag der Ehre«. Am 8. Mai 1945 hatte die Wehrmacht kapituliert. Später gab Die Rechte bekannt, »40 volkstreue Deutsche« hätten an der Versammlung teilgenommen.

<https://www.dokunetzwerk.org/2024/05/11/geschichtsrevisionistische-neonazi-kundgebung-in-bretzenheim/> eingesehen am 22. Oktober 2024

[youtube.com/watch?v=oqhrHb00iOs](https://www.youtube.com/watch?v=oqhrHb00iOs) / eingesehen am 24. Oktober 2024

Brandenburg:
1. »Alternative Buchmesse«

Am 11. und 12. Mai 2024 veranstaltete »Idearium«, das selbsternannte »Debatten-Netzwerk« von Thorsten Weiß, eine 1. »Alternative Buchmesse« im Restaurant Mittelpunkt der Erde in Hoppegarten. Weiß ist AfD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die »Alternative Buchmesse« brachte die AfD mit Unternehmen und Vereinen der extremen Rechten zusammen. So sprachen Hans-Christoph Berndt (AfD-Fraktionsvorsitzender Brandenburg), Erik Lehnert (»Institut für Staatspolitik«) und Philip Stein (»Ein Prozent«, »Jungeuropa Verlag«) über »Partei und Vorfeld« sowie Simon Kaupert (»Filmkunstkollektiv«), Philipp Huemer (»Heimatkurier«, Österreich) und Stefan Juritz (»Freilich Magazin«, Österreich) über »Alternative Medien im Spannungsfeld«. Nach der Veranstaltung kündigte Weiß in einem Gespräch mit dem rechtsextremen »Heimatkurier« an, die »Alternative Buchmesse« solle »im nächsten Jahr noch deutlich wachsen«. Der AfD-Politiker stehe »mit zahlreichen Parteifreunden und Mandatsträgern«, die das Format unterstützen wollen, in Kontakt.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/im-mittelpunkt-der-erde-berliner-afd-abgeordneter-empfangt-neue-rechte-zu-alternativer-buchmesse-11565092.html> [kostenpflichtig] / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://taz.de/Vernetzungstreffen-AfD-und-Neue-Rechte/!6003389/> / eingesehen am 22. Oktober 2024

heimatkurier.at/rechte-akteure/nachgefragt-thorsten-weiss / eingesehen am 22. Oktober 2024

[youtube.com/watch?v=Qxdkti_6ndY](https://www.youtube.com/watch?v=Qxdkti_6ndY) / eingesehen am 22. Oktober 2024

[youtube.com/watch?v=CujeccYVD3I](https://www.youtube.com/watch?v=CujeccYVD3I) / eingesehen am 22. Oktober 2024

Sachsen-Anhalt:
»Institut für Staatspolitik« aufgelöst, »Menschenpark« und »Metapolitik« gegründet

Götz Kubitschek, Initiator und Kopf der rechtsextremen Denkfabrik »Institut für Staatspolitik« (IfS, Sitz: Schnellroda), gab im Mai 2024 die Auflösung des »Vereins für Staatspolitik e. V.« bekannt. Tatsächlich wurde der Verein für Staatspolitik e.V., offizieller Träger des Instituts für Staatspolitik, bereits mit Wirkung zum 17. April 2024 aufgelöst. Der Verein hatte das IfS seit der Gründung im Jahr 2020 geführt. Die Auflösung wurde im Rahmen zweier Mitgliederversammlungen vom 28. Februar und 20. März 2024 beschlossen.

Die Auflösung ist Folge strategischer Überlegungen. Seit 2019 stuft der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt das IfS als gesichert rechtsextrem ein. Mit der Einstufung verlor die Denkfabrik ihre Gemeinnützigkeit. 2023 folgte das Bundesamt für Verfassungsschutz mit der entsprechenden Einstufung. Nach den Verboten der »Artgemeinschaft« und »Hammerskins« befürchteten Kubitschek & Co. das IfS-Verbot.

Der rechtsextreme Publizist und Verleger schrieb im Netz: »Alle Mitglieder sind ausgetreten, die Konten sind geschlossen worden, Teile der Arbeit anderen Händen übergeben, andere Bereiche ganz eingestellt worden.« Der Thüringer AfD-Politiker Björn Höcke verfasste einen »Nachruf« auf das IfS. Er urteilte, es habe »keine vergleichbare Einrichtung« gegeben, »die sich auf diesem Niveau um eine konservative Bildungsarbeit und Nachwuchsförderung verdient gemacht hätte«.

Mit der Auflösung gab Kubitschek die zuvor erfolgte Gründung zweier Unternehmen bekannt: Er selbst hatte bereits am 28. Februar 2024 die »Menschenpark Veranstaltungen UG« (Sitz: Schnellroda) gegründet. Der Zweck ist die »Durchführung von Seminaren, Tagungen und Vortrags- und

Messeveranstaltungen«. So können die »Akademien« auf dem Rittergut in Schnellroda fortgesetzt werden. Erik Lehnert gründete am 29. Februar 2024 die »Metapolitik Verlags UG« (Sitz: Schnellroda). Der Zweck ist die »Herausgabe von Printmedien, insbesondere einer Zeitschrift«. Somit übernahm Lehnert die Produktion und den Vertrieb der rechtsextremen Zeitschrift »Sezession«.

<https://taz.de/Institut-fuer-Staatspolitik-aufgeloest!/6007332> / eingesehen am 22. Oktober 2024

sezession.de/69226/das-institut-fuer-staatspolitik-ist-geschichte-warum/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

youtube.com/watch?v=fUbAsFQpGhk / eingesehen am 22. Oktober 2024

Niedersachsen / Ungarn /
Bulgarien / Spanien / Frankreich /
England / Serbien / Griechenland:
Gleichgesinnte unter sich

Unter dem Motto »Kämpfen für Europa – Fight for Europe« trafen sich Mitte Mai im niedersächsischen Eschede (Landkreis Celle) auf Einladung der »Heimat«-Nachwuchsorganisation »Junge Nationalisten« (JN) Gleichgesinnte aus der Bundesrepublik, Ungarn, Bulgarien, Spanien, Frankreich, England, Serbien und Griechenland. Im Vordergrund standen Austausch und Vernetzung. Redner war Claus Cremer, Europawahlkandidat der Heimat. In Eschede verfügt die Heimat über ein 5.000 Quadratmeter großes Anwesen mit Bauernhof. Die Immobilie hatte die Partei 2019 von ihrem Parteimitglied, dem Landwirt Joachim Nahtz, gekauft. Das Gelände ist seit mehr als 30 Jahren ein Treffpunkt und Veranstaltungsort verschiedener rechtsextremer Organisationen; dazu zählten in der Vergangenheit auch die »Heimatreue Deutsche Jugend« (HDJ), die »Kameradschaft Celle 73« und die »Snevern Jungs«. Gefeierte wurden und werden völkische Erntedankfeste und Sonnenwendfeiern.

Eigenrecherche Dokrex

[x.com/JNDeutschland/status/1792811239946526833](https://www.x.com/JNDeutschland/status/1792811239946526833) / eingesehen am 1. Juni 2024

Berlin:
**2023: Rechte, rassistische und
antisemitische Angriffe**

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet mit 355 Angriffen für das Jahr 2023 erneut einen Anstieg der Taten im Vergleich zum Vorjahr (336 Angriffe). Mindestens 450 Menschen wurden im vergangenen Jahr verletzt und bedroht. Die Zahl der Angriffe bleibt seit Jahren nahezu konstant erschreckend hoch. Rassismus ist das häufigste Motiv, so die am 16. Mai präsentierte Statistik. Viele der rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten werden der Öffentlichkeit jedoch nicht bekannt, seitdem ReachOut keine Informationen mehr von den Ermittlungsbehörden erhalten darf. ReachOut wünscht sich erneut ein Umdenken des Berliner Datenschutzbeauftragten in dieser Frage, um die Auswertung der Angriffssituation und das Monitoring in der Stadt zu unterstützen.

<https://www.reachoutberlin.de/de/Aktuelles/Ver%C3%B6ffentlichungen/Pressemitteilung/Pressemitteilung%20Rechte%2C%20rassistische%20und%20antisemitische%20Angriffe%20in%20Berlin%202023/> / eingesehen am 17. Oktober 2024

Bundesweit:
**AfD-Europaspitzenkandidat
verharmloste die SS**

Die italienische Tageszeitung La Repubblica veröffentlichte am 18. Mai 2024 ein Interview mit Maximilian Kraus, AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl. Im Interview sagte Kraus: »Unter den 900.000 SS-Leuten waren auch viele Bauern: Es gab sicherlich einen hohen Prozentsatz an Kriminellen, aber nicht alle waren kriminell. Ich werde nie sagen, dass jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war.«

Politik und Medien kritisierten seine Aussage. Das rechtsextreme »COMPACT-Magazin« hingegen behauptete, was Medien über die Aussage Kraus geschrieben hätten, sei »ausgemachter und verlogener Blödsinn«. Sven Eggers, COMPACT-Autor und ehemaliger Kandidat von DVU und NPD, kommentierte, dass »gegen seine Aussage inhaltlich ganz und gar nichts einzuwenden ist«. Sein Großvater war Kurt Eggers, Obersturmführer der Waffen-SS. Thorsten Thomsen (alias »Daniell Pföhringer«), COMPACT-Autor und ehemaliger Pressesprecher der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, stellte fest, »skandalös« sei die Aussage Kraus »überhaupt nicht«. Am Ende bewarb COMPACT das Buch »Veteranen der Waffen-SS berichten«.

Obwohl Kraus innerhalb der extremen Rechten erhebliche Unterstützung erfuhr, folgten Konsequenzen: Der französische »Rassemblement National« um Marine Le Pen gab bekannt, nach der EU-Wahl die Kooperation mit der AfD im Europäischen Parlament zu beenden. Die AfD-Bundesspitze beschloss ein Auftrittsverbot gegen Kraus im Wahlkampf. Kraus verließ den Bundesvorstand, blieb aber Spitzenkandidat zur Europawahl. Er zog in das Parlament ein, aber ihm wurde die Aufnahme in die AfD-Delegation im Europäischen Parlament verwehrt.

<https://taz.de/Nach-Relativierungen-der-SS/!6012267/> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/le-pen-bricht-mit-afd-wie-maximilian-krah-das-fass-zum-ueberlaufen-brachte-19734138.html> [kostenpflichtig] / eingesehen am 22. Oktober 2024

https://www.repubblica.it/esteri/2024/05/17/news/candidato_elezioni_europee_afd_maximilian_krah_estrema_destra-423009349/ [kostenpflichtig] / eingesehen am 22. Oktober 2024

[compact-online .de/skandal-interview-was-krah-wirklich-gesagt-hat/](https://compact-online.de/skandal-interview-was-krah-wirklich-gesagt-hat/) eingesehen am 22. Oktober 2024

[compact-online .de/anstaendige-leute-brd-politiker-zur-waffen-ss/](https://compact-online.de/anstaendige-leute-brd-politiker-zur-waffen-ss/) eingesehen am 22. Oktober 2024

Thüringen: Kommunalwahlen 2024 mit Stichwahlen

Am 26. Mai 2024 fanden in Thüringen Kommunalwahlen statt. Die AfD holte 25,8 % im Rahmen der Kreistags- und Stadtratswahlen. Sie wurde die zweitstärkste Partei hinter der CDU (27,2 %). In mehreren Bürgermeister- und Landratswahlen kam die AfD in die Stichwahl. Der MDR konstatierte: »Der Rechtsruck in Thüringen geht weiter.« Die Leiterin des ZDF-Landesstudios Thüringen resümierte: »Ein Signal, kein AfD-Durchmarsch«. Sämtliche AfD-Kandidaten, die in die Stichwahl vom 9. Juni 2024 gelangten, unterlagen. Auch der Neonazi Tommy Frenck, der 24,9 % im Rahmen der Landratswahl in Hildburghausen geholt hatte, verlor in der Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Sven Gregor (Freie Wähler).

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/kommunalwahl-europa-gewinner-siegerinnen-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/kommunalwahl-stich-analyse-landtag-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/kommunalwahlen-thueringen-104.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/kommunalwahl-thueringen-afd-analyse-100.html> / eingesehen am 6. November 2024

Bundesweit: BfV-Lagebild zum Antisemitismus: »Gefahrenpotenzial ist drastisch gestiegen«

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die Fortschreibung seines erstmals im Juli 2020 erschienenen Lagebilds Antisemitismus veröffentlicht. Demnach ist die größte antisemitische Bedrohung in der Bundesrepublik Deutschland die Verschränkung von Rechtsextremismus und Antisemitismus. Das Lagebild beschäftigt sich mit Antisemitismus in den Phänomenbereichen Islamismus, auslandsbezogener Extremismus, Rechtsextremismus, »Reichsbürger« und »Selbstverwalter«, »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« sowie Linksextremismus. Dabei führte insbesondere der 7. Oktober 2023 zu einer völlig neuen Situation, welche auch die Zahlen zur politischen motivierten Kriminalität, die eine Woche zuvor von Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesinnenministerium vorgestellt wurden, dokumentieren. 2023 zählte das BKA 1.927 politisch motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund, von denen die allermeisten nach dem 7. Oktober begangen wurden. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 60.000 politisch motivierte Straftaten festgestellt – ein neuer Höchststand. Im Bereich der sogenannten Hasskriminalität verdoppelte sich die Zahl der Fälle mit antisemitischem Hintergrund auf mehr als 5.100. »Diese Zahlen sollten uns alle beunruhigen«, erklärte BfV-Präsident Thomas Haldenwang anlässlich der Vorstellung des Lagebilds am 27. Mai. Er sprach von einem »rasanten« Anstieg antisemitischer Straf- und Gewalttaten. »Das Gefahrenpotenzial für Menschen und Einrichtungen jüdischen Glaubens in Deutschland ist drastisch gestiegen.« Dabei stellt das aktuelle Lagebild des Verfassungsschutzes fest, dass sich Antisemitismus in allen Formen des Extremismus zeige, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Im Rechtsextremismus ist der Antisemitismus ohnehin seit jeher fest verankert. Allerdings weist der Verfassungsschutz darauf hin, dass er mittlerweile oftmals »in der öffentlichen Kommunikation weniger in direkter Form, sondern vornehmlich in Andeutungen, Codes und Chiffren und insbesondere in Form von Verschwörungserzählungen« zum Ausdruck komme. Von zentraler Bedeutung seien in diesem Zusammenhang Erzählungen, die niederschwellig antisemitische Denk- und Argumentationsmuster verbreiteten. Von großer Bedeutung für die Verbreitung von Verschwörungsideologien sind demnach insbesondere die sozialen Medien.

<https://www.behörden-spiegel.de/2024/05/30/lagebild-zum-antisemitismus-drastisch-gestiegenes-gefahrenpotenzial/> / eingesehen am 29. Mai 2024

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/pressemitteilung-2024-lagebild-antisemitismus.html> / eingesehen am 29. Mai 2024

<https://www.tagesschau.de/inland/anstieg-antisemitismus-deutschland-100.html> / eingesehen am 29. Mai 2024

Sachsen:
**Kongress »Jetzt in Sachsen«
 in Leipzig**

Das an der Universität Leipzig angesiedelte Else Frenkel Brunswick Institut (EFBI) wurde 2020 gegründet. Vier Jahre nach der Institutsgründung wurden in Leipzig am 30. und 31. Mai die aktuellen Forschungsergebnisse des Instituts vorgestellt und zusammen mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutiert. Der Titel des gut besuchten Kongresses »Jetzt in Sachsen« nimmt Bezug auf den Slogan »Nie wieder ist jetzt«, der unter anderem auf den Demonstrationen gegen Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 zu sehen war.

Tagungsbericht: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1182768.demokratieforschung-in-sachsen-autoritarismusforschung-antworten-die-keiner-hoeren-will.html> / eingesehen am 18. September 2024

Tagungsprogramm: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Veranstaltungen/2024_EFBI_Kongress_3031Mai.pdf / eingesehen am 18. September 2024

EFBI-Homepage: <https://efbi.de/das-institut.html> / eingesehen am 19. September 2024

Baden-Württemberg:
**Islamistischer Messerangriff
 bei Kundgebung der
 »Bürgerbewegung PAX Europa«
 in Mannheim**

Auf dem Marktplatz der nordbadischen Metropole griff am 31. Mai der islamistische Afghane Sulaiman A. mehrere Teilnehmer der Kundgebung der islamfeindlichen »Bürgerbewegung PAX EUROPA e. V.« an und stach mit einem Messer auf diese ein. Bei dem Messerangriff wurden Angehörige der »Bürgerbewegung« schwer verletzt. Der Polizeibeamte Rouven Laur starb an den Folgen seiner Verletzungen. Schwer verletzt wurde PAX EUROPA-Vorstandsmitglied Michael Stürzenberger. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz stufte Stürzenberger über Jahre hinweg als »zentralen Akteur des verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Spektrums in Bayern« ein. Stürzenberger war 2003/2004 Pressesprecher der CSU München bei Monika Hohlmeier, der Tochter von Franz Josef Strauß, und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der rechtsextremen Partei »Die Freiheit«.

Eigenrecherche DokRex

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110980/5791504> / eingesehen am 31. Mai 2024

Chronik

Sachsen:

»Identitäre Bewegung Deutschland« feierte 10-jähriges Bestehen

Am 1. Juni 2024 feierte die rechtsextreme »Identitäre Bewegung Deutschland« ihr 10-jähriges Bestehen im Partyraum Uhlig Mühle in Bernsdorf-Hermsdorf (Sachsen). Die Feier soll David Ratajczak, ein langjähriger Kader der Identitären Bewegung, »federführend« organisiert haben – das schrieb der rechtsextreme »Heimatkurier«. Der Veranstaltungsort der Feier sollte geheim bleiben. Nur Angemeldeten wurde er genannt. Es hieß: »Bitte den Veranstaltungsort nicht nach außen kommunizieren. Videos und Fotos bitte nur auf Nachfrage aufnehmen.« Weiter: »Es erwartet Dich ein exklusives und breitgefächertes Programm mit einer Vielzahl von Akteuren aus dem neurechten Lager sowie der Möglichkeit des Kennenlernens und Vernetzens untereinander.« Rund 100 Menschen nahmen an der Feier teil. Unter den Teilnehmenden waren Andreas Kalbitz, ehemaliger AfD-Funktionär aus Brandenburg, und Anna Leisten, Vorsitzende der »Jungen Alternative Brandenburg«. Paul Klemm, Leiter des rechtsextremen Mediums »COMPACT-TV«, berichtete über die Veranstaltung und interviewte Mitglieder der »Azione Kultura Tradizione« (Italien) und der »Jungen Tat« (Schweiz).

<https://www.freiepresse.de/zwickau/hohenstein-ernstthal/100-rechtsextreme-feiern-in-uhlig-muehle-am-sachsenring-kleine-gruppe-protestiert-dagegen-artikel13396684> [kostenpflichtig] / eingesehen am 22. Oktober 2024

<heimatkurier.at/veranstaltungen/zehn-jahre-identitaere-bewegung-deutschland-nachgefragt-bei-david-ratajczak> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<x.com/IbDoku/status/1796846670849671279> / eingesehen am 22. Oktober 2024

youtube.com/watch?v=cX3_s5L3J-8 / eingesehen am 22. Oktober 2024

Bundesweit:

Rechtsmotivierte Gewaltdelikte 2023 und 2024

Über die Zahl rechtsmotivierter Gewaltdelikte im vergangenen und im laufenden Jahr berichtet die Bundesregierung Anfang Juni auf eine Kleine Anfrage. Danach wurden für das Jahr 2023 mit Stichtag 31. Januar 2024 insgesamt 1.270 rechtsmotivierte Gewaltdelikte verzeichnet, von denen 1.148 Straftaten als extremistisch eingestuft sind. Für 2024 sind den Angaben zufolge mit Abfragedatum 31. Mai 2024 rechtsmotivierte Gewaltdelikte registriert, von denen 261 als extremistisch eingestuft sind. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren 2023 bei 141 rechtsmotivierten Gewaltdelikten weibliche Opfer zu verzeichnen. 2024 war dies laut Vorlage zu dem Abfragedatum bei 37 rechtsmotivierten Gewaltdelikten der Fall. Die genannten Fallzahlen für das Jahr 2024 haben der Antwort zufolge »vorläufigen Charakter und sind durch Nach-/Änderungsmeldungen noch Veränderungen unterworfen«.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Rechtsextreme Gewalttaten mit misogynem und sexistischem Hintergrund, BT-Drs. 20/11672 vom 5. Juni 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/116/2011672.pdf> / eingesehen am 21. Juni 2024

Irland / Bundesrepublik:

Kampfgemeinschaft auf der Straße und Vernetzungsplattform

Justin Barrett, Gründer der irischen »National Party« und Vorsitzender der überparteilichen Organisation »Clann Éireann« (Motto: Migration »is being used as a weapon against our people«), ist Interviewpartner der Juni-Ausgabe der im 48. Jahrgang erscheinenden Monatszeitschrift »Deutsche Stimme« (DS). Clann Éireann sei eine »völlig neue Art von Organisation«, »einerseits Denkfabrik, aber eben nicht im Sinne eines intellektuellen Elfenbeinturms oder reinen thinktanks, andererseits Kampfgemeinschaft auf der Straße, und zugleich Vernetzungsplattform«, schreibt die DS. Auch die Partei »Die Heimat« verfolge ein »ähnliches Konzept« wie Clann Éireann, notiert die DS. Als »Unterabteilung« von Clann Éireann fungiert die National Party. Im Interview gibt Barrett kund, dass es »geopolitisch absurd« sei, dass sich Irland auf der Seite der Ukraine positioniere, da hierbei »keine nationalen Interessen auf dem Spiel stehen«. Ein »noch größeres Chaos« ist aus der Sicht von Barrett der Nahe Osten: »Seit 1948 ergibt dort nichts mehr einen Sinn.« Stein des Anstoßes von Barrett: Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels aus.

Interview mit Justin Barrett, in: Deutsche Stimme, Juni 2024, S. 24-27

Berlin / Bundesweit:
Sommerfest der »Jungen Freiheit«

Am 8. Juni fand im historischen Wasserwerk im Herzen Berlin-Wilmersdorfs das diesjährige Sommerfest der »Jungen Freiheit« (JF) statt. Angereist waren Freunde des Verlags aus »vielen Gegenden Deutschlands«, Europas und der USA, so JF-Eigenangaben. Als große Herausforderung für die nächsten fünf Jahre nannte JF-Chefredakteur Dieter Stein den »massiven Ausbau« der Online-Strategie. So soll die Online-Redaktion bis Ende dieses Jahres auf zehn bis zwölf Redakteure wachsen. Vor Ort beim Sommerfest tummelten sich unter anderem die AfD-Politiker Tino Chrupalla, Kristin Brinker, Nikolaus Kramer und Beatrix von Storch. Zugegen war auch Ulrich Vosgerau. Der Jurist ist als Anwalt und Gutachter tätig, unter anderem für die AfD. Im Mai vertrat er zum Beispiel Björn Höcke im Prozess um NS-Parolen. Auf Vosgerau geht auch der Begriff der »Herrschaft des Unrechts« zurück, den er in Bezug auf die Flüchtlingspolitik Angela Merkels prägte. Den Telegram-Kanal der JF nutzen »mehr als 13.000 Leser«. 30.000 Leser beziehen den JF-Tagesnewsletter, der die wichtigsten JF-Online-Beiträge des Tage zusammenfasst, so entsprechende Eigenangaben.

Eigenrecherche DokRex

Bastian Behrens: Das JF-Sommerfest 2024, in: Junge Freiheit 25/2024, S.16

Bastian Behrens: JF-Intern. Informiert bleiben!, in: Junge Freiheit 4/2024, S. 23

<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/staatsrechtslehrer-vereinigung-vosgerau-afd-distanzierung/>
 eingesehen am 3. Oktober 2024

Nordrhein-Westfalen:
**Antisemit, Gewalttäter,
 AfD-Mitarbeiter**

Der Kölner Stadt-Anzeiger machte am 8. Juni 2024 öffentlich, dass Maximilian H., der Mitglied der extrem rechten »Kölner Burschenschaft Germania« ist und 2022 vom Amtsgericht Heidelberg wegen antisemitischer Beleidigung und Körperverletzung verurteilt wurde, Mitarbeiter des AfD-Landtags-abgeordneten Klaus Esser aus Düren ist. H. soll im August 2020 mit zwei weiteren Burschenschaftern im Haus der extrem rechten »Burschenschaft Normannia zu Heidelberg« (seit 2023: »Burschenschaft Cimbria Heidelberg«) einen 25-jährigen Mann mit Gürteln geschlagen und antisemitisch beleidigt haben. Zuvor hatte der Mann gesagt, jüdische Wurzeln zu haben. Die achtmonatige Bewährungsstrafe gegen H. ist noch nicht rechtskräftig.

Nach der Veröffentlichung des Kölner Stadt-Anzeigers reagierte der Landtag von Nordrhein-Westfalen. Ein Sprecher sagte, fortan dürfe der AfD-Mitarbeiter nur noch »wenige ausgewählte Bereiche des Landtagsgebäudes betreten«. Am 8. August 2024 wurde bekannt, dass Maximilian H. kündigte.

<https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/landtag-mitarbeiter-der-afd-wurde-2022-wegen-eines-antisemitischen-angriffs-verurteilt-1-802871> / eingesehen am 31. Oktober 2024

<https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/aerger-bei-afd-fraktion-in-nrw-umstrittener-mitarbeiter-hat-gekuendigt-840023> [kostenpflichtig] / eingesehen am 31. Oktober 2024

Sachsen-Anhalt:
**»Die Heimat«-Mitglied
 wurde Ortsvorsteher**

Am 9. Juni 2024 wurde Benjamin Focke, Mitglied der »Die Heimat« (früher: NPD), mit 143 Stimmen zum Ortsvorsteher in Gohrau gewählt. Gohrau ist ein Ortsteil der Stadt Oranienbaum-Wörlitz. Wahlberechtigt waren 284 Menschen, jedoch war Focke der einzige Kandidat.

<https://www.mz.de/panorama/rechtsextreme-ortsvorsteher-kritik-an-normalisierung-3879272>
 eingesehen am 22. Oktober 2024

Bundesweit:
Europawahl 2024

Am 9. Juni 2024 fand die Wahl des Europäischen Parlaments statt. In mehreren Ländern gewannen rechte bis extrem rechte Parteien die Wahl: »Fidesz« (44,8 %) um Viktor Orban in Ungarn, »Rassemblement National« (31,4 %) um Marine Le Pen in Frankreich, »Fratelli d'Italia« (28,8 %) um Georgia Meloni in Italien, FPÖ (25,4 %) um Herbert Kickl in Österreich und »Vlaams Belang« (14,5 %) um Tom van Grieken in Belgien. Über den Erfolg jener Parteien sagte Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, er sei eine »deprimierende Zäsur«.

In Deutschland wurde die AfD mit 15,9 % die zweitstärkste Partei. Sie wurde in Sachsen (31,8 %), Thüringen (30,7 %), Sachsen-Anhalt (30,5 %), Mecklenburg-Vorpommern (28,3 %) und Brandenburg (27,5 %) die stärkste Kraft. Somit zog die Partei mit 15 Sitzen in das EU-Parlament ein. Die AfD-Delegation hat lediglich 14 Mitglieder, denn Maximilian Krahn, Nummer eins der AfD-Liste, wurde – nicht zuletzt wegen seiner SS-Verharmlosung – die Aufnahme in die Delegation verweigert. Allerdings wurde Petr Bystron, Nummer zwei der Liste, der mit Korruptionsvorwürfen in die Schlagzeilen geriet, in die Delegation aufgenommen.

Delegationsleiter wurde mit René Aust ein enger Vertrauter des Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke. Die AfD-Delegation gründete mit ihren 14 Abgeordneten sowie mit 11 Abgeordneten aus Bulgarien (»Wasraschdane«), Frankreich (»Reconquête«), Litauen (»Tautos ir teisingumo sąjunga«), Polen (»Konfederacja Wolność i Niepodległość«), Slowakei (»Hnutie Republika«), Tschechien (»Svoboda a přímá demokracie«) und Ungarn (»Mi Hazánk Mozgalom«) eine Fraktion mit dem Namen »Europa der Souveränen Nationen«.

Laut Forschungsgruppe Wahlen waren 27 % aller Befragten der Ansicht, die AfD werde hauptsächlich wegen ihrer politischen Forderungen gewählt. 67 % aller Befragten vermuteten, sie werde gewählt, um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Jedoch gaben 70 % der befragten AfD-Wählenden an, die Partei wegen ihrer politischen Forderungen zu wählen. Nur 28 % der befragten AfD-Wählenden sagte, die Partei werde gewählt, um einen Denkzettel zu verpassen. Laut infratest dimap waren 82 % der befragten AfD-Wählenden der Meinung: »Es ist mir egal, dass sie in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.«

<https://results.elections.europa.eu/de/nationale-ergebnisse-uberblick/> / eingesehen am 22. Oktober 2024

https://www.tagesschau.de/europawahl/parteien_und_programme/afd-europawahl-108.html / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-afd.shtml> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-cdu-europawahl-kommunalwahl-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/europawahl-2024-deutschland-eu-liveticker-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-eu-parlament-neue-fraktion-partner-100.html> / eingesehen am 22. Oktober 2024

Bundesweit: **Kommunalwahlen 2024 in acht Bundesländern**

Neben der Europawahl fand am 9. Juni 2024 in acht Bundesländern eine Kommunalwahl statt. Die AfD bekam in den ostdeutschen Bundesländern die meisten Stimmen. Sie holte 28,1 % in Sachsen-Anhalt (CDU: 26,8), 26,9 % in Sachsen (CDU: 24,2), 25,7 % in Brandenburg (CDU: 19,3) und 25,6 % in Mecklenburg-Vorpommern (CDU: 24,0).

Die AfD wurde in den übrigen Bundesländern die dritt-, viert- und fünftstärkste Partei. Sie holte 14,0 % in Rheinland-Pfalz (hinter CDU und SPD), 11,7 % in Baden-Württemberg (hinter CDU, Grüne und SPD) und 10,4 % im Saarland (hinter CDU und SPD). Die Basis der Zahlen sind die Kreistags- und Stadtratswahlen. Die AfD gewann 8,8 % im Rahmen der Bezirkswahl in Hamburg (hinter SPD, Grüne, CDU und Die Linke).

<https://kommunal.de/kommunalwahlen2024-ergebnisse-deutschland> / eingesehen am 22. Oktober 2024

Baden-Württemberg: **»Baptistenkirche Zuverlässiges Wort«: Ermittlungen wegen Volksverhetzung**

Prediger der »Baptistenkirche Zuverlässiges Wort« (BKZW) in Pforzheim stehen wegen möglicher Volksverhetzung und Billigung von Straftaten im Fokus der ermittelnden Staatsanwaltschaft Karlsruhe. Die in der Pforzheimer Innenstadt ansässige Gemeinde ist Ableger der radikalen US-amerikanischen Sekte »Faithful World Baptist Church« (Arizona). Diese gilt als antisemitisch und wünscht Homosexuellen den Tod. Auf der Homepage der Baptistenkirche Zuverlässiges Wort werden Videos des in den USA lebenden Predigers Anselm Urban verbreitet. Der gebürtige Görlitzer, Repräsentant der Pseudo-Kirche in der Bundesrepublik, ist in seiner Heimatstadt wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Aufforderung zu Straftaten zu einer Geldstrafe von 85 Tagessätzen zu insgesamt 1.020 Euro verurteilt worden. Das Urteil ist rechtskräftig. Die fundamentalistische Sekte BKZW wird vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg beobachtet. Der Verfassungsschutz listet die BKZW seit Mai 2023 als gesichert extremistisches Beobachtungsobjekt im Phänomenbereich »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates« auf. Darüber hinaus stellt das LfV eine »zunehmende Vermischung christlich-fundamentalistischer Ansichten mit extremistischen Narrativen« fest. Kennzeichnend für Gruppierungen wie die Baptistenkirche und die seit 2022 im Verfassungsschutzbericht aufgeführte »Evangelische Freikirche Riedlingen« (EFK) sei der Versuch, »extremistisches Gedankengut (beispielsweise Staatsfeindlichkeit, Antisemitismus oder Homophobie) auf einer religiösen Ebene zu legitimieren«. Diese Erscheinungsformen, so das

LfV, unterstreichen den äußerst heterogenen Charakter des Phänomenbereichs »Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates«.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/karlsruhe/antrag-auf-straftbefehl-pforzheim-baptistenkirche-zuverlaessiges-wort-100.html> / eingesehen am 9. Juli 2024

https://www.queer.de/detail.php?article_id=50575 / eingesehen am 15. August 2024

Kleine Anfrage der Abg. Oliver Hildenbrand und Felix Herkens GRÜNE und Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. »Baptistenkirche Zuverlässiges Wort Pforzheim«: Durchsuchungsmaßnahmen am 18. Januar 2024, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/6166 vom 29. Januar 2024: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/6000/17_6166_D.pdf / eingesehen am 15. Februar 2024

Bundesweit:

Murswiek, »CATO« und der »illiberale Gesinnungsstaat«

Den bezeichnenden Titel »Vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat« trägt ein Beitrag von Dietrich Murswiek, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht sowie deutsches und internationales Umweltrecht der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, veröffentlicht im Zweimonatsmagazin CATO, einer »Art Ableger der Jungen Freiheit« (Süddeutsche Zeitung). CATO-Herausgeber ist der Junge-Freiheit-Stammautor Karlheinz Weißmann, ein führender Spiritus Rector der Neuen Rechten. Anlass der Zeilen von Murswiek ist der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Februar vorgestellte 13-Punkte-Plan »Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen«. Murswiek beklagt, dass die »demokratienotwendige freie Meinungsbildung und -äußerung [...] zunehmend behindert« werde »durch Anprangerung regierungskritischer Äußerungen als angeblich extremistisch und durch Löschung nicht regierungskonformer Stellungnahmen in den sozialen Medien«. Murswicks Auffassung zufolge versucht die Bundesregierung »zunehmend, den Meinungsbildungsprozess von oben zu steuern«. Murswiek ist der Ansicht, dass sich die Politik »Schritt für Schritt« vom »liberalen, demokratischen Rechtsstaat in Richtung auf einen illiberalen Gesinnungsstaat« bewegt. Junge-Freiheit-Gelegenheitsautor Murswiek, einst bei der NPD-Studierendenorganisation »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB) politisch sozialisiert, hat mehrere Gutachten für die AfD verfasst. Im Frühjahr 2017 hielt er eine Rede bei einem Extremismuskongress der AfD in Berlin. Drei Jahre zuvor hatte er sich zum Altherrenstammtisch der extrem rechten Burschenschaft »Saxo-Silesia« in Freiburg einladen lassen.

Eigenrecherche DokRex

Dietrich Murswiek: Vom Rechtsstaat zum Gesinnungsstaat, in: CATO, 3/2024, S. 20-23

Kroatien:

»Thule-Seminar« veranstaltete »Kolloquium«

Das rechtsextreme Thule-Seminar um Pierre Krebs gab am 15. Juni 2024 bekannt, ein »Kolloquium« in Split (Kroatien) veranstaltet zu haben. Das Thule-Seminar, das nach der völkischen Thule-Gesellschaft (1918–1925) benannt und 1980 in Hessen gegründet wurde, will eine »geistig-geschichtliche Ideenschmiede für eine künftige europäische Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes« sein. Nach Angaben des Thule-Seminars soll das »Kolloquium« auf Initiative des amerikanisch-kroatischen Rechtsextremen Tomislav Sunić mit Kevin MacDonald und einer »Gruppe Gleichgesinnter« stattgefunden haben. Sunić und MacDonald sind emeritierte Professoren und – laut Southern Poverty Law Center – Vorstandsmitglieder der rechtsextremen »American Freedom Party«.

ahnenrad.org/2024/06/15/kolloquium-in-kroatien/ / eingesehen am 22. Oktober 2024

Hessen / Bayern /

Baden-Württemberg:

»Patriotische Union« vor Gericht

An drei Oberlandesgerichten haben die Verhandlungen gegen das mutmaßlich rechtsterroristische »Reichsbürger«-Netzwerk »Patriotische Union« begonnen: Am 29. April 2024 startete das Oberlandesgericht Stuttgart mit neun Angeklagten, am 21. Mai das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit zehn Angeklagten und am 18. Juni das Oberlandesgericht München mit acht Angeklagten. Die insgesamt 27 Angeklagten sind 22 Männer und fünf Frauen.

Die Bundesanwaltschaft wirft der Patriotischen Union vor, sie habe die bestehende Staatsordnung beseitigen und durch ein eigenes, neues System ersetzen wollen. Der Plan sei gewesen, mit Waffengewalt in den Bundestag einzudringen und Abgeordnete festzunehmen. Es heißt: »Ihren Mitgliedern war bewusst, dass die geplante Machtübernahme mit der Tötung von Menschen verbunden wäre.« Vorwürfe lauten: »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung«, »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens«, »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat«.

Die Grundlage des Plans sei laut Bundesanwaltschaft ein »Konglomerat aus Verschwörungsmythen« mit Elementen der »Reichsbürger«- und »QAnon«-Ideologie. Die Mitglieder der Patriotischen Union hätten geglaubt, der »Deep State« – eine Art böse Schattenregierung – kontrolliere die Bundesrepublik, und die »Allianz« – ein fiktiver Geheimbund aus Regierungen und Militärs – werde den Staat befreien. In der Allianz nehme Russland eine Schlüsselrolle ein.

Die Gründung der Patriotischen Union soll am 29. Juli 2021 in Buch am Wald (Bayern) erfolgt sein. An der Gründung sollen Maximilian E., Peter W. und Rüdiger von P. beteiligt gewesen sein. Von P. soll die Patriotische Union gemeinsam mit Heinrich XIII. Prinz Reuß angeführt haben. Prinz Reuß soll an der Spitze des »Rates«, der aus einzelnen Ressorts bestand, gestanden und von P. soll den »militärischen Arm« und das Ressort »Militär« des Rates geleitet haben. Laut Bundesanwaltschaft sollte der Rat nach dem Putsch eine Art Übergangsregierung stellen und Verhandlungen mit der Allianz führen, um – gemäß der Reichsbürger-Ideologie – einen Friedensvertrag und eine neue Staatsordnung zu bekommen.

Neben der mutmaßlichen Führungsriege um Prinz Reuß sitzen auch die ehemalige Richterin Birgit Malsack-Winkemann aus Berlin, die von 2017 bis 2021 für die AfD-Fraktion im Bundestag saß, und die »Persönlichkeitscoachin« Johanna Findeisen-Juskowiak aus Baden-Württemberg, die für die Partei »dieBasis« zur Bundestagswahl 2021 kandidierte, auf der Anklagebank in Frankfurt am Main. Die Bundesanwaltschaft wirft Malsack-Winkemann vor, das Ressort »Justiz« des Rates geleitet und ihre Privilegien genutzt zu haben, um Mitglieder der Patriotischen Union in das Parlament zu schleusen. Findeisen-Juskowiak soll mehrere Treffen mit Führungsmitgliedern, darunter eine Sitzung des Rates, besucht haben.

Unter den Angeklagten in Stuttgart ist Markus L. aus Baden-Württemberg. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, Mitglied der Patriotischen Union gewesen zu sein und am Morgen des 22. März 2023 in Reutlingen versucht zu haben, SEK-Beamte zu erschießen. Als das SEK die Wohnung des Sport schützen durchsuchen wollte, soll er durch eine geschlossene Zimmertür gefeuert haben. Es fielen mindestens 26 Schüsse; teils aus seiner Waffe, teils aus den Waffen des SEK. Vier Schüsse trafen – in Brusthöhe – das Schutzschild eines SEK-Beamten. Ein Schuss traf den Ellenbogen jenes Beamten. Die Verhandlungen gegen die 27 Angeklagten werden mehrere Jahre dauern.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (12.12.2023): Anklage gegen neun Personen u.a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens sowie versuchten Mordes vor dem Oberlandesgericht Stuttgart erhoben, Pressemitteilung vom 12. Dezember 2023: https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-12-12-2023-Nr-54_.html?nn=1650120 / eingesehen am 22. Oktober 2024

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Anklage gegen zehn Personen u.a. wegen Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vor dem Oberlandesgericht Frankfurt erhoben, Pressemitteilung vom 12. Dezember 2023: https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-12-12-2023_.html?nn=1650120 / eingesehen am 22. Oktober 2024

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (12.12.2023): Anklage gegen acht Personen u.a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vor dem Oberlandesgericht München erhoben, Pressemitteilung vom 12. Dezember 2023: https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/Pressemitteilung-vom-12-12-2023-Nr-53_.html?nn=1650120 / eingesehen am 22. Oktober 2024

<https://www.tagesschau.de/investigativ/reuss-prozess-stuttgart-100.html>

Sachsen-Anhalt:
Tagung »Emanzipatorische Wege aus den Krisen« in Magdeburg

Etwa zweihundert Teilnehmer und über dreißig Referenten erörterten vom 19. bis 21. Juni 2024 am Institut für demokratische Kultur (IdK) der Hochschule Magdeburg-Stendal »Emanzipatorische Wege aus den Krisen«. Die Tagung wurde vom Projekt Integrative Demokratieforschung im Land Sachsen-Anhalt (IDLSA) organisiert. Diskutiert wurde unter anderem über Antisemitismus, Rassismus, antidemokratische Tendenzen im digitalen Raum sowie über soziale und ökologische Gerechtigkeit. Besucht wurde die Veranstaltung von Studierenden, Wissenschaftlern sowie Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft. Eine Tagungsdokumentation ist in Vorbereitung.

Tagungsbericht: <https://idk-lsa.de/2024/07/23/ueber-dreissig-referentinnen-und-zweihundert-teilnehmerinnen-diskutierten-an-drei-tagen-ueber-emanzipatorische-wege-aus-den-krisen/> / eingesehen am 18. September 2024

Tagungsprogramm: <https://tagung.idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/06/Programm-Emanzipatorische-Wege-aus-den-Krisen.pdf> / eingesehen am 18. September 2024

Homepage des IdK: <https://idk-lsa.de/> / eingesehen am 19. September 2024

Sachsen:
»Kontrafunk« feierte zweijähriges Bestehen

Am 21. Juni 2024 feierte »Kontrafunk« sein zweijähriges Bestehen in der Messe Dresden (Sachsen). Das Online-Radio, das mit rechten und verschwörungsideologischen Inhalten in Erscheinung tritt, hat seinen Sitz im Kanton Thurgau in der Schweiz und wirbt mit dem Slogan »Die Stimme der Vernunft«. Im Rahmen der Feier, an der – laut Kontrafunk – etwa 3.000 Menschen teilnahmen, sprachen Burkhard Müller-Ullrich, Gründer des Online-Radios, sowie Uwe Steimle und Peter Hahne. In seiner »Festrede« sagte Hahne, Deutschland sei das »Land der Massenverblödung« und behauptete: »Wir haben eine Sprachpolizei, eine Gesinnungspolizei, eine Meinungspolizei, eine Heizungspolizei, eine Essenspolizei.« »Gäbe es den Kontrafunk nicht, wir lebten in einem immerwährenden Funkloch«, schwärmte er. »Ohne Kontrafunk wäre Deutschland, auch die Schweiz, auch Österreich, ein Tal der Ahnungslosen.«

<https://www.youtube.com/watch?v=m9b2kDFx31A&t=0s> / eingesehen am 22. Oktober 2024

jungfreiheit.de/kultur/medien/2024/tausende-feiern-kontrafunk-jubilaeum/

Sachsen:
Mitgliederzahl der »Freien Sachsen« 2022

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas informierte im Juni im dritten Teil »Sonstige Parteien« (Band I) über die Rechenschaftsberichte von 28 politischen Parteien für das Kalenderjahr 2022. Die 416 Seiten starke Unterrichtung enthält die Rechenschaftsberichte der Parteien, die nach dem Parteiengesetz keinen Anspruch auf staatliche Teilfinanzierung haben, darunter auch die neonazistische Kleinpartei »Freie Sachsen«. Die Anzahl der Mitglieder der Freien Sachsen betrug zum 31. Dezember 2022 884 Personen (31. Dezember 2021: 632 Mitglieder).

Unterrichtung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2022 (3. Teil – Sonstige Parteien, Band I), BT-Drs. 20/11910 vom 20. Juni 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/119/2011910.pdf> / eingesehen am 17. Oktober 2024

Baden-Württemberg:
Symbolische Aberkennung der Ehrenbürgerwürde Adolf Hitlers

Die Stadt Karlsruhe bereitet die nachträgliche symbolische Aberkennung der 1933 übertragenen Ehrenbürgerwürde Adolf Hitlers und Robert Wagners (NSDAP-Gauleiter Baden) für den Stadtteil Neureut vor. Neureut wurde 1975 eingemeindet und ist seither ein Stadtteil Karlsruhes. Das Generalarchiv Karlsruhe hatte im Mai die Frage aufgeworfen, ob Hitler, Wagner und Paul von Hindenburg bis heute Ehrenbürger der einst selbstständigen Stadt Durlach und der damals selbstständigen Gemeinden Welschneureut und Teutschneureut sind. Diese Frage nahm die Stadt Karlsruhe zum Anlass einer Überprüfung durch das Stadtarchiv. Die Ehrenbürgerwürde der Stadt Durlach ist durch die Eingemeindung 1938 mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Karlsruhe verschmolzen und durch den Tod Adolf Hitlers erloschen. Die symbolische Aberkennung erfolgte dann im Jahr 1946 durch die Stadt Karlsruhe. Während des Dritten Reiches hatten zahllose Städte und Gemeinden Hitler zum Ehrenbürger ernannt. Mancherorts war die Ehrung erst Jahrzehnte später zurückgenommen worden.

<https://www.landesarchiv-bw.de/de/aktuelles/nachrichten/76785/> / eingesehen am 16. Mai 2024

<https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/dpa-nachrichten/2024/Mai/KW21/Dienstag/d85545ef-b041-488d-9f07-6abbd9ed.html> / eingesehen am 16. Mai 2024

<https://www.durlacher.de/start/neuigkeiten-archiv/artikel/2024/august/02/ehrenbuengerwuerde-adolf-hitlers-und-robert-wagners-ist-erloschen/> / eingesehen am 2. August 2024

Bundesweit:

1999: Vor 25 Jahren: Bundestag beschließt Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas

Am 25. Juni 1999 beschloss der Deutsche Bundestag, in der historischen Mitte Berlins das Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu errichten. In der Nähe zum Brandenburger Tor und zum Reichstagsgebäude sollte das zentrale Mahnmal der Bundesrepublik Deutschland zur Erinnerung und zum Gedenken an die sechs Millionen Opfer der Shoah entstehen. Die Entscheidung erfolgte nach einer langen und intensiven Debatte, die sich über mehr als ein Jahrzehnt hinzog. Bereits 1988 hatte die Journalistin Lea Rosh zusammen mit dem Historiker Eberhard Jäckel eine Bürgerinitiative zur Errichtung eines zentralen Holocaust-Denkmal ins Leben gerufen. Am 10. Mai 2005, zwei Tage nach dem 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa, wurde das Denkmal feierlich eingeweiht. Zur Eröffnung sprachen Bundespräsident Horst Köhler, Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Der Beschluss zur Errichtung des Denkmals markiert einen Meilenstein in der Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur, die mit Errichtung der Gedenkstätten für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen (2008) und die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma (2012) im Berliner Tiergarten sowie dem Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde in der Berliner Tiergartenstraße 4 (2014) ihre Fortsetzung gefunden hat. Alle diese Orte stehen für die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, sich auch künftig mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die erinnerungspolitische Debatte um weitere Vorhaben zur Würdigung der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hält an.

Newsletter der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 25. Juni 2024:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1009968/2c1abc0954c049bae3f36cb72ccd6539/Vor-25-Jahren-Denkmal-ermordeten-Juden-Europas.pdf> / eingesehen am 17. Oktober 2024

Frankreich:

»Groupe union défense« verboten

Nachdem der französische Innenminister Gérald Darmanin vorgeschlagen hatte, rechtsextreme Gruppierungen wie die »Groupe union défense« (GUD) zu verbieten, gab die Regierungssprecherin Prisca Thévenot am 26. Juni 2024 das Verbot der GUD sowie der drei Gruppierungen »Les Remparts«, »La Traboule« und »Top sport Rhône« bekannt. Die GUD, die einst an der Pariser Universität Panthéon-Assas in Folge linker Proteste im Mai 1968 entstanden und zuletzt brachgelegen war, gab im November 2022 ihre Rückkehr bekannt. Als Symbole nutzte die Gruppierung neonazistischer Studierender, die rasant wuchs und Einfluss gewann, ein stilisiertes Keltenkreuz und eine schwarze Ratte.

Das deutsche Neonazi-Magazin »N.S. Heute«, das die GUD als »langjähriges Sammelbecken aus Studenten mit nationaler Gesinnung« verharmloste, zitierte »Vertreter der GUD« mit den Worten: »Der nationalistische und revolutionäre Kampf wird fortgesetzt – bis zu unserem Sieg oder bis die Sonne erlischt.«

https://www.lemonde.fr/societe/article/2024/06/26/le-gud-est-officiellement-dissous-annonce-le-gouvernement_6243882_3224.html?lmd_medium / eingesehen am 22. Oktober 2024

Bundesweit:

Bundesregierung: Rechtsextremismus ist »größte extremistische Bedrohung für die Demokratie«

Der Rechtsextremismus bleibt auch im Jahr 2024 »eine zentrale Herausforderung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und die größte extremistische Bedrohung für die Demokratie«. So sei das rechtsextreme Personenpotenzial in einem stetigen Anstieg begriffen. Dies betreffe sowohl das Gesamtpersonenpotenzial als auch die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten, so die Antwort der Bundesregierung (27. Juni) auf eine Kleine Anfrage. Dabei war den Angaben zufolge bereits 2022 im Vergleich zum Vorjahr ein starker Anstieg auf 38.800 Personen zu verzeichnen gewesen, davon 14.000 gewaltorientiert (2021: 33.900, davon 13.500 gewaltorientiert). Eine ähnliche Entwicklung sei bei den rechtsextremen Straf- und Gewalttaten zu beobachten, heißt es in der Antwort weiter. Danach stieg die Gesamtzahl der rechtsextremen Straftaten 2023 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 22,4 % auf 25.660 an (2022: 20.967). Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten stieg laut Vorlage um 13,0 % auf 1.148 an (2022: 1.016). Bei den rechtsextrem motivierten Körperverletzungsdelikten mit fremdenfeindlichem Hintergrund ist der Bundesregierung zufolge eine Steigerung von 16,4 % auf 874 zu beobachten (2022: 751). Ebenso sei die Gesamtzahl der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte um 17,2 % auf 933 (2022: 796) gestiegen. Wie aus der Antwort ferner hervorgeht, wurden im Jahr 2023 vier versuchte Tötungsdelikte gezählt nach zwei versuchten Tötungsdelikten im Vorjahr. Rechtsextrem motivierte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und eine in den letzten Jahren verstärkt im Internet stattfindende Radikalisierung bilden laut Bundesregierung die Basis für rechtsextremen Terrorismus.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU. Zwischenbilanz zum »Aktionsplan gegen Rechtsextremismus« des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, BT-Drs. 20/12076 vom 27. Juni 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/120/2012076.pdf> / eingesehen am 10. Juli 2024

**Brandenburg:
Tagung »Lebenswelten der
radikalen Rechten« in Potsdam**

»Lebenswelten der radikalen Rechten. Praktiken, Ideologien und Strukturen, 1945–2000«: Dies ist der Titel einer Tagung, die das Projekt Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000 in Kooperation mit dem Zeithistorischen Arbeitskreis (ZAER) am 27. und 28. Juni in Potsdam veranstaltete. Etwa 80 Personen nahmen an der Tagung teil. Referiert wurde unter anderem über rechtsextreme Zeitschriften, »bewaffnete Lebenswelten« und transatlantische Ideentransfers. Vorgestellt wurde in Potsdam auch eine kommentierte Online-Quellensammlung, die demnächst ins Netz gestellt werden soll.

Tagungsbericht: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-145605/> / eingesehen am 18. September 2024

Tagungsprogramm: <https://zeitgeschichte-extreme-rechte.de/2024/05/03/lebenswelten-der-radikalen-rechten-praktiken-ideologien-und-strukturen-1945-2000/> / eingesehen am 18. September 2024

Homepage des Projekts Die Radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000: <https://projekt.radikale-rechte.de/> / eingesehen am 18. September 2024

Homepage des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte (ZAER): <https://zeitgeschichte-extreme-rechte.de/> / eingesehen am 18. September 2024

**Bundesweit:
Vor 90 Jahren: Der terroristische
Massenmord vom 30. Juni 1934**

Die »Nacht der langen Messer« war ein Zentralereignis in der Geschichte des Dritten Reiches, das Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft ebnete. Mit dem Terrorakt räumte Hitler interne Gegner brutal beiseite. Am 30. Juni 1934 und an folgenden Tagen wurden mindestens 90 Personen, darunter Hitlers langjähriger Freund SA-Chef Ernst Röhm, Hitlers Rivale Gregor Strasser, der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher und der frühere bayerische Generalstaatskommissar Gustav von Kahr ermordet. Die Morde, meist von der SS ausgeführt, fanden schwerpunktmäßig in Bayern, Berlin, Sachsen und Schlesien statt. Der »terroristische Massenmord« diente Hitlers Ausbau des Regimes zum »Führerstaat«. Hitler verfügte nun »über das Machtinstrument offener und unbeschränkter terroristischer Gewalt, seine Herrschaft war damit im Kern ein auf Terror gestütztes Regime«. Einen »Röhm-Putsch« gab es nie. Röhm, »Stabschef« der SA mit rund vier Millionen Mitgliedern, hatte sich mit seiner Forderung, die SA solle die »nationalsozialistische Revolution« fortführen und zum Kern einer neuen deutschen Armee werden, gegen Hitler und die Reichswehr gestellt. Der Terminus »Röhm-Putsch« sei ein langlebiger Überrest der NS-Propaganda, weil der seinerzeit behauptete »Putsch« lediglich »eine außerordentlich dreiste und schlecht fabrizierte Lüge des Regimes« gewesen sei, so der Historiker Peter Longenrich.

Eigenrecherche DokRex

Peter Longenrich: Abrechnung. Hitler, Röhm und die Morde vom 30. Juni 1934, Wien 2024

Sven Felix Kellerhof: »Röhm-Putsch!« 1934. Hitlers erste Mordaktion, Freiburg 2024

[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/R%C3%B6hm-Putsch_\(30._Juni_1934\)](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/R%C3%B6hm-Putsch_(30._Juni_1934)) / eingesehen am 1. Juli 2024

Bundesweit / Sachsen-Anhalt / Österreich:

»TikTok«: Plattform für AfD-Parteiarbeit

Über Jahre hinweg hat die AfD eine mediale Parallelgesellschaft aufgebaut. Die 2016 in China vom Unternehmen Byte-Dance gegründete Social-Media-Plattform TikTok wurde zu einem Forum für die Parteiarbeit gemacht, unterstützt von Influencern und Gleichgesinnten. Es ist die schärfste Waffe der AfD im Kampf um die Diskurshegemonie. Knapp 60 % der Internetnutzer zwischen 12 und 19 Jahren verbringen dort regelmäßig Zeit. Die App ist unter Heranwachsenden eine der reichweitenstärksten und damit einflussreichsten Social-Media-Plattformen. Die Clips des Massenmediums erreichen jeden Monat quer durch alle Altersgruppen über 20 Millionen Deutsche.

Die AfD hat dort mehr als 400.000 Follower (es folgt die SPD mit etwa 130.000 Followern). »Die Generation TikTok droht zu einer Generation AfD zu werden«, sagt der Berliner Politikberater Johannes Hillje, einer der ersten Warner vor der AfD-Echokammer. Eine auf rechts gedrehte Theorie des italienischen Marxisten und Philosophen Antonio Gramsci geht davon aus, dass der politischen Machtergreifung ein diskursiver Umsturz vorausgehen muss. Die Deutungshoheit der herrschenden Klasse müsse zerstört und durch eine neue Ideologie ersetzt werden. Ganz in diesem Sinn referierte der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner, Gründer der »Identitären Bewegung« (IB) im deutschsprachigen Raum, über Chancen und Risiken von TikTok und Co. bei der »Sommerakademie« 2023 des neurechten »Instituts für Staatspolitik« (IfS) des Rechtsextremisten Götz Kubitschek im sachsen-anhaltinischen Schnellroda. An anderer Stelle, in einem Interview mit der Jungen Freiheit im März, führte Sellner aus: »Der entscheidende politische Kampf findet auf dem Feld der Ideen statt. Wer dort siegt und die Institutionen erobert, wird sich langfristig durchsetzen, unabhängig von einer volatilen Protestwählerschaft. Deshalb ist wichtiger als temporäre Umfrageschwankungen, die eigenen Ideen in der Gesellschaft zu verbreiten und den Diskurs zu prägen.« Den Account des AfD-Politikers Maximilian Krahe verantwortet der rechtsextreme Influencer Erik Ahrens. Ahrens führte auf der IfS-Sommerakademie aus: »Wir können auf TikTok sehr einfach und schnell sehr, sehr viele Videos produzieren, die eine garantierte Grundreichweite bekommen und ohne großen Aufwand exponentielles Wachstum erreichen.«

Eigenrecherche DokRex

Maria Fiedler u.a.: Die TikTok-Panik. Soziale Medien. Es gibt einen Ort, an dem die AfD so etwas wie eine Zweidrittelmehrheit hat, in: Der Spiegel, 12/2024, S. 12-14

Dune Korth u.a.: Jung, schnell, witzig, rechts. Lange galt TikTok nur als schrille Teenie-App. Nun trendet dort ausgerechnet die AfD, in: Die Zeit, Nr. 10 vom 29. Februar 2024, S.2

Kanal Schnellroda: Jungwählerfolge für die AfD: Martin Sellner über Chancen und Risiken von TikTok und Co. (Vortrag im Rahmen der Sommerakademie 2023 in Schnellroda): youtube.com/watch?v=IFDIYmYR-58 / eingesehen am 13. Oktober 2023

Interview mit Martin Sellner, in: Junge Freiheit, 11/2024 vom 8. März 2024, S.3

Bundesrepublik:
Angriffsziel »Gedenkstätte«

Zwischen Anfang 2019 und Mitte 2024 begangene Straftaten mit dem Angriffsziel »Gedenkstätte« listet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage auf. Bezogen auf die 1.721 gemeldeten Delikte mit diesem Angriffsziel wurden 153 Straftaten aufgeklärt, wie die Bundesregierung zugleich ausführt. Das entspreche einer Aufklärungsquote von 8,9 %. Die Bundesregierung verurteilt die Zunahme von Angriffen auf die Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Vandalismus, Hakenkreuz-Schmierereien und Leugnung von NS-Verbrechen muss demnach entschieden begegnet werden. Die seit längerem zu beobachtenden, an Häufigkeit und Intensität zunehmenden politisch rechts motivierten Agitationen und Straftaten verletzen Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates, haben negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und beeinträchtigen das Ansehen Deutschlands in der Staatengemeinschaft, so die Bundesregierung. Weiter informiert die Bundesregierung, dass Angriffe auf NS-Gedenkstätten regelmäßig unter anderem mit geschichtsrevisionistischen, antisemitischen und rechtsextremistischen Einstellungen der Täterinnen und Täter als Tatmotiv einhergehen. Eine zunehmende Verbreitung entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung könnte somit die Hemmschwelle für entsprechende Angriffe weiter absenken.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Petra Pau, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke. Angriffe auf NS-Gedenkstätten, BT-Drs. 20/12236 vom 8. Juli 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/122/2012236.pdf> / eingesehen am 10. Juli 2024

Österreich / Europa:
**»Patrioten für Europa«
(PFE) gegründet**

Am 30. Juni wurde bei einer Pressekonferenz in Wien unter anderem von Herbert Kickl (FPÖ) und Viktor Orbán (»Fidesz«) die Gründung der Fraktion »Patrioten für Europa« (PFE) angekündigt. Der im Juli konstituierten PFE gehören nunmehr 86 Abgeordnete aus dreizehn Ländern an. Mitglieder der drittstärksten Fraktion im EU-Parlament sind unter anderem die ungarische Fidesz, die österreichische FPÖ, die italienische »Lega« von Matteo Salvini, die niederländische »Partei der Freiheit« (PVV) von Geert Wilders, die spanische »Vox« und der französische »Rassemblement National« (RN). Die von Jordan Bardella, dem Parteivorsitzenden des RN, geführten PFE seien die mit »Abstand stärkste Rechtsfraktion in der Geschichte des EU-Parlaments«, so die »Junge Freiheit« (JF). Etliche dieser Parteien gehörten bislang der Fraktion »Identität und Demokratie« (ID) an. Diese wird nun aufgelöst. Die AfD war im Mai aufgrund von Äußerungen ihres EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur Waffen-SS aus der ID-Fraktion ausgeschlossen worden.

Eigenrecherche Dokrex

<https://www.deutschlandfunk.de/patrioten-fuer-europa-neue-rechte-fraktion-gruendet-sich-rn-chef-bardella-wird-vorsitzender-100.html> / eingesehen am 8. Juli 2024

Felix Hagen: Orbans Coup wirbelt alles durcheinander, in: Junge Freiheit 29/2024, S. 9

Anmerkung: In den Zitaten wird die Rechtschreibung der Quelle unverändert übernommen.

Institutionen, Parteien, Medien

Institutionen, Parteien, Medien

Actuarium ... 49

ADÜTDF (Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.) ... 9, 10, 17, 19, 20

AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) ... 8, 10, 19, 22, 23

Aktion Ost ... 82

Aktionsgruppe Börzsöny ... 62

Altermedia ... 31

Alternative für Deutschland (AfD) ... 22, 25, 26, 27, 29, 31, 34, 35, 49, 53, 54, 57, 60, 61, 64, 67, 68, 69, 70, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 81, 82, 83, 84, 85, 87, 88, 89, 91, 95, 96

American Freedom Party ... 90

Amtsgericht Heidelberg ... 88

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ... 10, 13

Archiv für Sozialgeschichte (AfS) ... 50

Artgemeinschaft ... 83

ATB (Verband der türkischen Kulturvereine in Europa) ... 10

ATIB (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V.) ... 10, 18, 19, 20

Avrupa Nizâm-ı Âlem Federasyonu (ANF) Föderation der Weltordnung in Europa ... 20

Azione Kultura Tradizione ... 87

Backwerk ... 56

Baptistenkirche Zuverlässiges Wort (BKZW) ... 33, 89

Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) ... 35, 65, 91

BBP (Büyük Birlik Partisi) ... 8, 20

Berserker Pforzheim ... 32

Bollwerk Franken ... 82

Bozkurtlar (Graue Wölfe) ... 15, 16, 18, 22, 23, 52

Breivik Geofarm ... 21

Buckenberger Bürgerwehr ... 31

Bundeskriminalamt (BKA) ... 85

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 58

Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) ... 35, 48

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ... 16

Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) ... 56

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 25, 54, 80

Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) ... 25, 35

Bundschuh-Bewegung ... 56

Bürgerbewegung PAX EUROPA e. V. ... 86

Burschenschaft Cimbria Heidelberg ... 88

Burschenschaft Normannia zu Heidelberg ... 88

Burschenschaft Roigel, Tübingen ... 59

Burschenschaft Saxo-Silesia ... 90

Casa Pound ... 79

CATO ... 90

CeMAS - Center für Monitoring, Analyse und Strategie gGmbH ... 77

Chabad Lubawitsch ... 48

Chega ... 78

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 13, 56, 57, 61, 76

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ... 9, 13, 86

Clann Éireann ... 87

Club Manufaktur ... 63

COMPACT ... 15, 34, 35, 47, 49, 56, 57, 58, 69, 74, 80, 81, 84, 87

CONSPECT FILM ... 35

Correctiv ... 56, 57, 76

Danubia ... 69

Das NETTZ ... 63

Demokratische Aktion (DA) ... 51

Der III. Weg ... 33, 54, 69

Der Schelm ... 79

Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES) ... 57, 76

Det fria Sverige (Dfs) ... 79

Deutsche Bischofskonferenz ... 70

Deutsche Demokratische Partei (DDP) ... 65

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) ... 15

Deutsche National-Zeitung ... 12

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) ... 9, 52

Deutsches Rotes Kreuz ... 38

Deutsche Stimme (DS) ... 13, 49, 61, 79, 87

Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) ... 31

Deutsche Volksunion (DVU) ... 12, 70, 84

Die Finnen ... 79

Die Freiheit ... 86

Die Heimat ... 33, 54, 58, 79, 81, 83, 84, 87, 88

Die Rechte ... 13, 32, 83

Die Republikaner (REP) ... 15, 31, 32, 64, 71, 75

Diskothek Melamare ... 55

DITIB-Akademie ... 23

DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) ... 23

Diyanet ... 23

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e. V. (DISS) ... 50

Düsseldorfer Forum ... 56

Eberhard-Ludwig-Gymnasium (Ebelu) ... 74

Ein Prozent e.V. ... 69, 83

Elblandrevolte ... 80

Else Frenkel Brunswick Institut (EFBI) ... 86

Eros ... 55

Eskişehir (TUR) ... 21

Europa der Souveränen Nationen (ESN) ... 89

Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ... 64

Europa Terra Nostra ... 79

Evangelische Freikirche Riedlingen (EFK) ... 89

Faithful World Baptist Church ... 89

Farmers Defence Force ... 54

Festung Chemnitz ... 82

Festung Ulm ... 78

Fidesz ... 88, 96

Filmkunstkollektiv ... 74, 83

Föderation der Weltordnung in Europa (ANF) ... 18, 19

Forschungsstelle Antiziganismus ... 67

Fraktion Identität und Demokratie (ID) ... 96

Frankonia Erlangen ... 75

Fratelli d'Italia (FdI) ... 88

Frauenladen TIO ... 10

Freie Sachsen ... 54, 92

Freie Schleswig-Holsteiner ... 54

Freies Thüringen ... 74

Freie Universität Berlin (FU) ... 44

Freie Wähler ... 85

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 67, 76, 77, 88, 96

Freiheitlich-Konservativer Aufbruch ... 60

Freilich Magazin (Österreich) ... 83

Freundeskreis Ein Herz für Deutschland e. V. 1989 Pforzheim (FHD) ... 31

Fritz Bauer Institut ... 75

Fürstentum Reuß ... 74

GegenUni ... 57

Generalbundesanwaltschaft ... 90

Generallandesarchiv Karlsruhe ... 92

Geraubte Kinder- vergessene Opfer e. V. ... 39

Germania Halle zu Mainz ... 75

Germania (HB! Germania) ... 75

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur ... 63

Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) ... 76

Gestapo ... 37

Graue Wölfe ... 7, 12, 14

Groupe union défense ... 93

Gruppe Ludwig ... 55

Hammas ... 15, 44, 48, 53

Hammerskins Deutschland ... 83

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung ... 71

- Hans im Glück ... 56
- HateAid ... 63
- Heidnischer Sturm Pforzheim (HSP) ... 32
- Heimatkurier ... 83, 87
- Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) ... 84
- Hisbollah ... 15
- Hnutie Republika ... 89
- Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) ... 32
- Idearium ... 83
- Identitäre Bewegung Baden ... 33
- Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 82, 87, 95
- Identitäre Bewegung (IB) ... 54, 57, 68, 69, 75, 78
- Identitäre Bewegung Österreich ... 61, 74
- Identitäre Bewegung Schwaben ... 78
- Info-DIREKT ... 57, 76
- Informationsstelle Antikurdischer Rassismus (IAKR9) ... 23
- Initiative Freiheitliche Frauen (IFF) ... 67
- Initiative freiheitlich-konservativer Frauen Deutschlands (IfkFD) ... 67
- Initiative Heidelberger Stolpersteine ... 62
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ... 5
- Institut für demokratische Kultur (IdK) ... 92
- Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) ... 24
- Institut für Staatspolitik (IFS) ... 53, 69, 71, 82, 83, 95
- Integrative Demokratieforschung im Land Sachsen-Anhalt (IDLSA) ... 92
- Internationales Auschwitz Komitee ... 61, 88
- International Refugee Organization (IRO) ... 38
- Islamischer Staat (IS) ... 15
- Islamisches Zentrum Hamburg (IZH) ... 15
- İyi Parti (Gute Partei) ... 8
- Johannes-Gutenberg-Universität Mainz ... 59
- Jüdische Gemeinde Chabad Berlin ... 48
- Jüdische Gemeinde zu Berlin ... 48
- Jüdische Rundschau ... 60
- Junge Alternative (JA) ... 69, 75, 78, 82, 87
- Junge Freiheit (JF) ... 15, 47, 60, 71, 88, 90, 95, 96
- Junge Nationalisten (JN) ... 80, 84
- Junge Tat ... 76, 87
- Jungeuropa Verlag ... 71, 83
- Kameradschaft Celle 73 ... 84
- Karakan ... 11
- Karlsruhe gegen die Islamisierung des Abendlandes (Kargida) ... 32
- Katehon ... 80
- Kesselrevolte ... 78
- Kohorte UG ... 82
- Kölner Burschenschaft Germania ... 88
- Konfederacja Korony Polskiej (KKP) Konföderation der Polnischen Krone) ... 61
- Konfederacja Wolność i Niepodległość ... 89
- Königreich Deutschland (KRD) ... 74
- Königsgesellschaft Roigel, Tübingen ... 59
- Kontrafunk ... 92
- Kontrakultur Erfurt ... 82
- Konzentrationslager Heuberg ... 74
- Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ... 60
- Kopp Verlag ... 60
- Kunsthalle Karlsruhe ... 66
- Landeskriminalamt Sachsen ... 79
- Landgericht Potsdam ... 69
- Landhaus Adlon ... 56, 76
- Landvolkbewegung ... 54
- Lebensborn. e. V. ... 37
- Lederhosenrevival ... 82
- Lega ... 96
- Legio Hungaria ... 79
- Lohberger Brigade ... 15
- Lukreta ... 69
- Manuachian ... 82
- Melde- und Informationsstelle MIA ... 77
- Menschenpark Veranstaltungen UG ... 83
- Metapolitik Verlags UG ... 84
- MHP (Milliyetçi Hareket Partisi / Partei der Nationalistischen Bewegung) ... 7, 8, 12, 13, 14, 17, 22, 23
- Mi Hazánk Mozgalom ... 89
- Mittelbrandenburgische Sparkasse (MBS) ... 69
- Mittelpunkt der Erde ... 83
- Movimento das Forças Armadas (MFA) ... 78
- Muslim-Markt ... 49
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 12, 13, 31, 49, 54, 58, 79, 81, 84, 88, 90
- Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) ... 90
- Nationaldemokratischer Schülerbund (NSB) ... 12
- Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO) ... 15
- National Party ... 87
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ... 12, 31
- Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 32, 77
- Neue deutsche Medienmacher*innen ... 63
- Neue Rechte ... 80
- NID Infoblog ... 13
- Nordfeuer ... 82
- Nordic Resistance Movement (NRM) ... 69
- NS-Dokumentationszentrum München ... 77
- N.S. Heute ... 93
- Oberlandesgericht (OLG) Dresden ... 79
- Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main ... 90
- Oberlandesgericht (OLG) Schleswig ... 70
- Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart ... 90
- Open Society Foundations ... 48
- Osmanen Germania ... 10, 22
- Osun Baba ... 11
- Partij voor de Vrijheid / Partei für die Freiheit (PVV) ... 96
- Patrioten für Europa (PfE) ... 96
- Patrioten Ostthüringen ... 74
- Patriotic Alternative ... 79
- Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) ... 32, 67
- Patriotische Union ... 74, 90
- Pforzheim Revolte ... 33
- Phalanx Europa ... 82
- Politically Incorrect ... 54, 77
- Polnisches Rotes Kreuz ... 38
- Pottsalat ... 56
- Presseausschuss Demokratische Aktion (PDA) ... 51
- Pressedienst Demokratische Initiative ... 51
- Projekt »Die radikale Rechte in Deutschland« ... 94
- Querdenker ... 33, 54, 63, 64, 91
- Rassemblement National (RN) ... 84, 88, 96
- ReachOut ... 84
- Reconquête ... 89
- Reconquista 21 ... 78
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ... 65, 74
- Reichsbürger ... 72, 74, 77, 91
- Resistentia ... 32
- Revolte Rheinland ... 68, 82
- Richterdienstgericht Karlsruhe ... 73
- Rossija ... 81
- Royal Ottoman Society ... 74
- Ruhr-Universität Bochum ... 22
- Sachsen Anhalts Jugend voran ... 81
- Sachsengarde ... 82
- SAITENSPRUNG ... 34
- Schanze Eins UG & Co. KG ... 82
- Schutzstaffel (SS) ... 21, 94
- Schwäbischer Kulturverein e. V. ... 78
- Schwarz-Weiß-Rot Kartell ... 75
- Selbstverwalter ... 72
- Sert Müslümanlar ... 11
- Sezession ... 53, 71, 82, 84

- Sicherheitspolizei (SD) ... 12
- Sinimusta Liike ... 79
- Snevern Jungs ... 84
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ... 19, 64, 65, 73, 80
- Stadtarchiv Karlsruhe ... 92
- Stallhaus Germania ... 32
- Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) ... 76
- Sturmabteilung (SA) ... 94
- Sturmefeste Hannover ... 82
- Suunta ... 79
- Svoboda a přímá demokracie ... 89
- Syndikat Z ... 13
- Tautos ir teisingumo sąjunga ... 89
- Teck-Patrioten ... 78
- Tercüman ... 9
- Thule-Gesellschaft ... 90
- Thule-Seminar ... 90
- Turan e. V. ... 10, 22
- Türk Federasyon (Türkische Föderation) ... 9, 23
- Türkischer Arbeiterverein Hamburg ... 9
- Türk Ocağı ... 9
- Turkos MC ... 10
- UID Baden ... 20
- UID (Union Internationaler Demokraten) ... 19
- uidyouth.baden ... 20
- Ülkücü Derneği ... 7, 9, 14, 18, 19, 23
- Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (ATIB) ... 10
- Universität Freiburg ... 90
- Universität für den Öffentlichen Dienst (NKE) Budapest ... 49
- Universität Heidelberg ... 59, 62, 66
- Universität Konstanz ... 44
- Universität Stuttgart ... 68
- Université Panthéon-Assas ... 93
- University of California (USA-CA) ... 44
- University of Columbia (USA-NY) ... 44
- Verein Deutsche Sprache e. V. ... 57
- Verein für Staatspolitik e. V. ... 83
- Verfassungsschutz Baden-Württemberg ... 18, 78, 89
- Verfassungsschutz Bayern ... 75, 86
- Verfassungsschutz Berlin ... 14
- Verfassungsschutz Bund (BfV) ... 14, 16, 19, 53, 60, 71, 83, 85
- Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ... 83
- Vlaams Belang ... 88
- VOX ... 96
- Wackre Schwaben ... 82
- Wasraschdane ... 89
- WerteUnion e.V. ... 57, 60
- Wiking-Jugend (WJ) ... 31
- Wolfsgruß ... 14
- Young Republicans ... 77
- Zafer Partisi (Partei des Sieges) ... 8
- Zeithistorischer Arbeitskreis (ZAER) ... 94
- Zentralrat der Juden in Deutschland ... 49, 71, 93
- Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V. (ZMD) ... 20
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ... 67, 77
- Zentrum ... 65
- Zentrum Rheinhessen - Deutsches Kulturerbe in Rheinhessen e.V. ... 75
- Zuerst! ... 80

Orte

- Argentinien (ARG) ... 81
 Arizona (USA) ... 89
 Baden-Württemberg (DEU-BW) ... 18, 57, 59, 62, 63, 66, 68, 70, 72, 74, 78, 86, 89, 90, 91, 92
 Bad Lausick (DEU-SN) ... 79
 Bayern (DEU-BY) ... 55, 57, 77, 90, 94
 Belgien (BEL) ... 9, 53, 88
 Berkeley (USA-CA) ... 44
 Berlin (DEU-BE) ... 9, 10, 15, 36, 44, 53, 60, 65, 71, 84, 88, 91, 93, 94
 Bernsdorf-Hermsdorf (DEU-SN) ... 87
 Biberach (DEU-BW) ... 63
 Brandenburg (DEU-BB) ... 56, 69, 83, 88, 89, 94
 Breisgau-Hochschwarzwald (DEU-BW) ... 26
 Bretzenheim (DEU-RP) ... 83
 Buch am Wald (DEU-BY) ... 91
 Budapest (HUN) ... 60, 62
 Buenos Aires (ARG) ... 81
 Bulgarien (BGR) ... 84, 89
 Bundesrepublik Deutschland (DEU) ... 53, 54, 56, 58, 60, 61, 62, 63, 65, 67, 69, 70, 71, 72, 76, 77, 79, 82, 84, 85, 87, 88, 89, 90, 93, 94, 95
 Burladingen (DEU-BW) ... 27
 Castiglione delle Stiviere (ITA-MN) ... 55
 Chemnitz (DEU-SN) ... 15
 Christchurch (NZL) ... 21
 Çorum (TUR) ... 8
 Dänemark (DNK) ... 9, 53, 69, 74
 Dortmund (DEU-NW) ... 10
 Dresden (DEU-SN) ... 35, 54, 67, 80, 92
 Düren (DEU-NW) ... 88
 Emmendingen-Lahr (DEU-BW) ... 72
 Eschede (DEU-NI) ... 84
 Falkensee (DEU-BB) ... 47
 Filderstadt (DEU-BW) ... 18
 Finnland (FIN) ... 53, 69, 79
 Flensburg (DEU-SH) ... 51
 Frankfurt am Main (DEU-HE) ... 9, 75
 Frankreich (FRA) ... 9, 17, 22, 53, 62, 64, 82, 83, 84, 88, 89, 93
 Freiburg (DEU-BW) ... 26
 Gazi (TUR) ... 8, 44, 61
 Georgensgmünd (DEU-SH) ... 51
 Gera (DEU-TH) ... 74
 Gießen (DEU-HE) ... 67
 Gohrau (DEU-ST) ... 88
 Görlitz (DEU-SN) ... 89
 Greifswald (DEU-MV) ... 53
 Griechenland (GRC) ... 53, 84
 Großbritannien (GBR) ... 53, 79, 83, 84
 Gurs (FRA) ... 33
 Hallig Hooge (DEU-SH) ... 54
 Hamburg (DEU-HH) ... 75, 81, 89
 Heidelberg (DEU-BW) ... 26, 27, 59, 62
 Heilbronn (DEU-BW) ... 26, 29, 32
 Helsinki (FIN) ... 79
 Hessen (DEU-HE) ... 67, 68, 74, 90
 Hildburghausen (DEU-TH) ... 85
 Hoppegarten (DEU-BB) ... 83
 Hyvinkää (FIN) ... 79
 Ibach (DEU-BW) ... 25
 Iran (IRA) ... 15, 49
 Irland (IRL) ... 53, 87
 Island (ISL) ... 69
 Israel (ISR) ... 14, 44, 48, 61, 87
 Italien (ITA) ... 53, 55, 56, 79, 87, 88
 Jena/Saale-Holzland (TN) ... 13
 Kahramanmaraş (TUR) ... 8
 Kanton Thurgau (CHE) ... 92
 Karlsruhe (DEU-BW) ... 20, 27, 59, 66, 82, 92
 Kiel (DEU-SH) ... 10
 Koblenz (DEU-RP) ... 68
 Köln (DEU-NW) ... 10
 Konstanz (DEU-BW) ... 78
 Kroatien (HRV) ... 53, 90
 Lahr (DEU-BW) ... 27
 Leipzig (DEU-SN) ... 79
 Lettland (LVA) ... 53
 Liechtenstein (LIE) ... 53
 Litauen (LTU) ... 53, 89
 Lübeck (DEU-SH) ... 70
 Ludwigburg (DEU-BW) ... 26
 Ludwigshafen (DEU-RP) ... 74
 Luxemburg (LUX) ... 53
 Magdeburg (DEU-ST) ... 35, 65
 Mainz (DEU-RP) ... 75
 Mannheim (DEU-BW) ... 27, 86
 Mecklenburg-Vorpommern (DEU-MV) ... 88, 89
 Mont Valerien (FRA) ... 82
 Mühlhausen (DEU-TH) ... 35
 München (DEU-BY) ... 77
 Neumünster (DEU-SH) ... 10
 Niederlande (NLD) ... 9, 53, 54
 Niedersachsen (DEU-NI) ... 84
 Norderstedt (DEU-SH) ... 9
 Nordrhein-Westfalen (DEU-NW) ... 64, 68, 88
 Norwegen (NOR) ... 53, 69
 Nürnberg (DEU-BY) ... 13
 Oranienbaum-Wörlitz (DEU-ST) ... 88
 Oslo (NOR) ... 21
 Österreich (AUT) ... 9, 17, 22, 53, 57, 62, 74, 76, 83, 88, 95, 96
 Paris (FRA) ... 93
 Pforzheim (DEU-BW) ... 24, 26, 27, 29, 31, 89
 Pirna (DEU-SN) ... 61
 Polen (POL) ... 36, 53, 89
 Portugal (PRT) ... 78
 Potsdam (DEU-BB) ... 94
 Poznań/Posen (POL) ... 36
 Rastatt (DEU-BW) ... 27
 Ravensburg (DEU-BW) ... 26
 Republik Moldau (MDA) ... 53
 Reutlingen (DE-BW) ... 29, 91
 Rheinland-Pfalz (DEU-RP) ... 68, 69, 74, 75, 83, 89
 Rom (ITA) ... 56
 Rottenburg am Neckar (DEU-BW) ... 60
 Rottweil (DEU-BW) ... 72
 Rumänien (ROU) ... 53, 82
 Russland (RUS) ... 53, 79, 80, 91
 Saarland (DEU-SL) ... 89
 Sachsen-Anhalt (DEU-ST) ... 53, 57, 65, 67, 69, 78, 83, 88, 89, 92, 95
 Sachsen (DEU-SN) ... 61, 67, 69, 78, 79, 80, 86, 87, 88, 89, 92, 94
 Schlesien ... 94
 Schleswig-Holstein (DEU-SH) ... 51, 54, 57, 70
 Schlüttsiel (DEU-SH) ... 54
 Schnellroda (DEU-ST) ... 53, 83
 Schnepfenthal (DEU-TH) ... 64
 Schorndorf (DEU-BW) ... 63
 Schwarzenborn (DEU-HE) ... 9
 Schweden (SWE) ... 53, 69, 74
 Schweiz (CHE) ... 53, 54, 76, 87
 Serbien (SRB) ... 53, 84
 Sivas (TUR) ... 8, 15
 Slowakei (SVK) ... 53, 89
 Slowenien (SVN) ... 53
 Sonneberg (DEU-TN) ... 35
 Spanien (ESP) ... 53, 79, 84
 Spiegelberg (DEU-BW) ... 25
 Split (HRV) ... 90
 Stade (DEU-NI) ... 57
 Steyregg (AUT) ... 74
 Straubenhardt-Schwann (DEU-BW) ... 31
 Stuttgart (DEU-BW) ... 20, 70, 78, 82
 Tampa Bay (USA-FL) ... 77

Thailand (THA) ... 79
 Thüringen (DEU-TH) ... 57, 64, 69, 74, 78, 85, 88
 Tschechien (CZE) ... 53, 89
 Tübingen (DEU-BW) ... 26, 78
 Türkei (TUR) ... 21
 Tuttlingen (DEU-BW) ... 26

Ukraine (UKR) ... 53, 77, 87
 Ulm (DEU-BW) ... 26, 29
 Ümraniye (TUR) ... 8
 Ungarn (HUN) ... 49, 53, 54, 62, 79, 84, 88, 89
 United States of America (USA) ... 15, 69, 77, 83, 89
 Utøya (SWE) ... 21

Velten (DEU-BB) ... 34
 Verona (ITA-VR) ... 55
 Wertheim (DEU-BW) ... 35
 Wien (AUT) ... 76
 Wittstock (DEU-BB) ... 56
 Zeitz (DEU-ST) ... 53
 Zittau (DEU-SN) ... 35

Personen

Abel, Wolfgang ... 55
 Ahmadedschad, Mahmud ... 49
 Ahrens, Erik ... 57, 95
 Akbulut, Gökay ... 20
 Akşener, Meral ... 8
 Ali Ağca, Mehmet ... 9
 Alkaya, Ercal ... 10
 Amarante, Andrea ... 81
 Anderson, Christine ... 68, 76
 Andresen, Knud ... 50
 Arslan, Ali ... 12
 A., Sulaiman ... 86
 Ateş, Seyran ... 10
 Atsız, Nihal ... 8
 Aust, René ... 89
 Bachmann, Lutz ... 67
 Banane, Björn ... 34
 Bardella, Jordan ... 96
 Barrett, Justin ... 87
 Barrientos, Justo ... 81
 Bas, Bärbel ... 49, 60, 65, 92
 Bauer, Fritz ... 65, 74
 Baum, Christina ... 35, 69, 76
 Baum, Simone ... 57
 Baykent, Sinan ... 13
 Bayrakli, Enes ... 20
 Bearth, Ignaz ... 54
 Bendels, David ... 53
 Berndt, Hans-Christoph ... 83
 Bešlić, Ante ... 70
 Bešlić, Ljuba ... 70
 Bhakdi, Sucharit ... 76
 Binder, Sascha ... 17
 Bismarck, Alexander von ... 57
 Bismarck, Otto von ... 57
 B., Matthias ... 79
 Böhm, Enrico ... 79
 B., Patrick ... 32
 Braun, Grzegorz ... 61
 Breivik, Anders ... 21

Brinker, Kristin ... 88
 Brück, Michael ... 15
 Bubis, Ignatz ... 71
 Bußmann, Frédéric ... 66
 Bystron, Petr ... 35, 88
 Caetano, Marcelo ... 78
 Celebi, Musa Serdar ... 9
 Çelebis, Musa Serdar ... 10
 Christophersen, Thies ... 51, 79
 Chrupalla, Tino ... 69, 88
 Cobas, Pamela ... 81
 Collett, Mark ... 79
 Corvaglia, Silvio ... 32
 Cremer, Claus ... 84
 Daniş, Neşet ... 9
 Darmanin, Gérald ... 17, 93
 Demiral, Merih ... 14
 Demir, Ibrahim ... 10
 Demnig, Gunter ... 53
 Dietzsch, Martin ... 50
 Dönitz, Karl ... 51
 Dossena, Giorgio ... 79
 Dugin, Alexander ... 80
 Dupke, Roman ... 35
 Ebling, Michael ... 75
 Ecevit, Bülent ... 17
 Ecke, Matthias ... 80
 Eggers, Kurt ... 84
 Eggers, Sven ... 84
 Ehrlinger, Erich ... 59
 Eichmann, Adolf ... 74
 Elsässer, Jürgen ... 34, 47, 49, 58
 Elsässer, Stephanie ... 35
 Elser, Georg ... 71
 El-Tayeb, Fatima ... 52
 E., Maximilian ... 91
 Engehausen, Frank ... 66
 Erdoğan, Recep Tayyip ... 8, 23
 Eriksson, Dan ... 79
 Esser, Klaus ... 88

Faeser, Nancy ... 15, 16, 47, 58, 90
 F., Andreas ... 31
 Fiechtner, Heinrich ... 74
 Figueroa, Roxana ... 81
 Findeisen-Juskowiak, Johanna ... 91
 Fischer, Michael ... 14
 Fitzek, Peter ... 74
 Flößer, Maxim ... 68
 Focke, Benjamin ... 88
 Frenck, Tommy ... 85
 Frey, Gerhard ... 12
 Fritze, Lothar ... 71
 Frohnmaier, Markus ... 72
 Fröscher, Erich ... 59
 Fuchs, Marcus ... 54
 Fulan, Marcu ... 55
 Gaw, Dirk ... 68
 Georg, Heimo ... 9
 Gieser, Reiner ... 9
 Grabowski, Florian ... 83
 Gramsci, Antonio ... 95
 Gregor, Sven ... 85
 Grieken, Tom van ... 88
 Großbölting, Thomas ... 80
 Gumbel, Emil Julius ... 62
 Gumbel, Harald ... 62
 Gumbel, Marie Luise ... 62
 Habeck, Robert ... 54
 Hahne, Peter ... 92
 Haldenwang, Thomas ... 85
 Hamid II., Abdul ... 74
 Hansen, Fjotolf ... 21
 Hartmann, Stefan ... 35
 Hartwig, Roland ... 57
 Hasinger, Albrecht ... 9
 Haßler, Laura ... 51
 Haug, Matthes ... 74
 Hauser, Gerald ... 76
 Haußner, Frank ... 74
 H., Christoph ... 57

- Heinsohn, Kirsten ... 50
 Heinze, Kurt ... 38
 Heinzmann, Axel ... 31
 Heubner, Christoph ... 61, 88
 Heuss, Theodor ... 65
 Heyde, Werner ... 51
 Hillje, Johannes ... 95
 Himmler, Heinrich ... 59
 Hindenburg, Paul von ... 92
 Hirsch, Kurt ... 51
 Hitler, Adolf ... 12, 79, 92, 94
 H., Leander ... 80
 H., Maximilian ... 88
 Höcke, Björn ... 34, 49, 68, 83, 88, 89
 Hockenberger, Ulli ... 78
 Hoewer, John ... 69
 Huemer, Philipp ... 83
 Huss, Mathilda Martina ... 56
 Huy, Gerrit ... 57
 İpekçi, Abdi ... 9
 Ispir, Erol ... 10
 Jäckel, Eberhard ... 93
 Jalonen, Toni ... 79
 Johannes Paul II. ... 9
 J., Quentin ... 80
 Julitz, Maik ... 57
 Juritz, Stefan ... 83
 Kahr, Gustav von ... 94
 Kaiser, Benedikt ... 69
 Kalan, Seyfettin ... 10
 Kalbitz, Andreas ... 54, 87
 Kaltenbrunner, Ernst ... 12, 59
 Kannapin, Hans-Eckardt ... 9
 K., Annemarie ... 79
 K., Arda ... 21
 Katsoulis, Haris ... 51
 Kaupert, Simon ... 83
 Kaynar, Vahit ... 15
 Kesim, Celalettin ... 9
 Kickl, Herbert ... 76, 88, 96
 Kirchner, Oliver ... 67
 Klein, Ottilie ... 16
 Klemm, Paul ... 74, 87
 Köhler, Horst ... 93
 Kohlmann, Martin ... 15
 Kopp, Hans-Ulrich ... 57
 Korn, Sacha ... 34
 Krahl, Maximilian ... 84, 88, 95, 96
 Kramer, Nikolaus ... 88
 Krebs, Jörg ... 13
 Krebs, Pierre ... 90
 Kretschmann, Winfried ... 63
 Kubitschek, Götz ... 53, 83, 95
 Kühnen, Michael ... 12
 Kunstowicz, Janina ... 36
 Kuru, Tuukka ... 79
 Kuş, Köksal ... 20
 Lang, Ricarda ... 63
 Laur, Rouven ... 86
 Leber, Julius ... 65
 Leggeri, Fabrice ... 64
 Lehnert, Erik ... 83, 84
 Leisten, Anna ... 87
 Le Pen, Marine ... 8, 64, 84, 88
 Limmer, Hans-Christian ... 56
 L., Markus ... 91
 Löbe, Paul ... 65
 Lochner, Tim ... 61
 Lohr, Damian ... 75
 Longerich, Peter ... 94
 Lotto-Kusche, Sebastian ... 51
 Lukaszewski, Bernhard ... 39
 Maas, Heiko ... 73
 Maaßen, Hans-Georg ... 60, 71
 MacDonald ... 90
 Macron, Emmanuel ... 82
 Mahler, Horst ... 31
 Malsack-Winkemann, Birgit ... 91
 Manouchian, Mélinée ... 82
 Manouchian, Missak ... 82
 Marjanović, Zuzanna ... 70
 Markovics, Alexander ... 61
 Márquez, Nicolás ... 81
 Marx, Wilhelm ... 65
 McMahon, Collin ... 60
 Meloni, Giorgia ... 56, 88
 Merkel, Angela ... 73, 76, 88
 Meuthen, Jörg ... 67
 Milei, Javier ... 81
 Mörig, Arne Friedrich ... 57
 Mörig, Gernot ... 56, 57
 Mueller, Berthold ... 59
 Mühlberghuber, Edith ... 67
 Müller, Gerhard Ludwig ... 70
 Müller, Mario ... 57, 69
 Müller, Michael ... 64
 Müller-Ullrich, Burkhard ... 92
 Müller, Yves ... 51
 Munier, Dietmar ... 80
 Münzenmaier, Sebastian ... 69, 75
 Murswiek, Dietrich ... 90
 Nagels, Robert ... 64
 Nahtz, Joachim ... 84
 Netanjahu, Benjamin ... 48, 61
 Ö., Attila ... 13
 Olschowski, Petra ... 66
 Orbán, Viktor ... 49, 88, 96
 O., Remt-Otto ... 57
 Özdağ, Ümit ... 8
 Özdemir, Cem ... 63
 Özoğuz, Aydan ... 49
 Özoğuz, Hüseyin ... 49
 Özoğuz, Yavuz ... 49
 Panahi, Badi ... 51
 Paus, Lisa ... 63
 Pentter, Tanja ... 67
 Petersen, Olga ... 81
 P., Henning ... 57
 Pianka, Lorenzo ... 35
 Pierce, William ... 69
 Pohl, Jürgen ... 69
 Preißinger, Adrian ... 79
 P., Rüdiger von ... 91
 Putin, Wladimir ... 34
 Ratajczak, David ... 87
 Rautenberg, Erardo ... 75
 Reif, Marcel ... 60
 Renner, Martin ... 76
 Renner, Martina ... 35
 Rennicke, Frank ... 31
 Reuß, Heinrich XIII. Prinz ... 33, 74, 91
 Rigoll, Dominik ... 51
 Roeder, Manfred ... 51
 Röhm, Ernst ... 94
 Rosenberg, Alfred ... 79
 Rose, Romani ... 67, 77
 Rosh, Lea ... 93
 Roßmüller, Sascha ... 79
 Rothschild ... 48
 R., Tobias ... 80
 Salazar, António Oliveira de ... 78
 Salvini, Matteo ... 96
 Sänze, Emil ... 72
 Sawade, Fritz ... 51
 Say, Aynül ... 70
 Say, Nebaha ... 70
 Schleicher, Kurt von ... 94
 Schmid, Nils ... 19
 Schmidt, Stefan ... 64
 Schneider, Michaela ... 57

- Schönhuber, Franz ... 31, 70
Schröder, Gerhard ... 93
Schröder, Silke ... 57
Schubert, Dorian ... 57
Schulz, Erich ... 65
Schulz, Paul Erich ... 38
Schumacher, Kurt ... 65, 74
Schuster, Josef ... 49
Schützing, Jürgen ... 31
Schwarzelühr-Sutter, Rita ... 16
Schwarz, Heinz ... 9
Seggern, Detlef von ... 32
Seitz, Thomas ... 72
Sellner, Martin ... 54, 57, 74, 95
Shapira, Lahav ... 44
Sigmund, Ulrich ... 57
S., Luca ... 80
Soros, George ... 48
Spahn, Jens ... 76
Spiegel, Paul ... 93
Staudte, Miriam ... 54
Stavroulaki, Athina ... 70
Stavroulaki, Kristina ... 70
Steimle, Uwe ... 92
Stein, Dieter ... 88
Stein, Florian ... 13
Stein, Philip ... 83
Storch, Beatrix von ... 88
Strasser, Gregor ... 94
Strauß, Botho ... 53
Strauß, Franz Josef ... 9
Stritter, Stephan ... 75
Strobl, Thomas ... 78
Stürzenberger, Michael ... 86
Sunić, Tomislav ... 79, 90
Sütterlin-Waack, Sabine ... 54
Szepesi, Eva ... 60
Tatarotti, Corinna ... 55
Teichtal, Yehuda ... 48
Tekin, Caner ... 52
Thadden, Adolf von ... 12
Thaler, Thorsten ... 15
Thévenot, Prisca ... 93
Thoma, Hans ... 66
Thomsen, Thorsten ... 84
Tsiakolos, Georgios ... 51
Tuchel, Johannes ... 65
Türkeş, Alparslan ... 8, 12, 17, 20
Türkeş, Yildirim ... 13
Turski, Marian ... 61
Urban, Anselm ... 89
Utke, Hans-Dieter ... 35
Uzun, Abdurrahman ... 20
Varga, Máté ... 79
Vejdeland, Fredrik ... 69
Ventura, André ... 78
Vilimsky, Harald ... 77
Vincentz, Martin ... 64
Voigt, Udo ... 13
Vosgerau, Ulrich ... 57, 76, 88
Vukadinović, Vojin Saša ... 51
Wagner, Robert ... 92
Walter, Markus ... 83
Walter, Ricarda ... 83
Weegels, Sandra ... 67
Weidel, Alice ... 54, 57, 64, 72
Weißenbom, Sieglinde ... 65
Weißmann, Karlheinz ... 90
Weiß, Thorsten ... 83
Wenzel Schmidt, Jan ... 57, 69
Weyel, Harald ... 77
Wiesenthal, Simon ... 59
Wilderink, Wilhelm ... 56
Wilders, Geert ... 96
Wilhelm II. ... 74
W., Peter ... 91
Yazicioğlu, Muhsin ... 20
Zasowk, Ronny ... 13
Zimmer, Diana ... 31
Zinn, Georg August ... 74

Erscheinungsdatum: Dezember 2024

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion: Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung: Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden Sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de.

